

spw



HERFORDER THESEN

Zur Arbeit von Marxisten
in der SPD.

Wesentlich überarbeitete,
erweiterte Ausgabe
herausgegeben vom Bezirksvorstand
der Jungsozialisten
in der SPD Ostwestfalen-Lippe.

SONDERHEFT 2

spw Sonderhefte (SH)

Herausgeber der Reihe:

Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Herforder Thesen: zur Arbeit von Marxisten in
d. SPD / hrsg. vom Bezirksvorstand d. Jungsozialisten in d. SPD Ostwestfalen-Lippe. — Wesentl. überarb., erw. Ausg. — Berlin: Spw-Verlag.
1980.

(Spw: Sonderhf. 2)

ISBN 3-922489-00-1

ISBN 3-922489-00-1

Copyright © Soz. Politik und Wirtschaft Verlag/Redaktion GmbH 1980. Alle Rechte — auch das der Übersetzung vorbehalten. — Anzeigen und Auslieferung: Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45 (Tel.: 030/8342422). — Satz: Barbara Steinhart, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: MovimentoDruck, Berlin-Kreuzberg. — Umschlaggestaltung: Nils Larsen. — 1.-5. Tausend: Mai 1980.

HERFORDER THESEN

Zur Arbeit von Marxisten in der SPD

wesentlich überarbeitete, erweiterte Ausgabe

herausgegeben vom
Bezirksvorstand der Jungsozialisten
in der SPD Ostwestfalen-Lippe

spw-Sonderheft SH 2

Inhalt

Vorbemerkung	5
--------------------	---

I. Einleitung

1. These: Die Aufgaben marxistischer Sozialdemokraten in der BRD zu Beginn der 80er Jahre	7
--	---

II. Grundlegende Krisenmomente des gegenwärtigen Kapitalismus

2. These: Hauptmerkmale der sozialökonomischen Entwicklung des Kapitalismus der 70er Jahre	13
3. These: Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz	15
4. These: Zunehmende soziale, politische und internationale Konflikte	17
5. These: Fortbestand des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise	18
6. These: Die Herausbildung der nationalen und multinationalen Monopolunternehmen	19
7. These: Einbeziehung des Staates in den Wirtschaftsprozeß: Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus.	21
8. These: Bedingungen und Grenzen der Staatstätigkeit im heutigen Kapitalismus	23
9. These: Der Fortbestand der grundsätzlichen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus	25
10. These: Der Charakter der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus und ihre mögliche zukünftige Entwicklung	26
11. These: Ökonomische Krise des Kapitalismus — Chancen und Probleme der antikapitalistischen Kräfte	27

III. Der demokratische Weg zum Sozialismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern

12. These: Das »Neue« der Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus	29
13. These: Demokratisierung der Wirtschaft als Kernbereich jeder sozialistischen Alternative	34
14. These: Mindestschwelle der Vergesellschaftung und Reorganisation der öffentlichen Wirtschaftssektoren	34
15. These: Demokratische Planung	36
16. These: Mitbestimmungs- und Kontrollrechte	38
17. These: Grundlegende demokratische Transformation des Staates	39
18. These: Demokratische Grundrechte	40
19. These: Dezentralisierung und Selbstverwaltung	41
20. These: Parlamentarische Kontrolle und innere Demokratisierung	41
21. These: Massenmedien, Bildung und Wissenschaft	42

22. These: Strategische Bedingungen zur Einleitung des demokratischen Weges zum Sozialismus	43
23. These: Stärke klassenbewußter und antikapitalistischer Positionen in der Arbeiterklasse	43
24. These: Unentfaltetes Klassenbewußtsein: Reformismus	45
25. These: Die Widersprüchlichkeit des Reformismus	47
26. These: Politische Strömungen in der Arbeiterbewegung	48
27. These: Klassenbewußtsein und politische Aktion	50
28. These: Die grundlegende Bedeutung der Gewerkschaften	52
29. These: Neue Aufgaben und »Politisierung« der Gewerkschaftsbewegung	53
30. These: Gewerkschaftliche Autonomie als Prinzip sozialistischer Strategie	55
31. These: Die politischen Parteien der Arbeiterbewegung	56
32. These: Pluralität unterschiedlicher Strömungen und Möglichkeit verschiedener Parteien der Arbeiterbewegung	57
33. These: Breite demokratische Bündnispolitik	59
34. These: Internationale Rahmenbedingungen	63

IV. Der Sonderfall Bundesrepublik Der Kapitalismus der BRD

35. These: Die besonderen Bedingungen der Rekonstruktionsphase.	65
36. These: Der Übergang zu »normalen« kapitalistischen Bedingungen	67
37. These: Veränderungen in der Struktur der bundesdeutschen Volkswirtschaft	68
38. These: Veränderungen der wirtschaftspolitischen Staatsfunktionen	70
39. These: Bedeutung der BRD im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und innerhalb der Weltwirtschaftsordnung	72

Politische Entwicklung der BRD Besonderheiten des Kräfteverhältnisses

40. These: Ausgangspunkt: Niederlage gegen den Faschismus	76
41. These: Grundentscheidungen durch die Besatzungspolitik	78
42. These: »Wirtschaftswunder« und Restauration	82
43. These: Entwicklung der SPD: Von der Isolierung zur sozialliberalen Koalition	85
44. These: Politische Parteien in der BRD	89

V. Die Perspektive von Marxisten in der SPD

45. These: Geschichte der Sozialdemokratie — Kampf um klassenbewußte Positionen	91
46. These: Die Entwicklung der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg ...	92
47. These: Soziale und politische Verankerung der SPD	96

48. These:	Aktuelle innerparteiliche Situation	97
49. These:	Die Aufgaben der Marxisten in der SPD	- 99

VI. Für ein sozialdemokratisches Programm der gesellschaftlichen Alternative

Alternativen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

50. These:	Recht auf Arbeit - Tagesaufgaben zur Begrenzung der Krisenlasten für die arbeitende Bevölkerung	103
51. These:	Demokratisierung der Wirtschaft - Durchsetzung der neuen ökonomischen Logik	109
52. These:	Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien	110
53. These:	Demokratisierung der Betriebe	116
54. These:	Die demokratische Wirtschaftsplanung	121
55. These:	Emanzipation der Frau	127
56. These:	Recht auf Arbeit für Frauen	129
57. These:	Erziehung, Bildung und Ausbildung	130
58. These:	Familie und soziale Sicherung	131
59. These:	Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte	133
60. These:	Demokratisierung staatlicher Willensbildungsprozesse und Entscheidungsstrukturen	136
61. These:	Öffentlicher Dienst	138
62. These:	Die Justiz	140
63. These:	Polizei, Verfassungsschutz und Militär	141
64. These:	Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung ..	143
65. These:	Zu SALT, Rüstungsbegrenzung und Nachrüstung	144
66. These:	Zum Bereich der taktischen Nuklearwaffen	147
67. These:	KSZE, MBFR - Forderungen im Bereich konventioneller Rüstungen und vertrauensbildender Maßnahmen	147
68. These:	Umwelt und Energie: Luftreinhaltung	150
69. These:	Umweltchemikalien	152
70. These:	Gewässerschutz und Abfallbeseitigung	154
71. These:	Atomenergie und Atompolitik	158
72. These:	Neue Weltwirtschaftsordnung	162
73. These:	Die Rolle der Bundesrepublik	164
74. These:	Internationale Solidarität	165
75. These:	Kulturpolitik	168
76. These:	Elemente einer fortschrittlichen Kulturpolitik	170
77. These:	Förderung der Belange der Arbeiterbewegung in allen Bereichen der traditionellen Kultureinrichtungen	172
78. These:	Kultur und Kulturpolitik als Gegenstand der Parteilarbeit	180
79. These:	Bildung - Demokratisierung des Bildungswesens	181
80. These:	Die Strategie	183

Vorbemerkung

Die zweite, völlig neu überarbeitete Fassung der »Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD«, die hiermit vorgelegt wird, ist aus einem annähernd zweijährigen Diskussions- und Arbeitsprozeß der schon an der Erarbeitung der ersten Fassung beteiligten Genossen hervorgegangen. Dabei handelt es sich um eine Gruppe linker Sozialdemokraten aus den Bezirken und Landesverbänden Berlin, Bremen, Hamburg, Ostwestfalen• Lippe und Hessen-Süd. Sie alle haben sich, koordiniert von den Jungsozialisten und den Parteilinken in Ostwestfalen-Lippe*, darum bemüht, die mit der Veröffentlichung der ersten Fassung neu einsetzende Diskussionsbereitschaft über die Inhalte einer systematischen Positionsbestimmung marxistischer Auffassungen in der heutigen Sozialdemokratie zu einem die weitere politische Arbeit in Theorie und Praxis vorantreibenden Zwischenergebnis zu bringen.

Der Leser der Thesen, gleichgültig, ob er sie eher skeptisch oder zustimmend zur Hand nimmt, ob er sich selbst dem linken oder rechten Parteiflügel zuordnet oder außerhalb der SPD stellt, er wird schnell herausfinden, wie sehr noch die jetzt erweiterte Fassung diesen Charakter des Zwischenergebnisses trägt. Freilich erschien dies den Autoren nicht nur als Nachteil, als Zwang zur Hinnahme des einen oder anderen Schwachpunktes, um den überfälligen Erscheinungstermin nicht zu gefährden. Offen einzuräumen, daß jetzt weitere Fortschritte ihrer Ausarbeitungen erst aus einer gründlichen, über längere Zeiträume angelegten Diskussion und Erprobung der hier vorgeschlagenen Orientierung hervorgehen können — wobei sich die Verfassergruppe ebenso wie die von ihnen vertretene innerparteiliche Gruppierung nur als kleiner Teil der fortschrittlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der organisierten Arbeiterbewegung begreift — erschien vielmehr auch geboten, um zu Transparenz und Demokratie in den schwierigen Selbstverständigungsprozessen der hiesigen Linken beizutragen.

Nachdem bereits die erste Fassung der »Herforder Thesen« zu einer bemerkenswerten Vielfalt positiver wie kritischer Stellungnahmen geführt hatte (dokumentiert in *Sonderheft 1* der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft *spw*, Berlin 1979), ließen sich daraus unschwer zwei Hauptrichtungen für die weitere Bearbeitung erkennen. Zum einen gab es

Die »Herforder Thesen« wurden in der vorliegenden Fassung vom Bezirksausschuß und vom Bezirksvorstand der ostwestfälisch-lippischen Jungsozialisten auf gemeinsamen Klausurtagungen am 28. März und 2. Mai 1980 in Herford und Bielefeld als programmatische Diskussionsplattform einstimmig verabschiedet.

zahlreiche Einwände gegenüber den analytischen und politökonomischen Aussagen zur Krise des kapitalistischen Systems. In der zweiten Fassung wurden daher sowohl das II. — politökonomische Grundsatzkapitel — wie das IV. Kapitel zur Analyse des »Sonderfalls Bundesrepublik« gänzlich neu ausgearbeitet. Die einleitende These verdeutlicht zudem den Standort marxistischer Sozialdemokraten in ihrem Verhältnis zu den internationalen, für die Überwindung kapitalistischer Produktionsverhältnisse kämpfenden sozialistischen Kräften. Zum anderen wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß die zur Begründung eigenständiger linkssozialistischer Praxis geeigneten Aussagen der »Herforder Thesen« wesentlicher Ausweitung und Präzisierung bedürften. In der Konsequenz wurde nicht nur der Abschnitt über die »Allgemeinen strategischen Bedingungen« des demokratischen Wegs zum Sozialismus erheblich überarbeitet; ein qualitativ neues Gewicht erhielt das gesamte VI. Kapitel der »Herforder Thesen«, dessen einzelne Teile immerhin versuchen, in zentralen gesellschaftlichen Praxisfeldern bis zu konkreten, kurz- und mittelfristig ausgewiesenen Handlungsorientierungen zu gelangen.

Sind damit stichwortartig die wichtigsten Veränderungen der zweiten Fassung gegenüber der vorangegangenen benannt, so wird dennoch die Kontinuität in der Weiterentwicklung der hier vertretenen Grundsatzpositionen leicht zu erkennen bleiben. Das zeigt sich äußerlich in der Beibehaltung der schon für die erste Fassung erarbeiteten systematischen Gliederungsform sowie in der veränderten Übernahme wesentlicher Abschnitte zur »Demokratisierung der Wirtschaft« und zur »Transformation des Staates«. Inhaltlich wird es nicht zuletzt daran sichtbar, daß unter den zeitgenössischen linkssozialistischen Strömungen der Bezug auf die Ausarbeitungen der CERES-Gruppe in der französischen PS und, bezogen auf die Traditionen marxistischer Sozialdemokratie, das Aufgreifen von wichtigen programmatischen Aussagen des Austromarxismus bewußt fortgeführt wurde. Beides mag weiterhin als ein Element von aktuellen Positionsbestimmungen linker Sozialdemokraten in der Bundesrepublik umstritten bleiben. Aber es verdeutlicht doch eine für die Formulierung der »Herforder Thesen« wie für die weitere Arbeit mit ihnen überaus wichtige Erkenntnis der Verfassergruppe, daß sich nämlich neue Fragestellungen, die uns die Wirklichkeit der Klassenauseinandersetzungen in unserem Land aufdrängen, konstruktiv nur beantworten lassen, wenn wir unsere Lösungsvorschläge hierzu in den Zusammenhang vergangener und gegenwärtiger Alternativen des marxistisch orientierten Teils der internationalen Arbeiterbewegung hineinzustellen lernen.

I. Einleitung

1. These

Die Aufgaben marxistischer Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der achtziger Jahre

Die bewußte Entscheidung für die Mitarbeit, die aktive Teilnahme am politischen Kampf einer Partei wie der SPD ist auf das engste verknüpft mit der Bereitschaft zur kritischen und selbstkritischen Aneignung und Weiterentwicklung des geistigen Erbes, das ihre weit in das letzte Jahrhundert zurückreichenden Geschichte, Siege und Niederlagen bestimmt hat, so wie es seinerseits aus ihnen hervorgegangen ist. Dies gilt in besonderer Weise dann, wenn hierzu Ausarbeitungen, Erkenntnisse und methodische Einsichten gehören, die inzwischen von der gesamten internationalen Arbeiterbewegung als Teil ihrer eigenen revolutionären Traditionen begriffen werden. Vor mehr als 130 Jahren beschrieben Karl Marx und Friedrich Engels im »Kommunistischen Manifest« grundlegende Merkmale der internationalen kapitalistischen Entwicklung, die noch heute im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts eine für jedermann sichtbare Gültigkeit besitzen. »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisieepoche vor allen anderen aus.« Wer vermöchte sich angesichts der immer weitergetriebenen, oft bahnbrechenden technischen Neuerungen, der großen kriegerischen Auseinandersetzungen und gesellschaftlichen Umwälzungen unseres Jahrhunderts bis hin zu den dramatisch zugespitzten Krisenerscheinungen der Gegenwart dem Argument zu entziehen, daß hierfür jenseits aller im einzelnen mitverantwortlichen Besonderheiten eine gemeinsame Ursache in den weltweit noch immer vorherrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen aufzufinden ist.

Ebenso zutreffend ist aber auch, daß sich die moderne Kapitalistenklasse überall in den direkt oder indirekt von ihr ausgebeuteten Bevölkerungsmassen, mit dem Arbeiter der großen Industrie im Zentrum, selbst jene Gegner schafft, die ihre Herrschaft schließlich beseitigen werden oder dies in großen Teilen der Welt bereits unternommen haben. Gültig ist somit auch noch immer die Aufgabe, die das »Manifest« jenen Kräften zuweist, die sich bewußt auf die Auffassungen von Marx und Engels berufen: Sie haben »keine besonderen Prinzipien, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen«, sondern sie sind »praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedin-

gungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus« — und diese Einsichten sind »nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vorsichgehenden geschichtlichen Bewegung.« Dabei haben Marx und Engels selbst mehrfach hervorgehoben, daß die Fähigkeit zu solchen Einsichten keinen ein für allemal eroberten Besitzstand darstellt, der für Alleinvertretungsansprüche gegenüber anderen Auffassungen innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung Raum ließe. Der Grad ihrer inhaltlichen Konkretion wie ihrer praktischen Umsetzungsmöglichkeiten ist vielmehr in vielfacher Hinsicht durch den jeweils erreichten Stand der Klassenauseinandersetzungen begrenzt und kann, ohne vor Irrtümern geschützt zu sein, nur mit diesen weiterentwickelt werden.

Marxistische Sozialdemokraten in der Bundesrepublik der 80er Jahre leben und arbeiten in einem der am höchsten entwickelten kapitalistischen Industrieländer, dessen herrschende Klasse sich erneut in die Rolle eines weltweit tätigen Vorkämpfers für Abhängigkeit und Ausbeutung hineindrängt. Sie arbeiten zudem als Minderheit in einer der ältesten und größten sozialdemokratischen Parteien, deren Geschichte zunächst stärker als irgendwo sonst von der Aneignung marxistischen Gedankenguts, dann aber auch besonders nachhaltig von deren vermeintlicher Widerlegung und den negativen Auswirkungen der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung geprägt ist. Schließlich sehen sie sich mit einem Bewußtsein großer Teile der Lohnabhängigen wie der Bevölkerung insgesamt konfrontiert, in dem die Notwendigkeit des Kampfes für einen sozialistischen Krisenausweg weithin verschüttet ist; dagegen treffen antikommunistische und antisozialistische Vorurteile auf einen seit Jahrzehnten ausgebauten Rückhalt.

Linke Sozialdemokraten, die sich unter solchen Bedingungen als »der entschiedenste, immer weitertreibende Teil« ihrer Partei verstehen, haben nicht nur eine konkrete, an tausend Fäden mit den realen gesellschaftlichen Widersprüchen verbundene Vorstellung von den sozialistischen Veränderungsmöglichkeiten ihres Landes auszuarbeiten, diese in der SPD und mit ihr zu einem entscheidenden politischen Faktor im Ringen um die Überwindung der kapitalistischen Entwicklungslogik in der Bundesrepublik zu machen und dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anzuknüpfen. Mehr denn je sind solche Aufgaben nur zu erfüllen, wenn es ihnen gelingt, den Kampf der Arbeiterbewegung im eigenen Land als Teil eines weltweiten politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Befreiungsprozesses der Völker zu begreifen, die Besonderheiten des demokratischen Wegs zum Sozialismus in den kapitalistischen Industrieländern nur als wengleich höchst bedeutsamen Ausschnitt »einer unter unseren Augen vorsichgehenden Bewegung« erkennen zu lernen.

Das 20. Jahrhundert hat in seinem bisherigen Verlauf zu einer Steigerung der menschlichen Produktivkräfte ohnegleichen, gleichzeitig aber auch zu einer beispiellosen Zuspitzung und schließlich erstmals zur Sprengung der in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen angelegten Widersprüche geführt. Während sich einerseits die Jagd des Kapitals um den Erdball unerhört verstärkte, wie es schon das »Manifest« beschreibt, noch die entferntesten Länder in den Sog der internationalen Großkonzerne hineinzwang und deren unaufhaltsame Konkurrenz sich immer wieder in militärischen Konflikten bis hin zu den beiden Weltkriegen entlud, gelang es einem wachsenden Teil der Völker, das kapitalistische Joch zu durchbrechen und den Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung in Angriff zu nehmen. Wenngleich sich somit gemessen an früheren Perioden aus den bedeutenden Teilerfolgen der revolutionären Kräfte eine positive Bilanz ziehen läßt, so konnte doch andererseits nicht verhindert werden, daß sich hinter dem Rücken der weltweit im Kampf miteinander liegenden Parteien die Gefahren irreparabler Schäden für die natürliche Umwelt, der Vergeudung nicht ersetzbarer Rohstoffe und der Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts, ständig erhöhen; das unverminderte Wettrennen zwischen den beiden großen Militärblöcken steigert zudem die menscheitsgefährdende Bedrohung durch die Folgen eines thermo-nuklearen 3. Weltkrieges.

Seit der sozialistischen Oktober-Revolution in Rußland ist die Lebensfähigkeit eines großen, zahlreiche Nationen umfassenden Staates, der sich aus eigener Kraft den Weg zum Sozialismus bahnt, für jedermann unübersehbar geworden. »Rußland, ein Jahrhundert lang die Zitadelle der europäischen Konterrevolution ist zum Schauplatz der gewaltigsten proletarischen Revolution geworden. Zum ersten Mal hat das Proletariat die Herrschaft über einen großen Staat an sich gerissen. Die kapitalistische Welt zittert. Desto stärker aber schlagen die Herzen der Proletarier aller Länder für das russische Proletariat« — so faßt der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer als Zeitgenosse die Wirkung dieser den Verlauf des ganzen weiteren Jahrhunderts wesentlich bestimmenden Ereignisse zusammen. Die mit ungeheuren Opfern verbundene rasche Industrialisierung der Sowjetunion, ihr ausschlaggebender Beitrag zur Niederringung des deutschen Faschismus und ihr Aufstieg zum zweitmächtigsten Staat der Welt haben seitdem die Bedeutung des ersten sozialistischen Landes weit über die eigenen Grenzen hinaus gefestigt. Dies kann andererseits nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Stalin-Ära, die fortbestehenden, auch strukturell tradierten Einschränkungen individueller und kollektiver Freiheitsrechte sowie die militärischen Interventionen in der CSSR und in Afghanistan die innere Fortentwicklung der sozialistischen Länder wie ihr internationales Ansehen nachhaltig beeinträchtigen. Ein erheblicher Teil dieser Probleme ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß sich die beste-

henden sozialistischen Länder über einen unerwartet langen Zeitraum in die ihre eigene gesellschaftliche Entwicklung dominierenden Zwänge der Systemauseinandersetzung mit den kapitalistischen Ländern eingebunden finden. Linke Sozialdemokraten in der Bundesrepublik werden ähnlich wie seinerzeit Otto Bauer weder den fortschrittlichen Grundcharakter der in der Sowjetunion verwirklichten Produktionsverhältnisse leugnen oder vergessen lassen, noch unterschätzen sie die Bedeutung des sozialistischen Lagers als ein überall in Rechnung zu stellendes Gegengewicht gegenüber den Vorherrschaftsbestrebungen einzelner kapitalistischer Staaten und den von ihnen repräsentierten Monopolinteressen. Ebenso wenig aber werden sozialdemokratische Marxisten, die in ihrem eigenen Land für einen prinzipiell anderen Weg zum Sozialismus eintreten, auf die Äußerung offener, solidarischer Kritik an solchen Entscheidungen der Sowjetunion wie der anderen sozialistischen Staaten verzichten, die der Sache des internationalen Sozialismus abträglich sind.

Getrieben von immer krasserer Formen imperialistischer Ausbeutung und sozialer Verelendung ihrer Völker, aber auch angespornt durch das Beispiel der Oktoberrevolution hat sich seit dem Ende des 1. Weltkriegs der Emanzipationskampf der abhängig gehaltenen Länder der sog. Dritten Welt enorm verstärkt. Der russischen folgte die chinesische, kubanische, vietnamesische Revolution, um nur die wichtigsten zu nennen; sie alle sind in einen breiten Prozeß der Entkolonialisierung und der Erringung zumindest formaler Souveränitätsrechte für die außereuropäischen Nationen eingefügt. Immer geht es für die »geschichtslosen Völker« dieser Kontinente darum, neben der Abhängigkeit von den westlichen Industrieländern auch das Erbe anachronistischer einheimischer Macht- und Herrschaftsstrukturen zu überwinden und sich dadurch erst die Voraussetzungen für das Beschreiten eines eigenständigen, nichtkapitalistischen Entwicklungsweges zu schaffen. So vielfältig und teilweise widersprüchlich dabei die Anknüpfungspunkte, das »Umschmelzen« oft jahrhundertlang festgeschriebener nationaler, religiöser und kultureller Traditionen ausfallen und so schwerwiegend die in diesen Prozeß eingehenden Opfer sind, so sehr ist gleichzeitig die alle anderen Neuerungen des 20. Jahrhunderts in den Schatten stellende Bedeutung dieses Vorgangs hervorzuheben, der erstmals die universelle Geltung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zum Durchbruch gelangen läßt.

Die Arbeiterbewegung eines kapitalistischen Industrielandes wie die Bundesrepublik hat sich dabei bewußt zu machen, daß mit dem selbstbewußten Eintritt dieser Völker in die Weltpolitik eine historische Schuld im Verhältnis der »ersten« zur »dritten« Welt zu begleichen ist, von der auch die Entwicklung ihrer eigenen sozialen Lage nicht unberührt bleiben kann. Ökonomisch heißt dies, den Kampf für eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu unterstützen, die grundlegende Um- und Rückvertei-

lungsprozesse zugunsten der »Dritten Welt« einleitet und die bisher geltenden Mechanismen des »ungleichen Tauschs« schrittweise außer Kraft setzt. Politisch verlangt das nicht nur die unbedingte Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« und ihren jungen Nationalstaaten sowie die Abwehr neokolonialistischer Tendenzen der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik; unabdingbar ist auch das Eintreten für das Recht jedes dieser Länder, über die Richtung seines gesellschaftlichen Aufbaus frei von äußeren Einmischungen entscheiden zu können. Linke Sozialdemokraten in der Bundesrepublik werden sich durch die Orientierung ihres täglichen politischen Kampfes darum bemühen, zur Verwirklichung einer so verstandenen internationalen Solidarität der fortschrittlichen Kräfte und zur Erhaltung hierauf beruhender Normen des Völkerrechts beizutragen, wie sie insbesondere von der Bewegung der blockfreien Länder angestrebt werden.

Die »Herforder Thesen« verstehen sich insgesamt als Versuch einer systematischen Begründung und Handlungsanleitung für gesellschaftsveffindernde Praxis im Rahmen und durch die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik. Ihre Elemente im einzelnen aufzulisten, kann daher nicht Aufgabe dieser Einleitung sein. An dieser Stelle ist lediglich zu verdeutlichen, wie sich die hiesigen Klassenauseinandersetzungen und die Arbeit von Marxisten in der SPD an der Verstärkung ihres sozialistischen Potentials in die »allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung« einfügen. Ungeachtet der tiefgreifenden Widersprüche, die vielerorts bereits zu einer revolutionären Überwindung geführt haben, gelingt es dem internationalen Kapitalismus in seinen Zentren noch immer, einen verhältnismäßig großen Konsens der Bevölkerung bis weit in die Klasse der Lohnabhängigen hinein gegenüber den grundlegenden Mechanismen der Profitwirtschaft herzustellen. Zwar zeigen sich die »Konstruktionsfehler« einer solchen Gesellschaft auch hier mit wachsender Schärfe, wenn man das Ausmaß der mittlerweile chronischen Massenarbeitslosigkeit, der Unsicherheit der Arbeitsplätze, von Arbeitshetze und Deklassierung ganzer Bevölkerungsgruppen in diesen Ländern betrachtet. Dennoch haben der in den kapitalistischen Industrieländern von breiten Schichten des Volkes erreichte Lebensstandard, aber auch das aus heftigen, ganze Generationen umspannenden sozialen Auseinandersetzungen hervorgegangene Maß an demokratischen Einwirkungsrechten und die ideologische Integration in Gesellschaft, Staat und Kultur immer wieder einem Massenbewußtsein Auftrieb gegeben, dem der Bruch mit der vorhandenen ökonomischen Logik überflüssig oder aussichtslos erscheint. Zudem hat die schwerpunktmäßige gerade in diesen Ländern konzentrierte Entwicklung der Produktivkräfte dem Kapitalismus hier bis in der Gegenwart den Anschein eines dynamischen, Widersprüche aus eigener Kraft lösenden Wirtschaftssystems gegeben, dessen aggressive Abwälzungsstrategien im Innern wie im Verhältnis

zu den weniger entwickelten Staaten und im Machtkampf mit den sozialistischen Ländern weithin unbegriffen blieben.

Marxistisch orientierte Sozialdemokraten eines Landes, das sich noch unter den kapitalistischen Zentren in eine exponierte Sonderrolle hinein-drängt, treffen unter solchen Umständen auf zusätzlich komplizierte Arbeits- und Kampfbedingungen.. Weit entfernt davon, in ihrer Partei und bei den Lohnabhängigen kurzfristig auf die Entschlossenheit zu grundlegenden sozialistischen Gesellschaftsveränderungen rechnen zu können, werden sie zunächst nur gemeinsam mit allen anderen, wenigstens zu einzelnen Reformmaßnahmen bereiten Kräften innerhalb und außerhalb ihrer Partei für einen aktiven, eigenständigen Beitrag der Bundesrepublik zur Entspannungs- und Friedenspolitik, für Abrüstung und Umverteilung zugunsten der »Dritten Welt« nach außen, nach innen für die Sicherung der demokratischen Substanz des Grundgesetzes, für eine alternative Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik im Arbeitnehmerinteresse sowie für die Emanzipation der Frau kämpfen. Da sie jedoch gleichzeitig zum »entschiedensten, immer weitertreibenden Teil der Arbeiterbewegung aller Länder« gehören, werden sie unter Bezug auf den gesamten historischen Horizont der internationalen Sozialdemokratie wie der revolutionären Erfahrungen anderer Nationen daran arbeiten, die notwendige Verknüpfung zwischen der Realisierung solcher Tagesforderungen und dem Beschreiten eines neuen, demokratischen, nur den gesellschaftlichen Verhältnissen und den Traditionen der Arbeiterbewegung des eigenen Landes verpflichteten Wegs zum Sozialismus bewußt zu machen und dann auch tatsächlich in Angriff zu nehmen.

Wie sich aus dem Zusammenhang der gesamten Thesen ergibt, kann es dabei nach unserer Überzeugung nur um eine eng mit der Arbeiterbewegung unserer westeuropäischen Nachbarländer abgestimmte Strategie gehen, in der die Garantie der vom Grundgesetz formulierten demokratischen Freiheitsrechte, mithin auch der Pluralismus politischer Parteien unabhängig von ihrer gesellschaftspolitischen Zielsetzung und die uneingeschränkte Geltung des in allgemeinen Wahlen zum Ausdruck kommenden Mehrheitswillens der Bevölkerung für alle Phasen der sozialistischen Transformation verbindlich bleibt. Die unzweideutige Parteinahme für die Strategie des demokratischen und friedlichen Wegs zum Sozialismus in der Bundesrepublik und die darin enthaltene prinzipielle Anerkennung der grundlegenden Bedeutung demokratischer Entscheidungsprozesse werden somit nicht als Anpassung an gegenwärtig vorhandene Kräfteverhältnisse oder als Rückzug auf bequemere Formen des politischen Kampfes, sondern als das hierzulande einzig mögliche, daher von den revolutionären Kräften selbst zu allererst einzuhaltende Vorgehen für die Entfaltung gesellschaftsverändernder Masseninitiativen betrachtet.

II. Grundlegende Krisenmomente des gegenwärtigen Kapitalismus

2. These

Hauptmerkmale der sozialökonomischen Entwicklung des Kapitalismus der 70er Jahre

Herausragendes *und* bestimmendes Ereignis in der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft der 70er Jahre war zweifellos die Krise der Jahre 1974 bis 1976. Ihr folgte eine langanhaltende, von nur geringfügigen und kurzfristigen Aufschwungphasen unterbrochene Depressionsperiode, die bis in die 80er Jahre hineinreicht.

Damit erwiesen sich die 70er Jahre — vor allem im Vergleich zu den beiden vorangegangenen Jahrzehnten — als eine Periode überwiegend depressiver und krisenhafter Tendenzen, die sich vom unmittelbar ökonomischen über den sozialen bis hin zum politischen Bereich erstreckten. Der fest verwurzelte Glaube an die schier grenzenlosen Entwicklungsmöglichkeiten des zeitgenössischen »organisierten« Kapitalismus, der sich in den 50er und 60er Jahren herausgebildet hatte, wurde dadurch schwer erschüttert. Massenarbeitslosigkeit in Millionenhöhe, stagnierende Einkommen und wachsender Lohndruck, zunehmende Arbeitshetze und Abbau sozialer Leistungen kennzeichneten die Situation; die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung verschlechterten sich zum Teil erheblich.

Hart getroffen vom Zusammenbruch des sozialen Optimismus wurden auch die überwiegend reformistisch orientierten Arbeiterorganisationen der kapitalistischen Hauptländer, deren Strategien sich auf die Vorstellung von einem *krisenfreien* Verlauf der kapitalistischen Entwicklung gegründet hatten. Ihre Kampfmittel und ihre traditionellen Konzeptionen erwiesen sich nun als weitgehend überholt.

Erneut mußten die Arbeiter auch in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern die Erfahrung machen, daß Organisation und Widerstandsbereitschaft zwar dem spontanen Druck der kapitalistischen Akkumulation auf die Lage der Arbeiter entgegenwirken, nicht jedoch die grundlegenden Gesetze des Kapitalismus aufheben können.

Bei der Weltwirtschaftskrise von 1974/76 handelte es sich im Kern um eine der zyklischen Überproduktionskrisen, wie sie für die Entwicklung des Kapitalismus seit der industriellen Revolution zu Beginn des 19. Jahrhunderts charakteristisch sind. Dennoch: Keine Krise ist mit den vorausgegangenen identisch. Was an der Krise 1974/76 zunächst einmal auffällt, ist ihr ausgesprochen internationaler Charakter. Zum erstenmal seit dem Ende des 2. Weltkriegs erfaßte die Krise nahezu gleichzeitig alle Hauptländer des Kapitals (USA, Japan, BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien). Hatte zuvor noch die Ungleichzeitigkeit der nationalen Konjunkturzyklen

stets krisenmildernd gewirkt, da ein Teil der nationalen Überproduktion ins Ausland exportiert werden konnte, so entfiel diese Möglichkeit in der Krise 1974/76 weitgehend. Dies verschärfte den Krisenverlauf erheblich. Obwohl die Ursachen für die bemerkenswerte Gleichzeitigkeit der Krise in allen kapitalistischen Hauptländern noch nicht hinreichend geklärt sind, kann doch vermutet werden, daß die »Energiekrise« 1973 und die gleichzeitige weltweite Erhöhung der Erdölpreise hierzu in erheblichem Maße beigetragen haben.

Zu den Besonderheiten der Krise von 1974/76 zählt neben ihrer räumlichen und zeitlichen Dimension vor allem auch ihr spezifisches Gewicht: Sowohl was den Rückgang der Produktion (insbesondere der Industrieproduktion) als auch was den Rückgang der Investitionen angeht, übertrifft sie alle vorangegangenen Krisen seit dem 2. Weltkrieg. Besonders intensiv äußerte sich die Krise im Anstieg der Arbeitslosigkeit, die sich gegenüber dem Vorkrisenstand mehr als verdoppelte, in den Hauptländern Westeuropas sogar verdrei- bis vervierfachte. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen stieg 1975 im Bereich der OECD selbst nach den unvollständigen offiziellen Angaben auf rund 20 Millionen, hinzu kam eine statistisch kaum erfassbare Zahl von Kurzarbeitern usw.; schon daraus ergibt sich, daß der Produktionsausfall 1975 weltweit mindestens den Umfang der Jahresproduktion eines so bedeutenden Industrielandes wie Frankreich ausmachte.

Die bei weitem wichtigste Besonderheit der Krise von 1974/76 war jedoch die tief- und langwirkende Verflechtung von zyklischen und strukturellen Krisentendenzen, die den weiteren Verlauf des kapitalistischen Entwicklungsprozesses in den 70er Jahren und noch heute entscheidend beeinflusste. Zu diesen strukturellen Krisentendenzen zählen vor allem

- die zunehmenden Energie- und Rohstoffprobleme,
- die »ökologische Krise«, das wachsende Problem der Umweltzerstörung,
- die Strukturkrisen einiger Schlüsselzweige der Wirtschaft,
- die Inflation und die wiederholten Geld- und Währungskrisen,
- die nicht mehr kurierbare Finanzmisere der Staatshaushalte.

Angesichts dieser komplexen Probleme erwiesen sich die traditionellen und »modernen« wirtschaftspolitischen Instrumentarien der kapitalistischen Staaten als weitgehend wirkungslos. Der innere Zusammenhang der verschiedenen Krisenmomente — z.B. der Zusammenhang zwischen staatlicher Konjunkturförderung, zerrütteten Staatsfinanzen und Inflation — machte sich vielmehr unübersehbar geltend.

Die Folge war, daß die »Konjunkturaufschwünge« nach der Krise 1974/76 nur noch höchst labile und schwache Aufschwünge der Produktion waren, die die sozial und politisch bedeutsamste Krisenerscheinung, die Massenarbeitslosigkeit, nicht entfernt zu beseitigen vermochten. So ist das Millionenheer der Arbeitslosen zu einer chronischen Erscheinung der zwei-

ten Hälfte der 70er Jahre geworden, die auch die zukünftige Entwicklung noch lange prägen wird. Denn gleichzeitig sind in der Struktur der Investitionen bedeutende Veränderungen eingetreten, die das Problem der Massenarbeitslosigkeit noch erheblich verschärfen werden: Das insgesamt relativ bescheidene Produktionswachstum der letzten Jahre wurde fast ausschließlich durch Rationalisierungsinvestitionen getragen, die damit die Funktion von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen zugleich übernahmen. Ihre Grundlage bildete ein enormer Innovationsschub im Gefolge neuer wissenschaftlich-technischer Entwicklungen, von denen die »Revolution der Mikroprozessoren« nur das bekannteste und vielleicht sozial folgenreichste Beispiel ist.

Dieser tiefgreifende Wandel in der Produktionstechnologie hat seinen Ursprung zwar schon in den 60er Jahren, den entscheidenden Impuls hat er aber erst im Gefolge der Krise 1974/76 erfahren. Auch jetzt am Beginn der 80er Jahre befinden wir uns noch im Anfangsstadium einer Entwicklung, durch die in den Büroberufen und im Handel Millionen von Arbeitsplätzen wegrationalisiert werden. Damit zeichnen sich, neben dem weiterhin anhaltenden Druck auf das globale Beschäftigungsniveau, auch erhebliche Wandlungen in der Arbeitsplatzstruktur und in den Qualifikationsanforderungen ab, die insgesamt auf eine anhaltende Existenzverunsicherung der Arbeiter und Angestellten hinauslaufen werden. Die Weltwirtschaftskrise 1974/76 stellt einen bedeutenden Einschnitt in der Entwicklung der kapitalistischen Hauptländer dar, dessen Folgen heute erst in Ansätzen zu übersehen sind.

3. These

Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz

Die Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes ist gekennzeichnet durch Kräfteverschiebungen innerhalb der kapitalistischen Hauptländer und durch ein weiter zunehmendes Gefälle zwischen den kapitalistischen Zentren einerseits und den Entwicklungsländern andererseits.

Innerhalb der kapitalistischen Hauptländer konnten nach dem 2. Weltkrieg die USA eine zunächst absolut dominierende Stellung erlangen, gestützt auf hohe Rüstungsausgaben — insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Vietnam-Krieg —, begünstigt durch das auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Weltwährungssystem und vermittels einer umfassenden Kapitalexporth-Offensive ihrer großen multinationalen Konzerne. Das Ende der US-Aggression in Vietnam fällt dann zeitlich eng zusammen mit dem Ende der im Westen als »Wirtschaftswunder« bezeichneten Phase. Gleichzeitig mit dem Erreichen ihrer politisch-militärischen Schranken stießen die USA auch auf zunehmende ökonomische Grenzen. Mit dem

Eintritt in die allgemeine Depression der Krise 1974/76 wurden die Verschiebungen des wirtschaftlichen Kräfteverhältnisses zwischen den kapitalistischen Hauptländern dann deutlich sichtbar: Insbesondere Japan und der BRD gelang es, ihre Welthandelsanteile zu Lasten der USA zu erhöhen — begünstigt durch relative Lohnkostenvorteile und gestützt auf eine forcierte technologische Entwicklung. Als Ergebnis dieses Entwicklungsprozesses ist eine deutliche Relativierung der Führungsposition des US-Imperialismus festzustellen, während die BRD innerhalb der EG zur eindeutig stärksten Wirtschaftsmacht aufrückte.

Noch wesentlich gravierender waren demgegenüber die Verschiebungen zwischen den kapitalistischen Zentren und den unterentwickelten Ländern, in deren Folge die Benachteiligung und Verelendung der ärmeren Länder durchweg noch verstärkt wurde. Erneut wurde deutlich, daß die aus der Zeit des Kolonialismus und des Imperialismus herrührende Weltwirtschaftsordnung alles andere als eine freiheitliche marktwirtschaftliche Ordnung ist, die durch Freihandelspolitik und harmonischen Interessenausgleich den Wohlstand aller beteiligten Länder fördert. Für die Entwicklungsländer ist die bestehende Weltwirtschaftsordnung vielmehr ein System, in dem sie durch staatlichen Zwang der kapitalistischen Industrienationen und Preisdiktate der multinationalen Großkonzerne nach wie vor zu Abhängigkeit und Armut verurteilt sind. Diese ungleichen und ungerechten Strukturen wurden im Verlauf der 60er und 70er Jahre noch verschärft. In den kapitalistischen Hauptländern verstärkte sich die Tendenz, daß Branchen mit überwiegend »einfachen« Produktionstechnologien Auslagerungen von Arbeitsstätten in Länder der »Dritten Welt« vornahmen. Hierdurch bildeten sich zwar einige »neue Industrieländer« heraus (z.B. Brasilien, Südkorea), zugleich aber nahm auch ihre Abhängigkeit von den kapitalistischen Zentren zu. Denn die eigentlich innovative Entwicklungsarbeit mit ihrem entsprechend vielfachen Wertschöpfungspotential bleibt weiterhin in den kapitalistischen Zentren, während in die Entwicklungsländer nur die einfachen Arbeitsprozesse, die Werk- und Montagestätten ausgelagert werden.

Allerdings wuchs auch der internationale Widerstand gegen die imperialistische Ausbeutung und Abhängigkeit, und einer Gruppe von Ländern — den OPEC-Staaten — ist es erstmals gelungen, den ungleichen Tausch in erheblichem Umfang zu durchbrechen. Der von diesen Ländern durchgesetzte Preisanstieg für das Erdöl reicht bislang — obwohl die Propaganda der kapitalistischen Staaten ein ganz anderes Bild erwecken will — aber lediglich aus, einen gewissen Ausgleich für den jahrzehntelang wesentlich stärkeren Anstieg der Preise für Industrieprodukte zu schaffen, und die Erfolge, die die OPEC-Staaten erreichten, sind auch ständig bedroht, sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht, als auch durch die verstärkten Kriegsdrohungen der USA, die diese Entwicklung wieder rückgängig ma-

chen wollen. — So zeigte sich, daß die Weltwirtschaftskrise 1974/76 und die Veränderungen in der Struktur des kapitalistischen Weltmarktes die Probleme der unterentwickelten Länder in vieler Hinsicht weiter verschärft haben. Die Lage der ärmsten Länder — und damit eines großen Teils der Menschheit — ist kritischer und hoffnungsloser als je zuvor — wenn es nicht gelingt, das kapitalistische Weltwirtschaftssystem durch eine neue und gerechtere Ordnung abzulösen.

4. These

Zunehmende soziale, politische und internationale Konflikte

Die tiefgreifende Krise des kapitalistischen Weltsystems seit Mitte der 70er Jahre hat in Verbindung mit der wachsenden Macht des Monopolkapitals im nationalen wie im internationalen Rahmen zu einer gefährlichen Zuspitzung auch vieler sozialer und politischer Konflikte geführt.

In den kapitalistischen Hauptländern sind Unternehmer und Regierungen immer offener daran gegangen, die Hauptlast der Krise auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen und die kapitalistische Wirtschaft durch den Abbau sozialer Errungenschaften zu stabilisieren. Gleichzeitig haben die Tendenzen stark zugenommen, die demokratischen Rechte der Arbeiter und ihrer Organisationen einzuschränken. In dem Maße, wie sich der Kapitalismus als unfähig erwies, die Arbeits- und Lebensbedingungen der großen Mehrheit des Volkes zu sichern und zu verbessern, in dem Maße, wie sich Kritik und Kampfbereitschaft gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung verbreiteten, erschien es dem Kapital notwendig, sein Herrschaftsinstrumentarium auszubauen und gegebenenfalls auch mit großer Härte einzusetzen. Hierbei sind es die konservativen Länder — wie z.B. Großbritannien —, wo mit aller Entschiedenheit auf Repression und Unterdrückung gesetzt wurde, während die sozialdemokratischen Regierungen stärker versuchten, einen gemäßigten Weg zu beschreiten. Doch gerade das Beispiel der Bundesrepublik zeigt, daß auch Sozialdemokraten den Abbau demokratischer Rechte mittragen halfen, indem sie eine beispiellose Ausweitung des staatlichen Überwachungsapparates herbeiführten und sich bis heute an der Berufsverbote-Praxis beteiligen.

Der Abbau sozialer und demokratischer Rechte blieb jedoch nicht die einzige reaktionäre Entwicklungstendenz. Vielmehr ist festzustellen, daß trotz zunehmender Kritik und Gegenwehr auch die ökologische Bedrohung ständig zunimmt. Obwohl längst erkannt ist, daß die weitgehend ungehinderte kapitalistische Industrieproduktion die Lebensgrundlagen der Bevölkerung immer mehr zerstört, werden keine wirksamen Maßnahmen des Umweltschutzes ergriffen. Im Gegenteil: Im Interesse des großen Ka-

pitals wird in den USA und in Westeuropa an der Ausweitung der Kernenergie festgehalten, obwohl hiermit unübersehbare Gefahren verbunden sind. Und schließlich nimmt auch der Ausbau der Rüstung in den kapitalistischen Ländern eine äußerst gefährliche Entwicklung. Damit wird erneut eine Situation geschaffen, in der der Fortbestand des Friedens akut gefährdet ist. Es ist offenkundig, daß relevante Kräfte in den USA nicht mehr vor der Möglichkeit eines militärischen Konflikts zurückschrecken. Ihre Versuche, Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zu torpedieren und gleichzeitig eine imperialistische Eingreiftruppe zur Sicherung von Erdöl- und Rohstoffquellen in der Dritten Welt zu schaffen, beweisen, daß die Gefahr neuer kriegerischer Auseinandersetzungen erheblich zugenommen hat.

So zeigt sich, daß die grundlegend krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus in den 70er Jahren ein hochexplosives Gemisch aus Ökonomie und Politik für die Welt in den 80er Jahren erzeugt hat.

5. These

Fortbestand des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise

Die heute festzustellende Zuspitzung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ist nichts anderes als ein Beleg dafür, daß der von Marx analysierte Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft in aller Schärfe fortbesteht und nicht etwa in der »modernen Industriegesellschaft« aufgehoben wäre.

Und nach wie vor gilt, daß dieser Grundwiderspruch zugleich Ausgangspunkt und Ursache der prinzipiellen Begrenztheit des Kapitalismus ist: Immer deutlicher wird sichtbar, daß der Drang nach dem größtmöglichen Profit, der in der Vergangenheit zu einer ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte und zur Vergrößerung des gesamten gesellschaftlichen Reichtums geführt hat, heute mehr und mehr zu einer Schranke, ja zu einer existentiellen Gefährdung der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung geworden ist.

Diejenigen neuen Strukturmerkmale des heutigen Kapitalismus, die auf der Grundlage der allgemeinen ökonomischen und politischen »Bewegungsgesetze« dieser Gesellschaft die aktuelle Entwicklung prägen, sind vor allem:

- die Herausbildung der großen Konzerne, die in Form multinationaler Monopokinternehmen heute die kapitalistische Wirtschaft prägen,
- die ständig weiterreichende ökonomische Einbeziehung des Staates in den Wirtschaftsprozeß,

— die gleichwohl fortbestehende, sich noch verschärfende und verallgemeinernde Krisenproblematik.

Alle drei Entwicklungstendenzen bestimmen den Gang der Entwicklung heute in wesentlich größerem Maße als je zuvor und stellen die Arbeiterbewegung national wie international vor erheblich veränderte Kampfbedingungen.

6. These

Die Herausbildung der nationalen und multinationalen Monopolunternehmen

Die Akkumulation als Wachstumsprozeß der Einzelkapitale hat von Anfang an zur Herausbildung unterschiedlich großer Unternehmen geführt. Einigen Unternehmen gelang es, sich besser im Markt zu behaupten als andere; sie vergrößerten ihre Produktionsmittel und die Zahl der Beschäftigten wesentlich schneller und wuchsen dadurch in überdurchschnittlichem Maße.

Diese Entwicklung hat im Verlauf der Zeit zu außerordentlichen Größenunterschieden zwischen den einzelnen Unternehmen geführt; einer großen Zahl sehr kleiner Unternehmen stand bald eine sehr geringe Zahl von Unternehmen mit heute teilweise hunderttausenden von Beschäftigten gegenüber, die natürlich ein ungleich größeres wirtschaftliches Gewicht erreichten. Bereits zum Ende des vergangenen Jahrhunderts schlugen diese quantitativen Größenunterschiede in eindeutige qualitative Differenzen der Kapitalverwertung um, der Kapitalismus der »freien Konkurrenz« vieler gleich großer Einzelunternehmen trat in die Entwicklungsphase des Monopolkapitalismus ein, in der wenige monopolistische Unternehmen Produktion, Investitionen und Beschäftigung der Gesamtwirtschaft dominieren. Diese monopolistischen Unternehmen sind in der Lage, sich den Verwertungsbedingungen der »freien Konkurrenz« aufgrund ihrer strukturell größeren wirtschaftlichen und außerökonomischen Macht in bestimmten Bereichen dauerhaft zu entziehen: Sie können ihren Abnehmern, Konkurrenten und Zulieferern Preise diktieren, die über einen längeren Zeitraum von denen der »freien Konkurrenz« abweichen; sie erzielen hierdurch (und auf andere Weise) ständige Extraprofite, die ihnen wiederum entscheidende Wachstumsvorteile für die Zukunft liefern.

Waren diese Monopolprofite zu Anfang noch die Ausnahme, so setzte sich doch mit der Zeit die Konzentration und Zentralisation des Kapitals derart fort, daß wenige Großunternehmen in fast allen Branchen der Wirtschaft eine solche besondere Machtstellung erlangten, d.h. zu Monopolunternehmen wurden. Heute ist die monopolistische Preisbildung eine der wesentlichen Ursachen für die nun schon seit Jahrzehnten anhaltende

Inflation, deren Opfer vor allem die arbeitende Bevölkerung ist, die aber auch die Profite der nichtmonopolistischen Unternehmen beschneidet.

Die seit dem Ende des letzten Jahrhunderts ablaufende Monopolisierung der Wirtschaft überschreitet inzwischen längst die Grenzen der Nationalstaaten; es haben sich multinationale Monopolunternehmen herausgebildet, die von ihrem wirtschaftlichen Gewicht her ganze Völkern kleinerer Länder übertreffen. Diese Entwicklung bedeutet nun nicht, daß die Monopolisierung die Konkurrenz und die anderen mit ihr verbundenen Entwicklungsgesetze des Kapitalismus aufheben würde. Die Konkurrenz wird vielmehr nur teilweise durchbrochen, sie nimmt zwischen den einzelnen Monopolen sogar oftmals eine besondere Schärfe an. So muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß es der weltweite Kampf der Monopole und »ihrer« Nationalstaaten um Marktanteile und Einflßzonen war, der die verschiedenen Kriege zwischen den kapitalistischen Staaten (bis hin zu den beiden Weltkriegen dieses Jahrhunderts) wesentlich mitverursachte.

Auch die anderen Bewegungsgesetze des Kapitalismus — z.B. die Herausbildung der Durchschnittsprofitrate — werden durch die Monopolisierung nicht aufgehoben, sondern nur in ihrer Wirkungsweise — wenn auch in erheblichem Umfang — modifiziert.

War es im »Konkurrenzkapitalismus« noch unmöglich, daß einzelne Unternehmen einen dauerhaften Extraprofit erzielen konnten, weil andere Kapitalien dann in diese gewinnträchtige Anlage hineinstießen, so wird die Kapitalwanderung jetzt in erheblichem Maße dadurch gehemmt, daß für die Aufnahme einer neuen Produktion so enorm hohe Aufwendungen notwendig sind, daß dies nur noch von größten Unternehmen aufgebracht werden kann. Zugleich ist festzustellen, daß Monopolunternehmen aufgrund ihrer Machtposition in bestimmten rückläufigen Wirtschaftszweigen noch rentabel unter Bedingungen produzieren können, unter denen das »einfache« Kapital die Produktion schon lange hätte aufgeben müssen. Möglich wird dies dem Großunternehmen durch den Monopolprofit und insbesondere auch staatliche Unterstützungsmaßnahmen.

Dennoch können sich auch die Monopolunternehmen den Gesetzen der Konkurrenz nur zum Teil entziehen. Ihre Lage ist deswegen auch dadurch stets relativ instabil, daß sie — um bestehen zu können — die Produktivkraftentwicklung weiter vorantreiben müssen, d.h. vor allem den technischen Fortschritt zur Erhöhung des Profits einsetzen müssen.

Dieser technische Fortschritt in Gestalt neuer Produktionsverfahren oder neuer Produkte bewirkt aber zwangsläufig erhebliche volkswirtschaftliche Strukturwandlungen, indem bestimmte Produktionszweige, auf denen sich Monopole gründen, an Gewicht verlieren (z.B. Kohle und Stahl), während andere in den Vordergrund treten (z.B. Erdöl, Elektronik, Chemie) und die Verwertungskraft der »alten« Monopole schwächen

oder sogar zerstören. Die ICrisenhaftigkeit des monopolistischen Kapitalismus ist daher insofern sogar größer, als die Verteidigungsmaßnahmen der »traditionellen« Monopole eine Beharrungstendenz bewirken, die letztlich zu volkswirtschaftlich bedeutenden Strukturkrisen führen kann.

Die Folge ist, daß das kapitalistische System auch im monopolistischen Stadium gezwungen ist, nach zusätzlichen Mitteln zu seiner Aufrechterhaltung und Stabilisierung zu suchen. Die entscheidende Entwicklungstendenz auf diesem Wege ist in unserem Jahrhundert die zunehmende Einbeziehung des staatlichen Handelns in den unmittelbaren Reproduktionsprozeß.

7. These

*Die Einbeziehung des Staates in den unmittelbaren Wirtschaftsprozeß:
Die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus*

Der bürgerliche Staat ist als »Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse« von Anfang an nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch im Interesse des Kapitals tätig gewesen. Die Ansatzpunkte und das Ausmaß der Staatstätigkeit haben jedoch im Verlauf der letzten 100 Jahre entscheidende Veränderungen erfahren.

Früher beschränkte sich die ökonomische Aktivität des Staates hauptsächlich auf die Gewährleistung von Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktion. So garantierte der Staat die rechtlichen Voraussetzungen für die Entfaltung des Unternehmertums und stellte darüber hinaus Einrichtungen der produktionsbezogenen und sozialen Infrastruktur bereit, deren Vorhandensein unbedingt notwendig, aber privat nicht rentabel war (Verkehrssystem, Bildungswesen u.a.m.). Der Staat war daher die Organisation, »welche die bürgerliche Gesellschaft sich gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrecht zu erhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten« (Engels).

An dieser Einschätzung — wie auch an Engels' Charakterisierung des Staates als »ideeller Gesamtkapitalist« — ist auch heute noch festzuhalten, auch wenn sich im Verlauf der Entwicklung erheblich veränderte Bedingungen im einzelnen ergeben haben. So muß natürlich gesehen werden, daß die Arbeiterbewegung im Kampf für ihre Emanzipation Erfolge erzielt hat, die eine Gleichsetzung der heutigen bürgerlichen Demokratie mit früheren monarchischen oder gar mit faschistischen Staatsformen unmöglich macht: Während sich der Staat früher weitgehend auf die offene Unterdrückung der Arbeiterklasse stützte, sind es heute vor allem ideologische Mechanismen, die die Vorherrschaft des Kapitals sichern, ohne daß auf die verschiedensten verdeckten bzw. strukturellen Unterdrückungsmaßnahmen allerdings verzichtet würde.

Eine entscheidende Veränderung der Staatsfunktion im ökonomischen Bereich ist die Tatsache, daß der Staat in massiver Form auch direkt im Prozeß der Kapitalverwertung tätig wird. Während es im Deutschland der Mitte des vorigen Jahrhunderts nur ein geringer Anteil des Volkseinkommens war, die der Staat erfaßte, dürften es heute schon 40 bis 50% des Volkseinkommens sein, die Jahr für Jahr vom Staat kontrolliert und umverteilt werden. In anderen Ländern — vor allem in Italien — ist der Staat sogar schon zu einem »Großunternehmer« geworden, der die privaten Konzerne in ihrer Bedeutung erreicht oder noch übertrifft.

Ursächlich für diese Entwicklung des Staates zum bestimmenden Einflußfaktor für die Kapitalverwertung ist der Umstand, daß das private Kapital auch in seiner monopolistischen Form »allein auf sich gestellt« längst an die Grenzen seiner Entwicklungsmöglichkeiten gestoßen ist. Dies zeigte sich ganz deutlich in der Weltwirtschaftskrise 1929 und erneut seit Mitte der 60er Jahre, als die nachkriegsbedingten Wachstumsimpulse der kapitalistischen Wirtschaft ausgelaufen waren. Seit diesen Kriseneinschnitten erweisen sich die staatlichen Finanzierungen von Forschung und Entwicklung, Industrieansiedlung und Profitsubventionierung als unverzichtbare Voraussetzung der kapitalistischen Produktion. Die Subventionen und Steuervergünstigungen des Staates für die Wirtschaft erreichen heute ein Ausmaß, das den gesamten Investitionen in der Industrie der Bundesrepublik nahezu gleichkommt. In Bereichen wie der Kernenergie, der Computertechnik und der Luft- und Raumfahrt übersteigt der erforderliche Forschungs- und Entwicklungsaufwand selbst das Potential der größten Monopole, so daß eine Aufrechterhaltung und Entwicklung der Produktion ohne massive staatliche Intervention nicht mehr denkbar wäre.

In gleicher Weise haben seit der Weltwirtschaftskrise, insbesondere aber seit Mitte der 60er Jahre, die Versuche zugenommen, den ständig wiederkehrenden Wirtschaftskrisen und Wachstumsproblemen mit staatlichen Planungs- und Regelungsversuchen zu begegnen. Trotz aller Verfeinerungen und Verstärkungen des wirtschaftspolitischen Instrumentariums gelang es allerdings nicht, der verschärften Krisenprobleme auch nur annähernd Herr zu werden.

Bei der Einschätzung dieser grundlegenden Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus ist es von großer Bedeutung, die Interessenbindungen und die Richtung der staatlichen Interventionen in den Wirtschaftsablauf genauer zu betrachten. So muß eindeutig festgestellt werden, daß sich die staatlichen Finanzierungen zwar keineswegs ausschließlich, aber doch weit überwiegend auf die monopolistischen Großunternehmen beziehen. Sie können aufgrund ihres dominierenden wirtschaftlichen und politischen Gewichts weitaus stärker und dauerhafter die staatlichen Vorleistungen und Subventionen lenken als die nichtmonopolistische Konkurrenz; sie haben ihren direkten und indirekten Einfluß auf den

Staatsapparat aus Mi wesentlich effektiver personell und institutionell abgesichert.

Zwar bleibt der Staat auch unter monopolistischen Bedingungen aufgrund des nach wie vor vorhandenen Gewichts der mittleren und größeren nichtmonopolistischen Unternehmen »ideeller Gesamtkapitalist«, aber seine zunehmende und strukturelle Vereinnahmung durch die Monopolunternehmen ist nicht zu übersehen. Besonders deutlich wird dies in den volkswirtschaftlichen Schlüsselindustrien wie z.B. dem Energiesektor, wo der Staat zunächst im Interesse der Erdölkonzerne eine drastische Abkehr von der Kohle vorantreiben half, und wo nun die Kernenergie mit enormem finanziellen und auch politischen Aufwand forciert wird.

Der Charakter des gegenwärtigen Kapitalismus liegt in einer intensiven, gleichwohl aber nicht widerspruchsfreien Verflechtung von Staat und privaten Monopolen, wobei sich die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus jetzt unter ständiger direkter und indirekter Einflußnahme des Staates verwirklichen: »Heute brauchen die kapitalistischen Monopole den Staat, nicht nur um eine ihnen passende soziale Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern der beständigen Unterstützung auf ökonomischem Gebiet wegen.« (CERES)

Vor diesem Hintergrund erscheint es durchaus zutreffend, den heutigen Kapitalismus als »staatsmonopolistischen Kapitalismus« zu bezeichnen, bringt dieser Ausdruck doch die entscheidenden ökonomischen Entwicklungstendenzen des Wirtschaftssystems ins Bewußtsein: die dominierende Rolle der nationalen und multinationalen Monopolunternehmen und die enorm angestiegene ökonomische Bedeutung des Staates für die Aufrechterhaltung der Produktion.

8. These

Bedingungen und Grenzen der Staatstätigkeit im heutigen Kapitalismus

Die konkrete Politik hochentwickelter kapitalistischer Staaten kann weder von der herrschenden Klasse beliebig in ihrem Sinne instrumentalisiert werden, noch ist es berechtigt, davon auszugehen, daß Staat und Monopole widerspruchsfrei zu einem einheitlichen Block verschmolzen seien.

Zwar ist der Staat im Kapitalismus prinzipiell der »Staat der Kapitalisten« (Engels), d.h. vor allem dem Druck und der Verflechtung mit dem Monopolkapital unterworfen. Dennoch bewahrt er sich weiter jene »relative Selbständigkeit« gegenüber dem Kapital, die Engels ebenfalls als grundsätzliches Charakteristikum des bürgerlichen Staates nannte und beschrieb: Der Staat als »selbständige Macht hat zwar im großen und ganzen der Bewegung der Produktion zu folgen, reagiert aber auch, Kraft der ihr

innewohnenden, d.h. ihr einmal übertragenen und allmählich weiterentwickelten relativen Selbständigkeit, wiederum auf die Bedingungen und den Gang der Produktion. Es ist Wechselwirkung zweier ungleicher Kräfte, der ökonomischen Bewegung auf der einen, der nach möglichster Selbständigkeit strebenden und, weil einmal eingesetzten, auch mit Eigenbewegung begabten neuen politischen Macht.«

Dies gilt auch heute — unter monopolkapitalistischen Bedingungen; zum einen, weil der Staat die Unabhängigkeit haben muß, im Interesse der Systemerhaltung »Übergriffe einzelner Kapitalisten« abzuwehren und zwischen den Interessen verschiedener Kapitalgruppen vermitteln zu können. Vor allem aber gilt dies fort, weil der Staat auf den Widerstand der Arbeiterklasse und anderer Schichten der Bevölkerung reagieren muß, ihnen teilweise wesentliche materielle Zugeständnisse machen muß, um die kapitalistische Produktionsweise nicht grundlegenden Gefährdungen auszusetzen.

Die konkrete Politik eines hochentwickelten kapitalistischen Staates ist also Ergebnis zahlreicher sich widerstrebender Kräfte und keineswegs einseitig determiniert. Staatliches Handeln findet dennoch »aus sich heraus« seine Grenzen weiter an der Macht der herrschenden Klasse, d.h. des Kapitals. Erst der parlamentarische und außerparlamentarische Kampf einer starken Arbeiterbewegung kann dazu führen, daß staatliches Handeln sozialen und demokratischen Reformforderungen nachkommen muß, wobei dauerhafte und umfassende Erfolge allerdings erst dann erreicht werden können, wenn auch die kapitalistischen Grundlagen heutiger Staatsaktivität beseitigt werden.

Solange dies nicht erfolgt, bleibt die Staatsintervention im Rahmen des kapitalistischen Systems, und ihr enormer Anstieg ist keineswegs ein Zeichen dafür, daß sich der Kapitalismus zu einer neuen »gemischten« Wirtschaftsordnung gewandelt hat. Die ausgeweitete ökonomische Aktivität des Staates stellt im Gegenteil in erster Linie einen weiteren und in gewissem Sinne »letzten Versuch« dar, die kapitalistische Produktionsweise auf jeden Fall aufrecht zu erhalten, und sei es um den Preis der Übernahme von Produktionsmitteln in Staatseigentum.

Die Entwicklung, die hier abläuft, ist im Grunde auf nichts anderes als darauf zurückzuführen, daß sich der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem privaten Eigentum an den Produktionsmitteln im Verlauf der Entwicklung des Kapitalismus immer weiter zuspitzt. Denn dieser Widerspruch erzwingt letztlich ständig angepaßtere, d.h. »gesellschaftlichere« Formen des kapitalistischen Eigentums; das private Kapital entwickelt sich daher vom Einzelunternehmer über die Aktiengesellschaft und den »Trust« bis hin zum Monopol, und wo auch dies nicht mehr ausreicht, entsteht sogar staatliches Eigentum an Produktionsmitteln — noch unter monopolkapitalistischen Bedingungen.

So schafft die zunehmende Staatsaktivität in der Produktion zwar mehr Elemente der »Vergesellschaftung« (und höhlt dadurch das kapitalistische System teilweise aus), was objektiv günstigere Voraussetzungen für die Transformation des Kapitalismus schafft. Die zentralen Kampfaufgaben der Arbeiterklasse, die Überwindung der großen Krisen und ihrer verheerenden Folgen und die dazu erforderliche Beseitigung der monopolkapitalistischen Grundlagen der Produktion, bleiben dennoch allein durch die bewußte antikapitalistische Aktion erreichbar.

9. These

Der Fortbestand der grundsätzlichen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus

Die zunehmende ökonomische Staatsintervention ist keineswegs geeignet, die Krisen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems und der nationalen Volkswirtschaften zu beseitigen oder auch nur dauerhaft zu mildern.

Denn das grundlegende Problem der kapitalistischen Entwicklung kann auch über den Staat nicht gelöst werden:

Kapitalistische Produktion zielt allein darauf ab, einen Profit zu erzielen, der wieder in Produktion umzusetzen ist. Profit kann aber nur durch den Einsatz menschlicher Arbeitskraft entstehen, die nur begrenzt verfügbar ist. Während also die Wiederanlage und Umwandlung von Profit im Zuge des Akkumulationsprozesses immer höhere Forderungen auslöst — denn jede gelungene Umwandlung erhöht die Masse des zu verwertenden Kapitals —, kann die Arbeitskraft nicht unbegrenzt ausgebeutet werden, da die Zahl der Arbeiter, ihre Belastbarkeit und ihre Produktivität irgendwann nicht mehr gesteigert werden können. Von daher muß es im Verlauf des Entwicklungsprozesses notwendig zum Erreichen eines Punktes kommen, wo der erzielbare Mehrwert nicht mehr ausreicht, um dem insgesamt akkumulierten Kapital einen genügenden Profit zu ermöglichen. Dies ist der Zustand der Überakkumulation, des »tendenziellen Falls der Profitrate«, wie ihn Marx in seiner Analyse des Kapitals beschrieben hat.

Überakkumulation von Kapital (im Vergleich zur verfügbaren Profitmasse — nicht etwa im Vergleich zu den gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Bedürfnissen) ist daher die Ursache der Krise, denn es wird nicht mehr investiert, wenn kein ausreichender Profit zu erwarten ist.

Die Folge — und die »Lösung« der Krise — sind Arbeitslosigkeit und Lohndruck einerseits, nichtausgelastete Kapazitäten und Unternehmenszusammenbrüche andererseits. Durch beide Entwicklungen wird das Mißverhältnis zwischen Kapital und Profitchancen wieder »zurechtgerückt«, d.h. die Grundlage für einen neuen Aufschwung des Akkumulationsprozesses geschaffen. Denn tendenziell sinkende Löhne bedeuten einen höhe-

ren Mehrwert für die Unternehmer, und die Pleiten reduzieren die Anzahl der Unternehmen, die sich die vorhandene Profitmasse teilen müssen.

Als ein besonders bedeutsames Mittel gegen die Überakkumulation erweist sich seit der Weltwirtschaftskrise 1929 die beobachtete zunehmende Übernahme von Produktionsmitteln in staatliches Eigentum. Staatliche Unternehmen bzw. Vorleistungen für den Produktionsprozeß bedeuten, daß Kapital eingesetzt werden kann, das keinen Mehrwert beanspruchen muß, weil der Staat zugunsten der privaten Unternehmen darauf verzichtet. So ist die stark ansteigende ökonomische Staatsfunktion vor allem als der Versuch zu beurteilen, den Produktionsprozeß durch entwertetes öffentliches Kapital aufrechtzuerhalten und dem verbleibenden Privatkapital günstigere Verwertungsbedingungen zu schaffen.

Doch auch dieser Weg kann nicht zu einer dauerhaften Lösung der im kapitalistischen Produktionsprozeß angelegten Widersprüche führen. Denn in dem Maße, wie der Investitionsprozeß durch die Herbeiführung besserer Verwertungsbedingungen angekurbelt wird, wird auch das Entstehen einer neuen Überakkumulation eingeleitet, die eine weitere Krise des Entwicklungsprozesses auslösen muß.

Zwar hat der Kapitalismus bislang noch immer neue Möglichkeiten gefunden, aus der Krise wieder herauszukommen, z.B. durch die Erschließung neuer internationaler Märkte oder durch die Auslagerung von Produktionen in Billiglohnländer. Die seit Mitte der 70er Jahre bestehende, noch nicht überwundene Depressionsphase deutet jedoch darauf hin, daß der Kapitalismus auch hier auf zunehmende Grenzen stößt.

10. These

Der Charakter der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus und ihre mögliche zukünftige Entwicklung

Nur berufsmäßige Ideologen des kapitalistischen Systems wagen heute noch, die Ernsthaftigkeit der Probleme dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsform zu bestreiten. Erheblicher Pessimismus hat sich stattdessen breitgemacht, zumal die ökologischen und die Rohstoffprobleme unübersehbar geworden sind. Für die Zukunft werden weitgehend düstere Prognosen gestellt — vor allem, was die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit in den 80er Jahren anbetrifft, da die Auswirkungen der modernen Mikroelektronik erst am Anfang stehen.

In vieler Hinsicht erinnert die Situation an frühere Perioden in der Entwicklung des Kapitalismus — etwa an die große Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre oder an die »Große Depression« der 70er und 80er Jahre des 19. Jhd. In diesen relativ langen Perioden wurden die typischen Merkmale der zyklischen Krise bzw. Depression mehr und mehr zu chronischen Er-

scheinungen, die schließlich nahezu alle Bereiche des sozial-ökonomischen Systems durchdrangen, so daß man diese Perioden auch als Krisen- bzw. Depressionsphasen langfristiger Wachstumswellen ansehen kann. Ihre Überwindung gelang jeweils erst durch teils spontane, teils bewußte Veränderungen der grundlegenden Strukturmerkmale des in der vorangegangenen Wachstumsperiode vorherrschenden kapitalistischen Reproduktionsmechanismus. So findet man in der »Großen Depression« den allmählichen Übergang vom Kapitalismus einer weitgehend freien Konkurrenz zum System eines monopolistisch dominierten Kapitalismus und in der großen Weltwirtschaftskrise den Übergang zur unmittelbaren, dauerhaften und systematischen ökonomischen Intervention des Staates.

Manches deutet- darauf hin, daß sich in der gegenwärtig beginnenden längerfristigen Stagnationsperiode wiederum neuartige Kapitalstrukturen herauszubilden beginnen, die in ihrer sozial-ökonomischen und politischen Bedeutung durchaus jenen der genannten Perioden vergleichbar sind — man denke nur an die Entstehung der multinational operierenden Weltkonzerne, an die Versuche übernationaler wirtschaftlicher und politischer Integration usw.

Was auf jeden Fall zu erwarten ist und schon heute deutlich zutage tritt, ist die Gefahr, daß sich diese langfristigen Krisen- und Umstrukturierungsprozesse nicht ohne erhebliche ökonomische, soziale und politische Spannungen entwickeln werden. Dabei ist es durchaus möglich, daß sich die internationalen Konflikte derart verschärfen, daß die Menschheit an den Rand einer kriegerischen Katastrophe gerät.

Auf der anderen Seite besteht aber auch die *Chance*, daß die historischen Grenzen und die Überlebtheit des kapitalistischen Systems deutlicher ins Bewußtsein der Völker treten und zur Verstärkung der Forderung nach wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alternativen führen. In diesem Falle könnte es gelingen, daß sich die antikapitalistischen Kräfte in den westlichen Ländern durchsetzen und im Zusammenwirken mit der Entwicklung der sozialistischen Staaten und den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt eine friedliche Lösung der entscheidenden Probleme erzwängen, die letztlich in der Überwindung des Kapitalismus zugunsten des Sozialismus bestehen muß.

II. These

Ökonomische Krise des Kapitalismus — Chancen und Probleme der antikapitalistischen Kräfte

Aus der Entwicklung des Kapitalismus in den letzten Jahren, aus seiner verschärften Krisenhaftigkeit resultieren historische Chancen, aber auch große Probleme für den Kampf der antikapitalistischen Kräfte.

Die zunehmenden existentiellen Probleme des Kapitalismus — ökonomische und ökologische Krise, Massenarbeitslosigkeit und Verschärfung der sozialen, regionalen und internationalen Disparitäten in den Lebensverhältnissen — zeigen die Grenzen dieses Systems auf und rufen verstärkte Gegenwehr der Betroffenen hervor.

In den kapitalistischen Hauptländern ist die Kampfbereitschaft der arbeitenden Bevölkerung gewachsen und in vielen Aktionen zutage getreten. Faschistische Diktaturen konnten beseitigt werden, das Gewicht der Linkskräfte in den konkreten Klassenauseinandersetzungen dieser Länder ist teilweise erheblich gewachsen. In den Ländern der Dritten Welt hat der Kampf gegen kolonialistische und imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung eine wachsende Breite erlangt; die dominierende Stellung insbesondere des US-Kapitalismus ist erheblich angeschlagen. Und trotz aller Rückschläge und Entwicklungsprobleme — zu nennen sind aus der jüngsten Zeit die früher für absolut unmöglich gehaltenen militärischen Konflikte zwischen einzelnen sozialistischen Staaten — ist das sozialistische Staatenbündnis zu einem historischen Faktor geworden, der die ökonomischen, politischen und militärischen Entwicklungsbestrebungen des Kapitalismus entscheidend eingeschränkt hat.

Das kapitalistische Lager reagiert hierauf mit unterschiedlichen Strategien. Ein Teil des Kapitals (und ihre Regierungsvertreter) setzt zunehmend auf die uneingeschränkte ökonomische und politische Aggression und bringt die Menschheit dadurch in unübersehbare und grundlegende Gefahren.

Die liberaleren bürgerlichen Kräfte und insbesondere die sozialdemokratischen Regierungen versuchen stattdessen, die Zustimmung der arbeitenden Bevölkerung zum bestehenden System durch Reformen zu erhalten, wobei die tiefgreifende Krise ihren Spielraum aber immer mehr einengt. Das gleiche gilt für ihre Bestrebungen, den »Nord-Süd-Konflikt« nicht zur Explosion kommen zu lassen und die härtesten Ungerechtigkeiten der bestehenden Weltwirtschaftsordnung zu mildern.

Die antikapitalistischen Kräfte haben sich auf diese Entwicklungstendenzen einzustellen. Ihr Aufgabe wird darin bestehen, vor allem eine katastrophale kriegerische Zuspitzung der internationalen Auseinandersetzungen zu verhindern und eine neue internationale Solidarität zu entwickeln, die dem weiteren Ausbluten der unterentwickelten Länder ein Ende setzen kann. Dies bedeutet für die Arbeiterbewegungen der kapitalistischen Hauptländer die zentrale Aufgabe, eine neue sozialistische Strategie zu entwickeln und durchzusetzen, die den Strukturveränderungen des heutigen Kapitalismus Rechnung trägt.

III. Der demokratische Weg zum Sozialismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern

12. These

Das »Neue« der Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus

In ihrem mehr als ein Jahrhundert umfassenden Kampf um Demokratie und Sozialismus hat die internationale Arbeiterbewegung weitreichende und grundlegende Erfahrungen gewonnen.

Haben sich zum einen die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für einen demokratischen Übergang zum Sozialismus in den heutigen entwickelten kapitalistischen Ländern wesentlich verbessert, so führen gerade jene Erfahrungen dazu, alle hierin angelegten Chancen zu letztlich revolutionären Gesellschaftsveränderungen auszu-schöpfen.

Das Beschreiten dieses Weges bedeutet die Weiterentwicklung und Fruchtbarmachung eines Grundgedankens, den Marx und Engels unter Zugrundelegung der gesellschaftlichen Verhältnisse in den zu ihrer Zeit am weitesten fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern mit bürgerlich-demokratischer Verfaßtheit formuliert haben:

»Unter Bedingungen, unter denen die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung bereits unter das Kapitalverhältnis subsumiert ist ... — unter diesen Bedingungen ist die soziale Umgestaltung nur möglich in dem Maße, in dem die große Mehrheit der Lohnabhängigen ein klares Bewußtsein von der Notwendigkeit und dem Gang dieser Umgestaltung entwickelt. Im Maße, in dem sich dieses Bewußtsein verbreitert, entwickeln sich die Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiterklasse gemeinsam mit Teilen der Mittelklasse auf friedlichem Wege die Hindernisse beiseite räumen kann, die sich ihrer Emanzipation in den Weg stellen, unter Ausnutzung des gesetzlichen Spielraums, den ihr die parlamentarische Republik bietet.« (Engels)

Die in diesem strategischen Leitgedanken formulierten Möglichkeiten, die sozialistischen Ziele der Arbeiterbewegung unter sich stetig verändernden ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verwirklichen, verlangt von der heutigen Arbeiterbewegung die Berücksichtigung folgender Unterschiede gegenüber der seinerzeit von Friedrich Engels analysierten Situation:

— Im Verlauf der Entwicklung des kapitalistischen Systems wurde ein ständig wachsender Teil der Gesellschaft der Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital unterworfen. Insbesondere in der krisenhaften Entwicklung des vergangenen Jahrzehnts haben Arbeitslosigkeit und inhumane Arbeitsbedingungen für alle Gruppen der Lohnabhängigen stark zugenommen und beeinträchtigen ein menschenwürdiges Leben, hat der Ruin vieler ehemals Selbständiger ein außerordentlich großes Maß angenommen. Ist dadurch die objektive soziale Basis

des kapitalistischen Systems immer schmäler geworden, so drängt sich als Resultat die Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen der arbeitenden Bevölkerung immer stärker auf und verstärkt das solidarische und kollektive Eintreten und Handeln für ihre sozialen und politischen Rechte.

Mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern ist dem kapitalistischen System politisch, ökonomisch und auch militärisch ein weltweites Gegengewicht gegenübergetreten, das die Handlungsmöglichkeiten und die Herrschaftsansprüche der kapitalistischen Länder mit ihren führenden Monopolgruppen wesentlich eingeengt hat. Der wachsende Zwang zur friedlichen Koexistenz erhöht langfristig auch die Chance eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus im Innern der kapitalistischen Staaten. Dies gilt auch dann, wenn wir als Sozialisten in der Bundesrepublik Kritik an den politischen Zuständen in sozialistischen Staaten üben und in ihnen kein Modell für unseren eigenen Weg zum Sozialismus sehen.

Einer ständig größer gewordenen Zahl von Nationen der sogenannten dritten Welt ist es zum Teil in erbitterten Kämpfen gelungen, die erdrückende Abhängigkeit von den Hauptländern des Kapitalismus zu durchbrechen und sich einen nationalen, bei einer Reihe von Ländern sozialistischen Entwicklungsweg zu sichern. Dies bedeutet für die entwickelten kapitalistischen Länder eine Zunahme der Schwierigkeiten, Widersprüche und Krisenerscheinungen der Kapitalverwertung im gleichen Umfang wie bisher auf die ausgeplünderten Massen der dritten Welt abzuwälzen.

Weder die Formulierung einer »neuen« Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus, noch die ihr zugrundeliegenden Krisenentwicklungen des gegenwärtigen Kapitalismus bewirken im Selbstlauf die Überwindung der Herrschaft des Kapitals über die Produktionsverhältnisse und die lohnabhängige Mehrheit der Bevölkerung. Vielmehr besteht auch immer die Gefahr, daß demokratiefeindliche und reaktionäre Kräfte das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen und die Krise des Kapitalismus in autoritären bis hin zu faschistischen Formen einer scheinbaren Lösung zuführen können. Eine solche Entwicklung zu verhindern, sie in ihr Gegenteil zu kehren und eine Transformation der Wirtschaft und des Staates zum Sozialismus hin einzuleiten, ist erreichbar, wenn sich die arbeitende Bevölkerung auf breiter Basis der Notwendigkeit und Möglichkeit der Abschaffung der Kapitalherrschaft bewußt wird und wenn sie aktiv und organisiert dafür eintritt.

Dem Einsatz der demokratischen und sozialistisch orientierten Kräfte, Westeuropas, ihrem wachsenden Selbstbewußtsein und gesellschaftlichen Rückhalt sind in den siebziger Jahren eine Reihe bedeutsamer Teilerfolge zu verdanken. Erstmals seit mehr als einem halben Jahrhundert sind al-

le Staaten Europas von der Herrschaft faschistischer Regime befreit. Die Linke hat sich gerade in den zuletzt befreiten Ländern Positionen sichern können, denen bei der Abwehr reaktionärer Anschläge große Bedeutung zukommt. In zwei bedeutenden westeuropäischen Nationen, Frankreich und Italien, hat sich die Position der klassenbewußten, antikapitalistischen Kräfte der Arbeiterbewegung insgesamt erheblich verbessert, so daß sie als Faktor in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ihres Landes eine zentrale Rolle spielen. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß es gleichzeitig in anderen Ländern, wie besonders der Bundesrepublik, zu erfolgreichen Gegenoffensiven der herrschenden Klasse und zu einer deutlichen Verschiebung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach rechts gekommen ist. Dennoch wird man zusammenfassend davon ausgehen können, daß sich der demokratische Handlungsspielraum und die gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten für fortschrittliche Positionen in den westeuropäischen Ländern im Ganzen gesehen erweitert haben.

Genauso bedeutsam wie die Entwicklung der äußeren Kampfbedingungen sind die hiervon begünstigten Fortschritte in der Ausarbeitung, Konkretisierung und Weiterentwicklung einer sozialistischen Strategie, die vor allem während des letzten Jahrzehnts in der Arbeiterbewegung Westeuropas vorgenommen werden konnten. Die Vorstellungen und strategischen Konzepte zur Bändigung und Überwindung der Macht der Großwirtschaft, zur Verwirklichung einer neuen, an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung orientierten ökonomischen Logik, aber auch zum Aufbau direkt-demokratischer und gewerkschaftlicher Gegenmachtpositionen, zur umfassenden demokratischen Transformation des Staates und der sonstigen gesellschaftlichen Bereiche, ebenso wie zur Garantie und inhaltlichen Entfaltung der individuellen und kollektiven Freiheitsrechte beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung — alle diese wesentlichen Teilaspekte jeder Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus sind heute in ihren Umrissen genauer bestimmbar und breiter zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung konsensfähig, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Dies gilt natürlich in besonderem Maße für die Länder wie Italien und Frankreich, wo sich die Linke aufgrund ihres gesellschaftlichen Rückhalts bereits am stärksten mit der Inangriffnahme dieser Schritte konfrontiert sieht.

Die Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus ist aber auch deswegen heute wesentlich genauer bestimmbar, weil eine der marxistischen Theorie verpflichtete Auseinandersetzung und Aufarbeitung sowohl der Erfahrungen der sozialistischen Länder wie auch der Ereignisse in Chile eingesetzt hat und in die Strategiediskussion einbezogen wurde. So hat die Entwicklung in den sozialistischen Ländern gezeigt, daß die jeweilige

Form des Übergangs zum Sozialismus die weitere gesellschaftliche Entwicklung und die innere Struktur der Länder lange Zeit mitprägt. Gewalttame, durch die Reaktion erzwungene Auseinandersetzungen, die Verteidigung erreichter Ziele unter Zuhilfenahme aller Mittel und Wege bergen die Gefahr der Verselbständigung in sich und können durch Subalternität verlängert werden. Die Stalin-Ära und die heute noch beträchtliche Einschränkung der politischen Demokratie in den sozialistischen Ländern lassen sich auf jene Strukturen und Prozesse zurückführen. Auf der anderen Seite haben die Ereignisse in Chile, der faschistische Putsch gegen die demokratische Regierung Allende deutlich gemacht, daß die Gefahr einer gewaltsamen Verhinderung demokratischer Veränderungen zum Sozialismus durch die herrschende, multi-national agierende Ausbeuterklasse auch heute noch eine reale ist. Dies gilt vor allem dann, wenn es den herrschenden reaktionären Kreisen gelingt, Verbündete in anderen Teilen der Bevölkerung, insbesondere unter den Mittelschichten zu finden.

Aus all diesen Entwicklungen, den objektiven Strukturveränderungen wie den historischen Erfahrungen haben große Teile der westeuropäischen Linken die Schlußfolgerung gezogen, daß der auf eine breite gesellschaftliche Mehrheit gestützte demokratische Weg zum Sozialismus mehr als je zuvor die zentrale politische Aufgabe einer sozialistischen Strategie ist. Sie ermöglicht es, die demokratischen Rechte im Prozeß der Klassenausinandersetzungen ständig zu erweitern und eine weit über die organisierte Arbeiterbewegung hinausgehende Unterstützung für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen zu erreichen, um so die reaktionären Kreise zu isolieren und ihnen die Zuflucht zur Gewaltanwendung bis hin zum Bürgerkrieg abzuschneiden.

Die Entfaltung der Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen als Grundlage des Sozialismus und die Schaffung eines möglichst breiten Konsenses für die grundlegende Transformation der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sind dann erreichbare Ziele, wenn die Arbeiterbewegung die bisherige bewußtseinsmäßige Vormachtstellung des Kapitals überwindet und selber eine politisch-inhaltliche Führungsrolle übernimmt.

Erst indem die Arbeiterbewegung in der geistigen und kulturellen Auseinandersetzung, im ideologischen Klassenkampf eine inhaltlich ausgewiesene und für die Bevölkerung in der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse perspektivische Führungsrolle erringt, schafft sie die Voraussetzungen dafür, daß sie in den entscheidenden politischen Auseinandersetzungen das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung des Landes gewinnt. Hierin muß zugleich die wesentliche Grundlage gesehen werden, daß die Arbeiterbewegung beim Aufbau des Sozialismus auch die demokratischen Rechte derer gewährleisten kann, die nach wie vor die kapitalistischen Verhältnisse wiederherstellen wollen; dies jedoch nur dann, wenn sie sich dabei an den gesetzlichen Rahmen halten und nicht zur Gewalt übergehen.

Die politisch-inhaltliche Führungsfähigkeit der Arbeiterbewegung ist zudem die unabdingbare Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln der sozialistischen, antikapitalistischen und der anderen gesellschaftlichen Kräfte in den Auseinandersetzungen zur Überwindung des Kapitalismus. Je überzeugender die Führungsfähigkeit der Arbeiterbewegung und damit ihr Programm der gesellschaftlichen Alternative ist, je weiter läßt sich der Konsens über eine sozialistische Entwicklungsperspektive verbreitern. Derartige Bündnisse setzen nicht nur voraus, daß eine Vereinbarkeit von objektiven Interessenlagen vorhanden ist, sie implizieren auch, daß sich insbesondere wichtige Teile der Mittelschichten ideologisch von ihren tradierten Bindungen an das monopolkapitalistische System lösen.

Schließlich gilt es, die Herbeiführung des Sozialismus nicht als einmaligen Akt, sondern im Rahmen einer längeren Transformationsperiode in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu begreifen. Da die Maßnahmen zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung von der großen Mehrheit der arbeitenden und lohnabhängigen Bevölkerung getragen werden müssen, kann der Fortgang der gesellschaftlichen Entwicklung nicht ihrem Bewußtsein vorausseilen, sondern muß auf dem jeweiligen Entwicklungsstand aufbauen. Dabei kann die Arbeiterbewegung ausschließlich diejenigen Veränderungen einleiten, die sie auch praktisch bewältigen kann — eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß der Rückhalt in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen vorhanden ist, um den Weg zum Sozialismus ständig verbreitern zu können.

13. These**Demokratisierung der Wirtschaft
als Kernbereich jeder sozialistischen Alternative**

Im Mittelpunkt des Kampfes für grundlegende sozialistische Gesellschaftsveränderungen steht in allen kapitalistischen Ländern die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft. Sämtliche Ziele der Krisenbekämpfung, die Sicherung der Arbeitsplätze, akzeptable Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Gruppen, Klassen und Schichten der Bevölkerung werden langfristig nur erreichbar sein, wenn der private Profit als das ausschlaggebende Steuerungs- und Regelungsprinzip des ökonomischen Prozesses beseitigt wird und an seine Stelle die verbindliche Orientierung der wirtschaftlichen Abläufe an den demokratisch ermittelten Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung tritt. Die Erringung der politischen Macht, um die Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit an die Stelle jener der beherrschenden nationalen und internationalen Kapitalgruppen zu setzen, bleibt deshalb gerade in den kapitalistischen Industrieländern die zentrale, alle Teilerfolge in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen verknüpfende Aufgabe der Arbeiterbewegung.

14. These*Mindestschwelle der Vergesellschaftung und Reorganisation
der öffentlichen Wirtschaftssektoren*

Seit langem gehört es zu den gesicherten Erkenntnissen der internationalen Linken, daß es zur Durchsetzung einer solchen neuen ökonomischen Logik nicht notwendig, möglich oder auch nur sinnvoll ist, »in jedem Land sogleich alles zu expropriieren. Alles zu enteignen würde bedeuten, daß sich die Arbeiterklasse mit Aufgaben belastet, die sie nicht schnell genug lösen kann. ... Die Aufgabe kann immer nur die sein, einige wichtige Produktionszweige zu vergesellschaften. Das wird in jedem Land anders sein. ... Gewisse Zweige der Produktion, Großbanken, die konzentrierte Industrie, Großgrundbesitz und gewisse Verkehrsmittel müssen in die Hände des Staates übergehen, der von der Arbeiterklasse beherrscht wird.« Diesen Leitgedanken formulierte der österreichische Sozialdemokrat und Marxist Otto Bauer bereits im Jahre 1926.

Wenn es deshalb für Sozialisten nicht darum geht, sämtliche Produktionsmittel zu vergesellschaften, so kommt doch alles darauf an, die Größe des unter direkter öffentlicher Kontrolle stehenden Wirtschaftssektors soweit auszugestalten, daß dieser auch tatsächlich in die Lage versetzt wird, eine entscheidend neue gesamtwirtschaftliche Steuerungsfunktion

unter Durchbrechung des Profitprinzips zu verwirklichen. Den wichtigsten Gesichtspunkt für die Bestimmung des notwendigen Umfangs der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfenden Unternehmen und Sektoren haben die französischen Genossen des CERES folgendermaßen ausgedrückt:

»Jede beschränkte Konzeption der Ausdehnung des öffentlichen Sektors gefährdet den Weg zum Sozialismus. Es gibt eine Schwelle der Nationalisierung, die man überschreiten muß, will man die Verantwortung für einen Rückfall nicht übernehmen. ... Entgegen den Behauptungen bürgerlicher Ökonomen wird ein ausgedehnter und mächtiger öffentlicher Sektor die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die nationalen Unternehmen werden das Instrument zur Anpassung der industriellen Strukturen an die internationale Konkurrenz sein, zur Aufrechterhaltung von prinzipiellen Entscheidungszentren in unserem Land, zur Orientierung des Produktapparates auf vorrangige Bedürfnisse des Volkes. Sie stellen das Kernstück einer sozialistischen Industriepolitik dar.«

Die ökonomischen Strukturen des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben sich in den einzelnen Industrieländern höchst unterschiedlich entwickelt. In den wirtschaftlich mächtigsten Staaten — darunter also auch der Bundesrepublik — befinden sich die meisten, ökonomisch ausschlaggebenden Schlüsselindustrien nach wie vor in der Gewalt einer handvoll national und international organisierter Monopole. Zwar gibt es auch hier einen an Ausmaß und Gewicht zunehmenden Wirtschaftssektor, der unter staatliche Regie gestellt ist, weil unternehmerische Mißwirtschaft oder aber ein zu hoher Anteil toten, in den Produktionsanlagen festgelegten Kapitals am jeweiligen Unternehmenskapital keinen der privaten »Wirtschaft« noch ausreichend erscheinenden Gewinn mehr erwarten lassen. Hinzu kommen vielfältige Formen kollektiven, nicht mehr ausschließlich der privaten Profitmaximierung unterworfenen Eigentums, so beispielsweise in den Unternehmen des gemeinwirtschaftlichen Bereichs, in den kommunalen Betrieben usw. Aber es besteht kein Zweifel, daß der öffentliche Sektor dem ökonomischen Gewicht der privaten Großkonzerne und Banken in diesen Ländern eindeutig unterlegen ist und deshalb in seiner gegenwärtigen Gestalt als Grundlage einer sozialistischen Industriepolitik ausscheidet. In diesen Ländern bleibt also die Forderung nach Nationalisierung und Vergesellschaftung der relevanten Schlüsselindustrie vorrangig, um überhaupt erst die entscheidende Voraussetzung für jede wirksame Demokratisierung der Wirtschaft zu schaffen.

In anderen staatsmonopolistisch organisierten Ländern, wie beispielsweise Italien, hat sich die langfristige Krise der privaten Kapitalverwertung inzwischen insoweit zugespitzt, daß nicht mehr private Kapitalisten, sondern bereits der in ihrem Interesse handelnde Staat den wichtigsten Teil der ökonomisch dominierenden Industrie- und Dienstleistungsunternehmen entweder selbst betreibt, oder doch unmittelbar kontrolliert. Hier tritt an die Stelle der Forderung nach zusätzlichen Nationalisierungen jene, wie die Erfahrung zeigt, nicht weniger schwierig durchsetzbare nach

einer grundlegenden Reorganisation des vorhandenen öffentlichen Wirtschaftssektors. Denn nur, wenn man die vielfach nach gänzlich willkürlichen Kriterien unter staatliche Regie gebrachten Unternehmen aus dem Dickicht miteinander konkurrierender öffentlicher Finanzholdings herauslöst und mit dem ebenfalls bereits weitgehenden verstaatlichten Bankwesen zu einem geschlossenen öffentlichen Wirtschaftssektor verschmilzt, läßt sich die notwendige Transparenz der Unternehmensentscheidungen erreichen, die ihrerseits erst die Einhaltung der öffentlichen Planungsvorgaben kontrollierbar sowie die Vergeudung volkswirtschaftlicher Ressourcen durch Mehrfachplanungen und die Entstehung von Überkapazitäten überflüssig macht.

Unabhängig davon, ob sich die Entmachtung der alten herrschenden Klasse nur durch die Nationalisierung der maßgeblichen Monopolgruppen oder durch die Beseitigung der Abhängigkeiten bisher nur formal verstaatlichter Unternehmen von privaten Kapitalinteressen zu vollziehen hat, die Schaffung eines autonomen, mit eindeutigen wirtschaftlichem Übergewicht ausgestatteten staatlichen Wirtschaftssektors, der sich an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit orientiert, bildet den entscheidenden Dreh- und Angelpunkt für die Verwirklichung der neuen ökonomischen Logik. Es gehört deshalb zu den vorrangigen strategischen Aufgaben der Arbeiterbewegung, genaue Vorstellungen über die Größe, die innere Struktur und die Funktionsweise des öffentlichen Wirtschaftssektors in jedem einzelnen Land zu entwickeln.

15. These

Demokratische Planung

Neben die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien tritt als zweites wesentliches Element der Aufbau eines umfassenden Systems der demokratischen Planung. Seine Aufgabe besteht vor allem darin, in demokratischer Weise festzulegen, nach welchen Kriterien, wieviel und von wem bestimmte Güter und Dienstleistungen produziert und konsumiert werden sollen, wie es m.a.W. zu einer möglichst vollständigen Nutzung und Weiterentwicklung der vorhandenen wirtschaftlichen Ressourcen, entsprechend den demokratisch ermittelten Mehrheitswillen der Bevölkerung, kommt. Daraus ergibt sich eine doppelte Stoßrichtung demokratischer Wirtschaftsplanung mit sozialistischer Zielsetzung: Welche inhaltlichen Veränderungen der vorhandenen Produktions- und Konsumtionsstrukturen sind anzustreben, und welche Instrumente sind unter den gegebenen gesellschaftlichen und internationalen Bedingungen zu ihrer Durchsetzung zu schaffen?

Bezogen auf den ersten Gesichtspunkt lassen sich für die Gesamtheit

der kapitalistischen Industrieländer nur einige allgemeine Aussagen treffen, weil der Zeitpunkt und die ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Arbeiterbewegung jeweils den Aufbau eines Systems der demokratischen Planung erzwingen kann, erheblich voneinander abweichen werden. Zu einem großen Teil werden sich die Anstrengungen und die erreichbaren Veränderungen der Wirtschaftsabläufe zunächst darauf konzentrieren müssen, die schlimmsten Mißstände und Verzerrungen der alten kapitalistischen Profitwirtschaft zu beseitigen oder doch zumindest konsequent abzubauen. Hierzu gehören beispielsweise die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, die Abschaffung aller Benachteiligungen von Frauenarbeit oder anderen diskriminierenden Gruppen von Lohnabhängigen, aber auch die beschleunigte Entwicklung ökonomisch zurückgebliebener und unterentwickelt gehaltener Regionen. Darüber hinaus muß die allgemeine Richtung demokratischer Planung dahin gehen, die Produktivkraft der menschlichen Arbeit durch Förderung der jeweils fortgeschrittensten technischen Lösung zu verbessern. Vorrangig sind weiter die Erhöhung der Aufwendungen für die Ausbildung der Arbeitskräfte (Ausbildung der Jugend, Weiterbildung oder Umschulung der Erwachsenen) sowie für die nichtproduktiven Bereiche innerhalb und außerhalb der materiellen Produktion (z.B. für Forschungszwecke und für das Bildungswesen). Schließlich werden der Schutz von Umwelt und natürlichen Lebensbedingungen, aber auch die gesellschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, vom Gesundheitswesen bis hin zum Freizeitbereich und zur Entfaltung künstlerischer Ausdrucksmöglichkeiten, eine unter vergleichbaren kapitalistischen Bedingungen unbekannte Förderung erhalten.

Unter dem Gesichtspunkt der gesamtwirtschaftlichen Durchsetzung der Planungsziele kommt es zunächst einmal darauf an, auf allen Ebenen des Staates, von der Gemeinde bis zum Nationalstaat, dafür zu sorgen, daß die demokratisch gewählten Volksvertretungen, d.h. in erster Linie die jeweiligen Parlamente, tatsächlich zu den wirklichen »Herren der Planung« werden. Dabei wird das Aufgreifen und Verarbeiten von Vorschlägen der demokratischen Interessenverbände, d.h. in erster Linie der Gewerkschaften, aber auch von Verbraucherverbänden und Wissenschaftsorganisationen bis hin zu Bürgerinitiativen und anderen Formen direkt vorgebrachter Einzelinteressen von Bevölkerungsgruppen, eine besondere Bedeutung erlangen. Welche Veränderungen hierfür gegenüber den vorhandenen staatlichen Strukturen vorzunehmen sind (Öffnung des Staates für eine möglichst direkte Beteiligung und Einflußnahme der Bevölkerung, Aufbau einer realen Planungs- und Leitungskompetenz des transformierten Staates gegenüber der Wirtschaft) ist im folgenden Abschnitt näher zu erläutern. Im Hinblick auf die Demokratisierung der Wirtschaft geht es vor allem darum, daß die gesamtgesellschaftlich legitimierten Entscheidungsträger

des Staates verbindliche Planungsvorgaben für den nationalisierten Wirtschaftssektor ausarbeiten, und daß sie mit Hilfe des staatlichen Bankwesens, der Steuer-, Subventions- und Kreditpolitik usw. über hinreichende Machtinstrumente verfügen, um die noch privatkapitalistisch betriebenen Wirtschaftsbereiche zu einem planungskonformen Verhalten innerhalb des ihnen belassenen ökonomischen Spielraums zu bewegen. Von großer Bedeutung wird schließlich die Bewahrung oder Wiederherstellung einer genügend großen nationalen Wirtschaftsunabhängigkeit sein (Ausgleich der Zahlungs- und Handelsbilanz; Maßnahmen gegen Kapitalflucht; Einbeziehung der Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne in die Bestimmungen der demokratischen Wirtschaftsplanung), um Interventionen und Erpressungsversuche von seiten ausländischer Kapitalinteressen abzuwehren.

16. These

Mitbestimmungs- und Kontrollrechte

Ein drittes Element der neuen ökonomischen Logik auf dem Wege zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung bildet die Realisierung uneingeschränkter Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Lohnabhängigen in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen. Bedeutet die Schaffung eines beherrschenden öffentlichen Wirtschaftssektors die unabdingbare Grundlage, der Aufbau eines Systems der demokratischen Planung die inhaltliche Umsetzung der gesamtgesellschaftlichen Interessen an einer grundlegenden Demokratisierung der Wirtschaft, so berücksichtigt erst die Verwirklichung der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte *das* unmittelbare Interesse der betroffenen Lohnabhängigen an einer derartig einschneidenden Veränderung der Wirtschaftsabläufe, wie sie die neue ökonomische Logik anstrebt. Die Formen, unter denen die Arbeiterbewegung und vor allem ihre Gewerkschaften in den einzelnen kapitalistischen Industrieländern für die Verwirklichung von Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle eintreten, sind bis heute äußerst unterschiedlich. Teilweise überwiegt die Forderung nach institutionalisierten Mitbestimmungsregelungen, wie in der Bundesrepublik; teilweise werden in bewußter Ablehnung solcher Regelungen direkte Eingriffsrechte der Gewerkschaften durch tarifliche Abkommen verlangt, so in Italien, Frankreich oder Großbritannien.

Unabhängig von diesen Differenzen lassen sich jedoch in der Perspektive einer demokratisierten Wirtschaft verschiedene gemeinsame Prinzipien der gewerkschaftlichen Kontroll- und Mitbestimmungsforderungen ausmachen. Grundsätzlich müssen solche Gegenmachtpositionen der Lohnabhängigen alle Ebenen des Wirtschaftsprozesses, vom Arbeitsplatz über

den Betrieb und das Unternehmen bis zur gesamtwirtschaftlichen Ebene, umfassen; sie sind in ihrem Anwendungsbereich nach dem Prinzip der »gläsernen Taschen« auf sämtliche Aspekte der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse, von der betrieblichen Arbeitsorganisation bis hin zu den langfristigen Investitionsplanungen der Unternehmen auszudehnen; sie müssen die gewerkschaftliche Autonomie unangetastet lassen, d.h. sie dürfen die Gewerkschaften nicht durch Einbindung ihrer Vertreter in die jeweiligen Entscheidungsgremien oder andere Rechtsvorschriften daran hindern, die Interessen ihrer Mitglieder im Konfliktfall auch mit dem Mittel des Arbeitskampfes zu vertreten.

Erst wenn es gelingt, alle drei wesentlichen Prinzipien zur Demokratisierung der Wirtschaft in die Tat umzusetzen, wird die Arbeiterbewegung den Weg zum Sozialismus in den kapitalistischen Industrieländern öffnen können.

17. These

Grundlegende demokratische Transformation des Staates

Bildet die Demokratisierung der Wirtschaft die zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung, so liefert ihr die Erringung der politischen Macht dazu das entscheidende Instrument. Für Sozialisten, gleich welcher parteipolitischen Orientierung, hatte daher seit jeher die Frage, wie sich der Staat aus einem Herrschaftsinstrument der jeweils dominierenden Kapitalgruppen in ein entsprechend wirksames Hilfsmittel bei der Errichtung der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung verwandeln ließe, zu den wichtigsten Gegenständen ihrer theoretischen und strategischen Überlegungen gehört. Die enorme Ausweitung der staatlichen Tätigkeit, die in den zurückliegenden Jahrzehnten — nicht zuletzt als Teilzugeständnis gegenüber Forderungen der Arbeiterbewegung — immer wieder als ein systemimmanenter Ausweg zur Regulierung, Verlagerung und Abwälzung von sonst unerträglichen Widersprüchen, der privaten Kapitalverwertung eingesetzt wurde, hat dieses Problem nur noch dringlicher werden lassen.

Die Rolle des Staates in den kapitalistischen Industrieländern ist durch einen scheinbar unaufhebbaren Gegensatz gekennzeichnet. Einerseits ist es den demokratischen Kräften, vor allem den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung, in den meisten Ländern gelungen, die Existenz politischer, individueller und kollektiver Freiheitsrechte und den Anspruch auf demokratische Legitimation aller staatlichen Entscheidungen durchzusetzen und gegen die Widerstände der herrschenden Klasse zu behaupten.

Andererseits beweisen die Analyse der Staatsfunktionen und die zusammenfassende Einschätzung der Ergebnisse staatlicher Aktivitäten in diesen

Ländern immer von neuem, daß sich damit an der Tauglichkeit des Staates zur Absicherung der Profitwirtschaft noch nichts geändert hat. Oft hat es sogar den Anschein, als ließen sich die demokratische Verfassung des Staates und seine Funktionalisierung im Interesse der Monopole bruchlos miteinander vereinbaren. Das hat dann vielfach zu der irrtümlichen Auffassung geführt, daß die Veränderbarkeit des Staates auf demokratischem Wege prinzipiell ausgeschlossen sei.

Demgegenüber ergeben sich für Sozialisten aus dem genannten Gegensatz zwei wesentliche Schlußfolgerungen. Zum einen kann es nicht genügen, überllgemeine Wahlen in den Besitz der Regierungsgewalt zu gelangen. Setzt man nicht eben diese Regierungsgewalt zur grundlegenden Demokratisierung der Wirtschaft und zur Entmachtung der privaten Monopolinteressen nach einem genau umrissenen, von der großen Bevölkerungsmehrheit bewußt unterstützten Programm ein, dann behält der Staat seine der herrschenden Klasse dienende Funktionen, und die an seiner Verwaltung beteiligten Parteien der Linken geraten notwendig in einen unaufhebbaren Gegensatz zu den objektiven Interessen der Arbeiterbewegung. Zum zweiten aber ist das beste, von der breitesten Bevölkerungunterstützung getragene Programm zur Wirtschaftsdemokratisierung dann unzureichend, wenn es nicht in eine ebenso konsequente Strategie zur Transformation des Staates einbezogen wird. Gerade weil die Rolle und der Aufgabenbereich des Staates immer wieder den veränderten Anforderungen der Kapitalentwicklung angepaßt wurden (wobei schon immer ein gewisses Eigengewicht der Staatstätigkeit zum Ausgleich gegensätzlicher Klasseninteressen bestand), kann die Arbeiterbewegung nicht erwarten, den kapitalistischen Staat, so wie sie ihn vorfindet, als Instrument der sozialen Emanzipation einsetzen können.

18. These

Demokratische Grundrechte

Die wichtigsten Prinzipien zur demokratischen Transformation des Staates ergeben sich bereits aus einer Weiterentwicklung der Methoden und Kampfformen, unter denen die Organisationen der Arbeiterbewegung überhaupt zur politischen Macht in den kapitalistischen Industrieländern gelangen können. Konstitutiv ist die Gewährleistung umfassender demokratischer Artikulationsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen, Organisationen und politischen Parteien, die bereit sind, die Methoden demokratischer Auseinandersetzung und Mehrheitsbildung als verbindliche Form zur Verwirklichung ihrer sozialen, kulturellen und politischen Zielsetzungen anzuerkennen. Da die arbeitende Bevölkerung zur Entwicklung eines klaren Bewußtseins ihrer eigenen Interessen unabding-

bar auf freie Meinungsäußerung, Presse-, Versammlungs- und Informationsfreiheit, ebenso wie auf die Nutzung der übrigen demokratischen Grundrechte angewiesen ist, muß von jeder linken Regierung und ihren Repräsentanten das aktive Eintreten für den Ausbau dieser Rechte verlangt werden. Oder — wie es die Genossen des CERES ausdrücken —:

»Der Übergangsstaat wird also mit dem Siegel des Pluralismus und des gewissenhaften Respektes der Freiheiten versehen sein.«

19. These

Dezentralisierung und Selbstverwaltung

An anderer Stelle fassen sie einen weiteren Grundsatz der demokratischen Transformation des Staates folgendermaßen zusammen:

»Für uns stellt es eine Voraussetzung dar, die Selbstverwaltung der Öffentlichen Funktionen einzuleiten. Eine starke Dezentralisierung, die direkte Ausübung der Verantwortlichkeit durch die Bürger und die Kontrolle des Staatsapparates durch die Massen und ihre Organisationen sollen erlauben, den Widerspruch zwischen der Macht und der Erfüllung der Demokratie zu überwinden.«

Während die staatlichen Strukturen im heutigen Kapitalismus durch wachsende Konzentration der politischen Macht, Verbürokratisierung und das Überhandnehmen antidemokratischer Tendenzen gekennzeichnet sind, muß sich das Interesse der Linken gerade auf eine größtmögliche Öffnung aller Ebenen und Bereiche des Staates für demokratische Initiativen der Bevölkerung richten. Dabei wird es darauf ankommen, neben den parlamentarischen Versammlungen als Entscheidungsgremien in den Gemeinden, Regionen oder auf gesamtstaatlicher Ebene ein Höchstmaß an direkt-demokratischer Beteiligung durch Einbeziehung von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Stadtteilräten usw. zu erreichen. Je mehr die Funktionen des erneuerten Staates sinnvoll dezentralisiert, den jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen nahegebracht, ihnen gegenüber in den Entscheidungsabläufen transparent und ihren Veränderungswünschen zugänglich gemacht werden, desto stärker wird sich die Bereitschaft zur Unterstützung staatlicher Maßnahmen auch gerade gegen die unausbleiblichen Widerstände und Erpressungsversuche von seiten der alten herrschenden Klasse entwickeln.

20. These

Parlamentarische Kontrolle und innere Demokratisierung

Ein dritter Grundsatz demokratischer Umgestaltung des Staates muß sich darauf richten, die Entscheidungen der am stärksten demokratisch legitimierten Staatsorgane, d.h. wiederum in besonderer Weise der Parlamente, gegenüber allen Abteilungen der staatlichen Maschinerie zur ver-

bindlich befolgten Handlungsanweisung werden zu lassen. Vorrangig ist deshalb dafür zu sorgen, daß die militärischen und repressiven Apparate des Staates, von den Streitkräften über die Polizei bis zu den Geheimdiensten, einer umfassenden demokratischen Kontrolle unterstellt werden. Das schließt die innere Demokratisierung dieser Bereiche, die gewerkschaftliche Organisation und die Verwirklichung neuer Mitbestimmungsrechte der hier Beschäftigten nicht aus, sondern erfordert sie sogar; aber es muß gegenüber allen, unter staatsmonopolistischen Bedingungen systematisch begünstigten Absonderungstendenzen und der Verbreitung ständisch-reaktionärer Auffassungen in diesen Bereichen sichergestellt werden, daß gerade diese Teile des Staatsapparates jedem Anschlag auf die Demokratie entgegentreten.

21. These

Massenmedien, Bildung und Wissenschaft

Ein weiterer Grundsatz der Demokratisierung des Staates besteht darin, die Einrichtungen zur Informationsverbreitung und Meinungsbildung, Massenmedien — wie Presse, Rundfunk und Fernsehen —, aber auch die Institutionen der Wissenschaft und des Bildungswesens in die demokratische Kontrolle einzubeziehen. Auch hier geht es darum, zunächst einmal die äußeren Bedingungen dafür zu schaffen, daß sich die reale Vielfalt der in der Gesellschaft vertretenen Positionen und Auffassungen (unter Einfluß ihres Ringens untereinander um den jeweils dominierenden Einfluß) ungehindert und prinzipiell gleichberechtigt in den verschiedenen Einrichtungen Gehör verschaffen kann. Denn nur auf einer solchen Grundlage wird die Öffnung des Staates für die gesellschaftlichen Kräfte zu einer bewußten Inbesitznahme durch die große Mehrheit der Bevölkerung führen. Daneben kommt es aber darauf an, den in diesen Einrichtungen Tätigen, von den Künstlern und Journalisten bis zu den Lehrern, Wissenschaftlern und Studenten, weitreichende Mitbestimmungs- und Autonomierechte einzuräumen, um sie als aktive Träger und Multiplikatoren des Demokratisierungsprozesses im Staatsapparat zu gewinnen.

Der Verknüpfung aller dieser nur beispielhaft benannten Elemente zur demokratischen Durchdringung und Transformation des Staates wird ein wesentlicher Anteil an den Realisierungschancen des demokratischen Weges zum Sozialismus in den kapitalistischen Industrieländern zufallen.

22. These

Strategische Bedingungen zur Einleitung des demokratischen Weges zum Sozialismus

Mit der Demokratisierung der Wirtschaft und der demokratischen Transformation des Staates sind die wesentlichen Zielbestimmungen der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern als aktuelle Aufgabe der westeuropäischen Arbeiterbewegung bestimmt. Eine Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus muß jedoch auch die Bedingungen angeben, unter denen diese Ziele verwirklicht werden können. Hier gilt zwar mehr noch als bei der Darstellung der Zielsetzungen, daß ihre genaue Ausarbeitung nur im Zusammenhang und unter ständiger Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Besonderheiten der Klassenauseinandersetzungen, ihrer spezifischen Traditionen und Entwicklungsrichtungen erfolgen kann. Dennoch lassen sich eine Reihe von allgemeinen Voraussetzungen benennen, ohne deren Verwirklichung das Öffnen und Beschreiten des demokratischen Weges zum Sozialismus nicht möglich sein wird.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern ist eine breite, möglichst weit über die Mehrheit hinausgehende Zustimmung in der Bevölkerung eine unverzichtbare Grundbedingung für die angestrebte soziale Umwälzung. Erste Voraussetzung hierfür ist das möglichst geschlossene und an objektiven Interessen der Klasse ausgerichtete politische und gewerkschaftliche Handeln der Arbeiterbewegung. Darüberhinaus kommt es entscheidend auf die Fähigkeit der Arbeiterbewegung an, für die Durchsetzung der erarbeiteten gesellschaftlichen Alternative auch die Zustimmung anderer, in ihrer objektiven Interessenlage nicht an das Monopolkapital gebundener Klassen und Schichten zu erreichen.

23. These

Stärke klassenbewußter und anti-kapitalistischer Positionen in der Arbeiterklasse

Entscheidend für eine sozialistische Umwälzung ist eine Arbeiterbewegung, in der klassenbewußte Positionen vorherrschen und die — je nach nationalen Besonderheiten in unterschiedlicher organisatorischer Form — zu einheitlichem anti-kapitalistischem Handeln befähigt ist.

Die Arbeiterklasse ist im Kapitalismus zum einen Objekt kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung. Über die Ausbeutung und Abhängigkeit im Produktionsprozeß erfährt sie tagtäglich ihre gesellschaftliche Stellung und zugleich die Notwendigkeit, sich kollektiv gegen die Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Zugleich aber ist die Arbeiterklasse der entscheidende

Träger der vergesellschafteten Produktion, ist sie die Hauptproduktivkraft. Aufgrund dieser gesellschaftlichen Stellung ist sie das gesellschaftliche Subjekt, das allein in der Lage ist, den Kampf gegen die Ausbeutung mit einer sozialistischen Gesamtperspektive und der Umgestaltung der Gesellschaft zu verbinden. Politische Veränderungen mit sozialistischer Perspektive sind nur möglich, wenn die Arbeiterklasse sich ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrer objektiven Interessen, soweit sie über die kapitalistische Gesellschaftsformation hinausreichen, in weiten Teilen bewußt wird und entsprechend handelt: Die klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung verbinden den Kampf um unmittelbare Tagesforderungen bewußt mit dem notwendigen Ziel der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Aktuell treten sie deshalb für Maßnahmen zur Bekämpfung der auf den arbeitenden Menschen *lastenden Krisenfolgen ein* und stellen zugleich die Notwendigkeit der Durchbrechung des kapitalistischen Profitprinzips zur dauerhaften Überwindung der Krise heraus.

Klassenbewußtsein entsteht innerhalb der Arbeiterklasse weder individuell in den Köpfen einzelner, noch spontan aus den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Kämpfen. Es ist vielmehr selbst Moment und Ergebnis des bewußt und organisiert geführten Klassenkampfes. Erst durch die Vermittlung der konkreten Auseinandersetzungen und ihrer unmittelbaren Wahrnehmung mit den kollektiven Erfahrungen, die die Arbeiterklasse über längere Zeiträume international gewonnen hat, kann sich Klassenbewußtsein herausbilden. Die Gründung eigenständiger — politischer und gewerkschaftlicher — Organisationen der Arbeiterbewegung, die in den westeuropäischen Ländern unter jeweils unterschiedlichen Bedingungen erfolgte, war daher geschichtliche Voraussetzung für das Entstehen eines eigenen Klassenbewußtseins. Und auch heute sind die bestehenden oder neu entstehenden nationalen Organisationen Ausdruck des erreichten Stands des Klassenbewußtseins und zugleich der gesellschaftliche Ort, an dem im wesentlichen das Ringen um die Erkenntnis der Lage und der objektiven Interessen der Klasse stattfindet.

Geschichtlich entscheidend für die Durchsetzung und Festigung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse war dessen wissenschaftliche Fundierung und theoretische Verallgemeinerung durch den wissenschaftlichen Sozialismus, der im wesentlichen auf die Erkenntnisse der sozialdemokratischen Klassiker Marx und Engels zurückgeht. Der wissenschaftliche Sozialismus ist der Arbeiterbewegung keineswegs fremd oder nur von außen in sie hineingetragen. Seine Ausarbeitung, die auf den Erkenntnissen der bürgerlichen Wissenschaften aufbauen mußte, erfolgte zwar nicht durch Produktionsarbeiter. Marx und Engels konnten aber die Grundlagen der Theorie der Arbeiterklasse nur herausarbeiten, weil und soweit sie sich auf den gesellschaftlichen Standpunkt der Arbeiterklasse stellten und selbst Teil und Organisatoren der Arbeiterbewegung wurden.

Auch die Weiterentwicklung theoretischer Positionen und ihre massenhafte Verbreitung bleibt bis heute daran gebunden, daß kollektive und wechselseitige Lernprozesse stattfinden, in denen aktuelle Betroffenheit sowie kollektive Erfahrung und wissenschaftliche Analyse miteinander vermittelt werden: Unabhängig von der Anzahl, der Form und der Ausrichtung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung darf es daher keine Alleinvertretungsansprüche auf richtiges Bewußtsein und auch keine Verfestigung einmal gewonnener Erkenntnisse zu unveränderbaren Dogmen geben. Mit der Veränderung der Gesellschaft und mit der immer stärkeren wissenschaftlichen Durchdringung gesellschaftlicher Zusammenhänge entwickelt sich auch der Marxismus als die Theorie der klassenbewußten Arbeiterbewegung weiter. Nur so kann er die Vertiefung und Verbreitung der Erkenntnisse befördern, die die Arbeiterklasse insgesamt zum politischen Handeln mit gesellschaftsverändernder Perspektive befähigen.

24. These

Unentfaltetes Klassenbewußtsein: Reformismus

Die Entwicklung und Festigung von Klassenbewußtsein in der Arbeiterklasse erfolgt weder geradlinig noch ohne Rückschläge. Die Geschichte der nationalen Arbeiterbewegungen wie ihr internationales Zusammengelen ist deutlich gekennzeichnet durch Perioden des Stillstands oder durch Rückschläge bei der Durchsetzung klassenbewußter Positionen.

Objektive Ursachen, die zu Schranken der Entwicklung von Klassenbewußtsein werden können, sind die Formen, in denen die ökonomischen Verhältnisse an der Oberfläche der Gesellschaft erscheinen und die vielfältige Illusionen erzeugen und dadurch den Blick für die wirklichen Zusammenhänge verstellen: In der Stellung der abhängig Beschäftigten als Verkäufer der Ware Arbeitskraft und scheinbar gleichberechtigte Warenbesitzer sowie als Empfänger des Arbeitslohns, der seiner Form nach als Entgelt für die gesamte Arbeitszeit erscheint und so die Teilung des Arbeitstages in notwendige Arbeit und Mehrarbeit und damit die Tatsache der Ausbeutung verschleiert, sind die hauptsächlichen und objektiven Bedingungen für die Entstehung von illusionären Vorstellungen einer nichtantagonistischen Gesellschaft. Das Bestehen derartiger Illusionen ist Voraussetzung bürgerlicher Herrschaft, ihre Überwindung wesentliche Bedingung für eine von der Arbeiterklasse breit getragene Strategie sozialistischer Gesellschaftsveränderung.

Im Kapitalismus wird Herrschaft nicht nur durch Gewalt, auch nicht nur durch die drohende Möglichkeit der Gewaltanwendung, gesichert. Bestimmend ist vielmehr die Dominanz der Ideologie der Herrschenden als

herrschendes Bewußtsein. Diese Dominanz knüpft an den verschleiernnden Formen, in denen sich der Kapitalismus darstellt und an den sich ergebenden Illusionen in der Arbeiterklasse an. Sie bezieht sich damit auf die objektive Möglichkeit und die subjektive Bereitschaft (eines unterschiedlich großen Teils) der Beherrschten, entscheidende Momente bürgerlicher Ideologie als eigene zu akzeptieren und in die politischen Vorstellungen aufzunehmen. Dementsprechend kann bürgerliche Ideologie Dominanz nur entfalten, wenn sie mehr als nur die allgemeinen Klasseninteressen der Bourgeoisie formuliert. Sie dominiert nur in dem Maße, in dem sie als allgemeines Selbstverständnis der Gesamtgesellschaft erscheint und von Teilen der Arbeiterklasse auch so aufgenommen wird. Ihren Ausdruck findet die bürgerliche Ideologie als herrschende nicht in ihrer Besonderheit als bürgerliche, sondern in »Formen der Allgemeinheit«, als menschliche Vernunft schlechthin oder als vorgegebene Sachlogik. In diesen Formen sind die gegensätzlichen und besonderen Klasseninteressen und die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nicht mehr sichtbar, sie werden durch die Formen verdeckt.

Stellt die Arbeiterklasse — befangen in den verschleiernnden Formen der gesellschaftlichen Oberfläche — bei der Wahrnehmung ihrer unmittelbaren Interessen, in ökonomischer wie in politischer Hinsicht, diese »Formen der Allgemeinheit« nicht in Frage, sondern bestimmt sie ihre Ziele innerhalb einer solchen vorgegebenen ideologischen Grundstruktur, so ist dieses Ausdruck eines unterentwickelten Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse, eines Bewußtseins, in dem sich das Interesse der Arbeiterklasse darauf beschränkt, gegenüber den ungerechtfertigten bürgerlichen »Sonderinteressen« Gerechtigkeit für alle durchzusetzen.

Diese an objektiv bedingten Bewußtseinsformen der Arbeiterklasse anknüpfenden und in ideologischer bürgerlicher Vorherrschaft befangenen politischen Vorstellungen sind als »Reformismus« — sozusagen als eine der Arbeiterbewegung eigene politische Grundströmung — in unterschiedlichster Ausformung praktisch in allen geschichtlichen Epochen und in allen kapitalistischen Ländern vorhanden. / Dennoch ist der Reformismus, auch wenn er mehrheitlich in der Arbeiterklasse verankert ist, keineswegs Ausdruck des der Klassenlage der Arbeiter wirklich entsprechenden Bewußtseins. Er ist vielmehr nicht mehr als die Repräsentanz unentwickelten Klassenbewußtseins, das der eigenen objektiven Stellung und gesellschaftlichen Perspektive nicht gerecht wird.

25. These*Die Widersprüchlichkeit des Reformismus*

Die immer wieder neue Aktualität reformistischer Strömungen in der Arbeiterbewegung beruht auf der zeitweise vorhandenen Möglichkeit, unmittelbare Interessen der Lohnabhängigen in nennenswertem Umfang innerhalb des Kapitalismus, im Rahmen des bürgerlichen Staates, entwickeln und durchsetzen zu können. Eine besondere Stabilität erlangen solche Strömungen unter den Bedingungen des parlamentarisch verfaßten bürgerlichen Staates, die zu Illusionen über den Klassencharakter des Staates führen bzw. diese bestärken können. Unabhängig von den jeweiligen konkreten Ausprägungen oder der unterschiedlichen Organisationsform lassen sich zwei Hauptkennzeichen reformistischer Strategie und Taktik in der Politik der Organisationen der Arbeiterbewegung verfolgen:

1. Reformistische Politik zielt auf die Vertretung elementarer Interessen der Arbeiterklasse, indem sie an deren Forderung nach verbesserten Arbeits- und Lebensbedingungen anknüpft und diese durchzusetzen versucht. Diese — unterschiedlich intensive — Interessenvertretung ist die objektive Grundlage der unbestreitbaren historischen, politischen und sozialen Verankerung reformistischer Strategie und Taktik in der Arbeiterklasse aller westeuropäischen Länder.

2. Reformistische Politik beschränkt diese Interessenvertretung jedoch objektiv_ auf die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese Befangenheit in den kapitalistischen Strukturen wird nicht schon dadurch überwunden, daß verbal für das Ziel der gesellschaftlichen Umwälzung eingetreten wird. Solange die besondere Dimension der Klassenauseinandersetzung beim Übergang zum Sozialismus nicht erkannt ist und die Notwendigkeit einer grundlegenden demokratischen Umgestaltung des bürgerlichen Staates übersehen wird, verbleibt es bei der Politik der Reformschritte und einer Hoffnung, daß deren geradlinige Aneinanderreihung — sozusagen »reformgradualistisch« — den Sozialismus ausmacht.

Beide genannten Elemente treten in unterschiedlicher Ausprägung auf und bestimmen so die konkrete Ausgestaltung reformistischer Politik. Die widersprüchlichen Elemente und die organisatorischen Formen, in denen sich diese Politik darstellt, unterliegen der Dynamik der Klassenauseinandersetzungen in jeweils unterschiedlichen kapitalistischen Gesellschaften. Die innere Widersprüchlichkeit des Reformismus tritt dann schärfer hervor, wenn in einer ökonomischen Krisensituation nur in geringem Umfang materielle Zugeständnisse gegenüber den berechtigten Interessen der Lohnabhängigen als möglich erscheinen:

Je stärker dann die Integration in die bestehende Wirtschaftsordnung in den Vordergrund gerückt wird, desto weniger bleibt eine auch nur kurzfristige Interessenvertretung möglich. Je offensiver dann aber die Tagesinter-

essen der arbeitenden Menschen vertreten werden, desto stärker wird der Gegensatz zu der kapitalistischen Profitgesellschaft. Diese Tendenz zur Verschärfung der Widersprüche innerhalb des Reformismus birgt die Gefahr in sich, daß Personen und Fraktionen innerhalb von Organisationen der Arbeiterbewegung nicht mehr nur der Dominanz bürgerlicher Ideologie unterliegen, sondern zu unmittelbar prokapitalistischen Positionen übergehen und zu Vertretern bürgerlicher Vorstellungen in der Arbeiterbewegung werden. Andererseits besteht auch verstärkt die Möglichkeit für die Emanzipation reformistischen Bewußtseins in Richtung auf eine — zunächst punktuelle — antikapitalistische Ausrichtung und auf den Übergang zu klassenbewußten Positionen: Die Weiterentwicklung reformistischer Positionen hin zu verstärkter antikapitalistischer Ausrichtung macht nicht zwangsläufig an einer Grenze halt, an der das »ganz andere« des Klassenbewußtseins und des Marxismus beginnt.

26. These

Politische Strömungen in der Arbeiterbewegung

Gerade in einer Wirtschaftskrise besteht nicht nur die Gefahr der prokapitalistischen Selbstaufgabe reformistischer Positionen und die Möglichkeit ihrer antikapitalistischen Überwindung. Hier tritt vielfach auch eine andere Form spontanen »unentfalteten« Klassenbewußtseins hervor, das sich abstrakt *gegen* die kapitalistische Ausbeuterordnung auflehnt, ohne die konkreten Bedingungen und Hindernisse für eine gesellschaftliche Umwälzung zu berücksichtigen. Während reformistisches Bewußtsein sich in den »Formen der Allgemeinheit« bürgerlicher Ideologie bewegt, werden diese von einem revoltierenden (rebellierenden/putschistischen) Bewußtsein abstrakt und unvermittelt negiert. Politisch formulieren sich solche Bewußtseinstendenzen in der Arbeiterbewegung häufig als »linksradikale« oder anarchistische (anarcho-syndikalistische) Strömungen. Diese Strömungen haben zwar in allen westeuropäischen Ländern erheblich weniger Gewicht als der Reformismus, sind jedoch als zu überwindende Möglichkeit stets in die Strategie klassenbewußter Kräfte einzubeziehen:

Dabei geht es einerseits darum, zu einer Fortentwicklung von revoltierendem zu Klassenbewußtsein beizutragen. Andererseits kommt es darauf an, eine Schwächung der Arbeiterbewegung durch eine Polarisierung und Konfrontation von reformistisch und »linksradikal« ausgerichteten Teilen der Arbeiterklasse zu verhindern.

Die angesprochenen grundlegenden Formen, in denen sich die Arbeiterklasse der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer eigenen Bedeutung und Interessen bewußt wird, sind nicht unmittelbar identisch mit den politi-

schen Ideen und Konzeptionen, die in der Arbeiterbewegung vertreten sind. Auf der Grundlage der allgemeinen Bewußtseinsformen ergeben sich diese erst aus einer ideellen Auseinandersetzung mit vorhandenen Ideen und weitgehend auch in deren Formen. Für einen nicht unwesentlichen Teil der westeuropäischen Arbeiterbewegung kann etwa die Entwicklung hin zu klassenbewußten politischen Vorstellungen ausgehend von einer christlich geprägten Ethik festgestellt werden. Dabei werden weithin die religiösen Bindungen und Motivationen aufrechterhalten und in Übereinstimmung mit der politischen Ausrichtung gesehen. Trotz unterschiedlicher erkenntnistheoretischer Vorstellungen werden die Marxisten mit solchen »christlichen Sozialisten« ein Höchstmaß an Übereinstimmung und Zusammenarbeit anstreben und sektiererischen antireligiösen Propagandisten politisch keinen Raum geben.

Die auf unterschiedliche Bewußtseinstendenzen zurückführenden, aber auch durch historische und nationale Besonderheiten geprägten politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegungen der einzelnen Ländern bestehen nicht nur in Zeiten gesellschaftlicher Krisen und Konflikte, sondern sie tradieren sich in den verschiedensten organisatorischen Formen: In ganz unterschiedlichem Stärkeverhältnis sind sie — und sei es auch nur als Sekte — in der Arbeiterbewegung stets vertreten. Die jeweils bestehenden Parteien der Arbeiterbewegung entsprechen dabei keineswegs unmittelbar den verschiedenen Strömungen oder gar den ihnen zugrundeliegenden Bewußtseinsformen. In allen Parteien befinden sich eigentlich immer — in ganz unterschiedlichem Ausmaß — Elemente klassenbewußter, reformistischer und »linksradikaler« Positionen. Diese konstituieren sich unter den jeweils unterschiedlichen historischen und nationalen Bedingungen gegebenenfalls als Flügel, Gruppierung oder Zirkel, wobei die Besonderungsprozesse nicht unbedingt nach den theoretisch bestimmten Unterscheidungen erfolgen, sondern an als praktisch relevant angesehenen, teilweise nur quantitativ verschieden erscheinenden Fragestellungen ansetzen. (Für die bundesdeutsche Sozialdemokratie lag bislang die Scheidelinie für die Parteiflügel bei der Alternative »Verbesserung« des Kapitalismus und Integration der Arbeitnehmer in dieses System oder Veränderung der Gesellschaft im Interesse der arbeitenden Menschen, die weitgehend in Auseinandersetzungen um Größe und Schnelligkeit von Reformschritten zum Ausdruck kam.)

Die vielfältigen geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zeigen, daß an der Differenziertheit der Klasse wie ihrer Organisationen und an der Möglichkeit fehlerhafter Orientierungen nichts dadurch geändert wird, daß eine Partei sich selbst als die umfassendste und einzige Organisation der klassenbewußten Kräfte definiert. Im Gegenteil hat sich die Selbsternennung zur Avantgarde indem sie als ein die gesellschaftliche Realität verdrängender Mechanismus funktionierte, immer wieder als ein we-

sentlicher Ansatz zu sektiererischer Politik erwiesen.

27. These

Klassenbewußtsein und politische Aktion

Die Entwicklung von Klassenbewußtsein ist Folge und Moment konkreter Klassenauseinandersetzungen, in denen aktuelle Tagesinteressen als Aspekt des allgemeinen Klasseninteresses erscheinen und begriffen werden.

Im Rahmen von Klassenkampf als einem bewußten kollektiven Handeln sind die Organisationen der Arbeiterbewegung die politischen Träger, die allein umfassend die Klasseninteressen formulieren und durchsetzen können. In den Willensbildungsprozessen der Organisationen selbst, im Prozeß ihrer Verankerung in der Klasse und in der Durchsetzung der Ziele in den gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen sind die Organisationen jeweils der Ort, an dem sich Klassenbewußtsein herausbilden, bewähren und aufgrund konkreter und verallgemeinerter Erfahrungen weiterentwickelt. Voraussetzung jeder Entwicklung ist aber die politische Praxis, die Aktion zur Durchsetzung der vorher formulierten Ziele.

Die Vermittlung der jeweils in der einzelnen Aktion gewonnenen Erfahrung mit dem vorgängigen Wissen der Klasse kann nicht einseitig als Belehrung durch eine sich als Avantgarde verstehende Gruppierung erfolgen. Innerhalb der Arbeiterbewegung gibt es zwar sehr unterschiedlich entwickeltes Bewußtsein. In den Klassenauseinandersetzungen ist jedoch stets auch zu beachten, daß die Arbeiterklasse nur bei einem Höchstmaß an Einigkeit wirklich erfolgreich sein kann. Daher sind die Weiterentwicklung der kollektiven Erkenntnisse, wie die des individuellen Bewußtsein des einzelnen, stets als ein gemeinschaftlicher und wechselseitiger Lernprozeß zu verstehen, innerhalb dessen die aktuellen Erfahrungen und die geschichtlichen Erkenntnisse miteinander vermittelt werden. Diesen Notwendigkeiten müssen die Organisationen der Arbeiterbewegung in der Anlage ihrer politischen Aktionen wie in ihrer inneren Verfassung zu entsprechen suchen: Die politischen Aktionen haben an dem konkreten Bewußtsein der Betroffenen anzuknüpfen und dürfen nicht über deren Köpfe hinweggehen. Die innere Verfassung der Organisationen muß sich durch ein Höchstmaß an demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung unter Berücksichtigung auch von Minderheitsauffassungen auszeichnen.

Die kollektive und organisierte Aktion, die eine Grundlage zur Weiterentwicklung von Bewußtsein ist, kann nicht ziellos als Bewegung an sich erfolgen. Sie muß zielgerichtet auf die Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen und auf die Veränderung des gesellschaftlichen Kräftever-

hältnisses zugunsten der Arbeiterklasse orientieren. Es bedarf also jeweils einer Programmatik, die von aktuellen Bedürfnissen der arbeitenden Menschen ausgeht und an dem jeweiligen Klasseninteresse unter Berücksichtigung des erreichten Standes der Klassenauseinandersetzungen orientiert ist und darüberhinaus Möglichkeiten eröffnet, in der praktischen Aktion weitergehende politische Erkenntnisse zu gewinnen. Das Bewußtsein und die Bereitschaft zur Unterstützung revolutionärer Gesellschaftsveränderung werden nur in dem Maße zunehmen, in dem es den Anhängern solcher Lösungen gelingt, sich die Verwirklichung der unmittelbaren politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Arbeitnehmerinteressen überzeugend zu eigen zu machen, zugleich aber deren Unvereinbarkeit mit dem staatsmonopolistischen System und ihre notwendige Einbeziehung in sozialistische Alternativvorstellungen aufzuzeigen. Vor allem muß sich aus der grundlegenden Programmatik nachvollziehbar ergeben, welche unmittelbaren Veränderungen am Arbeitsplatz, im Wohnbereich und anderswo als Ergebnis sozialistischer Veränderungen angestrebt werden.

Zugleich muß die entwickelte sozialistische Programmatik so angelegt sein, daß gerade kurzfristige Maßnahmen von solchen reformistischen Kräften mitgetragen werden können, die an der Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen auch angesichts der Krise festhalten. In diesem Zusammenhang kann es erforderlich sein, daß kurzfristige Teilaspekte der Gesamtprogrammatik herausgelöst werden, um in einer gemeinsamen politischen Aktion zusammen mit reformistischen Kräften Teilforderungen durchzusetzen. Dabei können Begründung und Stellenwert der durchzusetzenden Forderung unterschiedlich gesehen und zugleich die unterschiedlichen Sichtweisen wechselseitig akzeptiert werden: Die gemeinsame Aktion für die Durchsetzung von Teilzielen und der Respekt vor unterschiedlichen Motiven hindert nicht die gleichzeitige inhaltliche Diskussion über notwendig folgende weitere Zielvorstellungen.

Für die aktuellen Klassenauseinandersetzungen sind dementsprechend auch unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung und Festigung von Klassenbewußtsein die Erarbeitung, die Diskussion und die Propagierung einer gesellschaftlichen Alternative angesichts der aktuellen kapitalistischen Krise von entscheidender Bedeutung. Dies gilt für alle westeuropäischen Länder, vor allem im Hinblick auf die Ziele einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wenn auch die einzelnen Programme entsprechend den nationalen Unterschieden keineswegs identisch sein können. Im Laufe der Durchsetzung von solchen programmatischen Vorstellungen und im Zuge des Ausbaus von Gegenmachtpositionen wird es auch darum gehen, die Dominanz bürgerlicher Ideologie zurückzudrängen und im Bereich der Kultur mehr und mehr affirmative Ästhetik zu durchbrechen, damit mit der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Emanzipation der Arbeiterklasse auch die kulturelle einhergehen kann.

28. These

Die grundlegende Bedeutung der Gewerkschaften

In den Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre hatten in allen westeuropäischen Ländern die jeweiligen Gewerkschaften wesentlichen Anteil an der Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse, an der Organisation der Arbeitnehmer und an der Entwicklung gestiegenen Selbstbewußtseins bei der Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen. Dabei gibt es sowohl hinsichtlich der Organisationsformen als auch hinsichtlich der inhaltlichen Prioritäten erhebliche Unterschiede zwischen den Gewerkschaftsbewegungen der verschiedenen Länder. Entscheidend bleibt aber, daß in allen Ländern eine Tendenz zu wachsender Aktivität und Einflußnahme besteht.

Gerade in der gegenwärtigen tiefen Krise des Kapitalismus wird deutlich, daß sich an der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, an deren traditionellen Aufgaben und den Kampfformen nichts wesentliches geändert hat. Für die unmittelbare Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Kapitalisten gibt es keine Alternative zu einer starken, hochgradig organisierten Gewerkschaftsbewegung. Die Stärke der Gewerkschaften hängt im wesentlichen von ihrem Organisationsgrad und von der Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder in den Betrieben ab. Diese Stärke entsteht weder von allein noch läßt sie sich von oben her verordnen, sondern erwächst aus der demokratischen Einbeziehung möglichst vieler Kolleginnen und Kollegen in die unmittelbaren Entscheidungsprozesse, in die Planung und Durchführung der gewerkschaftlichen Aktionen. Die Aktivitäten in den einzelnen Bereichen dürfen sich aber nicht gegeneinander isolieren, sondern müssen in demokratischen organisatorischen Prozessen koordiniert werden.

Die Machtzusammenballung bei den nationalen und internationalen Monopolen erfordert Organisationsformen, die ein koordiniertes und organisiertes Vorgehen selbst über den Bereich einzelner Länder hinaus ermöglichen. Daher gibt es zu den zentralisierten Gewerkschaften keine Alternative. Im Gegenteil ist eine stärkere Vereinheitlichung auf westeuropäischer Ebene, die alle Gewerkschaften einschließt, überfällig. (Hier muß insbesondere der DGB sich aus seiner antikommunistischen Befangenheit lösen und der stärkeren Einbeziehung etwa des CGT zustimmen.)

Auch im nationalen Rahmen sind die Herstellung und Weiterentwicklung der Gewerkschaftseinheit wesentliche Bedingungen für ein weiteres Fortschreiten der Gewerkschaftsbewegung. Die konkreten Aufgaben sind jeweils unterschiedlich: Während es in Frankreich und Italien hauptsächlich darauf ankommt, die weltanschauliche Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung dauerhaft zu überwinden, sind in der Bundesrepublik

die aktuellen Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft — von wem auch immer sie ausgehen — zurückzuweisen. Gerade weil der gleichberechtigte Platz christlich orientierter Gewerkschafter in der Einheitsgewerkschaft DGB ist, darf die Drohung der reaktionären Kräfte mit einer »christlich«-konservativen »Gewerkschaft« nicht zu einem ängstlichen Zurückweichen führen, darf dem Druck nicht durch die Ausgrenzung kommunistischer Gewerkschafter oder durch das Disziplinieren aktiver Funktionäre nachgegeben werden.

In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten haben sich vor allen Dingen in Frankreich und Italien Veränderungen und Verschärfungen der gewerkschaftlichen Kampfformen ergeben, die sich teilweise als besonders wirksam erwiesen und die — etwa in der Form von Fabrikbesetzungen — Möglichkeiten der Selbstverwaltung demonstrativ vorwegnahmen. In der Bundesrepublik gibt es nach den großen gewerkschaftlichen Kämpfen am Anfang der 50er Jahre intensivere Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern erst wieder in den letzten Jahren. Das Ende der relativen Stabilität des westdeutschen Kapitalismus, die — insbesondere im Bereich der Lohnentwicklung — weitgehende gewerkschaftliche Erfolge durch Verhandlungen ohne Kampfmaßnahmen ermöglichte, ist endgültig abgeschlossen. Den Teilen der Gewerkschaftsbewegung, die sich voll kapitalistischen Anforderungen unterordnen, sind weitgehend die objektiven Voraussetzungen entzogen. Die zunehmende Notwendigkeit, fast schon für die Erhaltung des erreichten Stands materieller Absicherung, Streikmaßnahmen einzuleiten und die Konfrontation mit der inhumanen Aussperrungsstrategie des Kapitals hat in erheblichem Umfang zur Entstehung neuer kämpferischer Kader in den Gewerkschaften geführt.

29. These

Neue Aufgaben und »Politisierung« der Gewerkschaftsbewegung

In dem Maße, in dem innerhalb des staatsmonopolistischen Kapitalismus staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik Bedeutung gewinnt, erweitert sich der Bereich gewerkschaftlicher Aufgaben.

Staatliche Wirtschaftspolitik gewinnt zunehmend Bedeutung für die Sicherung der Arbeitsplätze. Sie hat mittelbaren Einfluß auf den Reallohn der Arbeitnehmer in dem Maße, wie durch sie Umverteilungsmaßnahmen vermittelt werden, sei es über das Instrument der Steuerpolitik, sei es durch den Mechanismus der Geldentwertung. Zunehmend sehen sich die Gewerkschaften auch Tendenzen ausgesetzt, über staatliche Maßnahmen diszipliniert zu werden: Lohnleitlinien und konzertierte Aktionen auf der einen Seite und das Rufen nach dem Verbändegesetz auf der anderen Seite zeigen die unterschiedlichen Ansätze, die demselben Ziel dienen: Die Gewerkschaften auf das vorgebliche allgemeine Wohl zu verpflichten.

Hinzu kommt, daß in immer stärkerem Maße die Reproduktion der Arbeitskraft nicht mehr über den individuellen Lohn, sondern vermittelt über staatliche oder öffentliche Institutionen erfolgt. Hier ergeben sich eine Fülle von notwendigen Forderungen, die von seiten der Gewerkschaften unmittelbar gegenüber staatlichen Instanzen zu stellen und durchzusetzen sind. Die Notwendigkeit, gewerkschaftliche Forderungen gegenüber dem bürgerlichen Staat durchzusetzen, führt tendenziell zu einer Politisierung der gewerkschaftlichen Aktivitäten: Schon einzelne wirtschaftliche und soziale Forderungen erhalten eine gesamtgesellschaftliche Dimension, innerhalb derer der Staat mehr und mehr den Schein der Neutralität verliert. Vor allem aber muß die systematische Zusammenfassung gewerkschaftlicher Interessenvertretung in die Forderung nach einer demokratischen Wirtschaftsplanung münden, die im Ergebnis nur politisch durchgesetzt werden kann.

Neben den Versuchen, Einfluß auf wirtschaftspolitisches Handeln des Staates zu gewinnen, sind Maßnahmen der unternehmensinternen Investitionskontrolle und Investitionsbeeinflussung neue Instrumente gewerkschaftlichen Handelns. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Felder, auf denen die Auseinandersetzungen stattfinden, national unterschiedlich gewichtig sind. Während teilweise unmittelbar die Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern im Vordergrund steht, spielt in der Bundesrepublik die Ausweitung und offensive Wahrnehmung der institutionalisierten Mitbestimmungsrechte eine besondere Bedeutung. Dennoch wird es auch für die bundesrepublikanische Gewerkschaftsbewegung angesichts der Wirtschaftskrise und angesichts abnehmender Kompromißbereitschaft der Gegenseite verstärkt darauf ankommen, die gewerkschaftlichen Kampfmittel zu intensivieren und ihren Anwendungsbereich gegen die herrschende Rechtsprechung auszudehnen, die Streiks nur im Verhältnis zu Tarifgegnern für zulässig erklärt.

Die Notwendigkeit verstärkter Aktionen der Gewerkschaften auf politischer Ebene und die festzustellende Entstehung neuer gewerkschaftlicher Kader sind wichtige Momente in der Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Dieser Veränderungsprozeß führt jedoch entgegen manchen Idealisierungen nicht geradlinig und nicht ohne Gegentendenzen zu einer offensiveren, stärker antikapitalistisch ausgerichteten Gewerkschaftspolitik. Auch die innergewerkschaftlichen Entwicklungen vollziehen sich unter den Bedingungen gesamtgesellschaftlichen ideologischen Klassenkampfes und einer ungleichzeitigen und widersprüchlichen Bewußtseinsentwicklung innerhalb der Arbeiterklasse: Antikommunistische Beeinflussung, ideologische Abhängigkeiten von sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen und vor allem auch berufsständische und materielle Sonderinteressen sind immer wieder Ausgangspunkt für rückläufige Tendenzen, die von der Reaktion bewußt gefördert und ausgenutzt werden. (Wie stark

die vorhandenen und durch Druck von außen verstärkten beharrlichen Tendenzen etwa im DGB sind, zeigen die Disziplinierungen fortschrittlicher Gewerkschafter, die gerade in der letzten Zeit verstärkt zu verzeichnen waren.)

Angesichts dieser, in den Haupttendenzen fortschreitenden, aber durchaus widersprüchlichen Entwicklung, ist es Aufgabe der klassenbewußten Kräfte in den Gewerkschaften, für eine offensive und zugleich einheitsstiftende Strategie einzutreten: Es ist immer wieder zu verdeutlichen, daß die gewerkschaftliche Interessenvertretung Klassenkampf bedeutet und daß dieser selbstbewußt geführt werden muß. Es muß jedoch in jeder Phase der Entwicklung auch auf unterschiedliche Vorstellungen und unterschiedlich stark ausgeprägte Kampfbereitschaft Rücksicht genommen werden, um die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Aktion und Organisation nicht zu gefährden. Von daher sind alle Versuche, die Gewerkschaften zu sozialistischen Ersatzparteien zu machen, nicht nur naive Träumereien, sondern gefährliches Abenteuerium.

30. These

Gewerkschaftliche Autonomie als Prinzip sozialistischer Strategie

Die Einheit der Gewerkschaften bedeutet, daß in ihr die verschiedenen, tatsächlich in der Arbeiterklasse des jeweiligen Landes verankerten Strömungen wiederzufinden sind. Unter diesen Bedingungen ist eine wirkliche Einheit nur möglich, wenn die Gewerkschaftsbewegung ihr Handeln in voller Selbständigkeit bestimmt. Damit wird dem von einem Teil der Parteien in der Arbeiterbewegung erhobenen Anspruch, die Gewerkschaften als vorpolitische Massenorganisationen »anzuleiten«, eine Absage erteilt. In besonderem Maße müssen die Gewerkschaften ihre Forderungen und ihr Vorgehen autonom dann bestimmen, wenn im Rahmen der parlamentarischen Regierungsformen, Parteien der Arbeiterbewegung an der Regierung beteiligt sind.

Dem Prinzip der gewerkschaftlichen Autonomie ist insbesondere Geltung zu verschaffen, wenn reformistische Kräfte, die an der Regierung beteiligt sind, aus »staatspolitischen Notwendigkeiten« eine Krisenpolitik zu Lasten der Arbeitnehmer betreiben und ihre Wirtschaftspolitik den Verwertungserfordernissen des Kapitals, insbesondere der Monopole unterordnen. Hier kann es keine Solidarität geben. Vielmehr muß gewerkschaftlicher Druck ausgeübt werden, um diejenigen reformistischen Kräfte zu stärken, die die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten bemüht sind. Die gewerkschaftliche Autonomie ist aber auch erforderlich, wenn von einer Regierung der Linken Maßnahmen zur umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft und zur demokratischen Transformation des

Staates eingeleitet werden. Hier wird es sicherlich ein wichtiges Moment gewerkschaftlicher Strategie sein müssen, die Veränderungsprozesse nicht durch übermäßige oder falsch bestimmte Forderungen zu erschweren und wirtschaftliche Schwierigkeiten heraufzubeschwören. Insofern wird es darauf ankommen, daß die Gewerkschaften in der Wahrnehmung der kurzfristigen Interessen der Arbeitnehmer nicht den grundlegenden Erfordernissen einer Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse der Arbeiterklasse zuwiderhandeln. Inwieweit aber solche Überlegungen zur zeitweisen Zurückstellung bestimmter Forderungen führen können, müssen die Gewerkschaften in ihrer eigenen Verantwortung als umfassende Organisationen zur Interessenvertretung der Arbeitnehmer selbst entscheiden. »Anleitungen« bzw. Gängelungen würden die breite Zustimmung der Arbeiterklasse zu dem begonnenen Prozeß der Transformation der gesamten Gesellschaft in Frage stellen und damit den Prozeß als solchen gefährden.

Wie für den Prozeß des Übergangs zum Sozialismus, so gilt auch für die gesellschaftliche Entwicklung auf der Grundlage weitgehend vergesellschafteter Produktionsmittel, daß die Gewerkschaften, die unter veränderten Bedingungen weiterhin die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, ihre Entscheidungen selbständig treffen und damit einen unabhängigen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten. Gerade weil unterschiedliche — wenn auch nicht antagonistische — Interessen fortbestehen, müssen die Gewerkschaften nicht nur ihre jeweiligen Forderungen, sondern auch die Formen ihrer Durchsetzung selbst bestimmen, wobei der Streik ein mögliches und zulässiges Druckmittel bleibt. Die so verstandene Unabhängigkeit der Gewerkschaften ist ein unverzichtbarer Bestandteil sozialistischer Demokratie.

31. These

Die politischen Parteien der Arbeiterbewegung

Auch wenn die gewerkschaftlichen Aufgabenbereiche im staatsmonopolistischen Kapitalismus weiter gespannt sind und die »klassische Arbeitsteilung« zwischen Gewerkschaften und politischen Parteien der Arbeiterbewegung nicht unverändert fortbesteht, können die Gewerkschaften doch nie spezifische Aufgaben der Parteien übernehmen, ohne ihre eigene Funktion und Einheit in Frage zu stellen. Dementsprechend kommt den politischen Parteien der Arbeiterbewegung in einer Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus eine ganz wesentliche Aufgabe zu.

Unter den Bedingungen parlamentarisch-demokratischer Verfassungen besteht prinzipiell die Möglichkeit der politischen Interessenrepräsentanz der Arbeiterbewegung — ausgedrückt in ihren unterschiedlichen politischen Strömungen im Bereich der staatlichen Willensbildung. Für die klas-

senbewußten politischen Kräfte geht es gerade angesichts der gegenwärtigen tiefen Krise im Kapitalismus darum, reaktionäre Lösungsversuche zu verhindern, die erkämpften demokratischen Rechte zu verteidigen und für ihre Ausweitung mit der Perspektive des demokratischen Übergangs zum Sozialismus einzutreten. Dabei ist — in welchen unterschiedlichen politisch-organisatorischen Formen auch immer — eine weitestgehende Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung und solchen Kräften möglich, die von einer liberalen, christlichen oder sonstigen Grundhaltung her die Erhaltung und den Ausbau der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Programmatik machen. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß eine verstärkte Orientierung auf die soziale Ausfüllung formaler Rechtspositionen zugunsten der arbeitenden Menschen nur in dem Maße gelingen kann, wie die politischen Parteien der Arbeiterbewegung Gewicht haben und sich in ihnen klassenbewußte Positionen durchsetzen.

In dem Maße, in dem staatliches politisches Handeln unmittelbar oder mittelbar die soziale Lage der Arbeitnehmer beeinflußt, kommt dem Kampf um soziale Verbesserungen noch innerhalb des kapitalistischen Systems zunehmende Bedeutung zu. In der Wirtschaftskrise muß es Ziel der Parteien der Arbeiterbewegung sein, dem Abbau von Sozialleistungen entgegenzutreten, Maßnahmen zur Steigerung der Konsumkraft der Bezieher besonders niedriger Einkommen durchzusetzen und auf staatliche Umverteilungsmaßnahmen im Interesse der arbeitenden Menschen Einfluß zu nehmen. In der Forderung und in der Durchsetzung bestehender Reformprojekte muß aber, um Illusionen zu vermeiden, auf deren Begrenztheit angesichts des Vorherrschens der kapitalistischen Profitlogik stets hingewiesen werden. Während es also notwendig ist, daß die klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung in Zusammenarbeit mit reformistischen Teilen zielgerichtet Gegenmachtpositionen innerhalb des kapitalistischen, politischen und sozialen Systems errichten, müssen sie zugleich immer auf die Notwendigkeit weiterer Veränderungen orientieren und durch eine Programmatik der Zwischenziele und Übergangsforderungen diese Notwendigkeit veranschaulichen und in ihrer Durchsetzung ihr auch praktisch näherkommen.

32. These

Pluralität unterschiedlicher Strömungen und Möglichkeit verschiedener Parteien der Arbeiterbewegung

Für alle westeuropäischen Länder ist davon auszugehen, daß weder das Eintreten für antikapitalistisch verstandene Gegenmachtpositionen noch der Kampf um die Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus durch eine einheitliche politische Organisation der Arbeiterbewegung er-

kämpft werden kann und muß. Im Gegenteil erscheinen gesellschaftliche Veränderungen mit sozialistischer Perspektive nur auf der Grundlage erfolgversprechend, daß die Existenz unterschiedlicher Strömungen und Organisationen der politischen Arbeiterbewegung anerkannt und, von dieser Existenz und ihrer Respektierung ausgehend, Vorschläge für eine gemeinsame politische Programmatik entwickelt werden.

Diese Erkenntnis schließt aus, daß sich unterschiedliche marxistische Strömungen mit dem Anspruch auf Allgemeinvertretung oder mit dem Vorwurf des Abweicher- oder Renegatentums entgegneten. Sie macht es aber auch notwendig, die internen Entscheidungen der jeweils anderen Organisationen als prinzipiell gleichberechtigt zu akzeptieren, auch wenn es nicht möglich erscheint, sie inhaltlich zu teilen. Auch innerhalb der jeweiligen Organisationen muß zwischen den unterschiedlichen Strömungen das Ringen um die richtige Bestimmung der nächsten Aufgaben und der strategischen Perspektive verbunden sein mit der grundsätzlichen Anerkennung prinzipieller Gleichwertigkeit — wenn auch nicht Gleichgewichtigkeit, die jeweils von dem Kräfteverhältnis abhängt. Dieses Prinzip der Möglichkeit unterschiedlicher Ansätze ist sowohl gegenüber marxistisch-leninistischen Avantgardavorstellungen als auch gegenüber antikommunistisch begründeten reformistischen Ausschließlichkeitsansprüchen durchzusetzen.

Erst die Kenntnisnahme und Akzeptierung der Pluralität unterschiedlicher politischer Auffassungen in der Arbeiterbewegung kann unter den gegenwärtigen Umständen die breite politische Übereinstimmung herbeiführen, die erforderlich ist, um erfolgreich den demokratischen Weg zum Sozialismus zu beschreiten. Wie die Übereinstimmung konkret herzustellen ist, wird unterschiedlich beantwortet werden müssen. Als vorteilhaft erscheint es jedoch, wenn die erforderlichen Bewußtseinsprozesse in einer breit in der Arbeiterklasse verankerten demokratischen Massenpartei stattfinden können. Dennoch muß die Möglichkeit unterschiedlicher Parteien der Arbeiterbewegung stets — auch unter sozialistischen Bedingungen — gewährleistet sein.

33. These*Breite demokratische Bündnispolitik*

Neben einem höchstmöglichen Maße an Einheitlichkeit des Vorgehens der Arbeiterklasse ist die Einbeziehung auch anderer Klassen und Schichten, deren objektive Interessen nicht an die des Großkapitals gebunden sind, ein wichtiges Moment einer Strategie des von breiten Teilen der Gesamtbevölkerung getragenen demokratischen Weges zum Sozialismus. Eine breite demokratische Bündnispolitik knüpft an jeweiligen konkreten Interessen und gesellschaftlichen Konflikten an. Sie bewährt sich in dem Maße, in dem im gemeinsamen Kampf um einzelne Veränderungen die Dominanz bürgerlicher Ideologie durchbrochen wird und die Überlegenheit einer sozialistischen Perspektive für die Entwicklung der gesamten Gesellschaft auch außerhalb der Arbeiterklasse immer stärker im Bewußtsein vorherrscht.

Ein wachsender Teil der arbeitenden Bevölkerung im staatsmonopolistischen Kapitalismus ist lohnabhängig, ohne daß er zugleich in seiner gesamten gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse zuzurechnen wäre. Die in sich differenzierten lohnabhängigen Zwischenschichten weisen in ihrer objektiven Interessenlage Annäherungstendenzen und Parallelen zu den Interessen der Arbeiterklasse aus. An die bestehenden Gemeinsamkeiten kann eine weitgehende Bündnispolitik anknüpfen; aus ihnen heraus können übereinstimmende Ziele formuliert werden, wobei allerdings stets der möglichen Geltendmachung bestehender Privilegien entgegenzutreten ist.

Auch die Interessen derjenigen Klassen, die — wie die Bauern und selbständigen Handwerker — mit eigenen Produktionsmitteln arbeiten, bei denen es aber entscheidend auch auf die eigene Arbeit ankommt, werden durch die Unterordnung unter die Interessen der Monopole verletzt. Hier bestehen reale Gegensätze zur Großbourgeoisie, die Anknüpfungspunkte für eine fortschrittliche Bündnispolitik bieten. Von Seiten der Organisation der Arbeiterbewegung kann die Bündnispolitik jedoch nicht in einem opportunistischen Nachgeben gegenüber den widersprüchlichen Interessen dieser nicht monopolistischen Gruppierung bestehen: Die immer wieder zutage tretende Befangenheit in borniertem Eigentümerbewußtsein und die mögliche Identifizierung mit den Großkapitalisten in einer scheinbaren Übereinstimmung selbständigen Unternehmertums müssen durchbrochen und durch die Perspektive genossenschaftlicher Organisation überwunden werden.

Im Hinblick auf die Teile der Bourgeoisie, die das Klein- und Mittelkapital repräsentieren, ergibt sich eine eingeschränktere Bündnisperspektive: Auch wenn sich die Monopole einen Teil des in diesem Bereich produzierten Mehrwerts mittelbar als Monopolprofit aneignen, läßt es die objektive wie subjektive Einbindung der Klein- und Mittelkapitalisten in die Kapita-

listenklasse insgesamt als kaum möglich erscheinen, diesen Teil der Bevölkerung für eine Politik der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien gewinnen zu können. Für den weiteren Fortgang der gesellschaftlichen Entwicklung darf aber andererseits nicht übersehen werden, daß es in der Phase nach der Vergesellschaftung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Überwindung der Macht des Monopolkapitals Bündnisnotwendigkeiten im Verhältnis zu dem verbleibenden privatkapitalistischen Sektor gibt. Hier können einerseits unter Wahrung der Lenkungsfunction des vergesellschafteten Sektors, des verstaatlichten Kreditwesens und der demokratischen Wirtschaftsplanung ökonomische Zugeständnisse und Garantien gemacht werden. Andererseits wird es darauf ankommen, in den sich fortsetzenden Klassenkämpfen die geistige »Hegemonie« der Arbeiterklasse auch im Verhältnis zu den verbleibenden Teilen der Bourgeoisie zu entwickeln und zu bewahren.

Die konkrete Ausgestaltung antimonopolistischer Bündnisse hat aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung der Bezugsgruppierungen in den einzelnen westeuropäischen Ländern und aufgrund unterschiedlicher Traditionen jeweils in einer besonderen konkret zu bestimmenden Form zu erfolgen. Die jeweils konkrete Bündnispolitik stellt sich nicht in einer einheitlichen organisatorischen Form dar, sondern hat sich in einem Geflecht unterschiedlicher Beziehungen und Bedingungen zu entwickeln. Ziel und Aufgabe der Bündnispolitik ist es, eine große politische Mehrheit in der Bevölkerung zu bilden, die dem Programm des demokratischen Weges im Sozialismus zustimmt und konservativen und reaktionären Vorstülungen eine eindeutige Absage erteilt.

Inhaltlicher Ausgangspunkt jeder Bündnispolitik sind orientierende politische Sachaussagen. Vor allem die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung müssen — ausgehend von dem Anspruch, ein Konzept für die Gestaltung der gesamten Gesellschaft durchsetzen zu wollen — deutliche Aussagen hinsichtlich der konkreten Verhältnisse machen, die die Bündnisschichten besonders betreffen. Darüber hinaus ist stets zu verdeutlichen, daß solche Probleme, die alle Gesellschaftsmitglieder betreffen — wie das Bildungs- und Gesundheitswesen oder auch der Schutz der natürlichen Umwelt — nur auf der Basis der Durchbrechung des Profitprinzips gelöst werden können. Auf der Grundlage einer solchen bündnispolitisch bestimmten Programmatik kann dann gegebenenfalls erreicht werden, daß bei Wahlen oder anderen politischen Aktionen eine Unterstützung der Organisationen der Arbeiterbewegung auch aus Bereichen jenseits der Arbeiterklasse heraus erfolgt.

Im Bereich der Landwirtschaft und des Handwerks sind die Durchbrechung der umfassenden Abhängigkeit von den Monopolen und die genossenschaftliche Organisierung die inhaltlichen Schwerpunkte der Bündnispolitik. Die konkrete Ausgestaltung solcher Vorstellungen hat in enger Zu-

sammenarbeit mit Organisationen der Betroffenen zu geschehen. In den Ländern, in denen derartige »Interessenverbände« reaktionär ausgerichtet sind und der ideologischen Bevormundung des Monopolkapitals unterliegen, wie in der Bundesrepublik, ist auf die Gründung neuer fortschrittlicher und demokratischer Vereinigungen zu orientieren.

Die lohnabhängigen Zwischenschichten haben in vielen Bereichen gleiche und ähnliche Interessen wie die Angehörigen der Arbeiterklasse, so daß weitgehend gemeinsame Ziele formuliert werden können. Gewisse Besonderheiten und zusätzliche Anknüpfungspunkte gibt es im Verhältnis zu den Staatsbediensteten in den Bereichen Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen, die weniger im Hinblick auf ihre relativ privilegierte materielle Situation als vielmehr im Hinblick auf ihre konkrete Arbeit und deren gesellschaftlichen Sinn und Nutzen angesprochen werden können. Im Bereich der lohnabhängigen Zwischenschichten findet die Bündnispolitik ihren organisatorischen Ausdruck in der Organisation der fortschrittlichen Kräfte in den Organisationen der Arbeiterbewegung, vor allem in den Gewerkschaften.

Nicht alle gesellschaftlichen Konflikte sind unmittelbar klassen- oder schichtenspezifische Auseinandersetzungen. Besondere Bedürfnisse in bestimmten Lebenssituationen oder besondere soziale und kulturelle Interessen, die unter staatsmonopolistischen Bedingungen keine hinreichende Beachtung finden, sind Anknüpfungspunkte für eine fortschrittliche Jugend-, Sozial- und Kulturpolitik. Hier vollzieht sich die Bündnispolitik vor allem als Vorfeldarbeit, in sozialistischen Jugend-, Schüler- und Studentenverbänden, in fortschrittlichen Freizeitemeinschaften, sozialen Hilfsorganisationen und kulturellen Vereinigungen. Darüber hinaus ist auch eine Zusammenarbeit mit und eine Mitarbeit in solchen Vereinigungen möglich, die sich selbst als politisch »neutral« verstehen.

Soweit Teile der Bevölkerung, deren Interessen nicht an das Großkapital geknüpft sind, sich in anderen politischen Parteien organisieren, sind die Bedingungen für politische Kooperationen bis hin zu parlamentarischen Koalitionen auf der Grundlage einer fortschrittlichen Programmatik anzustreben.

Zunehmend Bedeutung erhalten gegenwärtig Initiativen, die punktuell gesellschaftliche Probleme aufgreifen und hier aktiv werden. Solche Aktivitäten sind grundsätzlich als Elemente realer Demokratie zu unterstützen. Allerdings ist dann eine Einschränkung zu machen, wenn bestimmte Gruppierungen nur die Privilegien Einzelner verteidigen wollen. Die Bündnispolitik im Verhältnis zu Bürgerinitiativen vollzieht sich durch Mitarbeit klassenbewußter Kräfte in ihnen und durch das Aufgreifen ihrer Aktivitäten von seiten der politischen Parteien der Arbeiterbewegung.

In allen westeuropäischen Ländern treten verstärkt solche Initiativen auf, die nicht nur punktuell, an einer besonderen, lokal eingrenzba-

Frage ansetzen, sondern die sich ein generelles gesellschaftliches Problem zu ihrem politischen Anliegen gemacht haben. Seit den 50er Jahren spielen die verschiedenen Bewegungen für Frieden, Entspannung und Abrüstung in unterschiedlicher Form eine beachtliche Rolle. Die Frauenbewegung ist — teilweise in neuer, sich autonom verstehender Form — erheblich gestärkt. Sie stellt einen Faktor dar, der gerade auch in den Organisationen der Arbeiterbewegung selbst auf notwendige Veränderungen drängt. Neuerdings sind Bewegungen für Umweltschutz und gegen Atomenergie besonders stark hervorgetreten. Alle diese Bewegungen drücken wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse aus; teilweise ist ihr Entstehen zugleich ein Anzeichen dafür, daß die Organisationen der Arbeiterbewegung bestimmte Fragestellungen zu wenig in ihre Politik einbezogen haben. Für die klassenbewußten Kräfte kommt es darauf an, in diesen Massenbewegungen mitzuarbeiten, ohne irgendeinen Versuch dahingehend zu machen, in ihnen die eigene politische Organisationsperspektive zu propagieren und durchzusetzen. Zugleich ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der Arbeiterbewegung und diesen Massenbewegungen anzustreben, wobei immer wieder versucht werden muß, die jeweiligen Forderungen sinnvoll in eine sozialistische Gesamtperspektive einzubeziehen. — In dem Maße, in dem die Basisbewegungen einen umfassenden politischen Anspruch entwickeln und sich schließlich zur Partei konstituieren, ändert sich naturgemäß das Verhältnis zu ihnen: Es ist mit ihnen in eine politische Auseinandersetzung um die gesamten politischen Zielvorstellungen einzutreten. Diese Auseinandersetzung darf jedoch nicht zu einer billigen Polemik werden, die in neuen politischen Formationen schlicht »nützliche Idioten« der Reaktion sieht. Gerade weil hier häufig fortschrittliche Inhalte vertreten werden, ist zu prüfen, inwieweit gegebenenfalls Kooperationsmöglichkeiten zwischen den bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung und den politischen Organisationen, die aus der Basisbewegung hervorgegangen sind, entwickelt werden können.

Die breite demokratische Bündnispolitik dient der Schaffung einer großen Mehrheit für die Durchsetzung einer sozialistischen Alternative. Sie ist zugleich schon selbst Moment eines demokratischen Veränderungsprozesses, weil sie neue Formen der demokratischen Interessenvertretung, der Auseinandersetzung um politische Prioritäten und der Zusammenarbeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Organisationen bedeutet. In den Bereichen, in denen gesellschaftliche Initiativen dauerhafte organisatorische Formen gewinnen können — aus Mietinitiativen werden Stadtteilräte — entstehen »von unten her« neue gesellschaftliche Institutionen, die im Rahmen einer demokratischen Umstrukturierung des Staates selbstverwaltend früher bürokratisch wahrgenommene wichtige Funktionen übernehmen können. •

34. These*Internationale Rahmenbedingungen*

Die Bedingungen für die Einleitung sozialistischer Veränderungen müssen sich aus den jeweiligen Gesellschaften selbst ergeben. Wachsendes Gewicht für die Realisierbarkeit des demokratischen Weges zum Sozialismus gewinnt jedoch auch in allen kapitalistischen Industrieländern die internationale Absicherung systemüberwindender Maßnahmen. Angesichts des erreichten Standes der Produktivkraftentwicklung und der monopolbestimmten internationalen Kapitalverflechtung wird ein isoliertes Vorgehen der Linken in nur einem dieser Länder immer schwieriger; die jeweils herrschende Klasse kann sich gegen Offensiven der Arbeiterbewegung stärker auf den Gegendruck der internationalen Reaktion stützen. Dennoch wäre es unsinnig, den Kampf um sozialistische Alternativen erst dann in Angriff zu nehmen, wenn hierfür die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in sämtlichen Ländern herangereift sind. Das hieße nichts anderes, als dem Land mit den ungünstigsten Kräfteverhältnissen für die Arbeiterbewegung freiwillig die Kontrolle und gegebenenfalls Blockierung revolutionärer Prozesse in den übrigen Staaten zu überlassen. Stattdessen ist es für die fortschrittlichen Kräfte in jedem einzelnen Land vorrangig, zum einen jenes Maß an unverzichtbarer nationaler Autonomie gerade auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet zu behaupten oder wiederzugewinnen, das notwendig ist, um die entscheidenden gesellschaftlichen Umstrukturierungen im eigenen Land einleiten zu können. Zum anderen aber kommt es vor allem in den westeuropäischen Ländern verstärkt darauf an, neue Formen der internationalen Solidarität, der Einbeziehung internationaler Unterstützungsaktionen in die nationalen Klassenauseinandersetzungen und einer möglichst umfassenden Mobilisierung gegenüber Einmischungsversuchen der jeweiligen herrschenden Klasse in dritten Ländern zu entwickeln.

Die Neue
TAGESZEITUNG

Keine Schublade paßt

*** Links, unabhängig, aber freilich parteilich**

Die Neue
Die Neue
Die Neue
Die Neue

Das NEUE-Abonnement kostet im Vierteljahr DM 46,50. Nutzen Sie aber zunächst unser Angebot zum Kennenlernen: DIE NEUE eine Woche kostenlos ins Haus. Senden Sie uns einfach folgenden Coupon oder eine Postkarte. Name und Adresse nicht vergessen.

Ich bestelle die NEUE unverbindlich eine Woche zur Probe.

Name Straße

Ort Unterschrift

an: DIE NEUE Abt. W/36

Oranienburger Str. 170/172, 1000 Berlin 26

IV. Der Sonderfall Bundesrepublik

Der Kapitalismus der BRD

35. These

Die besonderen Bedingungen der Rekonstruktionsphase

Bereits vor der Staatsgründung der Bundesrepublik im September 1949 waren mit der Bildung der Bi- und Trizone, der separaten Währungsreform und der hieran anschließenden Aufhebung des Preisstopps in den Westzonen sowie mit der Durchsetzung des Marshall-Plans und dem alliierten Boykott der von der Bevölkerungsmehrheit geforderten Sozialisierung des Großkapitals die entscheidenden politischen Voraussetzungen für eine marktwirtschaftlich-kapitalistische Entwicklung der Bundesrepublik geschaffen worden. Von ausschlaggebender Bedeutung bei der Restauration des westdeutschen Monopolkapitalismus war die politische und finanzielle Einflußnahme der bedeutendsten Siegermacht der USA. In ihrer Deutschlandpolitik nach 1945 kommt nicht nur der gelungene Versuch zum Ausdruck, dem amerikanischen Kapital durch die Erschließung neuer Absatz- und Anlagesphären Ersatz für ausfallende Rüstungsaufträge zu verschaffen; vor allem spiegelt diese Politik auch eine Änderung der globalstrategischen Konzeption der USA wider, die sich für die Zukunft Europas entscheidend auswirken sollte.

Bereits 1945 stießen die offiziellen Ziele der amerikanischen Deutschlandpolitik, wie sie von Roosevelt und Morgenthau vertreten worden war, in den USA auf den Widerstand der Repräsentanten der Großindustrie, die weniger ein Wiedererstarken des deutschen Faschismus als vielmehr eine Gefährdung ihrer Interessen in Europa befürchteten. Ihre Sorge war, daß sich in dem besiegten Deutschland sozialistische Kräfte durchsetzen könnten. Das Feindbild verlagerte sich dementsprechend vom deutschen Faschismus zum Sozialismus und konkretisierte sich in der Phase des beginnenden kalten Krieges auf die Sowjetunion. Den wichtigsten Baustein der veränderten amerikanischen Deutschlandpolitik bildete der sogen. »Marshall-Plan«, das Hilfsprogramm zum Wiederaufbau Europas. Die drei Westzonen erhielten insgesamt 1,6 Mrd. Dollar ERP-Hilfe.

Ökonomisch waren nach dem Zweiten Weltkrieg für das westdeutsche Kapital Verwertungsbedingungen gegeben, wie sie ähnlich günstig nur in der Phase des Frühkapitalismus Anfang des 19. Jahrhunderts geherrscht haben. Die durch den Krieg bedingten Zerstörungen industrieller Anlagen für das Gebiet der späteren Bundesrepublik einschließlich der bis 1948 durchgeführten Demontagen entsprachen dem, was während des Krieges zusätzlich investiert worden war; das industrielle produktive Vermögen entsprach also dem Vorkriegsstand. Im Hinblick auf die spätere Teilung Deutschlands ist zudem bemerkenswert, daß Westdeutschland, das vor

dem Krieg 56 v.H. der Gesamtbevölkerung umfaßte, 61 v.H. der gesamtdeutschen industriellen Vorkriegskapazitäten behielt.

Neben den produktionstechnischen Voraussetzungen stellte die Lage auf dem Arbeitsmarkt eine besonders günstige Bedingung für den Aufschwung dar. Die Verluste unter der deutschen Bevölkerung an Toten, Versehrten und Kriegsgefangenen wurden überlagert von einer großen Zahl von Vertriebenen, die aus den ehemaligen deutschen Gebieten in das Restgebiet der vier Besatzungszonen strömten; für die drei Westzonen kamen zusätzlich aus der Sowjetisch Besetzten Zone, der späteren DDR, Geflüchtete hinzu. Aber nicht nur die große Zahl potentieller Arbeitskräfte wirkte sich auf Löhne und Arbeitsbedingungen aus. Der Faschismus hatte die Organisationen der Arbeiterklasse zerschlagen und eine zunehmend schärfere Ausbeutung der Arbeiter zur Folge gehabt. Die Löhne sanken nach der Machtergreifung weit unter das Niveau der zwanziger Jahre und wurden 1935 auf einem Stand eingefroren, der unter dem Niveau vor der Weltwirtschaftskrise lag. Unter dem Druck der großen industriellen Reservearmee — 1950 hatte die BRD nach offiziellen Statistiken eine Arbeitslosenquote von über 11 % — blieben die Löhne niedrig bzw. sanken noch. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen sank unter dem Faschismus von 64 Wo im Jahre 1932 auf 57 Wo im Jahre 1938 und erreichte erst 1963 in der BRD wieder den Anteil von 1932.

Während also auf der Produktionsseite niedrige Kapitalkosten und niedrige Löhne in Verbindung mit einer Reserve qualifizierter Arbeiter quasi »frühkapitalistische« Verwertungsbedingungen herstellten, garantierte eine Reihe weiterer günstiger Faktoren auf der Absatzseite, daß das Kapital den so produzierten Mehrwert auch als Profit realisieren konnte und die einsetzende ökonomische Expansion nicht jäh durch Realisierungsprobleme unterbrochen wurde. So führte die stürmische Kapitalakkumulation zu einem rasanten Wachstum der Investitionsgüternachfrage, das durch staatliche Subventionen und Gelder aus dem Marshallplan noch gefördert wurde. Die entbehrungsreiche Kriegs- und Nachkriegszeit hatte in der Bevölkerung enorme Nachholbedürfnisse nach Konsumgütern entstehen lassen. Wenngleich auch die Einkommen noch niedrig waren, sorgte doch die rasche Zunahme der Zahl der Beschäftigten dafür, daß dieser Nachholbedarf sich auch in kaufkräftiger Nachfrage am Markt niederschlug. Ein stürmischer Produktionsaufschwung war die Folge, der sich jedoch bald als atypischer Sonderfall kapitalistischer Entwicklung entpuppen sollte.

36. These*Der Übergang zu »normalen« kapitalistischen Bedingungen*

Mit dem Schwinden der industriellen Reservearmee gewann die Arbeiterklasse die Kraft und Entschlossenheit, neben Lohnerhöhungen — erstmals seit 1918 — auch Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. Damit waren der Steigerung des Profits durch Mehrarbeit Grenzen gesetzt, nicht aber der Expansion durch Rationalisierung und Intensivierung der Produktion. Unter dem Druck knapper werdender Arbeitskräfte und steigender Löhne wurde die technologische Basis der Produktion, insbesondere im Wachstumsrückgang 1957/58 und dann nach der Krise, entscheidend umgestaltet. Nach 1957/58 wurden vor allem in der Massengüterproduktion teilautomatische Produktionsverfahren eingeführt. Nach 1966/67 wurden die Arbeitsprozesse durch die Computertechnik umgewälzt. Statistisch schlug sich diese Entwicklung in einem raschen Steigen des Verhältnisses von Maschinen zu Menschen, der Kapitalintensität sowie in zwar zyklisch leicht schwankenden, generell aber hohen Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität auf der einen Seite und stagnierendem Arbeitskräftevolumen sowie sinkenden Lohnquoten andererseits, nieder. Dieser neue Akkumulationstypus, der intensivere Formen der ökonomischen Reproduktion hervorbrachte, war die direkte Folge der nachlassenden Wachstumsgeschwindigkeit der westdeutschen Wirtschaft und spiegelt die Reaktion des Kapitals auf die verschlechterten Verwertungsbedingungen wider. Gerade diese Umstellungen in der Produktion wirkten aber in der Tendenz wiederum profitsenkend, da sie die Kapitalausstattung der bundesdeutschen Volkswirtschaft enorm erhöhten und dies schließlich in einem Ausmaß, das den erzielten Zuwachs an Arbeitsproduktivität überstieg; eine abnehmende Rentabilität war die Folge der von den Unternehmen gerade mit umgekehrter Zielsetzung eingeleiteten Maßnahmen. Die BRD-Wirtschaft war auf einen »normalen« kapitalistischen Entwicklungspfad eingeschwenkt.

Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der Industrieproduktion sank in den sechziger Jahren auf 5,5 % gegenüber 9,6% im Jahrzehnt zuvor. Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie wuchs zwischen 1960 und 1970 nur noch um 0,6 % pro Jahr gegenüber 4,2% in den fünfziger Jahren. In der zyklischen Krise 1966/67 war die gesamte Produktion zum ersten Mal absolut rückläufig; 1973 trat die BRD-Volkswirtschaft in ihre bisher schwerste Krise ein. In der überzyklischen Betrachtung fällt die stagnative Gesamttendenz auf: Zwischen 1970 und 1978 wuchs die Industrieproduktion jahresdurchschnittlich nur noch um 2,1 %, die Zahl der Beschäftigten ist sowohl in der Industrie als auch in der Gesamtwirtschaft abnehmend.

Der Verfall der ökonomischen Expansion ist nicht ohne Auswirkung auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölke-

rung geblieben. Verschärfte Arbeitshetze, Massenarbeitslosigkeit, abnehmende Einkommenssteigerungen, die zudem durch Inflation und steigende Steuern und Sozialabgaben weitgehend rückgängig gemacht werden, kennzeichnen die Situation bereits seit mehreren Jahren.

37. These

Veränderungen in der Struktur der bundesdeutschen Volkswirtschaft

Die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bevölkerung weit verbreitete Einsicht in die Verantwortung der großen Konzerne der Schwer-, Chemie- und Elektroindustrie sowie der Banken beim Aufstieg des Faschismus und vor allem bei der Vorbereitung des Krieges schlug sich zunächst auch in der Dekartellisierungspolitik der Westalliierten nieder, die sich hierbei allerdings nicht zuletzt auch von den ökonomischen Interessen ihrer nationalen Kapitale leiten ließen. Die Vorstellung, im Rahmen einer kapitalistisch verfaßten Wirtschaft dauerhaft auf die Größenstruktur der Unternehmen wirksam Einfluß nehmen zu können, erwies sich aber bald als illusionär. Erneut stellte sich heraus, daß Konzentration und Zentralisation von Kapital integrale Bestandteile kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung überhaupt sind, die auch durch den bürgerlichen Staat nicht dauerhaft blockiert werden können, will er nicht die Produktionsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt in Frage stellen.

Die Auflagen der Alliierten zur Entflechtung der bei Kriegsende stark konzentrierten deutschen Wirtschaft wurden sehr schnell durch die Konzentrationsbegünstigenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung überkompensiert. Bis zur Krise 1966/67 ist der Konzentrationsprozeß insbesondere durch ungleichmäßiges internes Wachstum der Unternehmen gekennzeichnet: Die Zahl der Unternehmen sowie die durchschnittliche Unternehmensgröße (gemessen an der Zahl der Beschäftigten und am Umsatz) nahmen zu und die Zahl und das Gewicht der Großunternehmen wuchsen überproportional. Von 1966/67 an nahm die Zahl der Unternehmen ab und die Konzentration vollzog sich insbesondere durch Zusammenschlüsse von Unternehmen.

Gegenwärtig erzielen die 116 größten Konzerne in der Bundesrepublik allein 71 Wo des Gesamtumsatzes in der Industrie. Der zunehmenden Konzentration des Kapitals entspricht die Zusammenführung von immer mehr Arbeitskräften unter ein einheitliches Kommando. In den vom Kartellamt als hochkonzentriert bezeichneten Branchen arbeiteten 1973 etwa 65 Wo aller Industriebeschäftigten, während es 1950 erst 33 Wo waren. Die 116 größten Konzerne beschäftigten allein vier Millionen Arbeitskräfte, das sind mehr als 55 Wo der 7,4 Mio. Beschäftigten in der Industrie der Bundesrepublik.

Die Monopolisierung hat aber nicht alle Bereiche der Volkswirtschaft gleichmäßig erfaßt. Gerade in den expandierenden und in den den technischen Fortschritt insgesamt bestimmenden Industriezweigen ist der Konzentrationsgrad besonders hoch. Die Umsatzanteile der 100 größten Unternehmen der Gesamtwirtschaft betragen 50 bis 75 % in der chemischen Industrie, der NE-Metallerzeugung • und der Elektrotechnik; über 75 % in der Elektrizitätserzeugung und bis 90% in der Eisen- und Stahlerzeugung, im Straßen- und Luftfahrzeugbau; über 90% im Steinkohlenbergbau und in der Mineralölverarbeitung; Industriezweige also, in denen die enormen Kosten der dort vorzunehmenden Investitionen für Entwicklung, Produktion und Absatz nur von ausreichend finanzkräftigen Monopolen, meist noch mit Unterstützung des Staates, aufgebracht werden können.

Von der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals zeugt auch die stetige Abnahme der rechtlich selbständigen Industrieunternehmen. Gab es 1960 noch 49.000 Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten, so waren es 1968 nur noch 45.222 und 1973 schließlich 43.682. Dem entsprach ein Anstieg der Konkurse von 2.689 im Jahre 1960 auf 3.582 1968 und 5.277 im Jahre 1973. Zum Höhepunkt der jüngsten Krise 1975 schnellte die Zahl sogar auf 9.195 empor. Die Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse lag 1978 mit 558 mehr als achtmal so hoch wie genau zehn Jahre zuvor.

Der hohe Monopolisierungsgrad der bundesdeutschen Wirtschaft stellt eine Besonderheit der Bundesrepublik zumindest im Verhältnis zu den anderen EG-Staaten dar. Bereits 1966 wurde von den EWG-Behörden der Konzentrationsgrad in der BRD als doppelt so hoch wie in Frankreich und gar dreifach so hoch wie in Italien angegeben. Angesichts der seitdem vollzogenen enormen Zusammenballung wirtschaftlicher Macht in der BRD dürfte sich der relative Abstand nicht grundlegend verändert haben.

So wie die Großunternehmen und Konzerne sehr schnell wieder jene Bedeutung erlangen konnten, die sie zu Kriegszeiten innehatten und diese im weiteren Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung sogar noch enorm zu steigern wußten, haben auch die Banken der BRD heute im ökonomischen Prozeß eine Stellung inne, die jene ihrer Rechtsvorgänger in der Zeit des Faschismus bei weitem noch übertrifft. Auf die drei Großbanken »Deutsche Bank«, »Dresdner Bank« und »Commerzbank« entfällt nicht nur ein Viertel des Umsatzes, sie kontrollieren zudem ein Viertel aller Kapitalbeteiligungen. Diese Verbindung von Bankkapital und Produktivvermögen sichert einigen wenigen Banken zentrale Machtpositionen in der Wirtschaft. Sie bedienen sich dabei verschiedener Wege: Übernahme bedeutender Besitzanteile, Beteiligung an den Aufsichtsräten großer Konzerne, Beherrschung von Großunternehmen mittels des Depotstimmrechts sowie direkte Mitwirkung an der Steuerung großer Konzernzusammen-

schlüsse mit Hilfe des Börseneinflusses.

Diese schon von Rudolf Hilferding 1910 als Entstehung des Finanzkapitals analysierte Entwicklung des Kapitalismus ist auch heute noch am stärksten in der Bundesrepublik ausgeprägt. So ist z.B. in Frankreich und in Japan den Banken der Besitz von Beteiligungen an Industrie- und Handelskonzernen nur beschränkt gestattet, in den USA ist dies sogar generell untersagt. Nicht zuletzt diese den bundesdeutschen Banken vom Staat eingeräumten Möglichkeiten haben entscheidenden Anteil daran gehabt, daß die Großbanken 35 Jahre nach Ende des NS-Regimes, dessen Krieg sie maßgeblich mitfinanzierten, und ihrer anschließenden Zerschlagung durch die Siegermächte wieder eine derartige Machtfülle erreichen konnten.

38. These

Veränderungen der wirtschaftspolitischen Staatsfunktionen

Die Dynamik der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung in der BRD hat nicht nur zu bedeutenden Veränderungen in der Struktur der ökonomischen Basis der bundesdeutschen Gesellschaft geführt; vielmehr haben sich in ihrer Folge auch die von ihr maßgeblich bestimmten Funktionsanforderungen an die staatliche Wirtschaftspolitik nicht unerheblich gewandelt. Insofern ist es kein Zufall, daß die Schnittstellen zwischen den verschiedenen ökonomischen Entwicklungsphasen mit ihren spezifischen Akkumulations- und Verwertungsbedingungen für das private Kapital gleichzeitig wichtige Stationen des inhaltlichen Funktionswandels staatlicher Einflußnahme auf den Wirtschaftsprozess markieren.

Konnte sich staatliche Politik in den fünfziger Jahren noch darauf beschränken, der stürmischen Kapitalakkumulation institutionelle Barrieren — wie z.B. Kartellverbote — aus dem Weg zu räumen, und ihre Voraussetzungen durch die besondere Förderung verwertungsrelevanter Schlüssel-sektoren und Infrastrukturbereiche zu verbessern, so mußte der Übergang zu einer labileren Entwicklungsphase neue, andersartige Anforderungen an staatliches Handeln auf die Tagesordnung setzen. Das im Zuge der ersten mit einem merklichen Beschäftigungseinbruch verbundenen zyklischen Krise sichtbar gewordene Phänomen der Überakkumulation von Kapital lenkte das Augenmerk stärker auf die Realisierungsseite privater Kapitalverwertung und führte zur Konzipierung und politischen Durchsetzung einer umfassenderen staatlichen Regulierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Die im Kern den massiven Einsatz des Staatshaushaltes zur »Stabilisierung« privater Akkumulationstätigkeit beinhaltende »Globalsteuerung« erwies sich trotz ihres indirekten, den strukturdifferenzierten Funktionserfordernissen und Selbststeuerungsde-

fiziten einer hochgradig vergesellschafteten kapitalistischen Ökonomie im Grunde nicht entsprechenden Charakters als adäquat, die existierenden Kapitalverwertungsprobleme im Verein mit den Reinigungswirkungen der Krise 1966/67 vorübergehend zu überwinden.

Bereits die nachfolgend einsetzenden inflationären Prozesse, die Krise 1974-76 sowie die Zunahme stagnativer Entwicklungstendenzen ließen allerdings die Untauglichkeit dieses Typus staatsmonopolistischer Regulierung deutlich werden. Die fortschreitende Aufhebung seiner konkurrenzwirtschaftlichen Voraussetzungen durch verschärfte Monopolisierung, der sprunghafte Anstieg der staatlichen Finanzierungsdefizite (66 Mrd. DM 1975 gegenüber 8 Mrd. DM 1966) sowie die Zunahme überzyklischer, jede Form kurzfristiger Intervention überfordernder Verwertungsschwierigkeiten ließen den Widerspruch zwischen den Funktionserfordernissen eines hochentwickelten Akkumulationsprozesses und der beschränkten Steuerungskapazität marktvermittelter und auf das Medium »Geld« angewiesener staatlicher Einflußnahme in scharfer Form aufbrechen.

Der hierdurch konstituierte Zwang, ein ökonomisches Problem hochgradig gesellschaftlichen Charakters einer Lösung unter privatkapitalistischem Vorzeichen zuzuführen, begründete die Suche nach einer neuen Form staatsmonopolistischer Steuerung, die ihren kennzeichnendsten Ausdruck im Haushaltsstrukturgesetz von 1975 fand. Unter dem unzutreffenden Stichwort von der »Revision der Staatstätigkeit« vollzogen sich einerseits der Übergang zu direkteren Formen der staatlichen Finanzierung der privaten Produktion und andererseits die Abwälzung der »Krise der Staatsfinanzen« auf die arbeitende sowie die von Sozialleistungen abhängige Bevölkerung: Während der kapitalistischen Wirtschaft Steuerentlastungen und Subventionen enormen Ausmaßes zufließen (Abschreibungserleichterungen, Investitionszulagen, Streichung von Ertragssteuern, Körperschafts- und Vermögenssteuerreform, Anpassungshilfen, Forschungs- und Entwicklungsförderung) wurden soziale dienstleistungsorientierte Ausgaben gekürzt und der Anteil der Lohnsteuer am gesamten Steueraufkommen binnen 10 Jahren von einem Sechstel auf ein Drittel verdoppelt. Mit der gleichzeitigen fortschreitenden Konzentration wirtschaftspolitischer Kompetenzen bei politisch kaum bzw. gar nicht kontrollierbaren Institutionen wie der Bundesbank und einzelnen Ministerien zulasten parlamentarischer Gremien vollzog sich parallel hierzu eine zunehmende Aushöhlung potentiell demokratisch nutzbarer Einflußmöglichkeiten auf die staatliche Wirtschaftspolitik, die darauf abzielt, die Regulierung des ökonomischen Prozesses mehr und mehr dem politischen Zugriff zu entziehen und in diesem Sinne »effizienter« zu gestalten.

39. These*Bedeutung der Bundesrepublik im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und innerhalb der Weltwirtschaftsordnung*

Aufgrund der in der Rekonstruktionsphase der Bundesrepublik herrschenden günstigen Bedingungen für das Kapital konnten die alten und neu entstandenen Monopole bald nach Kriegsende wieder darangehen, die im und nach dem Kriege unterbrochenen Wirtschaftskontakte neu zu knüpfen. Dies war bereits in der Aufbauphase notwendig, denn die der Bundesrepublik nach der Aufgabe des Morgenthau-Plans zugedachte Rolle in der internationalen Arbeitsteilung unterschied sich nicht grundlegend von der des Deutschen Reiches. So bestand (abgesehen von der Steinkohle) eine weitgehende Abhängigkeit vom Ausland bei allen entscheidenden Rohstoffen. Die vorhandenen und noch zu errichtenden Produktionsanlagen konnten, unter der Voraussetzung der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt, nur mit Hilfe westalliierten Kapitals und technologischen Wissens aufgebaut werden. Schließlich erwies sich nach der schnellen Befriedigung der grundlegenden Konsumbedürfnisse der bundesdeutschen Bevölkerung der einheimische Markt als zu eng, um die Industrie ohne zunehmende Exporte expandieren zu lassen.

Die Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik war so von Beginn an gekennzeichnet durch eine weit stärkere Einbindung in die internationale Arbeitsteilung als die vergleichbarer Länder. Aus ihr zog sie ihre Wachstumsimpulse sowohl in der Aufbauphase als auch während des darauf folgenden Prozesses der enormen Ausweitung der Produktion. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, daß das BRD-Kapital ein überaus großes Interesse an einer für es Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung besitzt. Dies bedeutete sowohl die Gewährleistung des unter der Führung der USA weitgehend erreichten Freihandels unter Einschluß der Öffnung der ehemaligen Kolonien, als auch die Zurückdrängung der nationalen Interessen im westeuropäischen Raum durch die Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Dem ungebrochenen Expansionsdrang des deutschen Kapitals sollten so, nachdem dies in zwei Weltkriegen nicht gelungen war, auf friedlichem Wege ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

Aufbauend auf den idealen Voraussetzungen für das Kapital in der Rekonstruktionsphase konnten die bundesdeutschen Unternehmen die für sie günstigen Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung nutzen, um ihre Vormachtstellung in Westeuropa zu errichten. Sie bedienten sich dabei vor allem des Warenexports. Gegenwärtig ist das Exportvolumen der bundesdeutschen Unternehmen größer als das Frankreichs und Italiens zusammengenommen. Die Bundesrepublik konnte ihre führende Position auch in der Krise behaupten. In den Jahren 1973 und 1974 wurden die Ab-

stände aufgrund der bundesdeutschen Exportoffensive sogar noch größer. Die Exportüberschüsse der Bundesrepublik von 33 Mrd. DM im Jahre 1973 und 50,8 Mrd. DM im Jahre 1974 hatten nicht zuletzt akute Handels- und Währungsschwierigkeiten der anderen EG-Länder zur Folge. Erst die jüngsten Krisenerscheinungen im Weltwährungssystem haben eine Abnahme der bundesdeutschen Handelsbilanzüberschüsse mit sich gebracht. Dennoch lag der Überschuß im Jahre 1978 noch bei 40,7 Mrd. DM.

Die Strategie des Warenexports wird zunehmend durch die Strategie des Kapitalexports ersetzt. Die hier bis zum Ausbruch der Krise 1973/74 dominierende Rolle der USA ist deutlich relativiert worden. Seit 1974 fließt mehr bundesdeutsches Kapital in Form von Direktinvestitionen ins Ausland als von dort importiert wird. Das rasante Wachstum der Kapitalexporte von Unternehmen der BRD wird verdeutlicht dadurch, daß mehr als die Hälfte aller jemals vorgenommenen Direktinvestitionen seit Beginn der siebziger Jahre getätigt wurden. In den drei Jahren von 1974-1976 waren es allein 14,8 Mrd. DM bei einem insgesamt erreichten Gesamtumfang der Direktinvestitionen von 52,1 Mrd. DM im Jahre 1977. Bevorzugte Ziele des Kapitalexports sind in erster Linie die bereits hochindustrialisierten Länder der EG und die USA. Dahinter steht die Absicht, durch Beteiligungen an ausländischen Unternehmen, Ankauf von Firmen oder Gründung von Tochterunternehmen, die Absatzmärkte langfristig unabhängig von möglichen protektionistischen Maßnahmen der Abnahmeländer und unabhängig von Wechselkursschwankungen zu machen. Weitere Gründe für den verstärkten Kapitaltransfer sind die Einsparung von Transportkosten und ganz allgemein eine größere Risikoverteilung, die die multinational operierenden Unternehmen unabhängiger von für sie gefährlichen politischen Entwicklungen macht.

Der Anteil der Entwicklungsländer an den gesamten Direktinvestitionen im Ausland ist relativ konstant bei ca. 30 % geblieben. Regionale Schwerpunkte sind Lateinamerika mit 47 % und die europäischen Entwicklungsländer mit 25 % des Bestandes an Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Die Verteilung der Investitionen ist stark ungleichgewichtig. Auf 10 Länder entfallen allein 78% der Direktinvestitionen, für die 30 am wenigsten entwickelten Länder verbleibt dagegen lediglich 1 % des exportierten Kapitals. Auch bei den Investitionen in den unterentwickelten Ländern sind Absatzsicherung und Absatzerweiterung die wichtigsten Motive. Insbesondere in den Entwicklungsländern, deren Märkte oft durch hohe Importschranken geschützt sind, ist ein Verkaufserfolg auf eine Produktion innerhalb des betreffenden Landes angewiesen. Neben Importschranken spielt allerdings auch die Möglichkeit, Transportkosten, Steuern (Steuerbefreiung und Ermäßigung in Entwicklungsländern), Umweltschutz- und Lohnkosten zu sparen, eine wichtige Rolle bei der Pro-

duktionsverlagerung zur Absatzsteigerung. Produktionsverlagerungen wegen Lohnkosten als Hauptfaktor sind bisher insgesamt von untergeordneter Bedeutung, bekommen allerdings vor allem in den Entwicklungsländern des Mittelmeerraumes ein zunehmendes Gewicht. Vor allem in den Industriebranchen Bekleidung, Schuhe, Spielzeug und bei Teilen der Elektrotechnik verlagern immer mehr Unternehmen arbeitsintensive Produktionsphasen in die »Niedriglohnländer« des Mittelmeerraumes, um dann hier die fertige Ware kostengünstiger auf den Markt zu bringen bzw. kostengünstiger auf Drittmärkten abzusetzen. Trotz dieser Vorteile wird die forcierte Auslagerung ganzer Branchen nicht unbegrenzt fortsetzbar sein, denn die der Produktion vorausgesetzte Infrastruktur ist in den Entwicklungsländern nur unzureichend vorhanden. Als Begrenzung macht sich auch das Fehlen ausreichend ausgebildeter Arbeitskräfte zunehmend bemerkbar.

Schließlich kann die Sicherung der Rohstoffversorgung Grund von Auslandsinvestitionen sein, um jederzeit jede gewünschte Rohstoffmenge unabhängig vom Weltmarktpreis beziehen zu können. Allerdings spielen diese Investitionen aus historischen Gründen (fehlende Kolonien) und wegen der Bestrebungen der Entwicklungsländer, gerade diese Sektoren in eigener Regie zu betreiben, quantitativ nur eine geringe Rolle.

Die Waren- und Kapitalexportoffensive des bundesdeutschen Kapitals hat die diese Strategie im wesentlichen tragenden Großkonzerne der Bundesrepublik zu multinational operierenden Gesellschaften werden lassen. Unter den 18 größten Konzernen Europas befinden sich bereits 8 bundesdeutsche. Die Gruppe der größten deutschen Monopole ist zur stärksten nach den USA aufgestiegen. Die Stärke des bundesdeutschen Kapitals hat zur Herausbildung einer Vormachtstellung der Bundesrepublik gegenüber den anderen EG-Ländern geführt. Die Bundesrepublik verfügt heute über das mit Abstand höchste industrielle Produktionsvolumen im westlichen Europa. Ihr Anteil an der Industrieproduktion der EG betrug 1974 32,4 %; im Vergleich dazu erreichte Großbritannien 22,1 %, Frankreich 20,9 % und Italien nur 13,5 %. Die BRD hat seither ihre Rolle als industrieller Schwerpunkt der EG behaupten können.

Die Überlegenheit der Bundesrepublik spiegelt sich auch währungspolitisch wider. Die Währungsreserven der Bundesbank waren 1976 so groß wie die Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande zusammengenommen. Sie verfügt zudem innerhalb der EG über die größten Gold- und Devisenreserven. Diese Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zwischen den einzelnen Ländern der EG haben mittlerweile die politischen Machtkonstellationen zugunsten der Bundesrepublik verschoben. Vor allem mit Hilfe der an die Kreditgewährung gegenüber Italien und Großbritannien geknüpften Bedingungen konnte die Bundesregierung weitreichende Zugeständnisse dieser Länder in der EG-Politik er-

zwingen. Das wichtigste Mittel zur Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik der anderen EG-Staaten stellt gegenwärtig aber das »Europäische Währungssystem« (EWS) dar. Aufgrund des enormen Zahlungsbilanzüberschusses der Bundesrepublik gelingt es ihr, durch diesen Verbund die anderen Währungen an die Entwicklung der DM anzupassen und somit das wirtschaftliche Klima in der gesamten EG wesentlich zu bestimmen. Die Widerstände und Vorbehalte bei der Entstehung des EWS zwangen die Bundesrepublik, insbesondere Frankreich weitgehende Kompromisse im Agrarbereich der EG als Ausgleich anzubieten. Beide Staaten zusammen schließlich mußten den kleineren und wirtschaftlich schwächeren EG-Staaten finanzielle Hilfen bei einem Beitritt zum EWS in Aussicht stellen, Großbritannien blieb dem neuen Währungsverbund vorerst ganz fern. Mit diesen sogenannten »flankierenden Maßnahmen« soll vermieden werden, daß sich diese EG-Länder bei einer zu erwartenden Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage der Integration wieder entziehen und ihre nationalen Interessen stärker in den Vordergrund stellen. Das EWS würde ansonsten das gleiche Schicksal erleiden, wie der Anfang der siebziger Jahre gegründete Währungsverbund (»Währungs-Schlange«), der nach dem Ausscheiden Frankreichs funktionslos geworden war.

Die Stellung der Bundesrepublik in der Weltwirtschaftsordnung ist mithin die eines Wirtschaftsgiganten. Sie ist, was den Waren- und den Kapitalexport angeht, das wichtigste Land nach den USA. In der Europäischen Gemeinschaft ist sie zum eindeutig dominierenden Faktor geworden. Die Bundesrepublik bedient sich auch zunehmend ihrer wirtschaftlichen Macht, um ihre politischen Interessen durchzusetzen. Das immer wieder gern gezeichnete Bild des wirtschaftlichen Riesen, der gleichzeitig ein politischer Zwerg sei, ist längst überholt! Die Bundesrepublik bestimmt heute mit ihrer Wirtschaftskraft ganz wesentlich die ökonomische und soziale Entwicklung in den anderen EG-Staaten mit. Durch ihren Einfluß in einer Reihe von internationalen Organisationen, z.B. im Internationalen Währungsfonds, nimmt sie teil an der Kontrolle der imperialistischen Länder über viele Entwicklungsländer. Aufgrund dieser dominierenden Stellung der Bundesrepublik in der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung gewinnt somit die Überwindung der Herrschaft des Kapitals in der Bundesrepublik eine herausragende Bedeutung auch für die Möglichkeit der sozialen Emanzipation vieler anderer Länder.

Politische Entwicklung der Bundesrepublik — Besonderheiten des Kräfteverhältnisses

40. These

Ausgangspunkt: Niederlage gegen den Faschismus

Gegenüber der Mehrzahl der hochentwickelten kapitalistischen Industrieländer stellt die Bundesrepublik, was die sozialen und politischen Verhältnisse angeht, einen Sonderfall dar. Im Unterschied zu ihren westlichen Nachbarländern wie Italien, Frankreich und Großbritannien zeichnet sie sich durch ein relativ geringes Maß politischer und sozialer Polarisierung aus. Vergleichsweise geringe Streikaktivitäten, kaum entwickeltes Klassenbewußtsein und das Randdasein sozialistischer und marxistischer Kräfte in den Organisationen der Arbeiterbewegung kennzeichnen diese Situation. Auf der politischen Ebene findet der insgesamt niedrige Grad der Klassenauseinandersetzungen seine Entsprechung in dem großen Bestand von Gemeinsamkeiten der im Bundestag vertretenen Parteien. Diese Übereinstimmung bezieht sich nicht nur — und damit anders als z.B. in vergleichbaren westeuropäischen Ländern oder noch in der Weimarer Republik — auf die verfassungsmäßige Grundlage des Staates als Basis des Ringens um die Macht, sondern größtenteils auch auf die wesentlichen ideologischen, politischen und ökonomischen Positionen. Die gering entwickelten Klassenauseinandersetzungen, das weitgehende Fehlen von Klassenbewußtsein und die daraus folgende Schwäche der Linken verweist unzweideutig auf die wichtigste Ursache der Besonderheit der Bundesrepublik, die letztlich in einer beispiellosen Vorherrschaft der bürgerlichen Klasse zu sehen ist. Aufbauend auf dem Sieg des Faschismus 1933 und der damit einhergehenden verhängnisvollen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung, konnte die bürgerliche Klasse selbst im Augenblick der Kapitulation des NS-Regimes ihre Positionen weitgehend verteidigen und in den Anfangsjahren der Bundesrepublik fast vollständig wieder herstellen.

Kann man daher den Sieg des Faschismus zu Recht als den Beginn einer bis heute währenden nahezu uneingeschränkten Vorherrschaft des Kapitals werten, so stellt umgekehrt die Niederlage der Arbeiterbewegung ebenso den Beginn einer auch heute nur äußerst schwer zu überwindenden Schwäche der Linken dar. Muß die Arbeiterbewegung heute erst wieder mühsam lernen, die eigenen Erfahrungen in die Entwicklung von Strategien zur Überwindung des Kapitalismus einmünden zu lassen, so stellt dies eine weitgehende Umkehrung der Verhältnisse vor 1933 dar. Denn trotz der Niederlage in der deutschen Revolution 1918/19 und der parallel gehenden Spaltung blieb die deutsche Arbeiterbewegung der Weimarer Republik stärker als in den meisten europäischen Ländern. Obwohl zwei

konkurrierende Arbeiterparteien bestanden, umfaßte die SPD mehr Mitglieder als heute und konnte sich in ihr am Ende der zwanziger Jahre sogar ein bedeutender marxistischer Flügel herausbilden. Die KPD war die stärkste kommunistische Partei außerhalb der Sowjetunion.

Läßt sich die Schwäche der Arbeiterbewegung somit bis zu ihrer Zerschlagung im Faschismus zurückverfolgen, so sind seit Ende der faschistischen Herrschaft neue Bedingungen hinzugetreten, die diesen Zustand teilweise konservierten bzw. neue Ursachen für die historische Sonderentwicklung der Bundesrepublik schufen. Zu nennen sind hier die Interessen der Westalliierten, vor allem der USA, an der Stabilisierung des Kapitalismus in Westdeutschland, die im Zuge des Kalten Krieges verstärkte Propaganda des Antikommunismus, aber auch die durch Zwang und Entbehrung gekennzeichnete Entwicklung in der SBZ, später dann in der DDR, die zudem im grellen Gegensatz zur offiziellen Selbstdarstellung vom Aufbau des Sozialismus stand und damit die negativen Effekte noch verstärkte. Vor allen anderen Faktoren ist hier aber die überaus günstige wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik zu nennen, die den Klassenkampf bald als überflüssig erscheinen lassen mußte.

Die heutige politische Realität in vielen westeuropäischen Staaten, gekennzeichnet vor allem durch die Stärke der fortschrittlichen Kräfte, wäre undenkbar, ohne die im Kampf gegen den Faschismus bzw. gegen die faschistische Besetzung gewonnene Anerkennung, die der Linken in diesen Ländern nach Kriegsende eine sehr viel breitere Verankerung in der Bevölkerung als jemals zuvor ermöglichte. Angesichts dieser Bewegung der fortschrittlichen Bewegungen, die Ausgangspunkt ihres gesamten Einflusses und ihrer Machtstellung in der Nachkriegszeit war und ist, wiegt es umso schwerer, daß es die deutsche Arbeiterbewegung nicht vermochte, den Faschismus aus eigener Kraft niederzuringen.

Die Gründe für die nicht erfolgte Selbstbefreiung, mit deren Ausbleiben sich gleichzeitig die Chancen der deutschen Arbeiterbewegung beim Kampf um die Machtverteilung im Nachkriegsdeutschland entscheidend verringerten, sind vielfältig und nur zu einem geringen Teil vom Verhalten der Organisationen der Arbeiterbewegung direkt abhängig. Zu nennen ist hier an erster Stelle der in seinen Ausmaßen und seiner Brutalität auch mit keinem anderen faschistischen System -- z.B. das Italiens -- vergleichbare Terror gegen jeden Ansatz eines Widerstandes. Ein Vergleich der letzten Kriegsjahre des ersten Weltkrieges, in denen sich eine revolutionäre Situation herausbilden konnte, und mit jenen des zweiten Weltkrieges verbietet sich schon aufgrund der im zweiten Weltkrieg sehr viel stärkeren Einbeziehung der Zivilbevölkerung in das Kriegsgeschehen, sei es durch den Bombenkrieg, sei es durch Kampfhandlungen auf deutschem Boden und die daraus folgenden Flüchtlingsbewegungen. Diejenigen, die als Träger einer Erhebung in Frage gekommen wären, waren entweder zum Kriegsende

territorial weitgehend voneinander isoliert, oder waren wie die Belegschaften der Rüstungsindustrie zum großen Teil Fremdarbeiter bzw. kurzfristig in den Produktionsprozeß eingegliederte Frauen und Jugendliche, von denen man kaum bewußte politische Handlungen erwarten konnte. Die Kader der Arbeiterbewegung, als wichtigste Kraft der Widerstandsarbeit, waren in ihrer Mehrzahl bis auf wenige illegal Tätige ermordet worden oder wurden in Konzentrationslagern und Strafddivisionen gefangengehalten. Denjenigen unter ihnen, die sich ins Exil hatten retten können, gelang es weder, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden — im Gegensatz dazu löste sich in der illegalen Arbeit sehr schnell die herkömmliche Frontstellung der Arbeiterparteien auf —, noch vermochten sie eine auch bürgerliche Kreise einschließende antifaschistische Front zu errichten.

41. These

Grundentscheidungen durch die Besatzungspolitik

Aus der Tatsache, daß der Faschismus erst mit der vollständigen militärischen Niederlage des Deutschen Reiches und nicht aus eigener Kraft heraus überwunden werden konnte, folgte die Unterordnung jeder eigenständigen deutschen politischen Aktivität unter die Interessen der Siegermächte. Dies galt vor allem für die Arbeiterbewegung, die aufgrund der Erfahrung mit dem Faschismus fest entschlossen war, den »Bruderkampf« zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ein für allemal zu beenden und eine neue soziale Ordnung durchzusetzen. Für eine solche Neuordnung der Wirtschaft auf dem Fundament einer vergesellschafteten Schlüsselindustrie bestanden gute Chancen, war doch die enge Verflechtung zwischen Monopolbourgeoisie und faschistischem Staat überdeutlich geworden. Letztendlich konnte jedoch weder die Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden werden — allein die Gewerkschaftseinheit wurde hergestellt —, noch wurden die weitreichenden Sozialisierungspläne Wirklichkeit. Die Interessen der Siegermächte bestimmten den engen politischen Handlungsspielraum der Arbeiterparteien, den sie — geschwächt durch den Faschismus — auch nicht wesentlich erweitern konnten.

Die Kriegsziele der Sowjetunion waren vorrangig auf die Durchsetzung ihrer Sicherheitsinteressen und Garantien für die Bereitstellung der notwendigsten Mittel zum Wiederaufbau der UdSSR als dem am stärksten zerstörten Land des zweiten Weltkrieges gerichtet. Zur Verwirklichung des ersten Zieles forderte sie neben der Einräumung einer Einflußzone, in deren Bereich sowjetfreundliche Regierungen zur Macht gebracht wurden, vor allem die Vernichtung aller sozialen und politischen Grundlagen des Faschismus in Deutschland. Wurde der Sowjetunion noch vor Kriegsende von den übrigen Alliierten eine Sicherheitszone zugestanden, die Südost-

und Osteuropa einschließlich Polens und der Tschechoslowakei umfaßte, so konnte über die Bedingungen zur völligen Eliminierung des Faschismus keine Einigung unter den Alliierten hergestellt werden. Ebenso uneinig war man sich über die Leistungen, die Deutschland für den Wiederaufbau der Sowjetunion zur Verfügung stellen sollten. Die UdSSR beharrte — entsprechend den Absprachen — auf einer festen Reparationssumme und auf Lieferungen aus ganz Deutschland, insbesondere auch aus dem Ruhrgebiet. Die USA dagegen betrachtete die Reparationen als eine Quelle ständiger Defizite der deutschen Handelsbilanz und damit der Unmöglichkeit rascher Integration der wiederaufgebauten westdeutschen Wirtschaft in den westeuropäischen Markt. Denn im Gegensatz noch zu den zwanziger und dreißiger Jahren behandelten die USA Westeuropa jetzt als eigene Sicherheitszone, die es rasch zu stabilisieren galt, um von dieser Basis aus zuerst den sowjetischen Einfluß in Mitteleuropa einzudämmen und später sogar zurückzudrängen. Voraussetzung dafür war allerdings die Wiedererrichtung der westdeutschen Industriekapazität, ohne deren Leistungen an eine wirtschaftliche Stabilisierung Westeuropas nicht zu denken war. Die zu diesem Zweck bereitgestellten Marshall-Plan-Mittel wurden denn auch im Rahmen einer den gesamten europäischen Raum erfassenden Wirtschaftskonzeption vergeben. Das Ziel der USA, in Deutschland möglichst schnell einen am westeuropäischen Maßstab gemessenen durchschnittlichen Lebensstandard zu erreichen, war nicht nur attraktiv für die besitzenden Klassen, die darin zu Recht Garantien für ihre Privilegien erkannten, sondern sie fanden dafür verständlicherweise auch große Sympathien in der breiten Masse der Bevölkerung. Die Sowjetunion konnte nichts Vergleichbares anbieten. Im Gegenteil: Aufgrund des ihr aufgezwungenen Verzichts auf Reparationen aus den Westzonen, hielt sie sich zum Ausgleich ihrer Kriegsschäden fortan verstärkt an die eigene Besatzungszone, deren wirtschaftliche Basis damit weiter verschlechtert wurde. Auch die Konfrontation der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion mit dem dort herrschenden Nachkriegselend und mit der stalinistischen Unterdrückung und Willkür führten ebenso wie die konkreten Erfahrungen mit den Methoden der Militärverwaltung in der SBZ zu einer verstärkten Abwendung großer Teile der Bevölkerung von der sowjetischen Politik. Der einsetzenden antikommunistischen Propaganda fiel es daher leicht, an dem im Faschismus erzeugten Feindbild einer »Gefahr aus dem Osten« wieder bruchlos anzuknüpfen.

War mit der Auseinandersetzung über die Reparationsfrage schon der erste wichtige Schritt zur Spaltung Deutschlands getan, so wurde diese noch in der Frage der Eliminierung des Faschismus vertieft. Die Westalliierten unter Führung der USA verstanden unter der Ausschaltung des Nationalsozialismus allein eine gewisse personelle Säuberung, die mit Hilfe der Entnazifizierung erreicht werden sollte, zusammen mit einer Entflech-

tung allzu mächtiger Kartelle und der Auflösung von Bankensystemen. Die soziale Basis des Kapitalismus wie auch des Faschismus, die private Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, wurde von ihnen zu keinem Zeitpunkt infrage gestellt. In der sowjetisch besetzten Zone dagegen wurden mit der Sozialisierung der Schlüsselindustrien und der Bodenreform den Trägern des nationalsozialistischen Regimes die sozialen Grundlagen entzogen.

Wie gering die Möglichkeiten für die westdeutsche Arbeiterbewegung waren, unter den Bedingungen der Besatzungspolitik ihre Ziele durchsetzen zu können, zeigt die Tatsache, daß die in der SBZ zustande gekommene Neuordnung in den Westzonen von den drei Alliierten verhindert wurde, obwohl diese Forderungen auch hier von der breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen wurden, ja teilweise sogar Eingang in die Verfassungen der Länder gefunden hatten. Die amerikanische Militärregierung ließ die Sozialisierungsartikel in den Länderverfassungen suspendieren und setzte sich in Hessen sogar über eine Abstimmung hinweg, in der sich knapp Dreiviertel der Bevölkerung für die Anwendung des Sozialisierungsartikels aussprachen. Der Hoffnung der Sozialdemokratie, ihren »dritten Weg« eines demokratischen Sozialismus zwischen Kapitalismus und Bolschewismus durchsetzen zu können, war mithin vorerst die reale Grundlage genommen worden. Der fortschreitenden Restaurierung der kapitalistischen Ordnung trat auch nicht die britische Militärverwaltung entgegen. Obwohl England unter der Labour-Regierung als einziger westlicher Alliierten den Sozialisierungsplänen grundsätzlich positiv gegenüberstand, machte sich sein Einfluß nicht geltend, da Großbritannien aufgrund der Kriegslasten ökonomisch weitgehend von den USA abhängig geworden war und schon bald nicht mehr als gleichberechtigter Alliiertes angesehen werden konnte. So mußte beispielsweise die britische Militärregierung auf Veranlassung der USA in Nordrhein-Westfalen das dort beschlossene Gesetz zur Enteignung des Kohlebergbaus suspendieren. Unter dem Vorwand, keine Präjudizierungen über die soziale und politische Struktur des zukünftigen Deutschlands zulassen zu wollen, wurden die von der Arbeiterbewegung geforderten grundlegenden Veränderungen immer wieder blockiert, bis die wiedererstarkende Bourgeoisie die Verteidigung ihrer eigenen Interessen selbst in die Hand nehmen konnte, dies geschah vor allem durch die Blockierung des Wiederaufbaus der Organisationen der Arbeiterbewegung. Zulassungen wurden hinausgezögert, vielfältige Auflagen beeinträchtigten vor allem die Arbeit auf überregionaler Ebene. Die Gewerkschaften konnten sich erst Mitte 1946 auf Bundesebene konstituieren.

Die Abhängigkeit der Politik der Arbeiterbewegung von den jeweiligen Interessen der Siegermächte zeigte sich auch in der sowjetisch besetzten Zone. Durch die Bevorzugung der KPD bei gleichzeitiger Behinderung

und Diskriminierung aller anderen Parteien durch die sowjetische Militärregierung gewann dort die Kommunistische Partei, trotz formal bestehender Gleichberechtigung, schnell eine dominierende Stellung. Die enge Bindung der KPD an die sowjetische Militärregierung verstärkte die seit Mitte der zwanziger Jahre dort durchgesetzte Linie der Unterordnung der Partei unter die nationalen Interessen der Sowjetunion. Dies führte nicht nur zur erneuten Ausschaltung aller auch schon in der Weimarer Republik in Opposition zu diesem Kurs stehenden Kräfte, sondern auch zu einer Bevorzugung der im sowjetischen Exil tätigen Kader gegenüber den in der Illegalität aktiv gewesenen Mitgliedern. Da der KPD die Unterstützung von Seiten der sowjetischen Militärregierungen oftmals wichtiger waren, als die Erhaltung des demokratischen Konsenses, vor allem zwischen den Arbeiterparteien, bekam die angestrebte Einheit aller antifaschistischen und demokratischen Kräfte schnell Sprünge. Zum endgültigen Aufbrechen der alten Auseinandersetzungen zwischen den Arbeiterparteien führte schließlich die in der sowjetisch besetzten Zone unter der Dominierung der kommunistischen Partei vollzogene Vereinigung von KPD und SPD zur SED, aus der dann im Zuge der Schaffung der »Partei neuen Typus« alle sozialdemokratischen Einflüsse herausgedrängt wurden.

Diese von der KPD betriebene Vereinigung, die in allen Besatzungszonen angestrebt wurde, aber nur in der sowjetischen Zone mit der Unterstützung der dortigen Militärverwaltung durchgesetzt wurde, war das Eingeständnis des gescheiterten Versuchs, die KPD aus eigener Kraft zu einer mehrheitsfähigen Massenpartei zu entwickeln. Den Anspruch, die Zukunft Deutschlands als regierungsfähige Partei aktiv mitzubestimmen, hatten die Kommunisten von Beginn an gestellt. Dieser Zielsetzung, Massenpartei zu werden, entsprach auch die von der Parteiführung immer wieder geforderte Überwindung sektiererischer Tendenzen, ohne daß allerdings die Politik der KPD vor der faschistischen Machtergreifung jemals offen kritisiert wurde. Dem Volksparteienkonzept folgend, wurde im Gründungsauftrag des Zentralkomitees und in allen weiteren programmatischen Aussagen von einer demokratischen Phase in der Nachkriegsentwicklung ausgegangen, in der die sozialistischen Forderungen, vor allem nach Veränderung der Wirtschaftsstruktur, nur eine untergeordnete Rolle spielten. Nach den kommunistischen Vorstellungen sollte die Beteiligung der KPD an der Regierungsmacht weniger durch Wahlen als durch institutionalisierte Bündnisse, vor allem mit der Sozialdemokratie erreicht werden, mit der »Aktionseinheit der Arbeiterklasse« von KPD und SPD zu gleichen Teilen gebildeten Ausschüssen sollte die Vorherrschaft der Arbeiterparteien im »Block der antifaschistischen demokratischen Parteien« gegenüber den bürgerlichen Parteien gesichert werden.

Nachdem die Mitgliederentwicklung und die ersten Wahlergebnisse der KPD weit hinter allen Erwartungen zurückgeblieben waren, verlor das in-

stitutionelle Bündnis für die Sozialdemokratie an Anziehungskraft. Die sehr viel besseren Ergebnisse der SPD entsprachen nicht mehr den ausgeglichenen Machtverhältnissen in den auf Parität gegründeten Gremien. Die als Antwort auf diese für die KPD negative Entwicklung angestrebte sofortige Vereinigung von SPD und KPD sollte den schwindenden Einfluß der KPD auf die gesamte Arbeiterbewegung sichern helfen. Tatsächlich haben aber gerade die Umstände der Vereinigung in der sowjetischen Zone den Abstand der beiden Arbeiterparteien noch beträchtlich vergrößert. Mit der endgültigen Durchsetzung des strikt antikommunistischen Kurses von Kurt Schumacher in der SPD 1946, war auf sozialdemokratischer Seite keine Bereitschaft mehr zur organisierten Zusammenarbeit oder gar zur Vereinigung vorhanden. Die KPD trug das ihrige zur weiteren Selbstisolation bei, indem sie die Verhältnisse in der SBZ und in der späteren DDR unkritisch als Vorbild für die Bundesrepublik hinstellte und in ihrer Bündnispolitik teilweise wieder zur sektiererischen Politik der Zeit vor 1935 zurückkehrte. So verlor die KPD, zusätzlich bedrängt durch die einsetzende antikommunistische Hysterie, in wenigen Jahren einen großen Teil ihrer Wählerschaft. Aus der in der unmittelbaren Nachkriegszeit einflußreichen und gewichtigen Partei, die z.B. in Nordrhein-Westfalen noch 1947 14% aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, war zum Zeitpunkt ihres Verbots 1956 eine relativ einflußlose, mehrheitlich sektiererische Gruppierung geworden.

Die von der deutschen Arbeiterbewegung als Konsequenz aus dem Faschismus angestrebte Neuordnung der Besitzverhältnisse war somit nur in einem Teil Deutschlands und auch dort nur unter Inkaufnahme der Unterordnung unter die sowjetische Besatzungsmacht erreicht worden. Die angestrebte Aufhebung der Spaltung der Arbeiterbewegung wurde nicht erreicht. Im Gegenteil: die historische Spaltung wurde letztlich durch die territoriale Spaltung Deutschlands besiegelt.

42. These

»Wirtschaftswunder« und Restauration

Wenn man fragt, wie es möglich sein konnte, daß innerhalb kurzer Zeit — am Ende der vierziger Jahre — die im Bewußtsein weitverbreitete Erkenntnis vom engen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus, der ja selbst noch die CDU in ihrem Ahlener Programm Rechnung tragen mußte, verdrängt werden konnte zugunsten einer schon Anfang der 50er Jahre vorhandenen breiten Zustimmung für den kapitalistischen Wiederaufbau, muß der wirtschaftliche Aufschwung als zweifelsohne wichtigste Bedingung genannt werden.

Die wieder einsetzenden zyklischen Schwankungen mußten fast unbe-

merkt bleiben, solange ein durchgehendes Wachstum festzustellen war. Die Überzeugung von der Leistungsfähigkeit des Kapitalismus wurde zusätzlich durch einen kontinuierlichen Abbau der noch in der Mitte der fünfziger Jahre hohen Arbeitslosigkeit bis hin zur »Vollbeschäftigung« bestärkt. Angesichts hoher Wachstumsraten, wie sie noch nie in der Geschichte des deutschen Kapitalismus erreicht wurden, mußte vor dem Hintergrund der, als Vergleich dienenden Zeit der Weltwirtschaftskrise bzw. der Hungerjahre der Kriegs- und Nachkriegszeit fast zwangsläufig der Glaube an die Fähigkeit des Kapitalismus zur langfristigen Befriedigung der Interessen auch der lohnabhängigen Bevölkerung entstehen. Zumal direkt »vor der Haustür«, in der DDR, tagtäglich aufs neue die relative Erfolglosigkeit des sozialistischen Weges demonstriert würde. Die auf außergewöhnlichen Bedingungen beruhende Wirtschaftsentwicklung in den fünfziger Jahren, in deren Folge auch die traditionellen Formen des Klassenkampfes bald überholt erscheinen mußte, ist mithin die wichtigste Grundlage für die sprichwörtliche Stabilität der westdeutschen Gesellschaft.

Die Niederlage der SPD bei den ersten Bundestagswahlen 1949 stellte den Ausgangspunkt einer politischen Entwicklung dar, die als Phase der Restauration, als »CDU-Staat«, die Geschichte der Bundesrepublik entscheidend geprägt hat. Nach der noch mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte erfolgten Rekonstruktion der ökonomischen Basis der Bourgeoisie konnte unter der Führung von CDU/CSU spätestens ab 1949 die, durch die militärische Niederlage des Faschismus ins Wanken geratene politische Macht neu stabilisiert werden. Voraussetzung dafür war sowohl die Ausnutzung der relativen Schwäche der Arbeiterbewegung, als auch die erfolgreiche Durchsetzung einer neuen ideologischen Grundstruktur. Zu den tragenden Säulen dieser Herrschaftsideologie gehört vor allem die christdemokratische Variante der »Faschismusbewältigung«. Durch die Reduzierung der Schuld an den faschistischen Verbrechen auf wenige — zudem meist tote — oft dämonenhaft dargestellte Nazi-Führer wurde der Blick vor allem von der entscheidenden Verantwortung des deutschen Kapitals abgewendet. Die in dieser Form der »Bewältigung« angelegte Möglichkeit, das Vergangene auf sich beruhen zu lassen und recht schnell wieder zur Tagesordnung übergehen zu können, entsprach aber nicht allein dem Bedürfnis derjenigen, die auf irgendeine Weise an den Verbrechen des Faschismus beteiligt waren, sondern erschien darüberhinaus großen Bevölkerungsteilen geeignet, der These von der vermeintlichen »Kollektivschuld« überzeugend entgegenzutreten zu können. Die christdemokratische Variante der »Faschismusbewältigung« leistete noch ein zweites: Mit der Deutung des faschistischen Erfolgs als »Verführung« rückten die ideologischen Momente, insbesondere die auf die Wirkung von Massenaktionen abstellenden Elemente in den Vordergrund. Das breite Bedürfnis nach

restlose' Beseitigung des auf Unterdrückung der individuellen Freiheitsrechte und auf Zwangsintegration in die sogenannte »Volksgemeinschaft« aufbauenden NS-Staates, konnte so leicht in eine Gegnerschaft zu jeglichen Formen kollektiven Handelns umfunktioniert werden. Ausgerechnet die Traditionen kollektiven Auftretens und solidarischen Handelns, die die Faschisten von der Arbeiterbewegung kopiert hatten, mußten nun erhalten für die immer wieder neu konstruierte Gleichsetzung von Rot und Braun. Mit Hilfe der in den fünfziger Jahren zur Staatsdoktrin erhobenen Totalitarismustheorie gelang die nahtlose Anknüpfung der neuen anti-kommunistischen Ideologie an den noch in den Köpfen verankerten Anti-bolschewismus der Nazi-Zeit. Die Frontstellung zu jedem kollektiven Handeln spiegelt sich auch bei der positiven Formulierung der Ideologien wider, die insgesamt geprägt waren durch meist christlich etikettierte Verabsolutierungen der Freiheit des Individuums bei gleichzeitiger Betonung überzeitlicher, ewiger Werte. Auch in der Auseinandersetzung um die Ordnung der Wirtschaft wurden von den bürgerlichen Kräften ordoliberales Vorstellungen ins Feld geführt, in der ebenfalls die Freiheit des Individuums — freilich nur in Form der Unternehmensfreiheit — im Mittelpunkt stand.

Auf der Grundlage des fortgesetzten wirtschaftlichen Aufschwungs konnte so, gestützt auf die Etablierung zeitgemäßer ideologischer Vorstellungen ein neuer bürgerlicher Staatsapparat errichtet werden, in dem von Anfang an auch ausreichend Platz für die Machteliten des faschistischen Staates war. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die Richter, Professoren, Lehrer, Ärzte und seit Beginn der Wiederbewaffnung auch die Offiziere und Generäle der Nazi-Zeit in den neuen Staatsapparat übernommen. Verfassungsrechtlich abgesichert wurde diese Praxis durch die Einfügung des Artikel 131 in das Grundgesetz.

Die von CDU/CSU geführten bürgerlichen Kräfte setzten von Beginn an den von ihnen dominierten Staatsapparat zur Festigung ihrer Machtpositionen ein. Hierzu gehörten die grundlegenden parlamentarischen Entscheidungen, die den gesamten weiteren Entwicklungsweg der Bundesrepublik bestimmten. Zu nennen sind vor allem die Verabschiedung des gewerkschaftsfeindlichen Betriebsverfassungsgesetzes, die Zustimmung zur »Europäischen Verteidigungsgemeinschaft« und die durchgesetzte Wiederbewaffnung. Gleichzeitig wurde mit Hilfe der Rechtsprechung begonnen, den im Grundgesetz festgelegten Kompromiß zwischen den Klassen zugunsten der bürgerlichen Kräfte zu verändern. Schon 1952 wurde im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz den Gewerkschaften eines ihrer wichtigsten Kampfmittel, der politische Streik, bestritten. Durch die These des Bundesgerichtshofes von 1955, daß der Streik an sich verbotenes Gewaltmittel sei und nur in Sonderfällen, wo nämlich die Rechtsordnung ihn ausdrücklich zuläßt, ange-

wandt werden könne, wurde der politische Streik in die Nähe des Hochverrats gebracht. Auf der Ebene der Rechtswissenschaft wurde parallel dazu eines der Kernelemente der Verfassung, die Sozialstaatsklausel, ausgehöhlt.

Einen grundlegenden Einschnitt in die Bewegungsfreiheit der organisierten Lohnabhängigen brachte das KPD-Verbotsurteil von 1956. Seine Bedeutung lag weniger in dem Verbot einer kommunistischen Partei als vielmehr in der Diskreditierung grundlegender Bestandteile der marxistischen Theorie allgemein als mit dem »Wertgehalt« des Grundgesetzes nicht vereinbar. In seiner Zielsetzung ist es bereits auf die Einschränkung und Unterdrückung zukünftiger Klassenbewegungen gerichtet.

Die größte Niederlage der Arbeiterbewegung beim Kampf um den Erhalt des Klassenkompromisses des Grundgesetzes stellt in den 60er Jahren die Verabschiedung der Notstandsgesetze dar. Mit ihnen ist rechtstechnisch die Möglichkeit geschaffen worden, die legale Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse zu zerstören und damit die politische Demokratie in einen autoritären Staat zu verwandeln. Mit Hilfe dieser Gesetze kann z.B. die Bundeswehr als ein innenpolitisches Machtinstrument eingesetzt werden. Die Notstandsgesetze sind auf eine Situation gerichtet, in der — vor dem Hintergrund verschärfter Klassenauseinandersetzungen — die »normalen« Integrationsmittel gegenüber der Arbeiterschaft nicht mehr funktionieren.

43. These

Entwicklung der SPD: von der Isolierung zur sozialliberalen Koalition

Die SPD stand dieser Entwicklung lange Zeit verhältnismäßig hilflos gegenüber. Wurde auf der einen Seite ihre sozialreformerische Politik in den von ihr mitregierten Ländern und Städten nicht honoriert, so entsprach andererseits ihre scheinradikale Agitation für eine sozialistische Gesellschaft immer weniger der zu beobachtenden fast krisenfreien Wirtschaftsentwicklung. Als Antwort auf diese Lage kann die bereits in den fünfziger Jahren zu beobachtende Rechtsentwicklung der SPD gesehen werden, die teilweise in der bewußten Aufgabe sozialistischer Zielvorstellungen, teilweise im Nachgeben gegenüber dem Druck der bürgerlichen Kräfte bestand. Typisch für die widersprüchliche Bewegung nach rechts waren die von der Partei zum Teil mitgetragenen Bewegungen gegen die Aufrüstung, gegen die atomare Bewaffnung und gegen die Notstandsgesetzgebung, deren Unterstützung nur jeweils soweit gewährt bzw. gebilligt wurde, wie sie die SPD nicht an der letztendlichen Akzeptierung dieser Tatsachen hinderten. Auf der programmatischen Ebene schlug sich die Rechtsentwicklung in der Aufgabe der noch im Heidelberger Programm

fixierten sozialistischen Zielvorstellungen nieder. Die innerparteiliche Linke, selbst über keine grundlegenden Alternativen verfügend, konnte dieser Entwicklung seinerzeit nur das hilflose Beharren auf der bisherigen scheinradikalsten Agitation entgegensetzen. Nach der Verabschiedung des Godesberger Programms verlor sie ihren letzten Einfluß auf die Parteiorganisation und wurde schließlich zum Teil aus der Partei gedrängt. Die Entwicklung in der DDR und der darauf aufbauende Antikommunismus taten ein übriges, um sozialistische Inhalte zugunsten bürgerlicher immer weiter zurückzudrängen. Die Gewerkschaften, deren Führungen sich diesem Anpassungskurs teilweise widersetzen, konnten diese Entwicklung nicht aufhalten, wurden aber zur Zufluchtsstätte vieler aus der SPD herausgedrängter Sozialisten und traten mehrfach als Träger kritischer, außerparlamentarischer Bewegungen hervor.

Trotz der relativ erfolgreichen Öffnung der SPD gegenüber den von bürgerlichem Bewußtsein geprägten Gruppen und Schichten, wie z.B. höhere Angestellte und vor allem Beamte, war doch letztlich die Krise im bürgerlichen Lager entscheidend für die Änderungen auf der politischen Ebene, die zum Eintritt der SPD in die Große Koalition und schließlich zur Bildung der ersten sozialliberalen Regierung 1969 führten. Für die Krise im Bürgerblock waren in erster Linie die veränderten ökonomischen Bedingungen verantwortlich. Zusätzlich trat die Abschwächung des außenpolitischen Feindbildes hinzu, auch personelle Führungsschwierigkeiten spielten eine Rolle. Mit dem sich Anfang der 60er Jahre abzeichnenden Ende des Wirtschaftswachstums allein auf der Grundlage einer Ausdehnung der Produktion, entsprach auch die auf einer liberalistischen Haltung beruhende Wirtschaftspolitik von CDU/CSU nicht mehr in allen Belangen den Kapitalinteressen. Die von der SPD zu dieser Zeit priorisierten und dann vor allem in der Großen Koalition durchgesetzten globalsteuernden Maßnahmen im Rahmen einer verstärkten staatlichen Interventionspolitik mußten als Antwort auf eine zunehmende Krisenhaftigkeit Teilen des Kapitals attraktiver erscheinen. Außenpolitisch drohte sich die Bundesrepublik Mitte der 60er Jahre durch das beharrliche Weigern vor allem von CDU/CSU, die nach dem 2. Weltkrieg geschaffenen Realitäten auch nur zur Kenntnis zu nehmen, in die Isolation zu begeben. Begünstigt durch den ansatzweise international betriebenen Abbau des Kalten Krieges, begann dagegen die SPD eine realistische Deutschlandpolitik zu formulieren, der sich auch die FDP annäherte. Die schon lange zuvor erhobenen Forderungen der Parteilinken, insbesondere der »Falken«, nach einer Anerkennung der seit dem 2. Weltkrieg entstandenen Realitäten und nach einer Politik der Entspannung, hatten diesen Kurswechsel der SPD vorbereitet. All diese Entwicklungen führten zu einer Schwächung der Integrationswirkung des Bürgerblocks, als deren Folge die SPD beachtliche Stimmengewinne verbuchen konnte und die FDP einen größte-

ren politischen Spielraum gegenüber CDU/CSU gewann. Zu den Folgen des Verlustes der Integrationswirkung muß auch der Aufschwung der NPD gerechnet werden, die kurzfristig einen Teil der nationalkonservativen und rechtsradikalen CDU-Wählerschaft an sich binden konnte. Mit dem Eintritt der SPD in die Große Koalition und der drei Jahre später erfolgten Bildung der sozialliberalen Koalition, hatte die Annäherung der großen Parteien auch auf der politischen Ebene ihren sichtbaren Ausdruck gewonnen.

Diese Entwicklung war somit sowohl Ausdruck der Schwäche klassenbewußter Kräfte, mit dem Resultat der Illegalisierung jedes kommunistischen Einflusses und der Ausschaltung selbst reformistischer Positionen in der Sozialdemokratie als auch der Stärke bürgerlicher Kräfte, aufbauend auf den Ergebnissen des Faschismus, begünstigt durch eine fast krisenfreie Wirtschaftsentwicklung und unterstützt vom internationalen Kapital. Die Annäherung auf der Basis der Übereinstimmung über die wesentlichen ideologischen, politischen und ökonomischen Grundlagen der westdeutschen Gesellschaft war die entscheidende Voraussetzung für die Veränderungen auf der politischen Ebene in den sechziger Jahren und ist auch heute noch, trotz verschärfter ökonomischer Krisenerscheinungen, grundlegend für die Struktur der politischen Konflikte in der Bundesrepublik.

Die Aufgabe der prinzipiellen gesellschaftlichen Oppositionsrolle durch die SPD, markiert durch die Formulierung des Godesberger Programms, und dann auch der parlamentarischen Opposition mit dem Eintritt in die Große Koalition, verschaffte den Anfang der sechziger Jahre aus der SPD gedrängten sozialistischen Kräften die Möglichkeit, von der Partei nicht thematisierte Probleme wie Vietnamkrieg, Bildungskrise und Notstandsgesetze zu Kernthemen einer neuen, außerparlamentarischen Opposition zu machen. Die von dieser, allerdings fast ausschließlich auf den Ausbildungsbereich beschränkten Bewegung ausgehenden Impulse führten in der FDP zur Bildung einer linksliberalen Gruppierung, in der SPD zur Rekonstruktion eines reformistischen Flügels, in dem sich recht bald auch marxistische Ansätze zu entwickeln begannen. Auch die 1968 gegründete DKP profitierte entscheidend von der außerparlamentarischen Opposition. In der 1969 formulierten Politik der Inneren Reformen wurden wesentliche Bestandteile der Forderungen der außerparlamentarischen Opposition wenigstens verbal zur Regierungspolitik erklärt.

Die von der Macht verdrängte CDU/CSU befürchtete neben der Perspektive, längerfristig in die Opposition verbannt zu sein, vor allem von der Ostpolitik, daß sie das traditionelle Feindbild weiter demontieren würde und damit der Linken in der SPD größeren Einfluß verschaffen könnte. Dies dürften die Beweggründe gewesen sein, die sie veranlaßten — wenigstens teilweise — zu einer Strategie der Polarisierung im Stile Adenauers zurückzukehren. Führte die CSU bereits 1969 ihren Wahlkampf unter

der Parole »Freiheit oder Sozialismus«, so stellte sich im Wahlkampf 1972 bereits die gesamte Union als freiheitliche Alternative zu SPD und FDP dar, selbst unter Inkaufnahme ihrer Identifizierung mit einer Unternehmerpartei. Die angesichts der doch geringen Unterschiede in den entscheidenden Fragen künstlich anmutende Polarisierungsstrategie bewirkte denn auch eher das Gegenteil von ihrer Zielsetzung: die SPD erhielt die unverhoffte Möglichkeit, sich im Wahlkampf als Arbeitnehmerpartei zu profilieren. Der starke Zugewinn von Arbeitern dürfte daneben vor allem darin seinen Grund gehabt haben, daß die SPD nach der relativ schnell überwundenen Krise 1966/67 als die Partei erschien, die mit ihrer Politik der Globalsteuerung die Wirtschaft lenken und damit auch die Krise meistern konnte. Nach der Enttäuschung über die Reaktion der SPD auf den wirtschaftlichen Einbruch 1974, in der ihr nichts anderes einfiel, als die Krisenlasten auf die Lohnabhängigen abzuwälzen, verließen gerade diese neu hinzugewonnenen Wähler die Partei. Wie wenig tiefgehend, wie wenig an den Gemeinsamkeiten rüttelnd diese Polarisierung von 1972 war, zeigte sich schon bald nach dem Einsetzen der Krise 1974. Konnte die SPD-Linke auf dem Hannoveraner Parteitag 1973 bei der Diskussion über den Orientierungsrahmen und bei der Besetzung des Parteivorstandes ihren bisher größten Erfolg erringen, so wurden spätestens mit der Übernahme der Kanzlerschaft durch Schmidt die entscheidenden Reformvorhaben liquidiert und die Parteilinke ohne größeren Widerstand zurückgedrängt. Mit der Beschränkung auf das »Machbare« wurden die gerade zaghaft begonnenen Diskussionen über Ansätze einer alternativen Politik zurechtgestutzt auf die Entwicklung von Krisenlösungsmöglichkeiten im direkten Interesse des Kapitals. Die Entwicklung der Auseinandersetzung über den Orientierungsrahmen '85 von 1971 bis zu seiner Verabschiedung 1975 markiert deutlich diese Umfunktionierung der innerparteilichen Diskussion. War schließlich der Bundestagswahlkampf 1972 noch von der zentralen Kontroverse über die Ostpolitik bestimmt, auf deren Höhepunkt — beim Mißtrauensvotum — es sogar zu spontanen Aktionen in den Betrieben kam, so war die Wahlauseinandersetzung 1976 geprägt von einem Personalplebiszit zwischen Kohl und Schmidt. Vor allem die Regierungsparteien führten einen inhaltlich entleerten Wahlkampf, der mehr von den Werbeagenturen als von den Parteien selbst getragen wurde. Unter bewußter Zurückstellung aller parteipolitischen Aussagen wurde mit Helmut Schmidt ein Kanzlerkandidat präsentiert, der — über den Parteien stehend — die effektivste Krisenlösung versprach.

44. These**Politische Parteien in der Bundesrepublik**

Die Geschichte der Bundesrepublik ist dadurch gekennzeichnet, daß es erstmals in Deutschland gelang, die verschiedenen bürgerlichen Strömungen in einer politischen Parteienkonstellation, in der CDU/CSU, zusammenzufassen. Alle anderen bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme der FDP — wurden von ihr aufgesogen. Dies gilt auch weitgehend für das rechtsradikale Potential, das sich kurzzeitig in einer verhältnismäßig starken NPD darstellte und sich heute durch den Kanzlerkandidaten Franz-Josef Strauß voll repräsentiert sieht. Angesichts der realen oder vermeintlichen Bedrohung durch sozialistische Veränderungen und in Konfrontation mit einem verstärkten »sozialistischen Lager« gelang es unter christlich-abendländischer und aggressiv anti-kommunistischer ideologischer Ausrichtung, national-liberale und katholisch-ständische Strömungen innerhalb des Bürgertums zusammenzuführen und alle kleinbürgerlichen Tendenzen einzubeziehen. Darüberhinaus konnten CDU und CSU zunächst unter Berufung auf einen »christlichen Sozialismus«, später unter sozialpartnerschaftlichem Vorzeichen auch weite Teile der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Zwischenschichten an sich binden. Bis heute ist die ideologische Integrationskraft der Unionsparteien so stark, daß sie fast die Hälfte der Stimmen bei Bundestagswahlen auf sich vereinigen können.

Gemessen an ihrer Verankerung in der Wählerschaft kommt heute der FDP- als der anderen bürgerlichen Partei ein unverhältnismäßig großer Einfluß zu. Um gegenüber der CDU/CSU eine neue Existenzberechtigung und darüberhinaus den Zugang zu den politischen Instanzen zu behalten, hat sich diese Partei vom eher rechten Flügel des bürgerlichen Lagers zur Mitte entwickelt. Sie stellt sich heute weitgehend als Partei der lohnabhängigen Zwischenschichten dar, wobei sie deren relative Privilegiertheit betont und für die Erhaltung und den Ausbau entsprechender Privilegien eintritt. Innerhalb der Regierung hat sie sich selbst die Aufgabe gestellt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung schon dort zu verteidigen, wo sie durch sozialdemokratische Reformvorschläge überhaupt noch nicht gefährdet wird.

Die Stärke der Unionsparteien und die unbedingte Ausrichtung der FDP auf die Sicherung des Kapitalismus zeigen — unabhängig vom Zustand und der Politik der SPD —, wie stabil gegenwärtig die kapitalistische Herrschaft im politischen System der Bundesrepublik abgesichert ist.

Außerhalb der Sozialdemokratie gibt es keine politische Linke von wesentlichem Gewicht. Die KPD war schon vor ihrem Verbot aufgrund anti-kommunistischer Propaganda und Unterdrückung, aber auch aufgrund ihrer unkritischen Glorifizierung der Verhältnisse in der DDR weit entfernt von ihrer Stärke am Ende der Weimarer Republik oder auch noch

unmittelbar nach 1945. Die DKP ist zwar in Teilbereichen der Gewerkschaften durchaus verankert, ihr politisches Gewicht ist insgesamt jedoch minimal.

Dk aus der »außerparlamentarischen Opposition« entstandene »Neue Linke« existiert kaum noch oder hat sich in die »Grünen« hinein aufgelöst. Die relativen Erfolge der »Grünen« zeigen, daß sie wichtige gesellschaftliche Fragen thematisiert haben. Sie haben erstmals als »neue politische Kraft« der Linken die 5%-Sperrklausel überwunden. Ihre gegenwärtige inhaltliche Ausrichtung und mögliche Entwicklungen lassen erhebliche Zweifel für die Zukunft offen. Starke Teile — insbesondere die erfolgreichen Bremer und Baden-Württembergischen Landesverbände — stellen sich ausdrücklich als nicht-sozialistisch dar. Die Entwicklung der »Grünen« hin zu einer radikal-demokratischen nicht-sozialistischen Partei oder aber ihre Spaltung und damit ihr Ende, scheinen mehr wahrscheinlich als ihre Festigung als links-sozialistische Kraft.

Die SPD als die stärkere Regierungspartei betreibt keine sozialistische Politik, ja in ihrer Mehrheit kaum noch eine Politik reformistischer Interessenvertretung. Der Einfluß der klassenbewußten Kräfte in ihren Reihen ist äußerst gering.

Insgesamt ist die Situation in der Bundesrepublik somit gekennzeichnet durch eine klare politische Vorherrschaft bürgerlicher Kräfte, durch eine wählermäßig relativ starke, aber nicht antikapitalistisch ausgerichtete Sozialdemokratie und durch im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern außerordentlich schwache sich selbst als klassenbewußt oder marxistisch verstehende Kräfte. Angesichts des deutlich zutage tretenden Widerspruchs zwischen der Notwendigkeit einer sozialistischen Umgestaltung und der Schwäche derjenigen Kräfte, die entsprechende Veränderungsprozesse bewußt vorantreiben wollen, kommt der »Organisationsfrage« ein zentraler Stellenwert zu, wenn die Diskussion nicht bei der Propagierung von sozialistischen Programmen auf *der* einen Seite oder bei abstrakten Beschwörungen der geistigen »Hegemonie« der Arbeiterklasse auf der anderen stehen bleiben soll.

Auseinandersetzungen über die politische Organisierung von Sozialisten in der Bundesrepublik vertragen weniger noch als anderswo Avantgarde- oder Ausschließlichkeitsansprüche: Zu groß wäre allemal der Widerspruch zur eigenen politischen Schwäche. Allerdings darf sich die Diskussion auch nicht darauf beschränken, die jeweils anderen organisatorischen Perspektiven zu kritisieren, ohne die eigene Alternative offen zu legen und damit kritisierbar zu machen: Wir sehen zur Durchsetzung des demokratischen Weges zum Sozialismus unsere politisch-organisatorische Perspektive als Marxisten in der SPD, als marxistische Sozialdemokraten!

V. Die Perspektive von Marxisten in der SPD

45. These

Geschichte der Sozialdemokratie Kampf um klassenbewußte Positionen

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands war in ihrer über hundertjährigen Geschichte nie stets einheitlich reformistisch, wie Linkssektierer und rechte Sozialdemokraten zur Rechtfertigung ihrer jeweils eigenen Politik gleichermaßen behaupten. Sie war aber auch nie — auch nicht zur Zeit des Erfurter Parteitags 1891 — eine einheitlich marxistisch ausgerichtete Partei, wie es manche Geschichtsschreibung kommunistischer Autoren nahezulegen versucht, um dann — genauso an der Realität vorbei — für die eigene Partei zu reklamieren, daß sich nach der Spaltung der Arbeiterbewegung die klassenbewußten Kräfte in ihren Reihen organisiert hätten. In der Sozialdemokratie waren und sind vielmehr stets — wenn auch in unterschiedlichem Kräfteverhältnis — sowohl klassenbewußte als auch reformistische Positionen vertreten, wobei sich die jeweiligen reformistischen Tendenzen in ihrer konkreten Ausprägung ganz erheblich unterscheiden.

Differenzen gab es selbstverständlich auch zwischen den verschiedenen marxistischen Auffassungen. Wenn heute Marxisten wieder verstärkt in der SPD verankert sind, so stellen sie sich zugleich bewußt in die Tradition klassenbewußter Kräfte in der Sozialdemokratie, in die Tradition des Kampfes um die Klassenorientierung sozialdemokratischer Politik.

Sich in die Tradition der Arbeiterbewegung und besonders in die eines Teils von ihr zu stellen, bedeutet zugleich, Rückschläge und Irrtümer als integralen Bestandteil dieser Tradition anzuerkennen und nicht im Nachhinein zu verdrängen oder mit dem Dogma der Unfehlbarkeit zu verhehlen. Gerade eine ebenso selbstkritische wie selbstbewußte Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, auch unter schwierigen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen die konkreten Kampfaufgaben richtig zu bestimmen.

Die Durchsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus gegenüber den Vorstellungen von Ferdinand Lassalle und auch gegenüber putschistischen Vorstellungen der »Jungen«, der Kampf gegen den Revisionismus und für eine internationalistische Friedenspolitik sind die Hauptinhalte marxistischer Politik in der deutschen Sozialdemokratie bis zum Ersten Weltkrieg. Die Niederlage gegenüber der Burgfriedenspolitik und die Spaltung der Partei bedeuteten eine Schwächung der klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung insgesamt. Die spätere Aufteilung der USPD auf die zur Massenpartei werdende KPD und auf die Mehrheitssozialdemokratie führte zwar wieder zur Herausbildung eines bedeutenden marxistischen Flügels in der neu vereinigten SPD, der am Ende der Weimarer Republik

zunehmend an Gewicht gewann. Die Spaltung der politischen Arbeiterbewegung und der bedingungslose Kampf zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, dem wechselseitig schwere politische Fehler zugrunde lagen, war aber mitursächlich für den Sieg des Faschismus. Die Niederlage gegen den Faschismus mit ihren Folgen, vor allem mit der physischen und psychischen Vernichtung aktiver und klassenbewußter Kämpfer wirkt bis heute fort, gerade auch, was die Stärke von Marxisten in der SPD angeht.

46. These

Die Entwicklung der SPD nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus herrschten in der Arbeiterklasse deutlich antikapitalistische Vorstellungen vor. Diese ergriffen auch die katholisch geprägte Arbeitnehmerschaft und fanden ihren Ausdruck etwa im Ahlener Programm der CDU von 1947.

Dennoch ist nicht zu übersehen, daß gerade in der SPD die Verluste durch die faschistische Terrorherrschaft dazu geführt haben, daß die Anzahl erfahrener klassenbewußter Kräfte abgenommen hatte. In der großen Mehrheit der Mitgliedschaft war die SPD in reformistischen Vorstellungen über die Veränderbarkeit der Gesellschaft befangen. Die Parteiführung war in der Zeit der Emigration stark durch sozialpartnerschaftliche Vorstellungen der englischen und skandinavischen Arbeiterbewegung geprägt worden. Für die weitere Grundsatzdebatte in der Sozialdemokratie von großer Bedeutung wurde zudem der Zustrom bürgerlicher Intellektueller, die sich in moralischer Empörung von den bürgerlichen Parteien abgewandt hatten, ohne ihre bürgerlichen Vorstellungen abzulegen.

Unmittelbar nach 1945 propagierte die SPD eine Konzeption des sozialistischen Neuaufbaus in nationaler Einheit. Die zentralen sozialistischen Zielsetzungen, wie die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und die Einführung einer demokratischen Wirtschaftsplanung wollte sie unmittelbar in Angriff nehmen, ohne sich wirklich über die tatsächlichen politischen Machtverhältnisse im Nachkriegs-Deutschland im klaren zu sein. Im Hinblick auf die im Westen von den USA betriebene und von den bürgerlichen Parteien umgesetzte Rekonstruktion der kapitalistischen Wirtschaft unterschätzte die Partei die ökonomische Lebensfähigkeit des Kapitals sowie den politischen Behauptungswillen und den fortbestehenden ideologischen Einfluß der Bourgeoisie. In dem falschen Bewußtsein, legitimerweise und zwangsläufig zur Vollstreckerin geschichtlicher Notwendigkeiten berufen zu sein, versäumte sie es, eine realistische Strategie zu entwickeln, in der für eine Phase weltweiter Stabilisierung des Kapitalismus konkrete Tagesforderungen und sozialistische Ziele aufeinander bezogen waren.

Auf die spätere wirtschaftliche Entwicklung mit ihrem ständigen — wenn auch zyklisch schwankenden — Wachstum und der erheblichen Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Bevölkerung während der Rekonstruktionsphase reagierte die SPD in ihrer politischen Praxis mit der Beschränkung auf oppositionelle Vorstellungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der Anspruch auf eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung wurde zwar im Godesberger Programm von 1959 noch aufrechterhalten, die Konkretisierung sozialdemokratischer Politik erfolgte aber spätestens seit 1960 ohne Bezug auf eine prinzipielle sozialistische Programmatik. Die innerparteiliche Opposition gegen diese Entwicklung wurde weitestgehend administrativ ausgeschaltet. Gegenüber den bürgerlichen Bundesregierungen bot die SPD sich letztlich nurmehr als die sozialere und modernere Alternative innerhalb kapitalistischer Politikkonzeptionen an.

In dieser historischen Phase entwickelte sich eine wohl einzigartig ausgeprägte Dominanz bürgerlicher Ideologie in einer politischen Partei der Arbeiterbewegung. Es wird nunmehr nicht mehr nur eine Politik formuliert, die die »Formen der Allgemeinheit« nicht in Frage stellt. Es wird vielmehr die kapitalistische »Marktwirtschaft« positiv als »unsere Wirtschafts- und Sozialordnung« verstanden und als übergeordneter Wert akzeptiert. Es werden nicht mehr Arbeitnehmerinteressen vertreten, ohne das kapitalistische System verändern zu wollen. Es wird vielmehr die Zurückstellung auch von Arbeitnehmerinteressen gefordert, damit und soweit die kapitalistische Ordnung nicht gefährdet werden kann. Die Interessenvertretung ist nicht mehr Zweck, sondern wird zum Mittel der Integration der Arbeiterklasse in den Kapitalismus und damit zur Unterordnung unter bürgerlich-ideologische Dominanz. Diese sozial-integrative Politik findet ihre Verankerung in der Sozialdemokratie und in weiten Teilen der Arbeiterklasse auf der Grundlage reformistischen Bewußtseins und angesichts der realen Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen in der Rekonstruktionsphase des Kapitalismus in der Bundesrepublik.

Die Verankerung der sozial-integrativen Politik wird durch die Wirtschaftskrise 1966/67, die zu einer erheblichen politischen Erschütterung und zur Regierungsbeteiligung der SPD im Rahmen der »Großen Koalition« führte, nicht gefährdet. Sie wird im Gegenteil durch ihren schnellen Wirtschaftsaufschwung offenkundig erscheinenden Erfolg bestärkt.

Durch die Regierung der »Großen Koalition« wurden unter Zurückdrängung konservativ-liberalistischer Wirtschaftsideologien die verfassungsrechtlichen Grundlagen für den Ausbau des staatlichen Interventionspotentials zur Regulierung wirtschaftlicher Prozesse geschaffen. Mit der permanenten Einbeziehung des Staates in den ökonomischen Reproduktionsprozeß ging ein Abbau demokratisch-parlamentarischer Kontroll- und Entscheidungsrechte einher. Parallel dazu wurden durch die

Notstandsgesetze individuelle Freiheitsrechte sowie parlamentarischer Einfluß beschnitten, während gesellschaftlich bedeutsame sozialdemokratische Forderungen, zum Beispiel nach Einführung der paritätischen Mitbestimmung, ohne Einfluß auf die Regierungspolitik blieben.

Als Reaktion auf die Politik der »Großen Koalition« und angesichts einer praktisch fehlenden parlamentarischen Opposition bildete sich eine breite demokratische Bewegung heraus, die sich überwiegend außerparlamentarisch orientierte, die aber auch stark in die SPD hineinwirkte. Ohne daß weithin schon Einsicht in die Fragwürdigkeit der kapitalistischen »Krisenüberwindung« bestand, entwickelte sich ein Bewußtsein für die Notwendigkeit der Demokratisierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Dieses Bewußtsein war mit entscheidend für ein Wahlergebnis, das die Bildung der sozialliberalen Koalition ermöglichte.

Mit der Übernahme des Amtes des Bundeskanzlers durch den Sozialdemokraten Willy Brandt erschienen Möglichkeiten für tiefgreifende und stetige Reformen zugunsten der arbeitenden Menschen eröffnet. Optimistischer Ausdruck für dieses, in der SPD nunmehr vorherrschende Bewußtsein war die Regierungserklärung 1969, die mehr Demokratie und mehr Lebensqualität versprach.

Um sozialdemokratische Programmatik in Regierungshandeln umsetzen zu können, wurde auf dem Parteitag 1970 beschlossen, »ein langfristiges gesellschaftspolitisches Programm (zu erarbeiten), das konkretisiert und quantifiziert sein muß«. 1972 wurde dann mit dem ersten Entwurf eines »Orientierungsrahmens« dieses »Langzeitprogramm« vorgelegt, das die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft als positiv voraussetzte und sozialdemokratische Reformpolitik an ein Wirtschaftswachstum für die Jahre 1970 — 1985 von 4,0 bis 5,5% und an die schrittweise Erhöhung des Staatsanteils von 28 auf 34% knüpfte. Auf dieser materiellen Basis sollten durch politisch gezielten Einsatz der gewachsenen staatlichen Finanzmittel Reformen durchgesetzt werden.

Die konkrete Reformpolitik der Jahre 1969 bis 1972 blieb durchaus nicht ohne eine Vielzahl von Einzelerfolgen. Die ihr zugrundeliegende Konzeption, der Glaube, gesellschaftliche Entwicklungen unter kapitalistischen Bedingungen nach sozialdemokratischen Zielvorstellungen politisch steuern zu können, entsprach jedoch nicht einmal den damaligen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen. Das Ausbleiben der erwarteten gesellschaftlichen Wachstumsraten und das Scheitern der Steuerreform 1971 dokumentieren die Illusionäre der Hauptprämissen der damaligen Konzeption.

Trotz der sich abzeichnenden Schwierigkeiten gelang es, im Bundestagswahlkampf 1972 gegenüber der Offensive von Unternehmerverbänden und Unionsparteien breit für eine demokratische Reformpolitik und die begonnene Entspannungspolitik zu mobilisieren. Schon unmittelbar

nach dem großen Erfolg wurde dann mit der Regierungserklärung 1973 eine Politik des Zurückdrängens von Reformervwartungen eingeleitet. Verstärkt wurde diese Reduzierung sozialdemokratischer Politik auf das »Machbare« nach der »Ölkrise«; mit der Kanzlerschaft Helmut Schmidts seit 1974 wurde diese Reduzierung dann zum Programm erhoben.

Seit der Wirtschaftskrise 1974/76 hat sich eine noch weitergehende Veränderung ergeben. Niedriges Wirtschaftswachstum bis hin zum Rückgang der gesamtgesellschaftlichen Produktion, immer noch erhebliche Inflationsraten und Dauermassenarbeitslosigkeit machen die Krisenhaftigkeit und die Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus offenbar. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung strebte keine strukturellen Eingriffe in die Wirtschaft an. Im Gegenteil: Sie reagiert fast ausnahmslos mit der Unterordnung ihrer Maßnahmen unter die Investitionsbereitschaft und das Profitinteresse der Unternehmer, ohne dadurch in spürbarem Umfang arbeitsplatzschaffende Investitionen ausgelöst zu haben. Andererseits gibt es Ansätze, durch Maßhalteappelle in Richtung auf die Gewerkschaften, die Reallöhne einzufrieren oder gar zu senken. Zur gleichen Zeit sind verschiedene Maßnahmen zu verzeichnen, die die sozialen Errungenschaften in einem Ausmaß, das überhaupt noch nicht absehbar ist, abbauen.

Verschärfte Klassenauseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsbedingungen sowie die Gefährdung und die Einschränkung staatlicher Sozialleistungen gehen einher mit Tendenzen zum Abbau demokratischer Rechte und einem Klima zunehmender Illiberalität. Durch die in der Praxis noch verschärften Berufsverbote werden gesellschaftsverändernde Ansätze bis weit in die Sozialdemokratie hinein illegalisiert und berufliche Existenzen vernichtet. Die auf Druck insbesondere des linken Hügels der Sozialdemokratie vorgenommenen Änderungen haben allenfalls zu Teilerfolgen geführt. Zu den Berufsverboten kommen die Einschränkungen von Freiheitsrechten durch Veränderungen von Strafgesetzbuch und Strafprozeßordnung, die in unerträglicher Weise die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit des kulturellen Schaffens einschränken.

Insgesamt muß festgestellt werden, daß in der praktischen Regierungspolitik die propagierte Reformpolitik nicht nur in ihrem Anspruch zurückgenommen wurde, sondern daß in der gegenwärtigen Phase bereits erkämpfte Verbesserungen teilweise wieder rückgängig gemacht werden. Die Politik der sozialliberalen Bundesregierung ist in weiten Bereichen eine bloße Politik zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus, eine pro-kapitalistische Politik. Ihre sozial-integrative Zielrichtung im Hinblick auf die Arbeiterklasse wird dabei durchaus beibehalten; jedoch hat diese Politik ihren materiellen Anknüpfungspunkt, die zumindest teilweise erfolgreiche Interessendurchsetzung, weitgehend verloren. Hier bleibt der Appell an ideologische »Werte«, die noch als allgemein akzeptiert gelten und die Beschwörung der Möglichkeit, daß alles noch schlimmer kommt.

Die beispiellose Unterordnung unter die Dominanz bürgerlicher Ideologie am Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre war ohne großen innerparteilichen Widerstand vonstatten gegangen. Allenfalls in verschiedenen Industriegewerkschaften und einzelnen Parteibezirken hatten sich Teile einer antikapitalistisch orientierten Opposition gehalten. Mit der »Großen Koalition« und unter dem Einfluß der »außerparlamentarischen Opposition« formierte sich bundesweit wieder ein sichtbarer linker Flügel, der insbesondere in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten eine deutliche Mehrheit erlangte.

Dieser linke Flügel hatte im Anschluß an die mobilisierende Bundestagswahl 1972 erheblich an Boden gewonnen und zugleich durch seine Existenz zu sich herausbildenden differenzierten »mittleren« Positionen beigetragen. Dieses schlug sich teilweise auch in Parteitageentscheidungen nieder, die jedoch aufgrund der weitgehenden Verselbständigung sozialdemokratischen Handelns, insbesondere Regierungshandelns, von demokratischen innerparteilichen Willensbildungsprozessen im wesentlichen ohne praktische Wirkung blieben. Im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1980 ist es Helmut Schmidt und den sozialdemokratischen Regierungsvertretern wieder gelungen, sich klare formale Entscheidungen auf den Parteitage zu sichern.

47. These

Soziale und politische Verankerung der SPD

Die aktuelle Situation und die Entwicklungsperspektive der Auseinandersetzungen in der SPD ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie die Partei in der Bundesrepublik ist, die am stärksten sozial und politisch in der Arbeiterklasse verankert ist.

Es ist zwar unverkennbar, daß sich die Sozialstruktur der SPD und insbesondere diejenige ihrer Funktionäre stark verändert hat. Der Anteil der Angestellten, vor allem der Anteil der öffentlich Bediensteten, ist erheblich gewachsen. Der traditionelle Kern der Arbeiterklasse, die Industriearbeiterschaft, hingegen ist immer weniger vertreten. Diese Feststellungen machen die SPD aber keinesfalls völlig und unumkehrbar zu einer Partei der lohnabhängigen Zwischenschichten. Ein nicht unbedeutender Teil der Angestellten im Sinne des Sozialversicherungsgesetzes gehört nämlich klassenanalytisch zur Arbeiterklasse, ein anderer ist aus ihr hervorgegangen und steht ihr — getrennt nur durch höhere Bezahlung und ein gewisses Maß an Weisungsbefugnis — außerordentlich nahe.

Dennoch stellt die Tatsache, daß ein geringer werdender Teil der Industriearbeiterschaft sich in der SPD organisiert und daß der Teil der Nichtwähler in diesem Bereich ansteigt, ein Problem dar, dessen Lösung für die

Durchsetzung sozialistischer Zielvorstellungen unabdingbar ist. Ursache für die mangelnde politische Aktivität ist die Tatsache, daß die eigenen Interessen in der Politik der verschiedenen Parteien und Gruppierungen nicht wiedererkannt werden: Insbesondere die SPD stellt sich selbst ja nicht mehr als Arbeiterpartei dar.

Keineswegs ist es aber so, daß die große Anzahl der Arbeiter, die sich nicht an der SPD orientieren, zu sozialistischen oder kommunistischen Gruppierungen oder gar zu den »Grünen« hinneigt: Diese Arbeiter zeichnen sich vielmehr wesentlich durch unpolitische Vorstellungen oder gar durch die Unterstützung der CDU/CSU aus. Umgekehrt: Unter Berücksichtigung des generell wenig entwickelten Klassenbewußtseins in der Arbeiterklasse steht fest, daß die große Mehrheit derjenigen Arbeiter, die überhaupt ihre gewerkschaftlichen und politischen Interessen artikulieren, sich auf die Sozialdemokratie orientieren. In der weiteren Perspektive ist von ihnen eher die Entwicklung klassenbewußter Positionen zu erwarten als von den nichtorganisierten Teilen.

Insgesamt sind dementsprechend die Auseinandersetzungen in der SPD ganz wesentlich Folge auch von Bewußtseinsveränderungen in der Arbeiterklasse, wie mögliche fortschrittliche Veränderungen in der SPD entsprechende Prozesse vorantreiben können.

48. These

Aktuelle innerparteiliche Situation

Zentralpunkt der gegenwärtigen innerparteilichen Situation ist das Scheitern jener reformistischen Strategie, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und das Fortbestehen der kapitalistischen Produktionsweise miteinander verbinden will. In der aktuellen schweren kapitalistischen Krise fehlt weitestgehend der ökonomische Spielraum für soziale Zugeständnisse, um die negativen Folgen des kapitalistischen Systems auch nur abzumildern. In dieser Situation sind Interessenvertretung und Integration als Momente reformistischer Politik immer weniger miteinander vereinbar, so daß innerhalb der außerordentlich breiten reformistischen Strömung in der deutschen Sozialdemokratie polarisierende Tendenzen wirksam werden.

Anknüpfend an sozial-integrative Konzeptionen profiliert sich selbstbewußt innerhalb der SPD ein rechter Parteiflügel, der mit den Traditionen der Sozialdemokratie wenig, mit der Bewahrung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur jedoch viel zu tun hat. Er hält an der sozial-integrativen Perspektive fest und baut anstelle der nicht mehr leistbaren Momente von Interessenvertretung immer mehr auf die bloße Propagierung bürgerlich geprägter »Wert«-Vorstellungen. Diese Politik ist angesichts der Domi-

nanz bürgerlicher Ideologie und des wenig entwickelten Klassenbewußtseins durchaus nicht unwirksam. Gerade in der westdeutschen Arbeiterklasse können Appelle, die die »Bewahrung des Erreichten, des schwer Erarbeiteten« und die Beschränkung auf das »Machbare« beschwören, auf erheblichen Zuspruch hoffen.

Bei sich verschärfenden wirtschaftlichen Verhältnissen kann diese sozial-integrative Politik aber auf Grenzen stoßen: In dem Maße, in dem längerfristig keine materiellen Erfolge erzielt werden können, droht diese Politik ihre Massenwirksamkeit in der Arbeiterklasse zu verlieren, wobei die Verluste teilweise sogar unmittelbar bürgerlichen Parteien zugute kommen können, da diese die Klaviatur bürgerlicher Ideologie allemal besser beherrschen.

Die Teile der SPD, die an dem Element der Interessenvertretung festhalten, geraten — selbst wenn sie zuvor sozial-integrative Positionen vertreten haben sollten — zumindest punktuell in Gegensatz zur herrschenden Profitorientierung. Das mag zunächst nur einzelne Forderungen betreffen. Auch führt das keineswegs unmittelbar zur Überwindung reformistischer Vorstellungen. Insbesondere aber im Bereich der gewerkschaftlichen Forderungen besteht die Möglichkeit der Entwicklung objektiv antikapitalistischer Positionen. Dies gilt verstärkt für die reformistischen Kräfte, denen die Interessenvertretung stets Zweck und nicht Mittel war. Je stärker aber antikapitalistische Einsichten vordringen, desto eher ergeben sich Möglichkeiten des Übergangs zu klassenbewußten *Auffassungen*. Der Prozeß vollzieht sich jedoch nicht allein aufgrund von ökonomischen Prozessen und der Unmöglichkeit, die eigenen Interessen wirksam durchzusetzen, sondern nur in dem Maße, in dem zugleich im Bewußtsein die Dominanz bürgerlicher Ideologie durchbrochen werden kann.

Die gegenwärtige polarisierende Entwicklung in der SPD führt erkennbar zu zwei sichtbaren Haupttendenzen: rAuf dem rechten Parteiflügel werden teilweise offen prokapitalistische Positionen vertreten. In einem durchaus widersprüchlichen und uneinheitlichen Prozeß, der sich erst am Anfang befindet, erhalten reformistische Vorstellungen in unterschiedlichem Ausmaß eine antikapitalistische Stoßrichtung.

Auf dieser Basis ergeben sich für die marxistischen Kräfte in der SPD verstärkt Möglichkeiten, von klassenbewußten Positionen aus Alternativen sozialdemokratischer Politik breit in die innerparteiliche Diskussion einzubringen. Das ist bereits ansatzweise geschehen. Dabei ist den marxistischen Kräften zugute gekommen, daß sich die marxistische Analyse der kapitalistischen Ökonomie als realistisch erwiesen hat, während die nach 1945 als modern von Teilen der Partei übernommene bürgerlich-keynesianistische Wirtschaftswissenschaft offensichtlich illusionär war. In konkreten Auseinandersetzungen ist es auf dieser Grundlage auch *gelungen, Erkenntnisse* über den Klassencharakter des bürgerlichen Staates und die

Notwendigkeit umfassender Gesellschaftsveränderungen in weiten Teilen der Mitgliedschaft zu verankern.

Auf der Grundlage der aufgezeigten Veränderungsprozesse ist die bundesweit im »Frankfurter Kreis« zusammengefaßte Parteilinke in eine Krise ihrer eigenen Identität geraten. Ihre reformistische Konzeption, die gegenüber der Parteiführung auf stärkere Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen bestand, ist nunmehr letztlich ohne reale politische Substanz. Dies hat teilweise zu einer Rückentwicklung von unterschiedenen und konkreten Reformansätzen über ein Philosophieren im luftleeren Raum abstrakter Grundwerte zu einer letztlich neo-konservativen Beschwörung der »Grenzen des Sozialstaats« geführt, zu einem Übergang auf sozial-integrative Positionen, die an Stelle der Interessenwahrnehmung die Propagierung einer »neuen Ethik« der Selbstgenügsamkeit betreibt.

Die andererseits durchaus erkennbare verstärkt antikapitalistische Ausrichtung, die sich in den Auseinandersetzungen um die Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch in den Fragen der Atomenergie und der Aufrüstung gezeigt hat, geschieht noch weitgehend unsystematisch, ohne Selbstbewußtsein und ohne wirksame informelle organisatorische Form.

In der Parteilinken, vor allem in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, ist es seit 1969 zu einer ständigen Stärkung marxistischer Positionen gekommen, die jedoch bei weitem nicht dem Gewicht entspricht, das Marxisten in anderen westeuropäischen Parteien erlangt haben. Auch haben als Gegenmaßnahme führende Teile der Parteirechten mit administrativen Maßnahmen reagiert, wobei die Parteiausschlüsse des Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter und des Bezirksvorsitzenden von Ost-Westfalen-Lippe Heinrich Lienker die spektakulärsten Vorgänge waren. Im Gefolge dieser Maßnahmen ist bei den Jungsozialisten auf Bundesebene zwar teilweise eine halblinke Stabilisierung festzustellen; es ist aber schon jetzt absehbar, daß diese nicht von Dauer sein wird.

Die weitere fortschrittliche Entwicklung der SPD hängt entscheidend von der Stärkung marxistischer Positionen und der antikapitalistischen Ausrichtung und organisatorischen Zusammenfassung reformistischer Tendenzen ab.

49. These

Die Aufgaben der Marxisten in der SPD

Angesichts der Notwendigkeit, den demokratischen Weg zum Sozialismus zu eröffnen, und ausgehend vom gegenwärtigen Bewußtseinsstand in der Arbeiterklasse und dem politischen Zustand der SPD, sind die aktuellen Aufgaben der Marxisten in der SPD zu bestimmen.

Aufgrund des weitgehend unentwickelten Klassenbewußtseins in der

Arbeiterklasse und der fast völligen Verdrängung klassenbewußter Kräfte aus der SPD einerseits sowie der regional, zeitlich und auch inhaltlich unterschiedlich einsetzenden Herausbildung marxistischer Positionen in der SPD, ist die Herstellung eines politischen Diskussionszusammenhangs zwischen den Marxisten in der SPD wesentliche Vorbedingung für ihre weitere Verankerung und Stärkung. Dabei spielt schon jetzt im Bereich der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten der »Hannoveraner Kreis« eine zentrale Rolle. Für die notwendigen theoretischen Diskussionen steht mit der »Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft *spie*« ein wichtiges Arbeitsinstrument zur Verfügung. Arbeitstagungen der *spw* und andere organisatorische Formen der Diskussion müssen Klärungen mit dem Ziel der Vereinheitlichung auf den Weg bringen.

Die Marxisten innerhalb der SPD können und wollen aber keinen eigenen Parteiflügel oder eine eigene Fraktion darstellen. Ihnen geht es um die Herausbildung eines breiten linken Parteiflügels, in dem reformistische und marxistische Vorstellungen gleichermaßen ihren Platz haben. In dieser »Vereinigten Linken« treten sie für eine antikapitalistische Stoßrichtung und für ein möglichst geschlossenes Vorgehen ein. Zugleich werben sie für ihre programmatische Konzeption des demokratischen Übergangs zum Sozialismus. Entscheidend für die Möglichkeit der Konstituierung und Wirksamkeit einer so verstandenen »Vereinigten Linken« ist nicht eine Übereinstimmung in allen Grundsatzfragen, sondern der gemeinsame Kampf um konkrete Forderungen und Projekte.

Die Herausbildung, aber auch die innerparteiliche Stärke eines linken Parteiflügels hängen von der Entwicklung fortschrittlicher gesellschaftlicher Alternativen und von ihrer Durchsetzung in der Partei insgesamt ab. Die nachfolgenden programmatischen Vorschläge — VI. Kapitel — stellen hier einen Diskussionsvorschlag dar, um zu gemeinsamen Vorstellungen und zu gemeinsamem Handeln zu gelangen.

Auf dem Hintergrund sich verschärfend & gesellschaftlicher Auseinandersetzungen kann es gelingen, einen immer größeren Teil programmatischer politischer Alternativen in der SPD insgesamt durchzusetzen und so die Partei in ihrer Mehrheit wieder antikapitalistisch auszurichten.

Die Veränderungsprozesse in der SPD sind nicht unabhängig von den Entwicklungen in den Gewerkschaften und der Stärke von demokratischen Basisbewegungen. Andererseits wird sich die SPD durch Druck von außen allein nicht in eine antikapitalistische Richtung entwickeln. Dementsprechend wird es stets darauf ankommen — soweit politische Übereinstimmungen hergestellt werden können —, auch mit fortschrittlichen Kräften außerhalb der SPD zusammenzuarbeiten. Dabei darf es jedoch keinerlei Mißverständnisse über die prinzipielle organisatorische Ausrichtung auf die Sozialdemokratie geben.

Angesichts der immer tieferen kristenhaften Entwicklung des gegenwärtigen

tigen Kapitalismus, angesichts der zunehmend offenkundigen Unvereinbarkeit der Interessen der arbeitenden Menschen mit den Bedingungen kapitalistischer Produktion und angesichts der bestehenden und weiterzuentwickelnden Voraussetzungen für die Verbreiterung und Stärkung einer offensiven antikapitalistischen sozialdemokratischen Linken, ist die Umwandlung der SPD in eine mehrheitlich konsequent sozialistische Partei die organisatorische Perspektive, für die Marxisten in der SPD eintreten. Dabei bestehen keine Illusionen über die Schwierigkeiten der Durchsetzung klassenbewußter Positionen in der SPD. Auch kann niemand schon heute sagen, ob sich etwa im Laufe innerparteilicher Auseinandersetzungen größere Teile des rechten Parteiflügels als die Fritz-Erler-Gesellschaft durch einen Bruch aus der Partei lösen werden oder ob administrativ oder als Folge politischer Prozesse andere organisatorische Brüche stattfinden können. Richer ist aber, daß der Kampf um konsequent sozialistische Positionen in der Bundesrepublik nur erfolgreich geführt werden kann, wenn er in der SPD Erfolg hat. Es, gibt jedenfalls keine andere Organisationsperspektive, die gegenwärtig für sich in Anspruch nehmen kann, realistischer zu sein.

Dementsprechend muß an der schwierigen und möglicherweise langwierigen, aber richtig bestimmten und aufgrund der zu erwartenden Entwicklung prinzipiell lösbaren Kampfaufgabe festgehalten werden, die SPD zu einer Kraft zu machen, die mehrheitlich die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische verändern will

De 44e ^{spoollee} 3
-4**'mmO
11.1r.

U@IA3



-ur.J 0002

.9gPJ4s

-66Un-U4PW.J9H

J9LILIDO] PDLUON

44PLcisaJI

JOU2JiMOUUPH

NS71,7

.et.

....

*areMell

4.41

:uJapolup Jaw

-wnuayoJd aup

piat6 cneqsa

- uapaJds

-U² U⁹ 4SH. ² !-z°s ⁹ a² [M

Uallin-OSU Jap UP6JO SPG

vabab eu!e
re^u grn

W² i⁴ CP*el
AUGVIAOLIUM

ua6pJq[aq JajlaH

uaq3s mod aJe pun Leq0eN sep ua6a6 jciwe>1
wnz '6un6amalpal[avv Jap aua] aJapue sem pun

qq3pw Jaq3psJnJampaJo au ua6a6 '3uuau

sosnr qD[s Jap '6un6amapaq[apv Jap L^al a6

-[zu[m Jap sem 'aaqnJep ua4q3paf1 urr q3np JG119•

Ja4am ,J LM uappw q[eqsap

bunliamayJaq[apv ,uni qp[Jeja6

pu[s uappsJnJaA uq! aLp 'uab[uaf'aul uJapu

-[amffl 13aJe uap jne a[p 'ua6[uara[p qp[u Jage

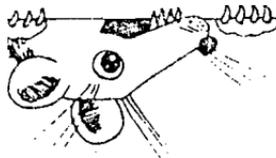
uaajjp6a6

-up qtpqsap uapJam pun uiq jnpJcp Jnu uasam ,ALM

aJapue uaupesJnJaA 'Llauem .ALM wap u['13aJo uao

puqnsfiunmsmopa pun mied aqusgpugns isuesuonewmul

111214591/ .13t1t112.13110111112



:uasaL ualqe

VI. Für ein sozialdemokratisches Programm der gesellschaftlichen Alternative

Alternativen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

50. These

Recht auf Arbeit — Tagesaufgaben zur Begrenzung der Krisenlasten für die arbeitende Bevölkerung

Die umfassende Reproduktion des Einzelnen und seiner Familie kann nur durch die Teilnahme am gesellschaftlichen Produktionsprozeß gesichert werden. Das oberste Ziel sozialdemokratischer Politik muß deshalb sein, für solche gesellschaftlichen Bedingungen zu sorgen, die jedem die Möglichkeit zur Aufnahme einer qualifizierten Berufstätigkeit eröffnen und die beständige Anwendung der erworbenen Fähigkeiten sichern sowie deren Neu- und Weiterentwicklung fördern. Im Mittelpunkt einer Politik, die diesen Zielen folgt, steht die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit. Sie zielt darauf ab,

- die materielle Existenz der Lohnabhängigen dauerhaft zu sichern,
- die Chance auf Selbstverwirklichung Realität werden zu lassen,
- die aktive und umfassende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten

Die gesellschaftlich Tatsache einer seit mehreren Jahren andauernden Massenarbeitslosigkeit, angesichts derer die Reproduktionsmöglichkeiten aller Lohnabhängigen nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet und den direkt Betroffenen — hierunter insbesondere den Frauen, Jugendlichen und älteren Menschen sowie jenen mit gesundheitlichen Einschränkungen — gar genommen sind, verdeutlicht allein schon die Unmöglichkeit der Realisierung dieser Ziele in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der BRD. Die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus führen immer wieder dazu, daß die genannten Ziele als Illusionen erscheinen und damit als Utopien abqualifiziert werden können.

Unmittelbare Aufgabe sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik ist es daher, Maßnahmen zu ergreifen, die eine Abwälzung der Krisenlasten zuungunsten der arbeitenden Bevölkerung verhindern und gleichzeitig maßgeblich zum Abbau von Arbeitslosigkeit beitragen. Eine den gestellten Forderungen genügende Wirtschafts- und Sozialpolitik muß darüber hinaus die Grundforderung zur Geltung bringen, daß mit Hilfe der menschlichen Arbeitskraft unter menschengerechten Bedingungen gesamtgesellschaftlich sinnvolle Werte geschaffen werden. Wirtschaftspolitik in diesem umfassenden Sinne kann letztlich nur erfolgreich sein, wenn, sie die Voraussetzungen und Bedingungen ihres eigenen Handelns so verändert, daß die dauerhafte Erreichung dieser Ziele — und als deren ober-

stes das Recht auf Arbeit — möglich wird, d.h. in der Konsequenz auf eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abzielt, die die Zwangsge-
setze des Profitsystems überwindet. Aus der Sicht der Lohnabhängigen
sind folgende Mindestvoraussetzungen vordringlich zu erfüllen:

- Schaffung von 3 Millionen neuer qualifizierter Arbeitsplätze, da in den
nächsten Jahren mit einer beträchtlichen Vernichtung von weiteren
Arbeitsplätzen u. a. im Zuge der Automation wesentlicher Produktions-
und Verwaltungsbereiche gerechnet werden muß;
- Beseitigung unmenschlicher Arbeitsbedingungen;
- Gleichstellung männlicher und weiblicher Arbeitnehmer;
- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit;
- Durchsetzung der vollen paritätischen Mitbestimmung.

Verkürzung der Arbeitszeit

Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verringerung der Arbeitszeitbe-
lastung des Einzelnen tragen zur Humanisierung der Arbeit bei und schaf-
fen neue Arbeitsplätze. Arbeitszeitverkürzung als derzeit wichtigste Vor-
aussetzung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei gleichzeitigem Lohnaus-
fall wird ebenso abgelehnt wie die Ausweitung von Teilzeitarbeitsplätzen.
Solche Maßnahmen kämen einer Umverteilung der Einkommen abhängi-
ger Beschäftigter untereinander gleich, und die Kapitaleseite bliebe trotz
steigender Gewinne davon unberührt. Darüber hinaus würden sie der For-
derung nach Stärkung der Massenkaukraft widersprechen. Verhindert
werden muß, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit von den Unternehmern
mit einer Erhöhung der Belastung der Arbeitenden aufgefangen werden
kann. Die Arbeitszeitverkürzung vollzieht sich in folgenden Schritten und
Formen:

- a) Senkung der Wochenarbeitszeit ohne Einkommenseinbußen auf 35
Stunden; die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ist dabei ein we-
sentliches Element der Forderung;
- b) stufenweiser Abbau der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer und
Schichtarbeiter;
- c) Abbau von Sonderschichten und ungerechtfertigten Überstunden.
Neufassung der Arbeitszeitverordnung durch Verkürzung der gesetzli-
chen regelmäßigen Mindestarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden in der
Woche;
- d) Festlegung von entsprechenden Mindesterholungszeiten pro Stunde
für alle Arbeitnehmer, insbesondere für Nachtschichtarbeiter;
- e) Erhöhung des Mindestjahresurlaubs auf sechs Wochen;
0 Einführung eines obligatorisch zu teilenden Elternurlaubs von 18 Mo-
naten;
- g) Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf 50 Jahre für Männer und
Frauen;

- h) Einführung des 10. Pflichtschuljahres und des Berufsgrundschuljahres;
- i) bundesweite Einführung eines 14tägigen Bildungsurlaubs.

Stärkung der Massenkaukraft

Folgende Forderungen sind über die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verwirklichen:

- a) Erhöhung der Sozialhilfesätze, damit für alle sozial Benachteiligten der Lebensunterhalt gesichert ist;
- b) Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf alle Arbeitslosen und für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit;
- c) Heraufsetzung des Arbeitslosengeldes bis zur Höhe des durchschnittlichen Nettolohnes vor der Arbeitslosigkeit;
- d) kontinuierliche bruttolohnbezogene Erhöhung der Sozialrenten, wobei die unteren Rentensätze merklich anzuheben sind;
- e) Senkung der Lohnsteuer zugunsten kleiner Einkommen;
- f) Erhöhung der Ausbildungsförderung sowie der Elternfreibeträge;
- g) Wegfall der unteren Lohngruppen im öffentlichen Dienst.

Die Förderung der Massenkaukraft über den Staat kann neben konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Effekten ein Beitrag zu größerer Einkommensgleichheit sein, vor allem dann, wenn sie die Empfänger kleiner Einkommen und sozialer Randgruppen dieser Gesellschaft hervorragend begünstigt.

Öffentliche Investitionen und öffentliche Dienstleistungen

Mehr öffentliche Investitionen können ein Beitrag zu einem Wachstum sein, das mehr an Lebensqualität für die Bevölkerung bringt und gleichzeitig der Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze dient. Solche an den gemeinsamen materiellen und kulturellen Bedürfnissen der arbeitenden Menschen ausgerichteten Bereiche sind:

- a) Der Bildungs- und Qualifikationsbereich. Schon bei der Ausführung der in bildungspolitischer Perspektive völlig unzureichenden Zieldaten des Bildungsgesamtplanes und bei Ausbau der Weiterbildung werden zahlreiche Großinvestitionen getroffen und gleichzeitig eine erhebliche Anzahl an Dauerarbeitsplätzen für Lehrer, Schulpsychologen, Hausmeister und Verwaltungsangestellte geschaffen.
- b) Der Bereich der Sozial- und Jugendhilfe. Der Bedarf an Beratung, außer-schulischer Erziehung, Familienhilfe, Suchtkrankenhilfe, Betreuung psychisch Kranker ist erheblich. Die Jugendhilferechtsreform wurde bislang aus Kostengründen nicht verwirklicht. Die Ausweitung der Sozial- und Jugendhilfe würde ebenfalls Investitionen auslösen als auch Dauerarbeitsplätze für Sozialarbeiter, Erzieher, Psychologen u.ä. schaffen.

- c) Der Bereich der Freizeit. Der Ausbau qualifizierter Freizeiteinrichtungen und -maßnahmen, sowohl in Form von Erholungsmaßnahmen als auch der Aktivfreizeit, ruft Investitionen hervor, schafft Arbeitsplätze und zieht private Investitionen nach sich.
- d) Einsatz der Infrastruktur, Umweltpolitik und Politik zur Humanisierung der Arbeitswelt zur Erzielung eines qualitativen Wachstums. Privatinvestitionen auf diesem Gebiet müssen durch gesetzliche Auflagen erzwungen werden.
- e) Verstärkte Investitionstätigkeit auf den Feldern alternativer Formen der Energieversorgung, Umwelt, Verkehr und Kommunikation, Elektronik, Gesundheitstechnologie, Humanisierung der Arbeitswelt.
- f) Im Rahmen der Energiepolitik soll ein 10-Jahresprogramm zur Wärmedämmung und Hausisolierung mit einem Gesamtvolumen von 70 Milliarden DM 7 Millionen für Wohnungen aufgelegt werden.
- g) Finanzielle Ausfüllung raumordnerischer und strukturpolitischer Konzepte. Hierzu gehört die überörtliche und übergionale Verkehrsanbindung der Entwicklungsschwerpunkte besonders im ländlichen Raum. Gleichzeitig muß ein Minimalstandardprogramm für die Siedlungsschwerpunkte aufgestellt werden, die nicht mehr eine eigenständige industrielle und gewerbliche Entwicklung haben können. Dieses Programm zum Ausbau und zur Sicherung sozialkultureller, wohnungsnaher Infrastruktur in kleinen Gemeinden muß besonders gefördert werden.
- h) Der von den öffentlichen Arbeitgebern — z.B. in Bereichen der Deutschen Bundesbahn und der Post — forcierte Personalabbau in Sektoren öffentlicher Dienstleistungen, die der Sicherung und Erweiterung der Lebensqualität dienen können, ist zu stoppen. Stattdessen sollten technische Innovationen zur Ausweitung und qualitativen Steigerung des Angebots an öffentlichen Dienstleistungen sowie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Verkürzung der Arbeitszeit genutzt werden.
- i) Die öffentlichen Unternehmen des Banken- und Nichtbankensektors sind auf gezielte Erfüllung der öffentlichen Entwicklungsplanung hin zu verpflichten. Die Bereitstellung von staatlichem Kapital soll in Zukunft vorwiegend über staatseigenen Entwicklungsgesellschaften erfolgen.

Die Finanzierung der hier vorgeschlagenen Maßnahmen soll in erster Linie erfolgen durch:

- a) 10% Senkung des Rüstungshaushalts;
- b) höhere Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte (Staatsverschuldung);
- c) Verzicht auf weitere Steuergeschenke an Gewerbe und Industrie;
- d) stärkere Besteuerung von marktmachtbedingten Übergewinnen;

- e) Abbau unwirksamer Subventionen;
- f) Schaffung und Nutzung einer Aktivreserve der Deutschen Bundesbank;
- g) Integration der gesamten staatlichen Finanzierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit durch gegenseitige Deckungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte;
- h) Einfrieren hoher staatlicher Gehälter und Bezüge;
- i) schnellere Eintreibung der Steuerschulden der Unternehmen durch qualitative und quantitative Verbesserung der steuerlichen Betriebsprüfung;
- j) Senkung der Belastung der öffentlichen Haushalte durch die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips bei privatwirtschaftlich verursachten Gesundheits- und Umweltschäden.

Schon die Umsetzung dieser Forderungen wird den entschlossenen Widerstand der Kapitalisten hervorrufen. Bereits die völlig unzureichenden Konjunkturfeuerwehrprogramme der gegenwärtigen Bundesregierung stoßen auf beträchtliche Gegenreaktionen der Unternehmerverbände. Daher muß sich eine fortschrittliche alternative Politik schon jetzt auf weitergehende Maßnahmen zur Absicherung ihrer Stoßrichtung festlegen:

- a) weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch Senkung der täglichen Arbeitszeit und durch Erweiterung des Jahresurlaubs;
- b) Einführung einer gesetzlichen Veröffentlichungspflicht der Verflechtungs- und Besitzstrukturen von Unternehmen mit dominierender Marktstellung;
- c) gesetzliche Verpflichtung zur öffentlichen Meldung von Investitionen und Betriebsschließungsplänen mit festgelegten Fristen;
- d) Schaffung von Investitionsgeboten in volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Sektoren;
- e) Investitionsverbote für gesamgesellschaftlich unerwünschte Produktionen;
- f) Einführung gesetzlicher Bandbreiten für die Preisentwicklung auf Gütermärkten;
- h) Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Kontrolle internationaler Kapitalbewegung. Sicherung der Volkswirtschaften, insbesondere des EG-Gebietes, durch ein internationales Abkommen zur Verfolgung ungesetzlicher Kapitaltransfers;
- i) Einführung und Durchsetzung von Gesetzen gegen kriminelle Wirtschaftstätigkeit.

Ausweitung der Mitbestimmung

Die umfassende Ausweitung der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Arbeiter und Angestellten ist eine grundsätzliche Forderung und erstreckt sich auf alle Ebenen der Wirtschaft vom einzelnen Arbeitsplatz bis zur gesamten Volkswirtschaft. In den einzelnen Betrieben geht es darum, die Rechte des Betriebsrats durch eine grundlegende Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes auszuweiten, die Forderung nach voller Öffentlichkeit aller technischen und ökonomischen Vorgänge und Zusammenhänge durchzusetzen sowie die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit zu verbessern. Auf der Unternehmensebene steht die Verwirklichung einer unverfälschten paritätischen Mitbestimmung im Vordergrund, die es den Arbeitnehmern ermöglicht, in allen Fragen der Unternehmenspolitik mitzuzentscheiden. Dazu bedarf es dringend einer umfassenden Reform des Mitbestimmungsgesetzes von 1976. Auf der Bundes-, Landes- und auf regionaler Ebene sind zur Beratung und Kontrolle von Parlamenten, Regierungen und zuständigen Verwaltungen Wirtschafts- und Sozialräte zu errichten, in denen die Gewerkschaften paritätisch vertreten sind. Die Wirtschafts- und Sozialräte sollten für die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich der Finanz-, Verkehrs-, Steuer- und Bildungspolitik zuständig sein.

Unterstützung offensiver gewerkschaftlicher Politik

Entscheidender Ansatzpunkt für die Abwehr der Folgen der gegenwärtigen tiefgreifenden Krise und zur Überwindung der Krisenursachen ist die unmittelbare Gegenwehr der arbeitenden Menschen in ihren Organisationen, den Gewerkschaften.

Eine Unterordnung gewerkschaftlicher Tarifpolitik unter Profit- und Herrschaftsansprüche des Kapitals würde weder zu mehr Wachstum noch zu mehr Beschäftigung führen. Vordringlich ist vielmehr die Durchsetzung von Maßnahmen, die die Krisenlasten für die arbeitende Bevölkerung begrenzen, Gegenmachtpositionen verankern und diese soweit als möglich strukturell absichern. Sozialdemokraten unterstützen deshalb eine offensive Tarifpolitik der Gewerkschaften. Dabei stehen folgende Momente im Vordergrund:

- a) Verkürzung der Arbeitszeit und aktive Lohnpolitik;
- b) Sockelanhebungen, die einen Beitrag zu mehr Lohngleichheit darstellen;
- c) Stärkung gewerkschaftlicher Rechte und Ausweitung der Mitbestimmung durch tarifliche Regelungen;
- d) Verbesserung der Arbeitssituation;
- e) Gleichstellung männlicher und weiblicher Arbeitnehmer;
- f) gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Sozialdemokraten müssen neben ihrer Arbeit in den Gewerkschaften

vor allem auch als Partei die gewerkschaftlichen Ziele und Forderungen unterstützen. Eine solche Politik mit ihren entsprechenden Zielen und Forderungen darf durch die Haltung des Staates mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung keinesfalls behindert werden. Dies bedeutet, daß die SPD sich aktiv für die strikte Wahrung der Tarifautonomie einzusetzen hat und damit gleichzeitig Lohnleitlinien durch den halboffiziellen Sachverständigenrat und die Regierung ablehnt und gegebenenfalls gemeinsam mit den Gewerkschaften massiv in der Öffentlichkeit gegen sie vorgeht. Dies bedingt ebenso die Liquidierung der »Konzertierten Aktion« in ihrer gegenwärtigen gewerkschaftsschädlichen Form. Am deutlichsten ist die gewerkschaftliche Kampfkraft durch Aussperrungsaktionen der Unternehmer gefährdet. Sozialdemokraten kämpfen deshalb für das gesetzliche Verbot der Aussperrung. Ist dieses Verbot bereits wie in Hessen verfassungsrechtlich vorgesehen, muß bei Mißachtung des Verbots strafrechtlich vorgegangen werden.

51. These

Demokratisierung der Wirtschaft

— *Durchsetzung der neuen ökonomischen Logik*

Alle Versuche, noch auf der Grundlage der kapitalistischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu einer entscheidend an den Interessen der Arbeitnehmer orientierten Wirtschaftspolitik zu kommen, müssen notwendig auf Grenzen stoßen. Alle Fortschritte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für die Stärkung der Massenkaukraft und für die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und wirtschaftspolitischer Ebene — um nur einige Beispiele zu nennen — sind ständig bedroht, durch Gegenoffensiven des Kapitals wieder zunichte gemacht zu werden. Deshalb kommt es auch in der Bundesrepublik darauf an, die erreichten Teilerfolge im Kampf gegen das Kapital auszubauen bis hin zu einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsordnung. Ziel dieser grundlegenden Veränderung muß es sein, daß im betrieblichen wie im überbetrieblichen Bereich die Entscheidungsbefugnisse der Gesellschaft übertragen werden, indem das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln beseitigt wird. Die Grundlagen hierfür sind

- die Vergesellschaftung der Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft;
- Die Verwirklichung echter Mitbestimmung der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften;
- die Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen Planung.

Diese drei Ziele sind untrennbar miteinander verbunden, nur ihre gemeinsame Durchsetzung wird den Weg zu einer neuen ökonomischen Logik und zur umfassenden Verwirklichung des demokratischen Sozialismus

eröffnen. Dabei gibt es für den konkreten Ablauf dieses Prozesses und die Ausgestaltung der neuen gesellschaftlichen und betrieblichen Institutionen noch keine erprobten oder ausdiskutierten Vorschläge. Das ist auch insofern verständlich, als sich diese Fragen letztlich nur im Zusammenhang mit den praktischen Auseinandersetzungen und Erfolgen klären und präzisieren lassen werden.

52. These

Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien

Auch in der Bundesrepublik ist davon auszugehen, daß gegenwärtig weder die Möglichkeit noch die objektive Notwendigkeit dafür gegeben ist, daß alle Produktionsmittel auf einen Schlag vergesellschaftet werden. Allerdings ist bislang der öffentliche Sektor nur sehr schwach ausgeprägt, und gleichzeitig haben die großen Monopolunternehmen hier nach wie vor eine besonders starke Stellung. So besteht in der Bundesrepublik die unabwiesbare Notwendigkeit, eine Mindestschwelle der »Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien« zu überschreiten, um eine neue ökonomische Logik — den Bruch mit dem Profitprinzip — in der Wirtschaft insgesamt durchsetzen zu können.

Mindestschwelle der Vergesellschaftung in der BRD

Entscheidend für die Festlegung der »Mindestschwelle der Vergesellschaftung« ist, daß der gesellschaftliche Sektor der Wirtschaft eine eindeutige ökonomische Überlegenheit erhält, und daß seine Stärke ausreicht, die kapitalistische Konkurrenz zu durchbrechen. Dies erfordert, daß einerseits die qualitativen Beziehungen im Reproduktionsprozeß zu berücksichtigen sind, andererseits aber auch das quantitative Gewicht in der Wirtschaft (Anteil an Produktion und Investitionen) groß genug sein muß. Vor diesem Hintergrund müssen vor allem die folgenden Bereiche der Wirtschaft unter gesellschaftliche Kontrolle gebracht werden:

- (1) Produktionszweige, deren Leistungen Ausgangsbasis für den Produktionsprozeß insgesamt sind, d.h. Rohstoff- und Materialproduktion, Energiewirtschaft, Investitionsgütersektor, Transport- und Nachrichtenwesen;
- (2) der gesamte Finanzsektor, d.h. Banken und Versicherungen, die erheblichen Einfluß auf die Investitions- und Güterströme ausüben;
- (3) Produktionszweige, die entscheidende Bedeutung für die wissenschaftlich-technische Entwicklung als einen der Hauptfaktoren des Wachstumsprozesses haben;
- (4) Produktionszweige, die bestimmend für die Regionalstruktur und den Außenhandel der Volkswirtschaft sind;

(5) Bereiche, die durch ihren Dienstleistungscharakter unmittelbar öffentliche Aufgaben erfüllen (Gesundheitswesen) oder zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben unabdingbar sind (Pharma-Industrie).

Zu den Schlüsselsektoren gehören folglich Bergbau und Energiewirtschaft, Eisen- und Stahlindustrie, Chemische und Pharma-Industrie, Maschinenbau, Elektrotechnische-, Kraftfahrzeug-, Raumfahrt- und Rüstungsindustrie und die Dienstleistungsbereiche zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Geht man vom Prinzip der Vergesellschaftung von Schlüssel-sektoren der Volkswirtschaft aus, so erscheint es einleuchtend, daß die Forderung nach Vergesellschaftung sich nur im Ausnahmefall (Rüstungsindustrie und Finanzsektor) auf einen gesamten Sektor beziehen kann. Sinnvoll scheint, nur die wirtschaftlich bestimmenden Großunternehmen dieser Bereiche in demokratisches Gemeineigentum zu überführen, nicht aber kleinindustrielle oder gar handwerkliche Unternehmen der jeweiligen Branche.

Danach könnte sich für die Bundesrepublik Deutschland etwa das folgende konkrete Vergesellschaftungskonzept ergeben: Dem vergesellschafteten Sektor gehören die bisherigen staatlichen Produktionsbereiche an (Bundesbahn, Bundespost, die Energieversorgungsunternehmen sowie die kommunalen Versorgungsbetriebe). Hinzu kommt der Banken- und Versicherungsbereich. Im zentralen Bereich der industriellen Produktion gehören die folgenden Unternehmen zum gesellschaftlichen Sektor:

Fahrzeugbau-Industrie

- Volkswagenwerk
- Daimler-Benz
- Opel AG
- Ford BMW

Kohle- und Erdölindustrie

- Ruhrkohle AG
- ESSO AG
- Deutsche Shell AG
- Deutsche BP AG
- Deutsche Texaco
- Mobil Oil Deutschland

Elektrotechnische Industrie

- Siemens
- AEG-Telefunken
- Bosch
- Standrad Elektrik Lorenz
- IBM Deutschland
- Deutsche Philips
- BBC

Eisen- und Stahlindustrie

Thyssen/Rheinstahl
 Klöckner
 Gutehoffnungshütte
 Mannesmann
 Krupp
 Salzgitter AG
 Hoesch

Chemische Industrie/NE-Metalle

BASF
 Farbwerke Hoechst
 Beyer
 VEBA
 Metallgesellschaft
 Henkel
 Degussa
 Enka Glanzstoff
 Schering

Maschinenbau /Rüstungsindustrie

Flick-Holding
 Klöckner-Humboldt-Deutz
 Deutsche Babcock
 VFW/MBB

Darüber hinaus müßten unbedingt die großen Medienkonzerne (Springer, Bertelsmann) vergesellschaftet werden. Dieser vergesellschaftete Sektor wird ergänzt um die bereits in genossenschaftlichem oder gemeinwirtschaftlichem Eigentum befindlichen Unternehmen, bei denen es in erster Linie auf eine Neuorientierung der Unternehmenspolitik ankommt. Schließlich ist hervorzuheben, daß zumindest in Ballungsgebieten auch eine Kommunalisierung von Grund und Boden notwendig ist. In diesem Konzept ist enthalten, daß bei den großen Holding-Gesellschaften eine Aufgliederung in die Einzelunternehmen erfolgt, von denen die bedeutenderen dann jeweils vergesellschaftet werden.

Mit diesem »Paket« von Vergesellschaftungsmaßnahmen soll die »Mindestschwelle von Vergesellschaftung« erreicht werden, die es ermöglicht, die Macht der monopolistischen Zentren zu brechen. Eine exakte Bestimmung des Bereichs der zu vergesellschaftenden Schlüsselindustrie ist damit noch nicht geleistet; sie bedarf noch eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen, insbesondere ist auch die Problematik internationaler Kapitalverflechtungen in diesem Zusammenhang noch ungeklärt.

Grundsätzlich kann aber schon jetzt festgestellt werden, daß für eine sozialistische Entwicklung in der Bundesrepublik insofern günstige objek-

tive Voraussetzungen bestehen, als sie aufgrund ihres großen wirtschaftlichen Gewichts Boykottmaßnahmen durchaus abwehren könnte. Überdies ist die Wirtschaft der BRD nicht lebensnotwendig auf die Produktion deutscher Unternehmensfilialen im Ausland angewiesen, die von »Vergeltungsmaßnahmen« betroffener multinationaler Konzerne bedroht wären. Die Abhängigkeit der Bundesrepublik von ausländischen Konzernen im Rohstoffbereich (z.B. Erdöl) könnte auch dadurch entscheidend abgebaut werden, daß die Bundesrepublik direkt mit den rohstoffproduzierenden Ländern zusammenarbeitet. So kann insgesamt gesehen durchaus davon ausgegangen werden, daß der internationale Zusammenhang ein nationales Vergesellschaftungskonzept für die BRD nicht unmöglich machen würde. Natürlich würden die Chancen für eine sozialistische Entwicklung in der BRD in dem Maße steigen, wie die Arbeiterbewegung der anderen Länder ihrerseits Erfolge im Kampf gegen das Kapital erringt und die internationale Solidarität und Zusammenarbeit der Gewerkschaften und der Parteien der Linken verstärkt werden kann.

Zum Schluß sei bemerkt: Den heute schon bestehenden öffentlichen, gemeinwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Unternehmen könnte auf dem Weg zum Sozialismus ein hoher Stellenwert zukommen. In ihnen könnten alternative Konzepte der Produktion, der Betriebsdemokratie und der Selbstorganisation der Arbeitnehmer auf überbetrieblicher Ebene schon »vorab« entwickelt und erprobt werden. Ziel müßte es sein, daß öffentliche Unternehmen und Betriebe im Eigentum der Gewerkschaften schon vor der Überwindung des Kapitalismus ein Beispiel liefern und eine positive Ausstrahlung für die Idee der Vergesellschaftung liefern.

Die zentralen Aufgaben dieses gesamten vergesellschafteten Sektors wären folgende:

Er bildet die ökonomische Grundlage für die Durchsetzung der gesamtwirtschaftlichen demokratischen Planung, die überall in der Gesellschaft die Abwehr vom Profitprinzip und die Orientierung auf die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen einleiten soll. Seine Funktion liegt folglich nicht darin, für einen Teil der Arbeitnehmerschaft (in den vergesellschafteten Unternehmen) Privilegien zu schaffen, sondern in der Wirtschaft insgesamt der Demokratisierung und dem sozialen Fortschritt zum Durchbruch zu verhelfen.

Er müßte in einer für alle Teile der Wirtschaft vorbildlichen Weise Impulse für die Humanisierung und Demokratisierung des Arbeitsprozesses schaffen und dadurch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen über seinen Bereich hinaus verbessern.

Auf diese Weise bleiben im restlichen privaten Sektor der Wirtschaft die alten kapitalistischen Verhältnisse nicht unverändert erhalten. Durch die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer dieses Bereiches in allen Fragen und durch seine Unterwerfung unter die gesamtwirtschaftliche de-

mokratische Planung können auch hier die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen wirksam verbessert werden.

Fortbestand eines bedeutenden privaten Sektors

Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien bedeutet notwendig, daß zumindest für eine gewisse Übergangsperiode ein erheblicher privater Sektor in der Volkswirtschaft fortbesteht.

Eine vollständige Vergesellschaftung aller Betriebe ist in der Übergangsperiode zum Sozialismus weder notwendig noch sinnvoll: sie würde zum einen den überwiegenden Teil der Mittelschichten auf die Seite des Großkapitals und zum Widerstand gegen jede sozialistische Lösung zwingen, sie würde darüberhinaus angesichts eines erst zu entwickelnden Instrumentariums der Feinsteuerung, Ermittlung und Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse in der derzeitigen Situation die Arbeiterklasse vor unlösbare Probleme stellen. Sie ist überdies jetzt nicht realisierbar angesichts weiter Bereiche, wo die Arbeit noch keinen hinreichend vergesellschafteten Charakter hat, denn »dort, wo die Arbeit noch individuell geleistet wird, kann man nicht sozialisieren« (Otto Bauer), d.h. weite Bereiche von Landwirtschaft, Handwerk, kleiner und mittlerer Industrie und Gewerbe können und sollen nicht sozialisiert werden. Es bleibt also festzuhalten, daß über eine lange Periode öffentliche und private Eigentumsformen nebeneinander bestehen bleiben werden. Der Staat kann im Rahmen seiner gesamtgesellschaftlichen Planungen über Steuern sicherstellen, daß die Profite im nicht vergesellschafteten Bereich nicht unangemessen hoch werden, jedoch ausreichen, um Privatinitiative aufrechtzuerhalten. Überdies werden sich im privaten Bereich durchaus unterschiedliche Formen kollektiver und kooperativer Arbeitsweisen wie Genossenschaften o.ä. herausbilden können, so daß im gesamten Wirtschaftssektor eine Fülle unterschiedlicher Organisationsformen nebeneinander bestehen werden.

Der weitere Gang der Vergesellschaftung

Die weitere Ausdehnung des vergesellschafteten Sektors mit dem Ziel der vollständigen Verwirklichung des Sozialismus, d.h. der umfassenden Abschaffung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln, erfolgt im Unterschied zur Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien überwiegend als natürlicher Prozeß.

Hierbei ist allerdings ein wesentlicher Unterschied zu machen zwischen Großbetrieben einerseits und Klein- und Mittelbetrieben andererseits: Bei Großbetrieben wird eine Einbeziehung in den vergesellschafteten Sektor über weitere Enteignungen stattfinden können. Voraussetzung ist hier, daß die betroffenen Belegschaften dies fordern und unterstützen und daß eine demokratische Entscheidung der zuständigen parlamentarischen Gremien herbeigeführt wird. Die genaue Abgrenzung zwischen Groß- und

Mittelbetrieben bedarf noch eingehender Erörterung, dabei wird zu prüfen sein, ob die für die Mitbestimmungsregelung vorgesehene Größenordnung (2000 Beschäftigte) als Grenzwert brauchbar erscheint. Gänzlich anders als bei Großbetrieben wird dagegen bei Klein- und Mittelbetrieben zu verfahren sein: Klein- und Mittelbetriebe werden nicht gegen den Widerstand der Betroffenen in gesellschaftliches Eigentum überführt. Dabei mag es durchaus zu Umwegen und Verzögerungen im Prozeß der sozialistischen Entwicklung kommen. Es erscheint aber unumgänglich, in diesem Bereich die Freiwilligkeit weiterer Vergesellschaftungsmaßnahmen zu garantieren, will man nicht bereits in der Anfangsphase der sozialistischen Umgestaltung auf den erbitterten Widerstand auch des Kleinkapitals stoßen. Ebenso selbstverständlich ist, daß die sozialistischen Kräfte auf unbedingte Einhaltung solcher Garantien achten. Bei offenem Boykott oder bei Sabotage des demokratischen gesellschaftlichen Gesamtplans wird das Wirtschaftsstrafrecht Sanktionen vorsehen. Insgesamt gesehen werden sich bei Klein- und Mittelbetrieben folgende Perspektiven ergeben: angestrebt wird der Übergang zum demokratischen Sozialismus durch kooperative und genossenschaftliche Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis. Die erfolgen auch im Eigentum der hier angesprochenen Selbständigen, da sich die Notwendigkeit solcher Organisationsformen mit dem Ziel der Ausnutzung des technischen Fortschritts bereits heute deutlich abzeichnet.

Mittel der weiteren Umgestaltung werden im übrigen die Entfaltung der Produktivkräfte und der sozialen Dienstleistungen, unterstützt durch die Bildung, sein, die diesen Prozeß des allmählichen gesellschaftlichen Übergangs einleiten. Die Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise und der Arbeitsbedingungen in ihr werden das Tempo der weiteren Vergesellschaftung wesentlich bestimmen.

53. These*Demokratisierung der Betriebe*

Verbesserte Arbeitsbedingungen und wirksamer Schutz der Arbeitskraft lassen sich dauerhaft nur erreichen, wenn die Betriebe demokratisch umstrukturiert werden. Dies erfordert nicht nur eine verstärkte, umfassende Interessenvertretung der Arbeitnehmer, notwendig ist auch eine grundlegende Umgestaltung der betrieblichen Leitungsstrukturen.

Demokratische Leitung des Betriebes

Bei der grundlegenden Neugestaltung der betrieblichen Leitungsstrukturen sind drei wesentlich verschiedene Unternehmenstypen zu berücksichtigen:

- die nationalisierten Unternehmen der volkswirtschaftlichen Schlüssel-sektoren,
- größere Unternehmen (Kapitalgesellschaften wie Personalunternehmen), die in der Übergangsgesellschaft noch nicht nationalisiert sind,
- private Kleinbetriebe, in denen der Unternehmer noch eine wesentliche Funktion für die Gestaltung der Produktion hat.

In den vergesellschafteten Unternehmen wird Grundlage aller betrieblichen Entscheidungsprozesse eine neue Betriebsverfassung sein, die an die Stelle eines hierarchisch organisierten Befehlsapparates das Prinzip einer breiten und wirksamen Beteiligung der Betriebsangehörigen und ihrer Organisationen an der Leitung und Verwaltung im Rahmen der demokratischen Gesamtplanung der Wirtschaft setzt.

Die Organisationsstruktur der nationalisierten Unternehmen wird gekennzeichnet durch:

- den Verwaltungsrat, der das oberste Leitungsgremium ist und dem Parlament für die Umsetzung des demokratischen Plans verantwortlich ist,
- die Geschäftsführung, die im Rahmen der Plan- und Verwaltungs-direktionen die Organisationsaufgaben wahrnimmt,
- die Belegschaftsversammlung und den Betriebsrat, die zusammen mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten die spezifischen Interessen der Arbeitnehmer des Betriebs formulieren und vertreten.

In die Leitungsgremien (Verwaltungsrat und Geschäftsführung) sind zur Hälfte Vertreter der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu entsenden, zum anderen Teil von Parlamenten benannte Vertreter des Staates und Repräsentanten von Verbraucherinteressen. Diese Struktur gewährleistet

- ein hohes Maß der Selbstorganisation der Arbeitnehmer bei der Organisation der Produktion,
- die Durchbrechung des Prinzips, für den anonymen Markt zu produzieren.

Auf diese Weise wird den Abnehmern die Möglichkeit eröffnet, direkt auf die Produkt- bzw. Dienstleistungskonzeption Einfluß zu nehmen. Welche gesellschaftliche Organisation im Einzelfall Verbraucherinteressen sinnvollerweise repräsentiert, wird auszuprobieren sein. Niemand wird etwa bestreiten wollen, daß die Krankenversicherung über die Erzeugnisse der pharmazeutischen Industrie und Mieterorganisationen im Wohnungsbau mitentscheiden sollten, oder daß bei Investitions- und Grundstoffproduktionsbetrieben die nachgelagerten abnehmenden Industriebetriebe berücksichtigt werden müßten.

Den Vertretern des Staates in den Betriebsleitungen wird vorrangig die Aufgabe zukommen, die demokratisch ermittelten und festgelegten qualitativen und quantitativen Zielvorgaben der mittleren und zentralen Planungsebenen in den Entscheidungsprozeß über die Produktion und Investition einzubringen.

Die Befugnisse der Betriebsräte erfahren im Rahmen der neuen Betriebsverfassung in den vergesellschafteten Unternehmen eine Ausweitung durch eine volle Beteiligung mit Initiativ- und Vetorechten an

- Festlegung, Durchführung und Kontrolle der Produktions- und Investitionsvorhaben,
- Maßnahmen zur Einführung neuer Arbeitstechnologien.

Für die Groß- und Mittelbetriebe des nichtvergesellschafteten Bereichs ist ebenfalls die Unternehmensverfassung zu verändern. Unverzichtbar erscheint eine paritätische Betriebsleitung aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dabei wird der kapitalistische Unternehmer zwar weiterhin die Entscheidungsmacht innehaben, wie sein Betrieb den durch den Plan angegebenen Zielen Rechnung trägt und in diesem Bereich wirtschaftlicher Fragen nur zu umfassender Information, Beratung und Erörterung mit Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft verpflichtet sein. In allen anderen Bereichen, d.h. in bezug auf Arbeitsplatzentwicklung, Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, Arbeitsorganisation sowie Sozialbereich usw., unterliegt er jedoch der vollen Mitbestimmung, d.h. er benötigt die Zustimmung des Betriebsrates zu jeder Maßnahme. Es ist durchaus auch denkbar, daß einzelne Aufgaben — z.B. Ausbildung, sozialer Bereich — gänzlich in die Verantwortung der Betriebsräte gestellt werden.

Besondere Beachtung ist den Verhältnissen in den Kleinbetrieben mit geringer Beschäftigtenzahl zu schenken, in denen traditionell ein rigoroser Herr-im-Hause-Standpunkt gepflegt wird. Gerade in diesen Betrieben ist ein verbesserter Schutz von Arbeitnehmern vordringlich. Hier eine paritätische Geschäftsleitung bilden zu wollen, ginge allerdings an den realen Verhältnissen vorbei. Wohl aber kann der für privatkapitalistische Großbetriebe zu entwickelnde Mitbestimmungskatalog auch auf Kleinbetriebe übertragen und die Bildung von Betriebsräten zwingend vorgesehen werden. Die Schulungsmöglichkeiten der Betriebsräte müssen gesetzlich aus-

geweitet werden. Im übrigen gilt es, durch intensive gewerkschaftlich Betreuung und strenge Gewerbeaufsichtsmaßnahmen die strikte Beachtung aller Arbeiternehmerschutzvorschriften und Mitbestimmungsrechte durchzusetzen. Aber auch den Sanktionskatalog gilt es gegenüber solchen Unternehmern zu verschärfen, die hartnäckig an rüden Ausbeutungsmanieren festhalten: an die Stelle lächerlicher Geldbußen muß der Verlust des Rechts treten, sich in unserer Gesellschaft als Unternehmer zu betätigen.

Gewerkschaftliche Interessenvertretung

Die demokratische Erneuerung der Gesellschaft kann sich ökonomisch wie politisch nur mit einer starken Gewerkschaftsbewegung entwickeln. Betrieblich und gesamtgesellschaftlich wird den Gewerkschaften weitesten Raum zur Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten eingeräumt. Auch im Sozialismus, dessen innere Dynamik noch lange Zeit durch harte Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Schichten geprägt sein wird, werden die Kampfrechte der Gewerkschaften nicht angetastet werden. Nach wie vor wird die arbeitende Bevölkerung Gewerkschaften brauchen, die ihre Interessen in Staat und Gesellschaft vertreten.

Es ist durchaus vorstellbar, die Interessenvertretung der Arbeitnehmer wie bisher doppelgleisig zu organisieren. Die Kompetenz innerbetrieblicher Interessenvertretungsorgane wie Gruppenbesprechung oder Betriebsversammlung würde sich erstrecken auf die umfassende Meinungsbildung und Interessenartikulation in allen die Belegschaft berührenden Fragen. Hier ist das Forum zur Erörterung aller unternehmensbezogenen und überbetrieblichen Probleme, hier vernahnten sich Belegschaftsinteresse, gewerkschaftliche Initiative und Betriebsratsarbeit, hier sind die Schaltstellen der Verhandlung mit Unternehmensleitung und überbetrieblichen Institutionen, hier wird die Planfestsetzung erörtert und die Umsetzung des Plans kontrolliert. Im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben des Betriebsrats müssen der Belegschaftsversammlung auch Beschlußrechte zustehen. Dort, wo Konflikte nicht kooperativ gelöst werden können, wird der Betriebsrat sich auf durch Einigungsstellen erzwingbare Kontroll-, Initiativ- und Mitbestimmungsrechte stützen können. Insbesondere in die Plandiskussion werden permanent widerstreitende Interessen einmünden. Es liegt nahe, daß Belegschaften stärkere Akzente im Konsumbereich oder größere Rückstellungen für betriebliche Sozialleistungen anstreben. Grundsätzlich wird hier von der Verbindlichkeit demokratisch entwickelter Planziele ausgegangen werden müssen. Im übrigen läge es in allen Bereichen in der Entscheidungsmacht der Gewerkschaften, jedes Problem an sich zu ziehen und mit gewerkschaftlichen Mitteln zu lösen, d.h. im Konfliktfall auch Kampfmaßnahmen zu organisieren.

Eine solche Struktur erscheint geeignet, betriebsegoistischen Tendenzen

vorzubeugen. Die Trennung zwischen Betriebsrat und Gewerkschaften würde sich umso weniger nachteilig auswirken, wie die Rechte der Vertrauensleute ausgeweitet und die betrieblichen Möglichkeiten der Gewerkschaften vergrößert werden. Setzen diese Überlegungen ein deutlich geändertes gesellschaftliches Kräfteverhältnis voraus, ist zudem zu berücksichtigen, daß Betriebsrat und Gewerkschaft schon personell wesentlich enger miteinander verzahnt sein werden.

Schutz der Arbeitnehmerrechte

Das individuelle und kollektive Arbeitsrecht ist von den jahrzehntelangen Beschneidungen konservativ-reaktionärer Rechtsprechung zu befreien und zu einem umfassenden Schutz der Arbeitskraft auszubauen. Unser Maßstab hierzu wird die Hartnäckigkeit und Phantasie sein, mit der bürgerlich Juristen in der Vergangenheit das Eigentum geschützt haben. So muß ein wirksamer Kündigungsschutz einhergehen mit dem Schutz des Arbeitnehmers vor den Folgen wirtschaftlicher Krisen sowie einer gesetzlichen Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen. Das Recht auf Arbeit wie auch die betriebliche Situation von Auszubildenden und älteren Arbeitnehmern ist gesondert zu schützen. Durch ein präzis gefaßtes Arbeitsgesetzbuch sind die Voraussetzungen zu schaffen, daß sich Arbeitnehmer auf ihre Rechte berufen können und nicht länger mit für sie ungünstigen Vertragsklauseln oder vagen Zusagen abgespeist werden können.

Ein solcherart entwickeltes System von Arbeitnehmerschutzrechten bietet den gesetzlichen Rahmen, in dem wirksame Gegenmacht entwickelt und verankert werden kann. Die Beteiligungs- und Kontrollmöglichkeiten der Arbeitnehmer müssen nicht nur die Entwicklung demokratischer Planziele und ihre Umsetzung gewährleisten bzw. Boykott und Sabotage durch den privatwirtschaftlichen Sektor verhindern, sondern darüber hinaus eine Betriebsverfassung durchsetzen, die durch Gleichberechtigung und Solidarität geprägt ist: während bislang ein streng hierarchischer Befehlsapparat die Direktionsbefugnis des Arbeitgebers für jeden Arbeitnehmer autoritär und willkürlich repräsentierte und damit die Masse der arbeitenden Menschen zu Befehlsempfängern herabwürdigte, wird nun jede Leitungsbefugnis auf das sachlich notwendige Maß zu beschränken und überdies auf den Versammlungen der Gruppen, Abteilungen und des gesamten Betriebes durch Arbeitnehmer und Gewerkschaften zu kontrollieren sein. Die erzwingbare regelmäßige Erörterung aller betrieblichen Probleme, verbunden mit der Möglichkeit, wirklichen Einfluß zu nehmen, werden in ein offenes, bewußt geführtes tagtägliches Ringen um die Anpassung von Produktion und Betriebsablauf an die Interessen der arbeitenden Menschen einmünden.

Humanisierung der Arbeit

Trotz aller gesetzlichen Bemühungen gerade in jüngster Vergangenheit (Arbeitssicherheitsgesetz 1973, Arbeitsstättenverordnung 1975), sind die Möglichkeiten, selbst unter kapitalistischen Vorzeichen Lohnarbeit zu humanisieren, noch lange nicht ausgeschöpft. Eine Humanisierung der Arbeit kann zu einer verfeinerten betrieblichen Integration zur Erschließung bislang dem Zugriff des Kapitals unerreichbar gebliebener Intensivierung der Arbeit führen. Sie kann aber auch als ein neuer Ausgangspunkt für den Kampf um die Ablösung der Fremdbestimmung durch die Selbstbestimmung der vergesellschafteten Produzenten ein Teilziel der Arbeiterbewegung bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen markieren. Entscheidend ist, ob das in der Arbeitnehmerschaft unmittelbar vorhandene aktive Interesse an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zum Tragen kommen kann. Dabei wird sich erst dann die Bereitschaft einstellen, produktiv Ideen zu entwickeln und auf ihre Umsetzung zu drängen, wenn sichergestellt ist, daß ihre Vorschläge nicht in Form von Rationalisierung gegen sie gewendet werden. Arbeitnehmer müssen die Umsetzung von Neuerungen selbst in die Hand nehmen können. Nur so kann gewährleistet werden, daß neue Technologien nicht ausschließlich für die Produktivitätssteigerung entwickelt und eingesetzt werden. Die Beseitigung besonders extremer Arbeitsbelastungen sowie die Weiterentwicklung der beruflichen Qualifikation müssen Merkmale jeder Neuerung im Betrieb werden. Nach allen Erfahrungen sind Arbeitnehmer in der Lage, die zur Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen erforderlichen Qualifikationen zu entwickeln und anzuwenden. Diese Fähigkeiten können in einheitlichen Prozessen von Lernen und Handeln wachsen. Das gilt erst recht, wenn die berufliche Bildung aller Arbeiter grundlegend erweitert und verstetigt wird. Bildungs- und Studienreform sowie erweiterte Möglichkeiten gewerkschaftlicher Schulungsarbeit werden zudem Impulse in die Betriebe tragen, die es ermöglichen, die betrieblichen Abläufe zunehmend an Arbeitnehmerinteressen auszurichten.

Die Perspektive demokratischer Erneuerung im ökonomischen Sektor wirft die Frage nach dem Potential von Führungskräften auf, die den Vergesellschaftungsprozeß tolerieren und qualifiziert voranzutreiben imstande sind. Einsicht in die Überlegenheit der neuen ökonomischen Logik werden die alten Führungseliten kaum veranlassen, reihenweise ihre klassenmäßige Verwurzelung abzustreifen. Dies Problem entschärft sich dadurch, daß sich die in der betrieblichen Auseinandersetzung um die Er kämpfung demokratischer Strukturen gewonnenen Erfahrungen als eine wichtige Lernquelle erweisen werden. Mit den hier stattfindenden Qualifikationsprozessen ist die Perspektive vollauf realistisch, daß sich die Basis derjenigen Arbeitnehmer, die sich aktiv in den gesamtgesellschaftlichen

Demokratisierungsprozeß einschalten, wesentlich verbreitert. Alte Führungseliten würden zudem in dem Maße verzichtbar, wie es gelingt, Teile des bisherigen Managements in die demokratische Bewegung zu integrieren.

54. These

Die demokratische Wirtschaftsplanung

Die demokratische Wirtschaftsplanung wird sich zunächst einmal darauf konzentrieren müssen, die gravierendsten Mängel der kapitalistischen Wirtschaftsweise für die arbeitende Bevölkerung zu beseitigen. Das bedeutet vor allem:

- Beendigung der Massenarbeitslosigkeit, Verwirklichung des Rechts auf Arbeit,
- Beseitigung inhumaner und gefährdender Arbeitsbedingungen,
- Abschaffung sämtlicher Diskriminierungen der Frauenarbeit und vergleichbarer Ungerechtigkeiten für andere soziale Gruppen,
- Einschränkung und Umstellung umweltzerstörender oder -gefährdender Produktionsprozesse,
- Festlegung der Preise für alle lebensnotwendigen Güter.

Mit diesen Zielen verbunden sind allerdings bereits die weiterführenden Zielvorstellungen demokratischer Wirtschaftsplanung, die im Verlauf der Entwicklung zum Sozialismus in den Vordergrund treten können:

- Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung insbesondere auch im kulturellen Sinne,
- Weiterentwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit dem Ziel der umfassenden Humanisierung der Arbeitswelt und der Verkürzung der Arbeitszeit,
- Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den zurückgebliebenen Regionen,
- Verbesserung der Umweltqualität der Produktion einschließlich des sparsamen Einsatzes knapper Rohstoffe.

Die demokratische Wirtschaftsplanung wird also Schluß machen mit der bisherigen Orientierung an einem »quantitativen Wachstum« und der mit ihr verbunden wachsenden Umweltzerstörung. Grundlagen der demokratischen Planung sind der nationalisierte Sektor der Volkswirtschaft, in dem die Gesellschaft direkt die Grundlinien der Unternehmenspolitik bestimmt, sowie ein umfangreiches Instrumentarium der Lenkung von Produktion und Investitionen, das vor allem im verbleibenden privaten Sektor der Wirtschaft zum Tragen kommen muß.

Die Entwicklung des demokratischen Plans

Das grundlegende Ziel, eine wirkliche Beteiligung der arbeitenden Menschen und des Volkes insgesamt an der Wahl der wirtschaftlichen Ziele und der Kontrolle ihrer Realisierung durchzusetzen, setzt zunächst eine intensive allgemeinpolitische Diskussion auf allen Ebenen voraus.

In dieser Diskussion muß es um die Ziele der allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gehen, d.h. um einen politischen Zielkatalog in bezug auf

- Lebensstandard (Güterversorgung)
- Arbeitsbedingungen (Dauer, Intensität),
- Wohnversorgung, Umweltqualität,
- Bildungsmöglichkeiten,
- soziale Sicherung, Gesundheitsversorgung,
- Freizeitmöglichkeiten, Kultur.

Zugleich muß in diesem Zusammenhang geklärt werden, welche Ziele in bezug auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung gestellt werden sollen (Festlegung der Investitionsquote) und in welchem Umfang eine Umverteilung der Ressourcen zugunsten der Länder der dritten Welt zu leisten ist.

Ein solcher Ziel- und Prioritätenkatalog wird auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu diskutieren sein. Ausgehend von der Basisebene (Betrieb, Stadtteil, sonstige Aktivitätsbereiche) ist er weiterzuentwickeln für und von den nachgelagerten und umfassenden Ebenen, bis hin zu Parlament und Regierung auf Bundesebene. Entscheidende Träger dieses Meinungsbildungsprozesses sind die Organisationen der arbeitenden Bevölkerung (Parteien, Gewerkschaften), aber auch Organisationen wie Jugendverbände, Bürgerinitiativen usw. sind daran zu beteiligen. »Damit die Artikulation der Bedürfnisse nicht verstümmelt wird, wird es nützlich sein, ihre freie Äußerung auf der konkretesten Ebene: Werkstatt, Stadtviertel, Kommune zu begünstigen und die maximale Autonomie lokaler Gemeinschaften und der Unternehmen zu entwickeln« (CERES). Eine entscheidende Rolle in diesem Meinungsbildungsprozeß spielen die Parteien, die die von verschiedenen Initiativen vorgebrachten Forderungen aufnehmen, koordinieren und in ein politisches Gesamtkonzept einordnen.

Die Ergebnisse schlagen sich in politischen Entwicklungsplänen für die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche und Ebenen nieder, die von den jeweils zuständigen parlamentarischen Gremien beschlossen werden.

- Aufgabe der Planungsinstitutionen — dies sind vor allem
- die Planungsbehörden auf regionaler, Landes- und Bundesebene
 - sowie die ihnen entsprechenden Wirtschafts- und Sozialräte
 - und die Branchenorganisationen der Betriebe —
- ist es nun, diesen politischen Ziel- und Prioritätenkatalog umzusetzen in

die notwendigen Planungsvorgaben für Produktion und Investition. Sie müssen mit Hilfe von Betrieben und wissenschaftlichen Instituten für ihren jeweiligen Bereich klären,

- welche Ressourcen insgesamt zur Verfügung stehen, welche Anforderungen durch die festgelegten Ziele an Produktionsapparat und Arbeitskräftepotential gestellt werden,
- in welchem Ausmaß die Ziele auf der Grundlage des vorhandenen volkswirtschaftlichen Potentials realisierbar sind bzw. welche Zielkonflikte bestehen (bei Zielkonflikten müssen Entscheidungsalternativen aufgezeigt werden), wie sich die Produktion auf privaten Konsum, Investitionen und Staatsanteil verteilen sollte.

Ausgehend von diesen Bedingungen wird so der 1. Entwurf eines mittelfristigen Wirtschaftsplans abgeleitet, der die Grundstruktur der Produktion und die Richtung der strukturbestimmenden Investitionsprojekte festlegt. In diesem 1. Entwurf sollen bereits die langfristigen Veränderungen in der Grundstruktur der Volkswirtschaft einbezogen sein, wie sie sich in Perspektivplänen darstellen müssen. Der Entwurf des mittelfristigen Wirtschaftsplans wird nun zurückgegeben an die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Basisbereiche. Von den Betrieben, Stadtteilen usw. ausgehend, Emdet dann ein intensiver Diskussionsprozeß um den Planungsentwurf statt, der wiederum von den zusammenfassenden Ebenen (Branchenorganisationen, Regionen, Wirtschafts- und Sozialräten usw.) aufgegriffen wird. Aus diesem Prozeß der Prüfung, Konkretisierung und ggf. Revision des Planentwurfs in der Diskussion von unten nach oben entsteht schließlich der endgültige Plan, der wiederum durch die Planungsbehörden in der notwendigen Weise zusammengefaßt wird.

Die endgültige Beschlußfassung über den mittelfristigen Wirtschaftsplan erfolgt dann durch die zuständigen Parlamente, wobei der Bundesplan den Rahmen gibt, in den sich die Pläne der Teilebenen einzufügen haben. Der Grundsatz ist hierbei, daß im endgültigen Plan die Vorgaben der jeweils höheren Ebene die unteren Ebenen binden, soweit es sich nicht um Fragen handelt, die ausschließlich eine untere Einheit betreffen und daher abschließend von dieser entschieden werden. Aus diesen Plänen ergeben sich im einzelnen die strukturbestimmenden Produktions- und Investitionsvorhaben, die anschließend in den nationalisierten Unternehmen direkt bzw. im verbleibenden privaten Sektor durch Maßnahmen indirekter Beeinflussung durchgeführt werden.

Die Rolle der verschiedenen Institutionen im Planungsprozeß

Die Institutionen, die am Planungsprozeß in erster Linie beteiligt sind, sind im einzelnen:

- die nationalisierten Unternehmen

- die privaten Unternehmen
- die Branchenorganisationen
- die Wirtschafts- und Sozialräte
- die Parlamente
- die Regierungen auf den verschiedenen Ebenen
- sonstige Institutionen, Verbände, Initiativen.

Sieht man von den privaten Unternehmen ab, so handelt es sich hierbei durchweg um gesellschaftliche Institutionen. Ihre Stellung im Planungsprozeß kann folgendermaßen beschrieben werden:

Parlamente, Regierungen

Die Parlamente der verschiedenen Ebenen bleiben als die demokratisch legitimierten Vertretungen des Volkes insgesamt die obersten Entscheidungsgremien, die entsprechend die Exekutive binden und kontrollieren. Ihre Aufgabe und Kompetenz ist es, als gesamtgesellschaftlich legitimierte Entscheidungsträger die Planungsvorgaben für den nationalisierten Sektor der Wirtschaft festzulegen und die staatlichen Lenkungsinstrumente einzusetzen, um auch die Entwicklung des privaten Sektors entsprechend den gesamtwirtschaftlichen Zielen zu gestalten.

Innerhalb der Regierung werden voneinander unabhängige Ministerien für Wirtschaftsplanung und für die Leitung des vergesellschafteten Sektors gebildet.

Das Ministerium für Wirtschaftsplanung sammelt die zentral erforderlichen Daten der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Diskussionsergebnisse der Planberatungen auf den verschiedenen Ebenen und übermittelt die entsprechenden Informationen an Parlamente und Regierungen sowie die Wirtschafts- und Sozialräte der verschiedenen Ebenen. Es legt die Entwürfe für die Bundeswirtschaftspläne vor, die von den Wirtschafts- und Sozialräten abschließend beraten werden. Das Ministerium für die vergesellschafteten Unternehmen überwacht die Einhaltung der verbindlichen Plandaten durch die einzelnen vergesellschafteten Unternehmen und koordiniert die verschiedenen Branchen dieses Sektors. Bei der Erstellung von Planentwürfen hat es ein Mitzeichnungsrecht.

Die Wirtschafts- und Sozialräte

Die Wirtschafts- und Sozialräte fassen die Entscheidungsträger verschiedener Branchen für ein Gebiet (Stadt/Gemeinde, Region, Bund) zusammen, und zwar

- einerseits die Unternehmensleitungen
- und andererseits die Belegschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften.

Ihre Aufgabe besteht insbesondere darin, Anforderungen an die staatliche Wirtschaftspolitik auf der jeweiligen Ebene aus der Sicht der Betriebe und ihrer Belegschaften in die Erarbeitung und Umsetzung der wirtschafts-

politischen Planung einzubringen. Hierzu erhalten sie

- umfassende Informationsrechte (in dem Sinne, daß die Gebietskörperschaften ihnen gegenüber zur ständigen Information verpflichtet sind)
- sowie Initiativrechte gegenüber Parlament und Regierung, Branchenverbänden und Unternehmen
- und schließlich ein Einspruchsrecht gegenüber Entscheidungen der jeweils entsprechenden Parlamente über Wirtschaftspläne, das zu erneuter Beratung und Beschlußfassung führt.

Von Bedeutung ist hierbei, daß über die Wirtschafts- und Sozialräte auch die privaten Unternehmen in den Prozeß der Planung einbezogen sind.

Die nationalisierten Unternehmen

Die nationalisierten Unternehmen betreiben keine eigene Wirtschaftspolitik, d.h. keine Politik, die allein von ihnen aus entschieden würde und nur ihre eigenen Verhältnisse und Interessen zur Grundlage hat. Der Sinn der Vergesellschaftung besteht vielmehr darin, der arbeitenden Bevölkerung insgesamt Handlungsinstrumente zu verschaffen, die Entwicklung der Wirtschaft umfassend zu gestalten. Demnach muß die Planung der nationalisierten Unternehmen in ihren allgemeinen Grundzügen zugleich Bestandteil der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des für die Bundesebene insgesamt festgelegten Plans sein.

Von daher sind die Grundlinien der Politik der nationalisierten Unternehmen direkt durch den demokratischen Wirtschaftsplan festgelegt. Dies gilt insbesondere für die Produktionsziele sowie für die Höhe und Art der Investitionen. In diesem Rahmen entscheiden die vergesellschafteten Unternehmen dann allerdings eigenverantwortlich über

- die Gestaltung des Produktionsprozesses
- die Arbeitsbedingungen (im Rahmen von gesetzlichen und tariflichen Normen)
- Verträge mit anderen Unternehmen
- die Verwendung von Überschüssen usw.

Die Branchenorganisationen

Die Branchenverbände setzen sich aus Vertretern der Unternehmensleitungen der nationalisierten wie der privaten Firmen zusammen. Ihre Aufgaben bestehen vor allem

- in der Setzung von Orientierungsdaten für Produktion und Investitionen im Rahmen der Planvorgaben
- in der Verhandlungsführung für die Unternehmensseite bei den Tarifverhandlungen über Löhne/Gehälter und Arbeitsbedingungen
- im Austausch von Informationen über Technologiefragen.

Das starke Gewicht der vergesellschafteten Unternehmen in den Bran-

chenorganisationen wird dabei sicherstellen, daß die intensive Einbeziehung und Mitarbeit der privaten Unternehmen bei der branchenspezifischen Planung nicht zu Lasten der gesamtwirtschaftlichen Zielvorstellungen gehen kann.

Privater Sektor und demokratische Planung

Wie im Abschnitt »Vergesellschaftung der Schlüsselsektoren« dargelegt wurde, wird die Wirtschaftsstruktur der Übergangsgesellschaft durch den Fortbestand eines bedeutenden privaten Unternehmenssektors gekennzeichnet sein, der neben den nationalisierten Unternehmen Produktion, Investitionen und Beschäftigung prägen wird.

Diese Struktur ist in der Konzeption der Demokratisierung der Wirtschaft gewollt und nicht ein machtpolitisch bedingtes »unvermeidliches Übel«, weil der Unternehmer in Klein- und Mittelbetrieben häufig eine wichtige Funktion für die Organisierung der Produktion hat, die es beim Aufbau des Sozialismus zur loyalen Mitarbeit zu gewinnen gilt. Diesen privaten Unternehmern wird daher im Rahmen der demokratischen Planung eine angemessene wirtschaftliche Grundlage zu gewährleisten sein.

Die Probleme, die diese gemischte Wirtschaftsstruktur hervorruft, dürfen allerdings nicht übertreiben oder verharmlost werden:

im privaten Sektor bestehen weiter private Aneignung, Profitprinzip und Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft (wenn auch wesentlich eingeschränkt durch Mitbestimmung, Arbeitsschutzgesetzgebung und gewerkschaftliche Kontrolle),

hier wird weiter für den Markt, d.h. in der Tendenz anarchisch und oft auch unrationell produziert,

das hier verbleibende kapitalistische Eigentum ist eine materielle Basis der Reste der vormals herrschenden Klasse, d.h. in der Tendenz auch ein möglicher Ausgangspunkt für ökonomischen und politischen Widerstand gegen die sozialistische Entwicklung.

Die demokratische Planung muß daher auch über ein umfassendes und wirksames Instrumentarium der Lenkung des privaten Sektors verfügen, das dessen Funktionieren im Rahmen des demokratischen Plans gewährleistet. Hierzu zählen im einzelnen:

- die indirekte Wirtschaftslenkung durch Steuern, Subventionen und Kredite, die sich auf den vergesellschafteten Bankensektor stützen kann,
- die nationalisierten Unternehmen, die durch Verflechtung mit den privaten Unternehmen über Zulieferung und Abnahme den Marktmechanismus grundsätzlich anders steuern als das kapitalistische Profitprinzip,
- Investitions- und Produktionslenkung durch die Orientierungsdaten des Plans, zusätzliche Investitionsverbote und -auflagen (z.B. unter Umweltaspekten),

— Kooperationen zwischen privaten und nationalisierten Unternehmen, staatliche Beteiligungen, Bildung von Genossenschaften usw.

Auf diese Weise und in diesem Rahmen kann die unternehmerische Initiative und Entscheidungskompetenz wie auch der private Profit (eingeschränkt durch Besteuerung) also in der Übergangsgesellschaft als legitimer Bestandteil fortbestehen.

Langfristig wird sich allerdings ergeben, daß sozialistische und genossenschaftliche Produktionsweisen allmählich derart an Überlegenheit und Beispielhaftigkeit gewinnen, daß der private Sektor auf freiwilliger Basis immer weiter vergesellschaftet wird.

55. These

Emanzipation der Frau

Die gesellschaftliche Sonderstellung der Frau, ihre seit Jahrtausenden währende soziale, ökonomische und kulturelle Unterdrückung und Diskriminierung ist durch die historische Entwicklung der Organisation der Arbeit bestimmt. Die älteste den Frauen aufgezwungene Unterordnung hat hier ihren Ursprung: die Unterordnung der Frau unter den Mann. »Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Einzelehe und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts unter das männliche.« (Engels) Mit der Industrialisierung der Produktion unter kapitalistischen Bedingungen verschärft sich die ökonomische und gesellschaftliche Stellung der Frauen. Einerseits werden sie auf eine um jegliche produktiven Funktionen reduzierte häuslich privat-isolierte Familiensphäre verdrängt. Zugleich schafft die massenhafte Teilnahme der Frauen an bestimmten Bereichen der gesellschaftlichen Produktion erst die materiellen Bedingungen, die doppelte Unterdrückung der Frau, ihre soziale Abhängigkeit von der Männerwelt im allgemeinen als auch ihre besondere klassenspezifische Unterdrückung zu überwinden.

Untrennbar verbunden ist die Befreiung der Frau mit dem Emanzipationskampf der Arbeiterklasse und den übrigen benachteiligten und unterdrückten Bevölkerungsteilen. »Die Lösung der Frauenfrage fällt mit der Lösung der sozialen Fragen zusammen. Es muß daher, wer die Lösung der Frauenfrage in vollem Umfang anstrebt, mit jenen Hand in Hand gehen, welche die Lösung der sozialen Frage als Kulturfrage für die gesamte Menschheit auf ihre Fahnen geschrieben haben, das sind die Sozialisten.« (Bebel) Obwohl die tief im bürgerlichen Milieu verankerten und über Gesellschaftsformationen und Generationen übertragenen und weiterentwickelten Auffassungen von der Vorherrschaft des Mannes und der unter-

geordneten Rolle und Stellung der Frau in Gesellschaft, Produktion, Politik und Familie auch in der Arbeiterschaft immer wieder, wenngleich in unterschiedlichen Maßen, Einfluß erlangen, hat die Arbeiterbewegung doch von Beginn an für die Emanzipation und Gleichberechtigung der Frauen, für ihre Teilnahme an Arbeit, Bildung und Politik gekämpft. Deutlich wird somit, daß die Frauenfrage die gesamte Organisation des Lebens umfaßt und Änderungen auch im kulturellen und familiären Bereich erfordert. Durch die Verknüpfung der Emanzipation und der Befreiung der Frau mit der der gesamten Menschheit stellt sich für Marxisten in der SPD die Aufgabe, neben dem Kampf gegen materielle, soziale und politische Unterdrückung und Ausbeutung auch Änderungen auf kulturellem und gesellschaftlichem Gebiet voranzutreiben.

Die andauernde Krisenhaftigkeit des staatsmonopolistischen Systems der Bundesrepublik hat die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen, aber auch ihre Stellung in Familie und Gesellschaft in der Gegenwart tiefgreifend verändert. Frauen befinden sich heute in der Arbeitswelt in unsicheren und untergeordneten Positionen. Sie werden bei der Entlohnung benachteiligt. Sie verfügen nur über • geringe Qualifikations- und Aufstiegschancen. In der Erziehung, Bildung und Ausbildung dominieren diskriminierende Einstellungen und Konzeptionen, die den weiteren Werdegang der Masse der jungen Mädchen und Frauen nachhaltig beeinträchtigen. Gleichzeitig unterläßt die herrschende Klasse keinen Versuch, die Rolle der Frauen als kapitalistische Reservearmee und die Verschlechterungen ihrer materiellen Existenzbedingungen und persönlichen Entwicklungschancen durch eine Wiederbelebung und Restaurierung des tradierten, auf eine Hausfrauen- und Mutterrolle reduzierten Frauenbildes ideologisch zu vermitteln und abzusichern.

Anknüpfend an die besondere Lebenssituation Und die besonderen Interessen der Frauen messen marxistische Sozialdemokraten der noch jungen bundesrepublikanischen demokratischen und feministischen Frauenbewegung eine große Bedeutung zu. Zwar ist es ihr in den letzten Jahren erst ansatzweise gelungen, Einigungsbestrebungen inhaltlicher und organisatorischer Art in Angriff zu nehmen und politische Konzeptionen und Forderungen zu entwickeln und wirksam umzusetzen. Dennoch sind sozialdemokratische Frauen bestrebt, auch dort, wo nur punktuelle Übereinstimmungen in Tagesforderungen zu erreichen sind, Formen der Zusammenarbeit herzustellen. Einzelne Forderungen können dabei unterschiedlich motiviert und begründet sein, entscheidend ist, daß bei den gemeinsamen Aktionen die Achtung gegenüber den unterschiedlichen Auffassungen gewahrt bleibt und inhaltliche Diskussionen über Weg und Ziel geführt werden können.

56. These

Recht auf Arbeit für Frauen

Frauen in der Bundesrepublik werden heute in bedrückendem Umfang als billige und disponible Arbeitsmarktreserve im Kapitalinteresse genutzt.

Die steigende Zahl der Arbeitslosen enthält einen überproportional hohen Anteil von Frauen: Obwohl Frauen nur ein Drittel der Beschäftigten insgesamt stellen, sind über 50% der Arbeitslosen weiblichen Geschlechts.

— Durch die hohe Konzentration der lohnabhängigen Frauen auf wenige »weibliche« Berufe ist die Rate der arbeitslosen Frauen in »typischen Frauenberufen« mit niedrigem Qualifikationsniveau besonders stark. Dieser Mechanismus wird durch die Zusammenballung in Branchen, die durch Krise, Automation und Rationalisierung extrem betroffen sind, weiter verstärkt.

Die weiblichen Teilzeitbeschäftigten, die durch diese Arbeitsform Familienaufgaben und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren bemüht sind, sind besonders durch die Krisenanfälligkeit ihrer Arbeitsplätze betroffen.

Die Angleichung der Frauen- an die Männerlöhne ist in den letzten Jahren nicht vollzogen worden. Nach wie vor bestehen die diskriminierenden Leichtlohngruppen. Obwohl durch Klagen in Einzelfällen eine Gleichbehandlung durchgesetzt werden konnte, täuscht dies nicht über die grundsätzliche Diskriminierung hinweg.

Immer wieder werden Mütter zur zeitweisen Aufgabe ihrer Erwerbstätigkeit bewegt, da qualitativ ausreichende gesellschaftliche Erziehungseinrichtungen fehlen. Die Arbeitsunterbrechung wirkt sich dequalifizierend auf die Arbeitskraft der Frauen aus. Geringere Ausbildungs- und Aufstiegschancen werden durch die verkürzte Erwerbstätigkeit scheinbar legitimiert.

Gleichzeitig erzwingen steigende Lebenshaltungskosten immer häufiger eine Erwerbstätigkeit der Frauen, um zu einer angemessenen Existenz beizutragen.

Das Recht auf Arbeit beinhaltet die Garantie einer generellen und dauerhaften Erwerbstätigkeit für Frauen. Die Lohnarbeit selbst unter kapitalistischen Bedingungen, die zwar gerade Frauen in weiten Bereichen minderqualifizierte Arbeit und Doppelbelastung aufbürdet, ist ein erster Schritt, ermöglicht sie es ihnen doch, ihre im Erwerbsleben erreichte Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu behaupten und am Kampf um die grundlegenden Veränderungen der Arbeits- und Lebensbedingungen teilzunehmen.

Neben der quantitativen und qualitativen Verbesserung der Arbeitsplatz- und Ausbildungsbedingungen kommt der Verkürzung der täglichen

Arbeitszeit zentrale Bedeutung zu, da hierdurch tendenziell der Zwang überwunden wird, für die Zeit der Kindererziehung und Betreuung die Erwerbstätigkeit aufzugeben, zu unterbrechen oder auf Teilzeitarbeit ausweichen zu müssen. Kindererziehung und Erwerbstätigkeit müssen ohne Nachteile miteinander zu vereinbaren sein.

Die Verbesserung der Lage der Frau in der Arbeitswelt ist vorrangig durch folgende Maßnahmen zu unterstützen:

- Verkürzung der Arbeitszeit auf allen Ebenen, vordringliche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf sechs Stunden bei vollem Lohnausgleich,
- gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit,
- Überwindung des geteilten Arbeitsmarktes für Männer und Frauen:
 - Quotierung der mit staatlichen Subventionen neu zu schaffenden Arbeitsplätze in privaten Unternehmen mit 40% für Frauen in gewerblich-technischen Berufen,
 - Quotierung der Ausbildung bzw. Umschulung in gewerblich-technische Berufsfelder,
 - Neueinstellung von Frauen in den öffentlichen Dienst entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil,
- Versicherungspflichtigkeit jeder abhängig Beschäftigten von der ersten Stunde an,
- obligatorisch zu teilender Elternurlaub von 18 Monaten bei Arbeitsplatzgarantie und Lohnfortzahlung bei Verpflichtung zur weiteren Berufstätigkeit,
- Arbeitsplatzneubewertung und Änderung der Lohngruppenbeschreibung (Abschaffung der Leichtlohngruppen),
- Verbesserung und Erweiterung des Mutterschutzes vor und nach der Entbindung,
- Kündigungsschutz für alleinstehende Elternteile,
- Wiedereingliederungsprogramme für Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit wegen Kindererziehung und -betreuung unterbrechen mußten,
- Erweiterung des Anspruchs auf bezahlte Freistellung bei Krankheit des Kindes für Mann und Frau.

57. These

Erziehung, Bildung und Ausbildung

Bildung und Ausbildung von Mädchen und Frauen werden durch die Klassenlage und die geschlechtsspezifische Erziehung in Familie und Beruf, aber auch durch das öffentliche Bildungswesen einschneidend strukturiert und belastet.

Gesellschaftliche Erziehungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter stellen einen wichtigen Beitrag für demokratische Chancengleichheit und pädagogisch qualifizierte Erziehung und Förderung dar. Voraussetzung für die Gleichberechtigung und Emanzipation der Frauen sind gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen für Mädchen und Jungen. Wesentliche Schritte zur Veränderung und Überwindung des geschlechtsdiskriminierenden Systems der Bildung und Ausbildung, das die große Mehrzahl der jungen Frauen, wenn sie nicht überhaupt von der Berufsausbildung ausgeschlossen werden, immer wieder zur Aufnahme von Ausbildungsverhältnissen in frauenspezifischen, häufig krisenanfälligen Berufen veranlaßt und zwingt, können sein:

- Generelle Einführung der Koedukation,
- Einführung der integrierten Gesamtschule als Ganztagschule,
- Überwindung aller diskriminierenden, auf die traditionellen Frauenleitbilder ausgerichteten Inhalte in Lehrplänen und Schulbüchern durch demokratische Lehrinhalte,
- Errichtung von Schülerhorten,
- gesellschaftliche Übernahme von Erziehungsaufgaben durch den flächendeckenden quantitativen und qualitativen Ausbau von preisgünstigen Kinderkrippen, Krabbelstuben, Tagesstätten, Kindergärten und -horten und Schulküchen,
- Abstimmung der Öffnungszeiten der Kindereinrichtungen und der Arbeitszeit der Eltern,
- Kostenregelungen, die das Elterneinkommen berücksichtigen,
- Senkung der Gruppenzahlen,
- Ausbau der öffentlichen Freizeit- und Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene,
- Ausbildungspflicht für Jungen und Mädchen,
- Quotierung der Ausbildungsplätze für Mädchen im gewerblich-technischen Bereich.

58. These

Familie und soziale Sicherung

Die Situation der Frauen in der Familie ist durch Widersprüche gekennzeichnet. Einerseits sind Frauen zunehmend auf die Erwerbstätigkeit angewiesen, andererseits sind die Arbeiten im Haushalt, die Betreuung der Kinder, die Pflege kranker und alter Familienmitglieder überwiegend Sache der Frauen. Die Überwindung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hat deshalb besondere Bedeutung für die Emanzipation der Frau und des Mannes. Gleichzeitig muß neben der sozialen Sicherung der Familie die soziale und rechtliche Stellung der Frau so gestaltet werden, daß ihre

ökonomische Selbständigkeit hergestellt oder bewahrt wird. Keine Frau soll aus sozialen Gründen gezwungen sein, ein Kind nicht austragen zu können bzw. bekommen zu müssen. Die Familie und die sozialen Beziehungen der Geschlechter werden eine tiefgreifende Umgestaltung erfahren. Dieser Prozeß wird unterstützt durch die Übernahme familiärer Aufgaben durch gesellschaftliche Einrichtungen, in denen die Eltern aktiv beteiligt sein werden. Darüber hinaus sind entlastende Maßnahmen im Bereich der Haushaltsführung notwendig.

Hierzu gehören im einzelnen:

- eigenständige soziale Sicherung der Frau,
- Abschaffung des Ehegattensplittings bei der Besteuerung,
- Ausbau quantitativ und qualitativ ausreichender Wohnungen zu erschwinglichen Preisen,
- Bereitstellung von Wohnungen für große Familien, Wohngemeinschaften etc.
- Neue Dienste und gemeinschaftliche Einrichtungen, in denen Aufgaben der Haushaltsführung rationeller und kosten- und energiesparender erledigt werden können durch Bewilligungseinrichtungen und -auflagen im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau,
- Ausweitung der kostengünstigen Außerhaus-Speisung,
- Erhöhung und Dynamisierung des Kindergeldes vom 1. Kind an, das sich an den tatsächlichen Kosten orientiert und die Einkommensverhältnisse der Eltern berücksichtigt,
- Förderung der Familien- und Partnerschaftsberatungsstellen,
- Einrichtung ressortübergreifender Gleichstellungsstellen mit eigenen Kompetenzen und Entscheidungsbefugnissen mit eigener Öffentlichkeitsarbeit in Bund und Ländern,
- völlige Abschaffung des Strafparagraphen 218 und Einführung einer Fristenregelung,
- flächendeckendes Angebot öffentlicher bzw. neutraler Schwangerschaftsberatungsstellen,
- Weiterfinanzierung der Modellberatungsstellen durch den Bund,
- Errichtung von Spezialkliniken in öffentlicher Trägerschaft bzw. von Spezialabteilungen in Krankenhäusern für Abbrüche,
- Errichtung von Ambulatorien in Gegenden, in denen der Schwangerschaftsabbruch boykottiert wird.

59. These**Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte**

Die demokratische Transformation des Staates wird notwendig die Demokratisierung der Wirtschaft begleiten. Sie kann in der BRD an die nach der Niederlage des deutschen Faschismus beschlossene Verfassung, das Grundgesetz, anknüpfen.

Wie alle Verfassungen ist auch das Grundgesetz Ausdruck des zum Zeitpunkt seiner Formulierung aktuellen Kräfteverhältnisses. Als es in Kraft trat, hatte sich die kapitalistische Produktionsweise vor allem aufgrund der Intervention der USA und der Schwäche der vom Faschismus zerschlagenen deutschen Arbeiterbewegung schon wieder etabliert. Daher bleibt das Grundgesetz zum Beispiel in der Eigentumsfrage hinter den meisten Länderverfassungen zurück, in denen teilweise die Sozialisierung der Wirtschaft zwingend vorgesehen war. Jedoch: die Frage der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird im Grundgesetz ausdrücklich offengelassen, der Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft als im Rahmen der Verfassung liegend zugelassen. Der Verfassungskompromiß zwischen den nach einer Wiederherstellung der alten Ordnung strebenden bürgerlichen Kräften und den Arbeiterorganisationen, die eine sozialistische Gesellschaft anstrebten, wurde ergänzt durch einen breiten antifaschistischen Grundkonsens; so daß im Grundgesetz eine Reihe wesentlicher politischer Rechte wie die Garantie der Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, das allgemeine Wahlrecht wiederhergestellt werden konnten, die teilweise sogar über die traditionellen bürgerlichen Freiheitsrechte hinausgehen und der Arbeiterbewegung neuen Handlungsspielraum sichern.

Die Durchsetzung der in der Verfassung formulierten politischen, individuellen und kollektiven Freiheitsrechte hängt unmittelbar vom Kampf der Arbeiterbewegung ab. Für die deutsche Sozialdemokratie war in ihrer Geschichte der Kampf für eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse untrennbar verbunden mit der Durchsetzung von politischen Freiheitsrechten. Ziel ihrer Kämpfe war die demokratische Republik, die Marx als die »letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft«, in der der »Klassenkampf definitiv auszufechten ist«, bezeichnete. Im Heidelberger Programm der SPD von 1925 heißt es: »Die demokratische Republik« ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb tritt die Sozialdemokratische Partei für die demokratische Republik ein.«

Die Möglichkeit der Weiterentwicklung der formalen politischen Demokratie zu einer sozialen Demokratie in einer sozialistischen Gesellschaft, hat gerade in der deutschen Geschichte immer wieder zu Versuchen des Kapitals geführt, die politische Demokratie zu beseitigen bzw. ihr Entstehen überhaupt zu verhindern. Auch in der Bundesrepublik sind daher

die herrschenden Kräfte ständig bemüht, den Kompromiß des Grundgesetzes aufzuheben und die demokratischen Rechte abzubauen, um so den Handlungsspielraum der Arbeiterbewegung einzuschränken.

Heute gehört es deshalb zu den vordringlichsten Aufgaben der Arbeiterbewegung, um die demokratischen Grundpositionen der Verfassung zu kämpfen — es geht darum, die demokratischen Aktionsmöglichkeiten der Arbeiterklasse zu erhalten und auszubauen. Darüber hinaus muß es als eines der wichtigsten Anliegen der Arbeiterbewegung begriffen werden, die demokratische Tradition ihres Kampfes fortzuführen und die in der Verfassung formulierten politischen und sozialen Rechte auch für die Mehrheit der Bevölkerung Wirklichkeit werden zu lassen. Dies setzt aber unabdingbar die Beseitigung der Macht des Kapitals, vor allem der großen Monopole, voraus; denn nur so wird die Demokratie von den von ihr ausgehenden Gefahren befreit werden können. Erst im Sozialismus erhalten die im Kapitalismus nur beschränkt wirkenden liberalen Freiheitsrechte ihr reales Fundament.

Der Kampf um die in der Verfassung garantierten Rechte konzentriert sich heute auf folgende Bereiche:

(a) Zentrale Aufgabe des demokratischen Kampfes ist die vollständige Beseitigung der verfassungswidrigen Berufsverbote.

In der innerparteilichen Auseinandersetzung um die Berufsverbote ist es den linken und liberalen Kräften in der Partei bislang noch nicht gelungen, eine Mehrheit gegen die politische Überprüfung und die Praxis der Berufsverbote zu erringen. Trotz einiger Erfolge auf dem Hamburger und Mannheimer Parteitag, die sich in Beschlüssen manifestierten und die damit immer wieder Ansatzpunkte für die Kritik der konkreten Berufsverbotepraxis abgaben, blieb der sog. Radikalenerlaß in seinen Kernbereichen bestehen. Auch weiterhin wird die generelle Überprüfung gehandhabt, weiterhin wird auch die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen, aber als »verfassungsfeindlich« diffamierten Organisation oder Partei — wenn auch durch das Bundesverfassungsgericht eingeschränkt auf ein Indiz unter anderen — als ein Ablehnungsgrund herangezogen. Die vor allem durch den innerparteilichen Druck erfolgte offizielle Aufkündigung des Radikalenerlasses in den SPD- bzw. SPD/FDP-regierten Ländern hat zwar gegenüber den unionsregierten Ländern rechtsstaatliche Verbesserungen zur Folge gehabt, gleichzeitig jedoch trug die Einrichtung zentraler Behörden zur Überprüfung der Verfassungstreue zur Verstetigung und Institutionalisierung der Praxis der Berufsverbote auch in diesen Ländern bei. Die von den linken und liberalen Kräften in der SPD entwickelten Forderungen haben daher auch heute nichts von ihrer Aktualität verloren: — Die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei oder sonstigen Organisation steht der Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegen.

— Sofortige und vollständige Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses von 1972; bei der endgültigen Übernahme in den öffentlichen Dienst reichen die Bestimmungen des Grundgesetzes und des Beamtenrechtes aus.

(b) Eines der wichtigsten in der Verfassung garantierten Rechte ist die Meinungsfreiheit. Sie ist heute durch zahlreiche Verschärfungen des ohnehin recht drastischen politischen Strafrechts in der BRD eingeschränkt. So ist im Zuge der Terrorismusdebatte das Strafgesetzbuch um die §§ 88a und 130a ergänzt worden. Damit ist den Gerichten eine weitreichende Handhabe für die Einschränkung politischer Betätigung, auch der Arbeiterbewegung gegeben worden. Diese Verschärfungen des politischen Strafrechts müssen wieder rückgängig gemacht werden. Insgesamt ist das bestehende politische Strafrecht entscheidend einzuschränken.

Die Presse wird heute weitgehend von großen Medienkonzernen bestimmt. Vor allem mit Blick auf neue Mediensysteme werden in jüngster Zeit die Angriffe auf das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem verstärkt, um auch noch den letzten Rest der Medienlandschaft privater Kontrolle zu unterstellen. Damit ist das Grundrecht, die eigene Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten, für große Teile der Bevölkerung zu seinem Restbestand gefährdet. Durch den Erhalt und die Ausweitung öffentlich-rechtlicher, demokratischer Medien gilt es, dieses Recht umfassend zu etablieren.

(c) Der Schutz der Persönlichkeit nach dem Grundgesetz umfaßt auch alle Daten, die im unmittelbaren oder auch nur mittelbaren Zusammenhang mit Angaben über die Person stehen. Dies müßte durch ein Datenschutzgesetz geschehen. Das geltende Datenschutzgesetz regelt nur formal die Sammlung von Daten, dient aber kaum materiell dem subjektiven Recht auf Schutz vor Übergriffen und Eingriffen in die Freiheit des Einzelnen. Es muß daher grundlegend verändert werden. Die Betroffenen sind über die Aufnahme, Veränderung und Streichung von Daten zu unterrichten. Die Weitergabe von im staatlichen Bereich gesammelten Daten an Private ist grundsätzlich zu unterbinden. Im Geheimbereich ist eine extensive parlamentarische Kontrolle zu verankern. Die Datensammlung durch Private zum Zweck des Handels ist damit nur unter strengsten Bindungen zuzulassen.

(d) Das in der Verfassung garantierte Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung ist in der Praxis erheblichen Einschränkungen ausgesetzt. Indem die Gewissensentscheidung des Einzelnen durch Kommissionen 'überprüft' wird, wird sie praktisch zur Farce. Eine Reform dieses Verfahrens durch einen Gesetzentwurf der SPD/FDP Koalition ist sogar durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Dennoch müssen diese Überprüfungen grundsätzlich abgeschafft werden.

60. These*Demokratisierung staatlicher Willensbildungsprozesse
und Entscheidungsstrukturen*

Die Erringung der politischen Macht liefert der Arbeiterbewegung das entscheidende Instrument für die Demokratisierung der Wirtschaft als Fundament einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Nicht nur zur Verteidigung der sozialen und politischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung gegenüber allen Angriffen der herrschenden Klasse, sondern vielmehr auch in allen Phasen der gesellschaftlichen Transformationsperiode hat die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen anzuknüpfen an die bereits im bürgerlichen Staat und seiner Verfassung von ihr in erster Linie erkämpften und verankerten politischen, individuellen und kollektiven Freiheitsrechte und diese stetig auszuweiten.

In welcher Form und zu welchen Zwecken diese Rechte in Anspruch genommen werden können, darüber entscheidet im großen Maße die jeweils vorgefundene Verfaßtheit von Willensbildungsprozessen und Entscheidungsstrukturen in allen staatlichen Bereichen.

In der Bundesrepublik wird staatlichem Handeln der Anspruch auf demokratische Legitimation zugrundegelegt. Dabei wird jedoch nicht zur Kenntnis genommen, daß staatliche Entscheidungen letztendlich immer an den Erfordernissen der Verwertung von Kapital und den Bedürfnissen dominierender Kapitalgruppen ausgerichtet sind.

Die Logik des Profits bestimmt die Tätigkeiten des Staates und führt zu einer zunehmenden Entdemokratisierung.

Die innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Reproduktionsprozesses bedingt eine erhebliche Ausweitung staatlicher Aufgabenbereiche. Die damit einhergehende Aneignung von Kompetenzen durch staatliche Verwaltungen bewirkt in der Vergangenheit zudem eine ständige Verlagerung parlamentarischer Entscheidungsbefugnisse hin zu den jeweiligen Regierungen und Exekutiven sowie der angegliederten Bürokratien. Diese Tendenz wird verstärkt durch die Zentralisierung staatlicher Aufgaben auf Bundesebene, die unter den gegenwärtigen Bedingungen die Einflußchancen der mächtigen Industrie- und Bankenmonopole zu Lasten der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vergrößern.

Unabdingbare Voraussetzung für die Demokratisierung staatlicher Willensbildungsprozesse und Entscheidungsstrukturen ist die Rückverlagerung der faktischen Entscheidungskompetenz in die Parlamente. Dazu gehört unter anderem:

- Gewährung uneingeschränkter Akteneinsichts- und Kontrollrechte der Parlamentarier;
- Beratung aller wichtigen politischen Fragen im Plenum und damit Reduzierung der Entscheidungsbefugnisse der Ausschüsse;

- Ausweitung des Rechts der Parlamente auf Personalentscheidungen in allen wesentlichen Verwaltungsbereichen;
- Frühzeitige Beteiligung der Parlamente bei Gesetzesvorhaben und zentralen staatlichen Maßnahmen.

Eine Ausweitung der vor der Öffentlichkeit beratenen und beschlossenen Sach- und Personalfragen erhöht die Durchsichtigkeit von Entscheidungsabläufen. Auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen sind Möglichkeiten der Volksbefragung und direkten Bürgerbeteiligung einzurichten und entsprechend politisch zu fördern.

Den Gewerkschaften kommt bei der politischen Willensbildung eine entscheidende Bedeutung zu. Ihre Rechte sind soweit auszubauen, daß sie bei allen, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer betreffenden Entscheidungen ein Mitsprache-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht erhalten müssen. In Wirtschafts- und Sozialräten, in den Ausschüssen der Parlamente und gegenüber staatlichen Institutionen sind ihre Informations- und Handlungsmöglichkeiten so zu gestalten, daß sie in die Lage versetzt werden, vor allem wirtschafts-, sozial-, regional- und sektoralpolitische Entscheidungen entsprechend ihrer Zielvorstellungen zu beeinflussen.

Zur demokratischen Erneuerung der Parlamente gehört aber auch, daß die sich in der Praxis als massive politische Behinderung auswirkende 5 Prozent-Klausel bei Wahlen in der BRD aufgehoben und damit politischen Minderheiten nicht von vornherein die Möglichkeit des Einzugs in Parlamente genommen wird.

Entscheidungen, die die Angelegenheiten der Länder oder Kommunen betreffen, sollen auch dort getroffen werden. Bedeutet die Zentralisierung staatlichen Handelns auf der einen Seite einen direkteren Zugriff des Kapitals auf den Staatsapparat, so entzieht sich staatliches Handeln auf der anderen Seite immer mehr dem direkten Zugriff der Bevölkerung. Dieser Entwicklung ist vor allem dadurch entgegenzuwirken, indem die kommunale Selbstverwaltung ausgebaut, die finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Gemeinden, Städte und Kreise entsprechend verbessert und um eine autonome Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben (Wohnungs- und Städtebau, Verkehrspolitik, Kultur-, Freizeit- und Sportmöglichkeiten, Ver- und Entsorgung etc.) sicherzustellen, die entsprechenden gesetzlichen und planerischen Grundlagen bereitgestellt werden. Dabei sollen an der Gestaltung der Lebensbedingungen in der Kommune alle vorhandenen Gruppen und Initiativen beteiligt werden. Eine ungleiche Entwicklung der Lebensverhältnisse in den Regionen und den Kommunen wird dadurch verhindert, daß sowohl der Bund und die Länder wie auch die Kommunen an der Entscheidungsfindung zu beteiligen sind, Entscheidungen auf höherer Ebene jedoch übergeordnet und verbindlich bleiben.

Neben dem Bedeutungszuwachs der kommunalen Selbstverwaltung tritt die Selbstverwaltung, Mitbestimmung und Beteiligung am Willensbildungsprozeß durch andere Institutionen wie zum Beispiel Schulen, Hochschulen, Freizeiteinrichtungen, Kulturbereiche, Stadtteil- und Mieterräte. Dabei ist vom Grundsatz auszugehen, staatliche Verwaltungen überall dort durch Selbstverwaltung der Institutionen zu ersetzen, wo in erster Linie die Belange der Betroffenen berührt werden. Institutionen und Vereine sollen ihre Entwicklung eigenständig gestalten, ohne daß sie durch staatliche Organe reglementiert werden.

61. These

Öffentlicher Dienst

Der öffentliche Dienst wird in der Bundesrepublik durch das obrigkeitstaatlichen Traditionen verpflichtete Beamtenrecht geprägt. Deutlich wird diese historische Dimension an der im Beamtenrecht des Bundes und der Länder enthaltenen Formel, daß sich der Beamte jederzeit zur freiheitlich demokratischen Grundordnung zu bekennen habe. Diese sog. »Gewährbieteformel« erfüllt die Funktion, die Beamten als ständische Gruppe von der übrigen Bevölkerung abzuheben. Sie sollen ihre politischen Rechte und Interessen als »Diener des Staates« dem Staatsinteresse, mithin den Interessen der Herrschenden, unterordnen. Um das Aufkommen gewerkschaftlicher Positionen zu verhindern, werden sie im Gebrauch der Meinungsfreiheit eingeschränkt, wird ihnen das Streikrecht vorenthalten und werden fortschrittliche Beamte mit Berufsverboten belegt.

Die lange Tradition der »Gewährbieteformel« belegt ihre demokratiefeindliche Stoßrichtung. Die Vorstellung von einer besonderen, alle Lebensbereiche umfassenden Treuepflicht findet sich zuerst in der Bindung des entstehenden Berufsbeamtentums an den absolutistischen Herrscher und später dann im Faschismus. Sowohl die Weimarer Verfassung als auch das Grundgesetz kennen eine solche Treuepflicht nicht. Erst im Verlauf der politischen Rechtsentwicklung der Bundesrepublik ist diese Formel wieder in die beamtenrechtlichen Vorschriften aufgenommen worden. Gestützt vor allem auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Berufsverbot, hat sich fast unmerklich in den letzten Jahren in der Exekutive — auch zum großen Teil in den sozialdemokratisch dominierten — ein Bild des Berufsbeamten herausgebildet, in der der Beamte »staatstreu« ist, d.h. nach dem Bundesverfassungsgericht dem Staat mehr als »im übrigen uninteressiert, kühl und distanziert gegenübersteht«, andererseits unpoli-

tisch ist, da von ihm verlangt wird, daß er sich »eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe angreifen, bekämpfen und diffamieren«. Da bekanntlich die Regierung ein Staatsorgan ist, paßt schon eine konsequente Oppositionshaltung zu einer beliebigen Regierungspartei nicht mehr in das Bild vom treuen Beamten. Die als einer der Grundlagen der Berufsverbote entwickelte besondere Treuepflicht ist dabei nur zur Zeit der sichtbarste Teil einer Entwicklung, an deren Ende ein Beamtenheer von Mitläufern steht, das im Extremfall — wie schon in der Weimarer Republik — aufgrund einer Treue gegenüber dem abstrakten Staat auch gegenüber antidemokratischen Ideen empfänglich ist.

Da eine ständische Sondergruppe der Beamten eine beständige Gefahr für die politische Demokratie darstellt, gilt es, das Beamtenrecht abzuschaffen. Anstelle des geltenden Beamtenrechts muß ein einheitliches Dienstrecht geschaffen werden, das die Teilung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Arbeiter, Angestellte und Beamte beseitigt. Das Prinzip der Lebensanstellung sollte als sozialpolitischer Fortschritt beibehalten werden. Die Löhne müssen in Tarifaueinandersetzungen ausgehandelt werden, weshalb allen Beschäftigten volle gewerkschaftliche Rechte und somit auch das Streikrecht eingeräumt werden muß.

Voraussetzung für die Auflösung ständischer Bewußtseinsformen ist aber auch die zunehmende einheitliche gewerkschaftliche Organisierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. In wachsendem Maße fällt dabei den Gewerkschaften nicht nur die Vertretung der sozialen Belange ihrer Mitglieder zu, vielmehr müssen sie sich verstärkt auch als Sachwalter der Interessen der Bevölkerung, der die staatliche Aktivität gilt, begreifen.

62. These*Die Justiz*

Eine besondere Beachtung muß die Linke dem staatlichen Gewaltapparat schenken. Er stellt nicht nur unter den gegenwärtigen Bedingungen eine ernste Behinderung der demokratischen Aktion der Arbeiterbewegung dar. Vielmehr ist zu befürchten, daß er sich einer demokratischen Veränderung der BRD in eine sozialistische Demokratie massiv entgegenstellen wird. Die Arbeiterbewegung muß dieser Gefahr mit einer umfassenden Demokratisierung dieser Institutionen begegnen.

Mehrfach hat die bundesdeutsche Justiz einen Beitrag dazu geleistet, politische Freiheitsrechte zu beschneiden. Besonders deutlich wird dies im Arbeitskampfrecht, in dem die Legalisierung des politischen Streiks und das Verbot der Urabstimmung während eines laufenden Tarifvertrages festgeschrieben worden sind. In mehreren Entscheidungen hat sich das Bundesverfassungsgericht über seine Kompetenz, das Gebot der richterlichen Selbstbeschränkung und die Ermessensfreiheit des demokratischen Gesetzgebers hinweggesetzt und demokratische Veränderungen verhindert, wie in den Urteilen zum Grundlagenvertrag mit der DDR und zum niedersächsischen Hochschulgesetz. Gerichte haben so demokratische Rechte wie das Demonstrationsrecht beschnitten, indem sie z.B. das Sitzen auf Straßenbahnschienen als strafrechtlich zu ahndende Gewalt bekämpft haben. Wesentliche Rechte der Verteidigung sind von der Rechtsprechung im Verein mit dem Gesetzgeber eingeschränkt worden.

Die notwendige Demokratisierung der Justiz muß daher darauf hinauslaufen, die direkte, demokratische Kontrolle der Justiz durch die Bevölkerung und ihre demokratisch gewählten Organe herzustellen: Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die Richterwahl. Sie muß von ausschließlich parlamentarischen Richterwahlausschüssen ausgeübt werden. Darüber hinaus ist das Bundesverfassungsgericht durch die Verkürzung der Amtszeit auf 4 Jahre und die Einführung einer Wiederwahlmöglichkeit demokratischen Regelungen zugänglich zu machen. Unberührt von solchen Reformen bleiben die liberalen Garantien der Unabhängigkeit der Rechtsprechung, wie die sachliche und persönliche Unabhängigkeit des Richters, die Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens und die Gewährleistung des gesetzlichen Richters. Unabdingbar ist aber auch die Schaffung einer Juristenausbildung, die an den Interessen der Bevölkerung ausgerichtet ist.

63. These*Polizei, Verfassungsschutz und Militär*

Polizei, Verfassungsschutz und Militär sind zweifellos die bedeutendsten Teile des staatlichen Zwangsapparates. Ihre Bedeutung hat seit Bestehen der BRD laufend zugenommen; die beiden letzten sind sogar erst später geschaffen worden. Generell lassen sich gegenwärtig zwei Tendenzen festmachen: Zum einen der forcierte Ausbau der technischen und personellen Kapazitäten, zum anderen die Ausweitung der Kompetenzen durch Praxis, Rechtsprechung und meist hinterherhinkende Gesetzgebung. So ist allein in den Jahren 1970 bis 1974 bei den Länderpolizeien ein Personalanstieg von 14% zu verzeichnen gewesen. Er wird ergänzt durch eine verbesserte technische Ausrüstung der Polizei, u.a. mit immer mehr militärischen Waffen. Daneben ist es zu einer erheblichen Zentralisierung gekommen. Das Bundeskriminalamt ist längst zur Zentralstelle bei der Bekämpfung politischer Straftaten geworden. Mit seinen EDV-Anlagen sind mittlerweile alle Länderpolizeien verbunden. Der Ausbau des Bundeskriminalamtes seit 1969 hat bis 1974 allein zu einer personellen Verstärkung um 100% geführt. Ähnliches gilt für den Bundesgrenzschutz, der durch die Notstandsgesetze von 1968 und das BGS-Gesetz von 1972 jetzt als Polizei des Bundes auch zum Einsatz im Innern berechtigt ist. Die Kompetenzen der Polizei sind vor allem durch Praxis und Rechtsprechung ausgeweitet worden. Die Landesgesetzgeber haben versucht, diese Entwicklung im Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz des Bundes und der Länder gesetzlich zu verankern. In ihm wird nicht nur der Todesschuß und der Einsatz besonderer Waffen gesetzlich legitimiert, darüber hinaus wird von einer Reihe rechtsstaatlicher Voraussetzungen polizeilichen Tätigwerdens Abstand genommen. Polizeiliches Handeln ist nicht mehr an das Vorliegen einer konkreten Gefahr gebunden. Auch absolut unverdächtige Personen können an sogenannten gefährlichen Orten oder an Kontrollstellen erkennungsdienstlich behandelt werden. Haussuchungen ohne richterliche Entscheidung werden legalisiert. Im Rahmen der Terrorismusdebatte sind viele dieser Vorschriften auch in die Strafprozeßordnung (Ra77iengesetze) übernommen worden.

Im Bereich des Verfassungsschutzes ist z.B. beim Bundesamt für Verfassungsschutz die Zahl der Planstellen im Zeitraum 1970 bis 1974 um 50% gestiegen. Vor allem aber ist die Ermittlungstätigkeit umfangreicher geworden. Dabei hat sich der Verfassungsschutz immer mehr Kompetenzen angemaßt als ihm tatsächlich zustanden. Immer wieder ist der Verfassungsschutz durch illegale Abhöraktionen, durch Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten reaktionärer Regime bekannt geworden. Vor allem aber hat er sich als wirksames Instrument zur Überwachung sogenannter Extremisten erwiesen. Er liefert in der Regel die »Erkenntnisse« zur Ver-

hängung der Berufsverbote. Es ist inzwischen auch ständige Praxis der Verfassungsschutzämter, Informationen an Private weiterzugeben.

Die Bundeswehr hat sich seit ihrer Gründung zu einer der größten konventionellen Armeen der Welt entwickelt. Nachdem mit den Notstandsgesetzen auch ihr Einsatz im Innern zulässig geworden ist, kann die von ihr ausgehende Bedrohung der politischen Demokratie wohl nicht mehr übersehen werden. Es gibt deshalb besonderen Anlaß zu Befürchtungen, wenn immer wieder Äußerungen faschistoider Provenienz aus der Bundeswehr bekannt werden; wenn noch heute Kasernen nach konservativen und reaktionären Militärs benannt werden und in der Bundeswehr eine Traditionspflege betrieben wird, die an die demokratiefeindlichen Traditionen des deutschen Militärs anknüpft. Die autoritäre Struktur der Bundeswehr stellt angesichts des in ihr vorhandenen Gewaltpotentials ein zusätzliches Gefahrenmoment für die politische Demokratie in der BRD dar.

Angesichts der dargestellten Situation besteht die Aufgabe gerade für diese Bereiche des staatlichen Gewaltapparates darin, taugliche strategische Konzeptionen zu entwickeln, die eine sozialistische Transformation der Gesellschaft ermöglichen und den besonderen Bedingungen der Bundesrepublik Rechnung tragen. Gerade hier muß sich das Konzept der Demokratisierung der Institutionen bewähren.

Im Bereich der Polizei kommt den Angehörigen dieser Einrichtung wohl die größte Bedeutung zu. Deshalb ist die gewerkschaftliche Organisation der Polizeiangehörigen eine vorrangige Aufgabe. Nur so können die politischen und sozialen Interessen der Bevölkerung das polizeiliche Handeln bestimmen. Die Gewerkschaft und ihre Mitglieder können das Bewußtsein für ein an den Grundsätzen der politischen Demokratie ausgerichtetes Handeln der Polizei herausbilden helfen. Die Handlungskompetenzen der Polizei sind an deutlich rechtsstaatliche Beschränkungen zu binden. Die Ausstattung der Polizei mit MG's und Handgranaten ist umgehend rückgängig zu machen. Die Polizei sollte nur mit solchen Waffen ausgestattet werden, die nicht zur Vernichtung der Betroffenen führen.

Die Verfassungsschutzorgane müssen grundlegend umgebildet werden. Dazu gehört der vollständige Austausch der Mitarbeiter. Er ist an klare, gesetzlich definierte Aufgaben zu binden und umfassender demokratischer Kontrolle zu unterstellen. Erforderlich sind parlamentarische Kontrollausschüsse und hauptamtlich tätige Parlamentsbeauftragte. Sie müssen auf Antrag von jedermann tätig werden. Ihnen muß das Recht, jederzeit unangemeldet alle Einrichtungen des Verfassungsschutzes zu besuchen, eingeräumt sowie uneingeschränktes Auskunfts- und Akteneinsichtsrecht gewährt werden. Sie müssen den Parlamenten regelmäßig und auf Anfrage über ihre Tätigkeit berichten. Zu den Aufgaben des Verfassungsschutzes darf ebensowenig die Überwachung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst gehören, wie die Weitergabe von Erkenntnissen an

private Dritte. Dabei sind die Mittel der nachrichtendienstlichen Tätigkeit an die Rechtsbestimmungen des Strafgesetzbuches zu binden.

Für die Bundeswehr gilt es, umfassende Mitwirkungsrechte der Berufssoldaten und der Wehrpflichtigen zu schaffen. Die politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr darf keinen Einschränkungen unterliegen. Dabei ist die Bundeswehr, um einer Abkapselung von der Gesellschaft entgegenzuwirken, nur als Wehrpflichtarmee denkbar. Zugleich kommt es jedoch darauf an, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung umfassend zu sichern. Der für die neunziger Jahre projektierten Integration von Frauen in die Bundeswehr muß schon heute entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden. Der zahlenmäßige Rückgang junger Männer darf nicht zu einer grundgesetzwidrigen Militarisierung weiterer Bevölkerungsteile führen, sondern sollte zur Reduzierung der personellen Stärke der Bundeswehr genutzt werden.

64. These

Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung

Der Kampf um die Fortsetzung der Entspannungspolitik, für Frieden und Abrüstung ist einerseits eine Grundvoraussetzung für den Kampf um die Durchsetzung der sozialen und politischen Interessen der Arbeiterklasse und für den Sozialismus. Andererseits ist dieser Kampf nicht unbedingt — sieht man von den Interessen einiger weniger Militaristen und Rüstungskonzerne ab — eine Klassenfrage im engeren Sinne. Das heißt, zunächst entsprechen Frieden und Abrüstung den historischen Interessen der Linken und den antimilitaristischen Traditionen der Arbeiterbewegung. Zugleich ist der Kampf um Frieden und Abrüstung angesichts der riesigen Potentiale an Massenvernichtungswaffen eine Existenzfrage für alle Klassen und Schichten der Gesellschaft. Diese Interessenlage erfordert und erlaubt eine größere Bündnisbreite auch mit prokapitalistischen Kräften.

Der unverminderte Rüstungswettkampf zwischen den beiden militärischen Blöcken hat zur Folge, daß sich in Mitteleuropa die größten Truppenkonzentrationen und Ansammlungen konventioneller und nuklearer Waffen der ganzen Welt gegenüberstehen. Die relative Stabilisierung der Gesellschaftssysteme in West- und Osteuropa sowie das beiderseitige Risiko der totalen Vernichtung im militärischen Konfliktfalle hatten — ebenso wie im Verhältnis der beiden nuklearen Supermächte USA und UdSSR zueinander — im Laufe der 60er und 70er Jahre in Europa eine Politik des friedlichen Interessenausgleichs und des vertraglichen Status quo ermöglicht. — Damit ist die Gefahr des militärischen Konfliktes in Europa aber keineswegs gebannt. Bewaffnete Konflikte zwischen Ost und West sind prinzipiell weiterhin möglich, wenn

Ost-West-Konflikte in der 3. Welt ausgetragen werden, eskalieren und nach Europa »überschwappen« (Drohungen, Erpressungen bis hin zu direkten militärischen Aktionen)

die USA bzw. die NATO-Staaten eine militärische Bündnispolitik mit China praktizieren, die für die UdSSR zwangsläufig bedrohlich ist, Konflikte innerhalb eines Bündnisses militärisch eskalieren und eine Seite um militärischen Beistand außerhalb des Bündnisses ersuchen würde (vgl. den Zypernkonflikt zwischen Griechenland und der Türkei),

bei gesellschaftlichen Konflikten, Revolutionen bzw. Konterrevolutionen über die Grenzen der Militärböcke hinweg interveniert würde, das insgesamt vorhandene militärische Gleichgewicht durch Überlegenheitsstrategien (Rüstungswettlauf) mit Aussicht auf Erfolg gefährdet würde.

Es ist offenkundig, daß bereits heute relevante politische Kräfte auf eine oder mehrere dieser Möglichkeiten zusteuern, auch wenn sie dabei nicht bewußt das Risiko des heißen Krieges anstreben. Das sind die Versuche, durch imperialistische Abenteuer die Rohstoffquellen der 3. Welt zu »sichern« (durch Eingreiftruppen, Ausweitung des NATO-Geltungsbereiches), Waffenverkäufe und faktische Bündnisangebote an China, ökonomisches »Aushungern« der UdSSR durch Boykottmaßnahmen und Anheizen des technologischen Rüstungswettlaufs usw.

65. These

Zu SALT, Rüstungsbegrenzung und Nachrüstung

Die Abkommen zwischen USA und UdSSR, SALT I und II (auch wenn letzteres ratifiziert werden sollte) sind keineswegs Abkommen über Abrüstungsmaßnahmen, sondern Vereinbarungen über die »Begrenzung der strategischen Rüstungen«, der Nuklearwaffen mit interkontinentaler Reichweite.

Der Inhalt von SALT II besteht:

- a) In der kontrollierbaren Festlegung von Höchstgrenzen dieser Waffen, die weit über dem derzeit verfügbaren Vernichtungspotential der USA und der UdSSR liegen. Damit wäre die Aufrüstung mit strategischen Waffen bis 1985 quantitativ bis zu einer bestimmten Anzahl festgelegt.
- b) In der offenzulegenden und kontrollierbaren Neuentwicklung von jeweils einem neuen Typ Interkontinentalraketen beider Seiten. Im Protokoll haben sich die USA darüberhinaus die Entwicklung der sog. Cruise Missles gesichert.
- c) Nicht von SALT II berührt wird die Weiterentwicklung der bestehen-

den Interkontinentalraketen, die bereits erheblich vorangeschritten ist. Der Vorteil v.a. für die UdSSR — deren technologischer Rückstand nicht bestritten ist — liegt in der Offenlegung dieser Weiterentwicklungen, da Tests auf beiden Seiten nicht mehr verschlüsselt werden dürfen.

- d) SALT II enthält die Bereitschaftserklärung, über SALT III als Folgevereinbarung zu verhandeln, welches auch die sog. »Grauzonenwaffen« behandeln soll. Darin liegt die eigentliche Chance, endlich reale Abrüstungsmaßnahmen zu vereinbaren.

Die NATO hat sich während der SALT-II-Verhandlungen geweigert, ihre Mittelstreckenwaffen, die gegen die UdSSR gerichtet sind, einzubeziehen (sog. »Forward Based Systems«). Die UdSSR hat zwar die Einbeziehung ihrer Mittelstreckenwaffen nicht verweigert, setzte aber ihr Modernisierungsprogramm mit den sog. SS 20-Raketen seit 1977 fort, da sie aus ihrer Sicht nichts anderes sind, als die Antwort auf die von der NATO bereits seit 1970 modernisierten U-Boot-gestützten Raketen mit Mehrfachsprengköpfen.

Wie der Raketenbeschluß der NATO zeigt, wird die Produktion der »Grauzonenwaffen«, die von Westeuropa aus die UdSSR erreichen können, mit aller Kraft vorangetrieben.

Der SPD kommt mit ihrem Parteitagbeschuß das tragische Verdienst zu, dem Druck der Nachrüstungsbefürworter und einer breitangelegten demagogischen Kampagne erlegen zu sein und den Weg für den atomaren Rüstungswettlauf in Europa freigegeben zu haben. Der Versuch, durch ein Verhandlungsangebot an die UdSSR über den gesamten Nuklearrüstungsbereich die Einführung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa »überflüssig zu machen«, wurde von der NATO zu einem unannehmbaren Scheinangebot verstümmelt, das von vornherein diejenigen Waffensysteme ausklammert, die aus der Interessenlage der UdSSR die Hauptgefahr darstellen. Damit wird der Verdacht bestätigt, daß die Aufrüstung mit amerikanischen Mittelstreckenraketen längst beschlossene Sache in den militärischen Planungsstäben war.

Durch die Nichtratifizierung von SALT II blockieren die USA die SALT-III-Folgeverhandlungen, zwingen der UdSSR einen neuen Rüstungswettlauf auf und verschaffen sich selbst eine neue Überlegenheit gegenüber der UdSSR. Während die UdSSR — durch SALT II gebunden — nicht mehr strategische Träger und Nuklearsprengköpfe als die USA installieren darf, schaffen sich die USA in Westeuropa ein zusätzliches Potential gegen die UdSSR. Zudem erlauben die Pershing-II-Raketen aufgrund ihrer neuartigen Zielgenauigkeit und ihrer kurzen Flugdauer (4 bis 7 Minuten) im Konfliktfalle von Westeuropa aus vernichtende Überraschungsangriffe selbst auf gehärtete militärische Ziele in der westlichen UdSSR.

Damit wird erneut eine Situation geschaffen, die schon einmal die Welt an den Abgrund des Nuklearkrieges brachte:

1962 stationierte die UdSSR in Kuba als Antwort auf die in Westeuropa stationierten 90 Mittelstreckenraketen ihrerseits solche Raketen. Erst der 1962 vereinbarte Abzug der US-Raketen aus Westeuropa und der UdSSR-Raketen aus Kuba entschärfte die damalige Krise.

Für uns in Westeuropa bedeutet die Realisierung des Raketenbeschlusses der NATO:

- 1) Aus der Sicht der USA ermöglichen die geplanten US-Raketen in Westeuropa einen scheinbar auf Europa begrenzten Atomkrieg.
- 2) Die im dichtbesiedelten Westeuropa stationierten Mittelstreckenraketen wären im Konfliktfalle Ziele für sowjetische Präventivschläge — mit der Garantie der Vernichtung der Zivilisation in den betroffenen Ländern.
- 3) Die mit dem NATO-Beschluß beabsichtigte »nukleare Abschreckung« von Westeuropa aus ist völlig unglaubwürdig, da sie die Drohung mit dem kollektiven Selbstmord darstellt. Westeuropa ist aufgrund seiner geostrategischen Lage überhaupt nicht nuklear zu verteidigen. Darin unterscheidet sich Westeuropa prinzipiell von den USA und der UdSSR, wo landgestützte Raketenstellungen in dünnbesiedelten Gebieten stationiert sind, deren gezielte Vernichtung nicht zwangsläufig die totale Vernichtung der Zivilisation bedeuten muß.

Aufgrund der existentiellen Interessenlage Westeuropas und insbesondere der BRD ist zu fordern:

- 1) Verhinderung der Realisierung des »Nachrüstungsbeschlusses« der NATO, d.h. der Stationierung von Mittelstreckenraketen auf westeuropäischem Territorium. Als ersten Teilschritt gilt es, die Stationierung der beschlossenen 108 Pershing-II-Raketen zu verhindern, da sie als Überraschungserstschlagwaffe im Konfliktfalle die UdSSR zu Präventivschlägen provozieren würde.
- 2) Unterstützung des polnischen und französischen Vorschlages für eine gesamteuropäische Abrüstungskonferenz mit dem Ziel der Reduzierung der in und für Europa vorgesehenen atomaren Waffen. Diese Forderung ist umso dringlicher, als a) SALT II noch nicht ratifiziert worden ist, und b) als SALT III Verhandlungen zwischen USA und UdSSR wären, die nur unter größten Schwierigkeiten die britischen und französischen Potentiale einbeziehen könnten.

66. These*Zum Bereich der taktischen Nuklearwaffen*

Ebenso wie im Mittelstreckenbereich laufen die Rüstungsprogramme im Bereich der taktischen Nuklearwaffen (unter 1000 km Reichweite) ungehindert weiter. Ebenso wie bei der Mittelstrecken-»Nachrüstung« nutzt die NATO hier ihren technologischen Vorsprung aus. Neutronenwaffen sind entgegen öffentlichen Beteuerungen in ihren wichtigsten Teilen bereits in Westeuropa gelagert und können auf Befehl des US-Präsidenten binnen weniger Stunden zusammengesetzt werden. Im Prinzip können die Neutronenwaffen nicht nur — wie oft behauptet — gegen Panzersammlungen eingesetzt werden, sondern sind hervorragende Offensivwaffen zur Eroberung von Gebieten, da ihre Strahlung nach kurzer Zeit aufhört und nur geringe Zerstörungen verursacht.

Die mehr als doppelte Überlegenheit der NATO bei der Anzahl nuklearer Gefechtsfeldwaffen bleibt auch beim Abzug von 1000 veralteten US-Sprengköpfen erhalten.

Laut Konvention der NATO vom 12.12.1979 ist dieser Abzug integraler Bestandteil des nuklearen Modernisierungsprogramms der NATO, welches u.a. die Einführung der Neutronensprengköpfe vorsieht. Auch wenn durch die bewußte Orientierung der Öffentlichkeit auf die sog. »Mittelstreckenfragen« die Neutronenwaffe im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit in den Hintergrund getreten ist, so bleibt als aktuelle politische Forderung:

Verhinderung der Einführung der Neutronenwaffe, Rückführung der bereits gelagerten Bauteile der Neutronenwaffen in die USA.

67. These*KSZE, MBFR und Forderungen im Bereich der konventionellen Rüstungen und vertrauensbildenden Maßnahmen*

Die von der KSZE beschlossenen vertrauensbildenden Maßnahmen sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Entspannung im militärischen Bereich. Sie sind — selbst bei anhaltendem Hochrüstungsbestand — eine wesentliche Voraussetzung zur Kriegsverhinderung und zur Schaffung von Vertrauen zwischen den Staaten und den Blöcken.

Diese Vereinbarungen haben zunächst nur freiwilligen und damit unverbindlichen Charakter. Dennoch hat die in der Vergangenheit überwiegend erfolgte Vorankündigung von größeren Manövern und Einladungen von Beobachtern einen hohen Stellenwert bei dem Abbau von Ängsten vor Überraschungsangriffen und bei der Durchschaubarmachung von militärischen Konzeptionen.

Trotz dieser Absprachen sind bisher weder bei den Truppenreduzierungsverhandlungen in Wien (MBFR) noch auf anderer Ebene greifbare Fortschritte erzielt worden, insbesondere sind keine vertraglichen Festlegungen über vertrauensbildende Maßnahmen erfolgt.

Obwohl der Warschauer Pakt *auf* wesentliche Forderungen der NATO eingegangen ist (Anerkennung des Prinzips der Parität der Truppenstärken zwischen Warschauer Pakt und NATO, kollektive Höchststärken der Paktsysteme), verzögert die NATO weiterhin ein verbindliches Abkommen durch Beharren auf ihren eigenen Berechnungen, die von den Zahlen des Warschauer Paktes abweichen.

Die Zahlenabweichungen beruhen auf unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen: z.B. werden die nichtuniformierten zivilen, für Verwaltungsaufgaben usw. eingestellten Militärangehörigen auf westlicher Seite nicht eingerechnet, während sie beim Warschauer Pakt dazugezählt werden, da sie dort uniformtragende Militärangehörige sind.

Diese Zahlendifferenzen sind vom militärischen Standpunkt aus durchaus irrelevant für Abkommen, die sich mit absoluten Reduzierungen von Truppen und erst recht für solche Abkommen, die gar nichts mit den Gesamtzahlen zu tun haben, wie z.B. vertrauensbildende Maßnahmen. Dennoch ist die NATO bisher nicht auf entsprechende Angebote des Warschauer Paktes eingegangen, die eine Vereinbarung über die verbindliche Vorankündigung von Manövern über 20000 Mann und das Verbot von Manövern mit über 40000 Soldaten vorsahen (was einen weitgehenden Schutz vor Überraschungsangriffen bedeuten würde). Die Kritik Herbert Wehners an der Verhandlungsführung insbesondere des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Anfang 1979 besteht daher völlig zu Recht. Geradezu leichtfertig geht die NATO mit den Sicherheitsinteressen der Völker Westeuropas um, wenn sie brüsk sowjetische Vorschläge für einen vertraglichen Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen ablehnt, obwohl bekanntlich Westeuropa der Hauptleidtragende im nuklearen Konfliktfalle wäre.

Kurzfristig muß gefordert werden:

Im Bereich der Nuklearwaffen:

- I. Verhinderung der Realisierung des »Nachrüstungsbeschlusses« der NATO, insbesondere Verzicht der Bundesrepublik auf die Stationierung der Erstschlagswaffe Pershing II.
2. Verzicht auf Einführung der Neutronenwaffen, Rückführung der bereits gelagerten Bauteile in die USA.
3. Verhandlungen über die Reduzierung des Nuklearwaffenpotentials in Europa auch außerhalb oder neben den SALT-Verhandlungen, v.a. wenn diese durch die USA behindert werden.

Die BRD muß jede mögliche Gesprächsebene für dieses Ziel nutzen, z.B. — im Rahmen von Verhandlungen mit der DDR, um einen Stationie-

rungsverzicht von Nuklearwaffen in beiden deutschen Staaten zu vereinbaren; dies entspräche auch der spezifischen deutschen Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa.

- durch Initiativen der **BRD** bei den MBFR-Verhandlungen in Wien,
- im Rahmen einer gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz entsprechend den polnischen und französischen Vorschlägen.

Im Bereich der konventionellen Waffen:

1. Verzicht auf die im NATO-Langzeitprogramm festgelegte jährliche Steigerungsrate des Verteidigungshaushaltes, die eine der Friedenspolitik widersprechende Aufrüstungspolitik bedeutet.
2. *Reduzierung des Rüstungshaushaltes zugunsten der* Entwicklungshilfe entsprechend der Forderung der UNO.
3. Unterstützung des Vorschlages einer gesamteuropäischen Abrüstungskonferenz mit dem Ziel verbindlicher Abmachungen über
 - a) vertrauensbildende Maßnahmen,
 - b) Verzicht auf Manöver in Grenznähe,
 - c) Verzicht auf die Vergrößerung der in anderen Ländern stationierten Truppenkontingente,
 - d) Reduzierung der taktischen und eurostrategischen Waffen auf der Grundlage der Gleichheit,
 - e) Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen im Konfliktfalle.
4. Absage an jegliche Interventionstruppen und an Pläne zur Ausweitung des Geltungsbereiches der NATO.

Mittel- und langfristig wird angestrebt:

1. Schaffung militärisch verdünnter Zonen entlang der Grenzen zwischen den Blöcken und zu blockfreien Ländern,
2. Schaffung atomwaffenfreier Zonen in Europa,
3. Anmeldung und Kontrollierbarkeit bei der Entwicklung von neuen Waffensystemen mit dem Ziel des Einfrierens des technologischen Rüstungswettlaufes,
4. Verhandlungen zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten sowie zwischen NATO und Warschauer Pakt über Schritte zur Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems bei schrittweiser Auflösung der Militärblöcke.

Umwelt und Energie

68. These

Luftreinhaltung

Die Situation im Bereich der Luftreinhaltung ist durch unterschiedliche Entwicklungen gekennzeichnet. Einerseits ist die Gesamtstaubemission von 2,6 Mio Tonnen (1965) um mehr als die Hälfte im Jahre 1974 zurückgegangen. Ähnliches gilt auch für die Bleibelastung. Durch die 2. Stufe des Benzinbleigesetzes ist die Bleiemission von 11500 Tonnen (1974) auf 6200 Tonnen (1976) zurückgegangen, wovon allein 3200 Tonnen aus industriellen Anlagen stammen. In der Nähe bleiemittierender Betriebe (Nordenham, Stolberg, Krautscheid, Oker) hat dennoch die Bleiverseuchung ein bedrohliches Ausmaß angenommen.

Im Gegensatz zu den Komponenten Staub und Blei ist die Belastung durch nitrose Gase, wie sie bei jedem Verbrennungsprozeß entstehen, weiter gestiegen. Problemlösungen sind in der BRD nicht in Sicht, obwohl Minderungstechnologien in Japan bereits entwickelt wurden.

Von dieser Legion von Schadstoffen, weil weithin unbekannt und unsichtbar, wird in gegenwärtigen Gesetzesentwürfen (BlmScchG) nicht gesprochen.

Auch bei dem »Allerweltsschadstoff« SO₂ ist alles andere als eine Entlastung zu verzeichnen (1975: 3,6 Mill. Tonnen; 1980: 4,15 Mill. Tonnen). Bekannt ist eine Stagnation in der SO₂-Emission. Wenn trotzdem die Luft über den Ballungszonen »schwefelfreier« geworden ist, so liegt dies nur darin, daß das Schwefeldioxyd über höhere Schornsteine lediglich besser verteilt wird. So ist konsequenterweise auch in den Reinluftgebieten wie Schwarzwald, Nordseeküste und Sauerland ein Ansteigen der SO₂-Konzentrationen zu verzeichnen.

Selbst wenn unverzüglich die Belastung der Umwelt mit toxischen und persistenten Schadstoffen gestoppt würde, reichen die bereits vorhandenen und mittlerweile allgegenwärtigen Schadstoffe aus, um uns in den nächsten Jahren erhebliche ökologische, vor allem aber auch gesundheitliche Sorgen zu bereiten. Auch wenn die Grenzwerte gesenkt würden, hätte es doch nur eine kurze Atempause zur Folge. So ist langfristig bei Zulassung selbst geringer Bleibelastungen der Luft (250 Mikrogramm pro Quadratmeter und Tag) wegen des fehlenden Abbaus dieses Stoffes damit zu rechnen, daß nach etwa 300 Jahren der Boden der gesamten BRD so stark mit Blei belastet ist, daß darauf keine Nahrungsmittel mehr produziert werden dürften.

Forderungen zur Luftreinhaltung

Einen wesentlichen Beitrag zur Reinhaltung der Luft wird weiterhin die Reduzierung der Kraftfahrzeugemissionen liefern müssen, um insbeson-

dere die erhebliche Belastung durch Stickstoffoxyde, organische Kohlenwasserstoffe und Kohlenmonoxyd, in den verkehrsreichen Stadtgebieten zu senken. Bei Einführung bereits entwickelter Abgasreinigungstechnologien lassen sich die Abgaswerte gegenüber dem heutigen Stand noch drastisch reduzieren. Ein Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs zu Lasten des Individualverkehrs wird gleichfalls eine wesentliche Umweltverbesserung mit sich bringen. — Mittelfristig wird die Hauptsorge der Sanierung unserer Ballungsgebiete zu gelten haben. Das wichtigste Instrument ist die Ausweisung von Belastungsgebieten und die Erstellung weiterer Luftreinhaltepläne mit folgenden Maßnahmen:

- Einhaltung des Standes der Technik zur Emissionsminderung
- Umstellung auf emissionsarme Roh- und Brennstoffe
- Einführung neuer, emissionsarmer Technologien
- Stilllegung emissionsintensiver Anlagen
- Darüber hinaus ist Vorsorge gegen die Umweltbelastung zu treffen, die durch die schon in naher Zukunft unausweichliche verstärkte Nutzung heimischer Energieträger entstehen kann. Die Festlegung einer Rechtsvorschrift für Großfeuerungsanlagen ist notwendig, um den modernsten Stand der Technik ausschöpfen zu können und somit eine Verschlechterung der Luftqualität zu verhindern.
- Eine Störfall-Verordnung, in der Risikoanalysen vorgeschrieben werden und eine sofortige Meldepflicht bei Störfällen verankert wird, soll dazu beitragen, daß das Risiko durch gefährliche Prozesse in Chemieanlagen für die Nachbarschaft, insbesondere in dicht besiedelten Gebieten, auf ein Minimum reduziert wird.
- In den nichtbelasteten Gebieten wird es darauf ankommen, die dort noch intakten Ökosysteme zu erhalten, insbesondere die empfindlichere Pflanzen- und Tierwelt vor Schädigung und Zerstörung zu bewahren. In bisher noch wenig belasteten Gebieten soll eine Verschlechterung durch Festlegung besonders strenger Immissionsgrenzwerte vermieden werden. Dieses Konzept ist unverzichtbar, wenn die noch vorhandenen intakten Ökosysteme langfristig gerettet werden sollen. Dadurch kann insbesondere auch eine Umverteilung der Schadstoffe durch eine Strategie der langen Schornsteine, der Standortzentralisierung und der Problemverlagerung von der Luft ins Wasser oder in den Abfall vermieden werden.
- Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden für eine bundesweite Vereinheitlichung der Meßmethoden und der zu beurteilenden Belastungsfaktoren, ebenso für eine Koordinierung der parallel, aber nicht kongruent laufenden Länderaktivitäten und Maßnahmen des Bundes.
- Es sind Wirkungskataster, insbesondere ein bundesweites Krebskataster, zu erstellen.

- Die gesetzlichen Vorschriften zur Emissionsbegrenzung sind dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechend fortlaufend fortzuschreiben, insbesondere sind krebserregende Schadstoffe in die Technische Anleitung Luft mit drastisch reduzierten Grenzwerten aufzunehmen.

Ein Ausbau der Überwachung und Kontrolle der emissionsrelevanten Prozesse muß diese Maßnahmen begleiten. Die Immissionsschutzabteilungen der Unternehmen sind in staatlicher Regie zu führen. Dabei sind gewerkschaftliche Mitbestimmungs- und Kontrollrechte zu schaffen.

69. These

Umweltchemikalien

Die Risiken der chemischen Produktion, denen die Arbeiter am Arbeitsplatz, die Bevölkerung in der Nachbarschaft zu Chemiefabriken und über die Anreicherung von Schadstoffen in der Nahrung ausgesetzt sind, haben ein bedrohliches Ausmaß angenommen. In den letzten zwanzig Jahren

- hat sich die Anzahl der offiziell anerkannten krebserzeugenden Arbeitsstoffe in exponentieller Entwicklung verzwanzigfacht;
- ist durch die Erweiterung der Kapazitäten und die Konzentrierung von Anlagen in der Nähe von Wohngebieten die Belastung und das Gefahrenpotential ständig mitgewachsen;
- hat die Anzahl und das Ausmaß von Chemikalien in unseren Nahrungsmitteln zugenommen.

Nach Schätzungen des amerikanischen Gesundheitsministeriums sind 15% aller Krebserkrankungen bei Männern und 5⁰/₁₀ aller Krebserkrankungen bei Frauen auf berufliche Einwirkungen zurückzuführen. Und das heißt, daß ca. 1,2 Millionen der Bevölkerung der BRD an Krebs erkranken werden, *der seine* Ursache in krebserzeugenden Arbeitstoffen wie Asbest, Benzol, Vinylchlorid o.ä. hat.

Die Unternehmerstrategie, nicht die Ursachen zu beseitigen, sondern die Gesundheitsschäden des Arbeiters bewußt in Kauf zu nehmen, wird darin deutlich, daß man bei Produktionsprozessen, bei denen mit krebserzeugenden Stoffen umgegangen wird, vornehmlich Arbeiter über 45 Jahren einsetzen will, die dann wegen •der langen Latenzzeit von Krebserkrankungen deren Ausbruch im erwerbsfähigen Alter ohnehin nicht erleben würden. Bezeichnend für die Rückständigkeit des bundesdeutschen Arbeitsschutzes sind die bis um das Hundert fache höheren maximalen Arbeitsplatzkonzentrationen (MAK) gegenüber sowjetischen Werten. Dies war ein Grund für die österreichische Regierung 1980 von der seit zwanzig

Jahren geübten Praxis, nämlich bundesdeutsche Werte kritiklos zu übernehmen, abzugehen. Der zweite Grund war, daß bei der MAK-Kommission der BRD die Hälfte der Kommissionsmitglieder aus den Chemiekonzernen Bayer, BASF, Hoechst und Merck kommt, in deren Laboratorien natürlich auch die MAK-Wert-Forschung betrieben wird.

Mit über 45000 verschiedenen Chemiestoffen kann heute jedermann in Berührung kommen und jährlich kommen mindestens 200 neu entwickelte Verbindungen hinzu, ohne daß diese auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen auf ihre Umwelt- und Gesundheitsgefährdung überprüft worden sind. So war es bislang an der Tagesordnung, daß Chemikalien erst nach jahrzehntelangem Gebrauch als krebserregende Substanzen identifiziert wurden, in der Regel nach leidvollen Erfahrungen der Arbeiter, die diesen Stoffen ausgesetzt waren.

Die Überschwemmung mit immer neuen und immer mehr chemischen Verbindungen bringt eine Vielfalt weiterer Probleme mit sich, denn die Syntheseprodukte müssen ja in irgendeiner Form auch wieder verschwinden. Chemikalien pflegen sich nicht in Luft aufzulösen. Ein wesentlicher Teil gelangt vollständig, oder in seine oft nicht minder gefährlichen Bestandteile zerlegt, in die Luft, ins Wasser und in den Boden. Von der Langlebigkeit von Chemikalien (Persistenz) und ihrer Fähigkeit, sich in der Nahrungskette anzureichern (Bioakkumulation) sind wir hierzulande besonders betroffen: Untersuchungen der Bundesanstalt für Milchforschung ergaben, daß über 90 % aller Muttermilchproben in der BRD beanstandet werden müßten, wenn man sie nach den für Trinkmilch geltenden Bestimmungen beurteilen würde.

Folgende Forderungen sind zu stellen:

Kommissionen wie die MAK-Kommission, an der bislang nicht ein einziger Vertreter der Gewerkschaften teilnehmen darf, sind von den Gewerkschaften mit zu besetzen.

Werksärztlicher Dienst ist unter gewerkschaftliche Kontrolle zu bringen. Arbeitsverweigerungsrecht für Arbeiter, die mit ungeprüften Chemikalien umgehen müssen.

Führung eines Gesundheits- und Belastungspasses für Arbeiter durch den gewerkschaftlichen Werksarzt, in dem alle schädlichen Stoffe vermerkt werden, mit denen ein Arbeiter in seinem Berufsleben umgegangen ist.

Einführung eines behördlichen Zulassungsverfahrens für einzelne besonders verdächtige Stoffklassen.

Einführung einer angemessenen Frist zwischen der Anmeldung eines neuen Stoffes bei der zuständigen Meldebehörde und seiner Auslieferung an den Handel.

Schrittweise Prüfung aller bereits auf dem Markt befindlichen Stoffe auf mögliche Umweltgefährdung.

Einführung einer Anmeldepflicht auch für solche Stoffe, die jährlich in weniger als 1 Tonne produziert werden.

Schaffung eines flexiblen Eingriffsinstrumentariums, das die sofortige Einschränkung oder das Verbot der Produktion oder Verteilung eines bereits angemeldeten gefährlichen Stoffes vorsieht.

Aufhebung des Betriebsgeheimnisses für umwelt- und gesundheitsrelevante Daten und jährliche Herausgabe einer Umweltchemikalienliste, in der alle Daten zur Beurteilung eines Stoffes durch den Verbraucher enthalten sind.

Verbot der Werbung für Arzneimittel.

70. These

Gewässerschutz und Abfallbeseitigung

Im Bereich der Wasserwirtschaft und der Gewässerreinigung hat sich die Lage zumindestens zwischen 1968 und 1977 nicht entscheidend gebessert. In vielen Bereichen ist die Lage kritischer geworden. Die Belastung der Oberflächengewässer durch leicht abbaubare Stoffe ist zwar zurückgegangen, die Belastung der Gewässer durch schwer abbaubare organische Substanzen und Schwermetalle industrieller Herkunft ist jedoch nahezu unverändert. Über die Trinkwassergewinnung können diese Stoffe eine Bedrohung der menschlichen Gesundheit darstellen.

Nach der von der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser 1976 herausgegebenen Gewässergütekarte müssen die meisten größeren Flüsse immer noch in die Kategorie »kritisch belastet« bis »stark verschmutzt« eingeordnet werden.

Besonders überlastet sind die Gewässer in industriellen Ballungsgebieten, vor allem im Niederrheingebiet, im Unterraingebiet, im Raum Mannheim/Ludwigshafen (Rhein) und Stuttgart (Neckar). Unabsehbar sind auch die Gefahren, die dem lebenswichtigen Grundwasser durch giftige Abfälle drohen. Experten schätzen, daß aus den tausenden noch bestehenden wilden Deponien in der Bundesrepublik erhebliche Mengen gefährlicher Stoffe wie Zyanide, Chloride, chlorierte Kohlenwasserstoffe und andere grundwasserbelastende Stoffe wie Schwermetalle, ins Grundwasser gelangen. Es werden beim Lagern, Umschlag und Transport brennbarer Flüssigkeiten jährlich mehr als 2000 Schadensfälle im Durchschnitt registriert. Dabei gelangen mehr als 3 500 Tonnen ins Grundwasser.

Außerdem sind die Gefahren für das Grundwasser, die von der intensiven landwirtschaftlichen Düngung ausgehen, nicht zu unterschätzen. Ein nicht unerheblicher Teil der Agrochemikalien nimmt seinen Weg dorthin. Die Verunreinigung des Wassers in Trinkwasserbrunnen durch Nitrat ist vielerorts über den medizinisch tolerierbaren Grenzwert angestiegen.

Die Meeresverschmutzung, besonders im Bereich der Küstengewässer, hat erheblich zugenommen. Vorwiegend sind daran organische Stoffe wie Pestizide, Mineralöle, Detergentien, Petrochemikalien und Schwermetalle (Kadmium, Quecksilber, Blei) beteiligt. Die Nordsee ist besonders betroffen durch die Verklappung von chemischen Abfällen in großem Stil. An dieser Situation haben bis jetzt auch verschiedene Abkommen zum Schutz des Meeres vor Verunreinigungen (Oslo 1972, London 1973, Paris 1974) im wesentlichen nichts ändern können.

Der Mengenzuwachs im Bereich der öffentlichen Wasserförderung für den Produktions- und Reproduktionsbereich hat im wesentlichen nur durch eine verstärkte Gewinnung des kostbaren Grundwassers (absolute Zunahme um ein Drittel) erreicht werden können. In Ballungsgebieten ist man allerdings an die Grenzen der Fördermöglichkeiten angelangt, da ein drastisches Absinken des Grundwassers mitunter schon zu ökologischen Schäden geführt hat. Gefahren drohen der Grundwasserentnahme zusätzlich durch die Bebauung von Grundwassererneuerungsflächen durch Siedlungen, Parkplätze und Straßen. Immer weniger Wasser versickert so in den Untergrund.

Differenziert stellt sich die Wassergewinnung im Bereich der Oberflächengewässer dar. Vielerorts ist aufgrund der zunehmenden Gewässerverunreinigung eine weitere Nutzung nicht mehr tragbar gewesen. Dies hat sich in einer deutlichen Verminderung der Fördermengen von uferfiltriertem Grund- und Flußwasser niedergeschlagen. Dagegen hat die Förderung von angereichertem Grundwasser sowie See- und Talsperrenwasser in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Die insgesamt zunehmende Gewässerverschmutzung erzwang auch höhere Investitionen zur Trinkwasseraufbereitung. Fast ein Drittel der Gesamtinvestitionen entfiel auf höhere Aufbereitungskosten. Darin eingeschlossen sind Aufwendungen für den Ausbau von Fernwassersystemen aus Mangel an verbrauchsnahen Grundwasservorkommen.

Durch staatliche Schwerpunktprogramme sind unbestreitbar gewisse Verbesserungen der Wasserqualität für leicht abbaubare Stoffe und Phosphate in Rhein und Bodensee erreicht worden.

Gegenüber 1969 haben heute fast 65% der Gemeinden die biologische Abwasserbehandlung eingeführt. Damit ist vor allem die Reinigung der Haushaltsabwässer erreicht worden. Vom industriellen Bereich her überwiegen im Abwasser die schwer abbaubaren Schadstoffe. Hauptverursacher ist hier die chemische Industrie, die Zellstoff- und Papierindustrie sowie die mineralölverarbeitende Industrie. Diese Produktionsbereiche zählen neben dem Bergbau, der Eisen- und Stahlindustrie und der Nahrungsmittelindustrie zum Kernbereich der Abwasserverschmutzer.

Die Entlastung der Gewässer von schwer abbaubaren und zu allermeist toxischen Schadstoffen und Schwermetallen industrieller Produktion wird

zunehmend dringlicher. Ihre Langzeitwirkungen einzeln oder im Zusammenwirken auf Mensch, Tier und Pflanze sind vielfach noch nicht abzuschätzen.

Gemessen an *ihren* Profiten, gingen die Investitionen im Bereich der Gewässerreinigung von 1974 bis 1978 von 474 Mio auf 250 Mio DM zurück. Dabei sind diese Kosten noch nicht einmal inflationsbereinigt. Dies ist eine der Hauptursachen für die anhaltende Misere im Gewässerbereich.

Forderungen zum Gewässerschutz:

— Ausbau der Gewässerüberwachung, Überführung der betriebsinternen Abwasserreinigung und Kontrolle in staatliche Hand.

Strikte Anwendung des Verursacherprinzips und Verschärfung des Abwasserabgabengesetzes durch höhere Gebührensätze und niedrigere Grenzwerte.

Erhöhter Einsatz der biologischen und chemischen Kläranlagen.

Abschaffung der bislang vorliegenden Einschränkung, daß Wasserbehörden keine Auflagen für innerbetriebliche Maßnahmen vorschreiben können. Schaffung von Gesetzen, die abwasserarme Technologien erzwingen.

Erhebung von progressiven Gebühren für die bislang kostenlose Entnahme von Grundwasser durch Brunnen auf Werksgelände.

1979 lag das gesamte Abfallaufkommen der BRD bei etwa 166 Mio, Tonnen. Davon entfielen etwa 18 Mio Tonnen auf Hausmüll und etwa 120 Mio Tonnen auf den Produktionsbereich. Während der größte Teil

der Abfaller relativ problemlos zubeseitigen ist, ist dies für diegesundheits-, luft- oder wassergefährdenden, explosiven oder brennbaren Sonderabfälle nicht möglich. Diese gefährlichen Abfälle lagen 1975 bei ca. 3 Mio Tonnen. Hierbei handelt es sich überwiegend um Produktionsrückstände der chemischen Industrie, daneben aber auch um radioaktive Abfälle und andere gefährliche Rückstände.

Für die Beseitigung eines ganz erheblichen Teils dieser Abfälle stehen die geeigneten Beseitigungsanlagen noch nicht zur Verfügung. In großem Umfang werden chemische Abfälle in Gewässer geleitet oder in der Nordsee verklappt. So hat der Chemiekonzern Merck auf dem eigenen Werksgelände 100000 Tonnen toxischen Mülls vergraben. Für eine schadlose Beseitigung in einer Untertagedeponie hätten 140 DM/Tonne ausgegeben werden müssen. Nicht die Sorge um die Umwelt, sondern der Profit diktiert das Geschehen.

In großem Stil sind die Sonderabfälle in zahllosen — u.a. »wilden« — Deponien abgelagert worden. Wenngleich auch durch Einführung des Abfallbeseitigungsgesetzes von 1972 die Zahl der betriebenen Deponien von einst 50000 auf heute 5000 zurückgegangen ist, so sind

doch diese alten Deponien, mit ihren oftmals gefährlichen Ablagerungen bestehen geblieben und heute oft nicht einmal mehr bekannt. Dies ist mit großen Gefahren für das Grundwasser verbunden. Durch Auslaugung (Regenwasser) der Deponien gelangen dann giftige Schwermetalle und Organochlorverbindungen ins Grundwasser.

Aufgrund der gestiegenen Hausmüllmengen (1971 ca. 14 Mio Tonnen, 1979 ca. 18 Mio Tonnen) wird zur Beseitigung neben der geordneten Ablagerung auf Deponien in verstärktem Umfang die Müllverbrennung herangezogen. So stieg die Zahl der Verbrennungsanlagen von 1976 bis 1980 von 26 auf 44 Anlagen. Da in den meisten keine geeigneten Abgasreinigungsanlagen eingebaut sind, werden nun in großem Umfang Stäube und giftige Abgase in die Luft geblasen.

Forderungen im Abfallbereich:

Erforschung, Entwicklung und Ausbau biotechnologischer Produktionsweisen. Entwicklung abfallarmer Produktionstechnologien.

- Beschleunigte Erforschung der Möglichkeiten zur Wiederverwendung aufgearbeiteter Abfallstoffe in großem Umfang. Förderung der Rückstands- und Abfallverwertung durch staatliche Auflagen.
- Keine Genehmigung von Produktionsanlagen, bei denen nicht nachgewiesen werden kann, daß eine ordnungsgemäße und schadlose Beseitigung erfolgt.

Übernahme der Abfallbeseitigung in Staatsregie.

Verbot der Ein- und Ausfuhr von Sonderabfällen.

Beschleunigte Errichtung von Sondermülldeponien unter ständiger staatlicher, wissenschaftlicher Kontrolle.

Sofortige Verbringung bestehender, gefährlicher Müllablagerungen in Sonderdeponien.

- Sofortige wirksame Einschränkung der Verbringung von Sonderabfällen (insbes. Chemie- und Atommüll) auf die Hohe See mit dem Ziel des völligen Verbots.

Anwendung des Verursacherprinzips auf Abfallproduzenten. Ihnen sind grundsätzlich alle Kosten einer geordneten Beseitigung anzulasten.

- Gesetzliches Verbot von Einwegpackungen und Durchsetzung von Auflagen für die Verpackungsindustrie zur Eindämmung unnötigen Verpackungsaufwandes (Energie- und Rohstoffeinsparung).

Gesetzliche Regelungen zur Festlegung eines Mindesteinsatzes von Altstoffen im Produktionsprozeß.

Entwicklung emissionsarmer Beseitigungsanlagen für Müll und Sonderabfälle.

- Bei der Einrichtung neuer industrieller Produktionsanlagen ist die betriebseigene Abfallbeseitigung und Wiederaufbereitung nach dem neu-

esten Stand von Wissenschaft und Technik vom Produzenten vorzunehmen. Dies gilt insbesondere für die chemische Industrie, Farben und Lacke verarbeitende Konzerne.

- Rücknahme ungenutzter Pharmaka durch die Pharmaindustrie mit der Auflage schadstoffloser Beseitigung.

Die Behandlung des Abfallproblems und der Gewässerreinigung kann keinesfalls nur in Form effizienter Beseitigungs- und Verminderungsstrategien gesehen werden. So stellt der Betrieb von Entsorgungsanlagen für beide Problembereiche vielfach selbst eine Quelle von Zusatzemissionen dar (Klärschlämme mit Rückständen giftiger Schwermetalle, giftige Abgase aus Müllverbrennungsanlagen, etc.). Oft bedeutet so die Entsorgung nur eine Verlagerung ökologischer Probleme auf geringer belastete Umweltbereiche (z.B. die Verbringung von Chemieabfällen auf die Hohe See).

Für eine sinnvoll betriebene Abfallwirtschaft muß daher die Frage der größtmöglichen Rückgewinnung von Rohstoffen und technischen Rohprodukten im Mittelpunkt stehen. Wirksamer Gewässerschutz setzt neben dem Ausbau biologischer und chemischer Reinigungsanlagen vor allem bereits im Produktionsbereich an. Hierbei geht es primär um die schnellstmögliche Einrichtung betriebsspezifischer Anlagen zur Rückgewinnung und Wiedergewinnung abwasserschädlicher und belastender Stoffe. Daneben muß die Entwicklung schadstoff- und abwasserarmer Produktionstechnologien vorangetrieben werden. Die auf dem Stand dergewöhnlichen Grundlagen von Technik und Wissenschaft möglichen Lösungen der Rohstoff-, Abfall- und Gewässerschutzprobleme sind noch relativ begrenzt. Weiterführende Lösungen sind nur im Rahmen tiefgreifender Umwälzungen des gesamten Produktivkraftsystems möglich. Die Entwicklung der Biotechnologie sowie eine umfassende Biologisierung der Produktionsweise werden hierbei eine wichtige Rolle spielen.

71. These

Atomenergie und Atompolitik

Die Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomenergie wird in der Bundesrepublik vor allem mit Umweltschutzargumenten geführt. Hier soll versucht werden, ein kernenergiefreies Modell der Stromversorgung mehrfach zu begründen:

- betriebs- und volkswirtschaftlich;
- sicherheitstechnisch;
- ökologisch;
- entsorgungstechnologisch;
- gesellschaftspolitisch.

Die weit verbreitete Annahme, Kernkraftwerke (KKW) seien betriebs- und volkswirtschaftlich »rentabler« als konventionelle Kraftwerke, ist seit Jahren in den USA und neuerdings auch in der BRD widerlegt worden. Die ökonomische Rentabilität besagt, daß die Stromerzeugungskosten unterschiedlicher Kraftwerkstypen auf der Basis »Pfennig pro kWh« errechnet und verglichen werden. Die energetische Rentabilität besagt, daß die Beziehungen zwischen Gesamtenergieaufwand und -ertrag von Kraftwerkstypen errechnet und verglichen werden. Die ökonomische Rentabilität von KKW ist selbst in der bürgerlichen Fachliteratur höchst umstritten. Unbestritten ist hingegen die energetische Überlegenheit von konventionellen Kraftwerken. Ein Kohlekraftwerk liefert — je nach Bauweise — 7 bis 14 mal mehr Energie als zu seiner Herstellung nötig war; ein Siedewasserreaktor, den nicht nachweisbaren Fall optimaler Betriebszeit (Jahreslaststunden) unterstellt, jedoch nur das 4,8fache.

Vor diesem Hintergrund erweist sich das Argument, KKW seien nötiger zur Stromerzeugung als Kohlekraftwerke, als wenig beeindruckend. Je größer der KKW-Zubau, desto größer die Energieverschwendung.

Die sicherheitstechnische Debatte ist durch den Harrisburg-Störfall doppelt belebt worden: Zum einen zeigte sich, daß die Reaktorsicherheit in sich selber unsicher bleibt und zum anderen erweisen sich die Warnungen vor den Auswirkungen militärischer oder terroristischer KKW-Beschädigungen als überaus plastisch. In einer Situation, in der Westeuropa durch modernisierte Atomwaffen und Neutronenbomben sicherheitspolitisch immer mehr gefährdet wird, stellen die KKW ein unerträgliches Sicherheitsrisiko dar. Im Kriegsfall sind nicht nur die produzierenden KKW, sondern auch die geplanten Wiederaufbereitungsanlagen (WAA) ein Risikopotential, das nur noch in den Kategorien Genozid (Völkermord) und Ökozid beschreibbar ist.

Zu den sicherheitstechnischen Vorbehalten-gegen KKW gehört nicht zuletzt der Verweis auf den ursächlichen technologischen Zusammenhang von WAA — Plutoniumproduktion — Atomwaffen. Gerade auf diesen Zusammenhang machte der DGB zuletzt aufmerksam in seinem Beschluß vom Mai 1978. Die Existenz von »technisch-physikalischen Barrieren, um die Verwendung des spaltbaren Materials zu Zwecken der Rüstung zu verhindern«, gehört zu den vom DGB geforderten Genehmigungs-Essentials für KKW!

Wir kennen keinen Typ von KKW oder WAA, die nicht systemnotwendig ökologische Probleme verursachen. Bekannt sind die Beseitigungspro-

bleme der ersten KKW-Ruinen in Bayern und Niedersachsen. Auch bei störfreiem Betrieb verändern Nuklearanlagen den Wasser-, Boden- und Lufthaushalt. Zur negativen Veränderung des Luft- und Klimazusammenhangs tragen allerdings auch Kohlekraftwerke bei. Deshalb ist mittel- und langfristig, vor allem unter dem Gesichtspunkt der Industrialisierung der 3. Welt, eine Energiepolitik in der BRD zu realisieren, die Teile des Kohlekraftwerksparks durch alternative, regenerierbare Energiequellen und dezentrale-regionale Verteilungssysteme ersetzt.

Da die westdeutsche KKW-Industrie und die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) erst mit 20jähriger Verspätung begannen, Entsorgungskonzeptionen zu entwickeln, hat sich die Entsorgungsproblematik gleichsam naturwüchsig verschärft. Die erst am 28.2.1977 gegründete Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) hat zwar als Unternehmensziel die Planung und Errichtung sowie Betrieb »des deutschen Entsorgungszentrums«, ist aber nicht für die Endlagerung radioaktiver Abfälle zuständig. Die soll der Staat übernehmen! Weil nach der Gorleben-Entscheidung der niedersächsischen CDU-Regierung »das deutsche Entsorgungszentrum« kaum mehr realisierbar ist, sollen jetzt mehrere Entsorgungszentren gebaut werden. Inzwischen sollen eine Reihe von Zwischenlösungen die entstandenen Schwierigkeiten lösen: Konzepte der »Zwischenlagerung« statt Gorleben-Konzept, also sogenannte »Langzeitzwischenlager«, oberirdische Naß- und Trockenzwischenlager und Kompaktlager innerhalb des KKW. »Entsorgungs«angebote dieser Art mögen zwar Beiträge zur Lösung selbst produzierter Sachzwänge sein, aber keine zur Sicherheitsproblematik, die von der Bevölkerung akzeptiert werden können.

Da die Entsorgungsproblematik schon aus technischen und administrativen Gründen innerhalb der nächsten 10 bis 20 Jahre nicht gelöst werden kann, ihre Gefährdungsdynamik aber ständig weiter wirkt, ist die einzig rationale Konsequenz, daß die KKW beim jeweils nächsten Störfall mit Abschaltungsfolge solange stillgelegt werden, bis sie konventionell umgerüstet worden sind.

Die Entwicklung eines kernenergiefreien Strom-Szenarios kann nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer grundsätzlich revidierten nationalen und internationalen Energiepolitik sein. In diesem Zielkonflikt zwischen herrschenden und alternativ-sozialistischen Energieversorgungs- und -verbrauchskonzepten spielt die Erforschung, Erprobung und der volkswirtschaftliche Einsatz alternativer, d.h. sozial- und umweltverträglicher Energiesysteme eine große Rolle.

Die bislang von der CSU/CDU und der sozialliberalen Koalition politisch begründeten Milliarden-Subventionen für die Forschung und Entwicklung der Nukleartechnik haben die Start- und Durchsetzungschancen (Marktreife) alternativer Technologien entscheidend behindert. Dadurch

wurden die vom Atom-Kapital und von den EVU geschaffenen Sachzwangssysteme politisch legitimiert und finanziell abgesichert. Die viel gepriesenen »Optionen«, die es offenzuhalten gelte, gibt es real noch gar nicht. Erst eine schnelle und gründliche Umorientierung in der staatlichen Forschungs- und Entwicklungspolitik zugunsten alternativer Energieträger und -systeme schafft Bedingungen, die Optionen zulassen.

Die energiepolitische Tendenzwende in der BRD ist nicht nur abhängig von der Intensivierung der innenpolitischen Energie-Auseinandersetzung, sondern auch entscheidend bestimmt durch die internationalen Fort- oder Rückschritte bei notwendigen Vereinheitlichungsbemühungen. Lehrreich sind Einsichten und Schlußfolgerungen, die innerhalb der Anti-KWW-Bewegung in den vergangenen Jahren vorgelegt wurden. Gleichwohl ist es sinnvoll, den Kampf um ein demokratisches Energie-Versorgungs- und -Verteilungssystem in der BRD zu beginnen, weil, analog zum Niedergang der US-Atombranche, das »Deutschland-Modell« nachhaltige Rückwirkungen auf die internationale Nuklear-Entwicklung haben wird. Der Zusammenhang von US-Atompolitik — BRD-Atomkapital — Brasiliengeschäft verweist empirisch auf solche Wechselwirkungen.

Die größten Schwierigkeiten werden sicherlich durch den Systemgegensatz vermittelt. Die unkalkulierbaren gesellschaftspolitischen Gefahren können nur verringert werden, wenn die westeuropäischen und nordamerikanischen Energieprogramme mit denen der sozialistischen Staaten abgestimmt werden. Im Rahmen sowohl der Helsinki-Nachfolgekonferenzen wie der ECE (Economic Commission for Europe der UNO) ist diese Koordinierung möglich. 1980 wird z.B. in Genf im Rahmen der ECE die erste gesamteuropäische Energiekonferenz stattfinden.

Energiepolitik muß Bestandteil der Entspannungspolitik werden. Ziel einer solchen Politik könnte die Schaffung eines gesamteuropäischen Energieverbundsystems sein, das ohne Kernenergie auf der Basis konventioneller (fossiler) und alternativer Energieträger organisiert wird. Vor diesem Hintergrund gewinnt das von der Bürgerinitiativ-Bewegung geltend gemachte Argument hervorragende Bedeutung, wonach die Atomtechnologie sozial-feindliche Auswirkungen habe: Ein gesamteuropäisches Energieverbundsystem auf nicht-nuklearer Basis würde Frieden fördernde Rückwirkungen auch auf die militärischen Sicherheitspolitiken haben. Ansatzpunkte könnten die Ergebnisse der ersten gesamteuropäischen Umweltkonferenz der ECE in Genf vom November 1979 liefern.

72. These**Neue Weltwirtschaftsordnung**

Die »Alte Ordnung« der Weltwirtschaft, gegen die sich die Forderung der Entwicklungsländer nach einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung« richtet, ist aus der Sicht der unterentwickelten Länder eine imperialistische Weltordnung, die Mitte des vorigen Jahrhunderts als weltumspannendes System einer von den nördlichen Industrieländern beherrschten ungleichen Weltarbeitsteilung entstand. Während die westeuropäischen Nationalstaaten und die USA hinter hohen Zollschränken mit massiver staatlicher Hilfe auf der Basis billiger Rohstoffe aus Übersee die Grundlagen ihrer ökonomischen Souveränität durch eine forcierte Industrialisierung legten, wurden die Länder oder Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas mit ökonomischem Druck und, politischer Gewalt auf die Rolle von Exporteuren billiger Rohstoffe und Lebensmittel und von Importeuren verarbeiteter Waren aus den Industrieländern reduziert.

In Afrika und einigen Teilen Asiens verwandelte das imperialistische Kolonialsystem die vorkolonialen Stammes- oder Staatsgesellschaften durch Zwangsarbeit und Zwangsbesteuerung in koloniale Plantagen- oder Bergbauwirtschaften mit Massenverelendung und politischer Rechtlosigkeit. In Lateinamerika und großen Teilen Asiens reichte der »sanfte« Zwang der britischen Flotte und der ökonomische Druck der englischen Bank- und Handelshäuser aus, um die einheimischen Großgrundbesitzer für eine Spezialisierung ihrer politisch unabhängigen Länder an der Produktion von Rohstoffen und Lebensmitteln zu »interessieren«. Diese einseitige Spezialisierung auf wenige unverarbeitete Exportprodukte und wenige Abnehmerländer wurde nach 1980 den Kolonien, Halbkolonien und ökonomisch abhängigen Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika zum Verhängnis. Während die westeuropäischen Nationalstaaten auf der Basis billiger Rohstoffe aus Übersee eine Epoche dynamischer Industrieentwicklung mit steigender Beschäftigung und steigenden Reallöhnen einleiteten, kam es in den Kolonien und Halbkolonien zwar teilweise zu Phasen hohen Exportwachstums, eine eigenständige Industrieentwicklung auf breiter Basis wurde aber durch die strukturelle Gewalt der kolonialen Verhältnisse verhindert. Durch die mehr oder minder gewaltsame Eingliederung der heutigen Entwicklungsländer in eine auf Ungleichheit und Dominanz der Industrieländer beruhende Weltwirtschaftsordnung wurden die für Unterentwicklung typischen Strukturen geschaffen, die heute noch die sozialökonomische Entwicklung dieser Länder extrem behindern (einseitige Ausrichtung auf Rohstoffexporte, fehlende oder ungenügend entwickelte Industrie, entwicklungshemmende Sozialstrukturen).

Ausdruck der systematischen Benachteiligung der heutigen Entwicklungsländer durch die internationale Arbeitsteilung war die seit 1880 nach-

weisbare Tatsache, daß sie für ihre Rohstoffe und Lebensmittel aufgrund kolonialer Preisfestsetzungen und Beherrschung der Rohstoffmärkte durch wenige Rohstoffkonzerne aus den Industrieländern nur Niedrigpreise erzielen konnten, während die europäischen Handelshäuser steigende Preise für Industrieprodukte beim Import in die Kolonien und Halbkolonien durchsetzen konnten. Die politische Unabhängigkeit, die die Kolonien nach dem 2. Weltkrieg aufgrund der Schwäche der alten Kolonialmächte und aufgrund militanter Befreiungsbewegungen erreichen konnten, beseitigte häufig nicht die einseitige Exportausrichtung und wirtschaftliche Abhängigkeit von den Industrieländern (Neokolonialismus). Nur wenigen Ländern der 3. Welt gelang es, einen eigenständigen, nichtkapitalistischen oder sozialistischen Entwicklungsweg einzuschlagen. Die Initiativen zu autonomen politischen Zusammenschlüssen der unterentwickelten Länder gingen gerade von diesen Ländern aus (Blockfreienbewegung).

Die ungleichen und ungerechten Strukturen der kapitalistischen Weltwirtschaft wurden durch das weltweite Vordringen der industriellen Großkonzerne der Industrieländer nach 1960 weiter vertieft. Die beginnende Industrialisierung der Länder der 3. Welt geriet völlig unter die Kontrolle dieser Mammutunternehmen. Die Verarmung durch ungleichen Austausch wurde nun ergänzt durch eine fremdbestimmte, abhängige Industrialisierung mit teils geringen, teils negativen Beschäftigungseffekten und hohen Kapitalgüterimporten und Profittransfers. Da die ungenügend wachsenden Exporterlöse für den Import der Industrialisierungsgüter nicht ausreichten, nahmen die ausländische Verschuldung und die steigenden Schuldendienste in einem Ausmaß zu, daß die technologische durch die finanzielle Abhängigkeit ergänzt wurde. Der Handlungsspielraum der unabhängigen Entwicklungsländer, ihren eigenen Weg zu gehen, wurde dadurch drastisch reduziert. Das Einkommensgefälle zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern hat sich in den letzten 40 Jahren von 1:7 auf 1:14 erhöht. Die aus der Zeit des Kolonialismus herrührende »alte« Weltwirtschaftsordnung ist daher alles andere als eine freiheitliche marktwirtschaftliche Ordnung, die durch Freihandelspolitik und harmonischen Interessenausgleich den Wohlstand aller beteiligten Nationen fördert. Für die Entwicklungsländer hat sie sich vielmehr als eine von staatlichem Zwang der Industrieländer und Preisdiktaten der Großkonzerne gekennzeichnete imperialistische Weltordnung erwiesen, die zur einseitigen Bereicherung der kapitalistischen Industrieländer und zur Verarmung und Abhängigkeit der Entwicklungsländer geführt hat.

73. These

Die Rolle der Bundesrepublik

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Ländern der 3. Welt werden seit 1968 in immer stärkerem Maße nicht mehr vom Waren-, sondern vom Kapitalexport bestimmt. Dabei geht es vornehmlich um die Sicherung des Absatzes in den höher entwickelten Entwicklungsländern, die ihre entstehenden Industrien durch Zollschränken gegen die Importkonkurrenz zu schützen versuchen. Die dadurch ermöglichten Extraprofite führen dazu, daß auch Produktionen für den Re-Export in die BRD in zunehmendem Maße verlagert werden (VW-Motoren aus Brasilien). Diese oft ohne direkte Betriebsstillegungen erfolgenden Verlagerungen von Investitionen ins Ausland sind ökonomisch weitaus bedeutsamer als Arbeitsplatzverlagerungen in den arbeitsintensiven Industriezweigen der Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Produktionsverlagerungen in Niedriglohnländer, die heute nur etwa 10 Prozent der BRD-Kapitalanlagen in Entwicklungsländern ausmachen, würden allerdings anwachsen, wenn die Bundesregierung und die Unternehmerverbände ihr Konzept einer internen Krisenbereinigung durch internationalen Strukturwandel, d.h. durch massive Verlagerung von »fußkranken« arbeits- und rohstoffintensiven Industriezweigen in Entwicklungsländer mit niedrigen Lohn- und Rohstoffkosten in reale Politik umsetzen sollten.

Der Beitrag der bundesrepublikanischen Entwicklungshilfe, die unabhängig von Vergabeformen und z.T. wohlmeinenden Intentionen primär als Instrument der Exportförderung eingesetzt wird, hat bislang nur äußerst wenig zur Überwindung der Unterentwicklung beigetragen. Die konkrete Politik der Bundesregierung beispielsweise in der Weltbank und im Internationalen Währungsfonds beschränkt sich noch immer darauf, die liberale, auf die Herstellung eines »gesunden« Investitionsklimas gerichtete Handels- und Investitionspolitik der USA zu unterstützen. Sie unternimmt nicht einmal den Versuch, die gegen Reformregierungen in Entwicklungsländern zielenden Strategien dieser Institutionen zumindest in Teilbereichen im Sinne sozialistischer Zielsetzungen zu korrigieren. Die gleiche Dominanz der bundesrepublikanischen Exportinteressen manifestiert sich im sogenannten Nord-Süd-Dialog, in dem die Bundesregierung bislang neben den USA die Prinzipien imperialistischer Weltmarktwirtschaft gegenüber den vorgeblich freiheitsbedrohenden und dirigistischen Konzeptionen der Entwicklungsländer zu behaupten sucht.

74. These*Internationale Solidarität*

Die von den Multinationalen Konzernen beherrschte Weltwirtschaft kann die Grundprobleme unserer Zeit, die Überwindung der Unterentwicklung in der 3. Welt und die soziale Emanzipation der arbeitenden Bevölkerung in den kapitalistischen Industrieländern nicht lösen. Die gegenwärtigen Krisentendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft werden in den kapitalistischen Industrieländern zu einem massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen und einem verschärften Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen führen, wenn die wachsende Macht der Großkonzerne nicht durch eine entsprechende Gegenmacht der Lohnabhängigen eingeschränkt wird. Bedrohen die von den Großkonzernen in die Entwicklungsländer ausgelagerten Arbeitsplätze also zunehmend unsere Arbeitsplätze und unser Lebensniveau, so wird andererseits die Massenarbeitslosigkeit in den unterentwickelten Ländern durch die Verdrängung einheimischer arbeitsintensiver Betriebe eher verschärft.

Die Entwicklungsländer versuchen den Tendenzen des Weltmarktes durch Forderungen zu begegnen, die der unmittelbaren Ausbeutung entgegenwirken sollen:

- Integriertes Rohstoffprogramm (Stabilisierung der Rohstoffpreise auf einem angemesseneren Niveau durch Ausgleichslager, Finanzierungsfonds, Liefer- und Abnahmeverpflichtungen, Ausgleichsfinanzierung, Diversifizierung der Produktion)
- Indexierung (Kopplung der Rohstoffexportpreise an die Industriegüterimportpreise)
- Erleichterung des dauerhaften Zugangs zu den Märkten der Industrieländer
- Teilweise oder völlige Stundung der Schuldenlast und Verbindung der Entwicklungshilfe mit Sonderziehungsrechten bei der Weltbank, Erhöhung der Entwicklungshilfe
- Ungehinderter Zugang zu Technologien, Beschränkung des bisher praktizierten Mißbrauchs durch einen Verhaltenskodex
- Verstärkung der regionalen Zusammenarbeit untereinander
- Planung des industriellen Strukturwandels auf weltweiter Basis, um den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion bis zum Jahre 2000 auf 25 Prozent zu steigern.

Die Stärke und die Schwäche der Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung liegen darin, daß sie unter Berufung auf Ordnungsprinzipien des klassischen Völkerrechts die Ideologie der alten Weltwirtschaftsordnung nur beim Wort nehmen: die Gleichheit aller Nationen in der Weltwirtschaft, das Recht auf volle und uneingeschränkte nationale Souveränität aller Staaten (etwa das Recht auf Ver-

staatlichung ausländischen Eigentums nach nationalem Recht), das Recht auf gleiche Handelsbeziehungen zum Nutzen für beide Handelspartner, das Recht auf freie Wahl des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard für jeden (Menschenrechtskonvention von 1948). Auf der Ebene der international akzeptierten offiziellen Wertordnung sind diese Forderungen der Entwicklungsländer nur schwerlich durch die Industrieländer abzulehnen. Ein neues Element in den ordnungspolitischen Forderungen der Entwicklungsländer ist darüber hinaus das aus dem neuen völkerrechtlichen Prinzip der wirtschaftlichen Entkolonialisierung abgeleitete Recht auf Entschädigung für in der kolonialen Vergangenheit zugefügten Schaden (allgemeiner Entwicklungshilfeanspruch).

Die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung widerspricht sowohl den langfristigen Interessen der arbeitenden Bevölkerung bei uns, wie den unmittelbaren Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

Diese grundsätzliche und langfristige Interessenübereinstimmung der abhängigen Bevölkerung in den Industrie- und den Entwicklungsländern wird immer stärker sein als die unmittelbaren Interessengegensätze, die sich aus einer möglichen Beschränkung unseres Wohlstandszuwachses durch eine gerechtere Verteilung des Weltreichtums zugunsten der 3. Welt während einer Übergangsperiode des internationalen Strukturwandels ergeben.

Die meisten unterentwickelten Länder verfügen über ausreichende natürliche Reichtümer und Arbeitskräfte, die sie zur Lösung ihrer Probleme verwenden könnten, wenn diese nicht durch Auslandseinfluß und durch eine einheimische Führungsschicht auf Kosten der armen Bevölkerungsmehrheit anderen Verwendungszwecken zugeführt würden. Viele Staaten der 3. Welt werden von Brückenkopf-Eliten beherrscht, deren materielles Interesse mit dem der ausländischen Konzerne einhergeht und die — teilweise mit autoritären Unterdrückungsmethoden — ein für das Auslandskapital günstiges Investitionsklima herzustellen versuchen. Eine grundlegende Veränderung in der Herrschaftsstruktur jener Länder kann aber nur Aufgabe der betreffenden Völker sein. Der Abbau des verderblichen Einflusses unserer Großkonzerne ist jedoch unsere politische Aufgabe.

Der Kampf für eine menschenwürdige Welt in einer neuen Weltwirtschaftsordnung orientiert sich an den langfristigen gemeinsamen Interessen der abhängigen Bevölkerung in den Industrie- und Entwicklungsländern. Dabei stehen folgende Ordnungsprinzipien im Vordergrund:

- Recht auf Arbeit und angemessenes Lebensniveau bei freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung
- Recht auf nationale Selbständigkeit und Selbstbestimmung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

- politische und gewerkschaftliche Kontrolle internationaler Monopole
- gleichberechtigte und friedliche Beziehungen zwischen den Nationen (z.B. freie Verfügbarkeit über Technologien, gerechter Handel zum gegenseitigen Nutzen)
- Verwirklichung der Menschenrechte
- eine dem Solidaritätsprinzip folgende Unterstützung der bislang unterentwickelt gehaltenen Länder.

Die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung sind deshalb:

Stärkung der internationalen antiimperialistischen Bewegung durch verstärkte Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Organisationen in den Ländern der Dritten Welt, um gemeinsam neue Lösungsansätze zu finden und durchzusetzen

Unterstützung von Forderungen der Regierungen der Entwicklungsländer, die antiimperialistischen Charakter haben oder den Interessen der betreffenden Völker nutzbar gemacht werden können

Unterstützung des Kampfes um die Befreiung von jeder Form des Kolonialismus, der Rassendiskriminierung und Fremdbeherrschung

Keine Unterstützung von Privatinvestitionen in Entwicklungsländern durch die Bundesregierung

Bereits getätigte Privatinvestitionen sind öffentlich legitimer Kontrolle zu unterwerfen, so daß Privatinvestitionen auf ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Konsequenzen hin kontrolliert werden können; dieses gilt auch für die Mitarbeit von deutschen Consultings bei der Ausarbeitung und Gestaltung von öffentlich geförderten Investitionsvorhaben in Entwicklungsländern, eine Bindung der deutschen Entwicklungshilfe an deutsche Consultings ist abzubauen bzw. hinsichtlich ihrer Auswirkungen zu kontrollieren

= keine Diskriminierung der Entwicklungsländer auf dem Gebiet der Schifffahrt, des Seerechts und der Fluglinienkonferenzen

Erhöhung der Entwicklungshilfe bis 1985 auf mindestens 0,75 Prozent des Bruttosozialproduktes

Unterstützung von Erzeugervereinigungen

Ablehnung der Militär- und Ausrüstungshilfe an die 3. Welt und Überführung dieser Mittel in den Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Entwicklungshilfe nur an solche Länder, deren Regierungen nachweislich Schwerpunktbereiche durchführen, z.B. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Errichtung und Unterstützung eines arbeits- und umweltorientierten Bildungssystems, Strukturverbesserung des gewerblichen Sektors, Stärkung der Planungs- und Organisationsfähigkeit und unmittelbarer Verbesserung der Lebenssituationen mit Grundnahrungsmitteln und einfachen Konsumgütern.

75. These**Kulturpolitik**

Gegenstand sozialdemokratischer Kulturpolitik muß die Kultur in ihrer ganzen Erscheinungsbreite sein, d.h. über die Tätigkeit der traditionellen Kultureinrichtungen hinausgehend auch die schöpferische und kommunikative Tätigkeit der Bevölkerung im Stadtteil, in Betrieb und Gewerkschaft, Vereinen und Parteien, beim Sport und in der Freizeit. Zu fördernde Kulturleistungen sind also nicht nur die künstlerischen Spitzenprodukte, sondern auch die Breitenkultur vom Hobbyzirkel bis zum Kinderfest.

Kultur, auch und gerade in dieser Breite des Wortverständnisses, ist nicht klassenneutral. Die kulturellen Erscheinungen haben ihren Stellenwert und ihren Hintergrund in den Klassenauseinandersetzungen der Gesellschaft. Immer hat es in diesem Sinne eine herrschende Kultur als die Kultur der Herrschenden gegeben und andererseits eine teils bewußt unterdrückte, teils nur abgedrängte Kultur des Volkes, der Unterdrückten. In den verschiedenen Nationalkulturen ist dabei das Verständnis, die Bekanntheit und Tradition dieser beiden teils gegensätzlichen, teils von einander beeinflussten Bereiche von Kultur je unterschiedlich ausgeprägt.

In der Bundesrepublik ist die herausragende Dominanz der Unterhaltungsindustrie und die weitgehende Bestimmung kultureller Normen nach bürgerlichen Kriterien festzustellen. Eine Handvoll von Konzernen (Springer, Bertelsmann u.a.) kontrollieren die erdrückende Mehrzahl der Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftenproduktionen, d.h. die veröffentlichte politische und kulturelle Meinung. Eng verflochten hiermit sind die Interessen der Schallplatten, Ton- und Bildkassetten produzierenden Unternehmen, wie auch die ökonomisch vorherrschenden Produzenten im Filmbereich und im Show-Geschäft. Darüber hinaus steht für die nahe Zukunft der Ansturm der Verleger auf die neuen elektronischen Medien bevor.

Doch auch in der Bundesrepublik gibt es Gegenbeispiele zum herrschenden Kulturbetrieb: die sich entwickelnde Stadtteilkulturszene mancher Großstädte, die neuen Formen der Kulturarbeit in den Gewerkschaften und der Ökologiebewegung, die Arbeit linker Produzenten im Film-, Schallplatten- und Verlagsbereich, Stadtteilzeitungen und Kommunale Kinos. Zwischen der umfassenden Förderung dieser neuen kulturellen Erscheinungen wie der traditionellen Kultureinrichtungen — wenn auch unter dem Vorzeichen neuer inhaltlicher Akzente und bei Öffnung für neue wichtige Zielgruppen — und dem Kampf für die *Öffnung* des demokratischen Weges zum Sozialismus besteht eine grundsätzliche Wechselwirkung:

Förderung und Ausbau des Kulturbereichs können den Emanzipationswillen und das Selbstbewußtsein der demokratischen Kräfte stärken und in der Bevölkerung aufklärerisch wirken. So können schon unter den Be-

dingungen der herrschenden Gesellschaftsordnung Keimformen neuer umfassenderer, breiterer und reicherer kultureller Möglichkeiten für die Bevölkerung entwickelt werden. Je schöpferischer und kommunikativer die (einzelnen) Menschen in der Arbeiterbewegung sein können, desto *energischer* und engagierter werden sie für den Sozialismus kämpfen. Die notwendige demokratische Transformation des Staates braucht die Erringung von Gegenmachtpositionen für die Arbeiterbewegung in allen kulturellen Sektoren, schon um nur die reale Vielfalt der in der Gesellschaft bestehenden Positionen und Auffassungen (unter Einschluß ihres Ringens untereinander um den jeweils dominierenden Einfluß) ungehindert und prinzipiell gleichberechtigt ausdrücken zu können. Diese umfassende strategische Perspektive muß gerade dort eingebracht werden, wo die Lohnabhängigen der Kulturkonzerne und die Kulturschaffenden generell um ihre materiellen Interessen und um Mitbestimmungs-, Selbstverwaltungs- und Autonomierechte kämpfen. Es gilt, gerade die im kulturellen Bereich Tätigen als aktive Träger und Multiplikatoren für diesen Demokratisierungsprozeß zu gewinnen.

Demgegenüber wird die vollständige Verwirklichung einer sozialistischen Kulturpolitik erst unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen möglich sein. Durchgreifende demokratische Reformen in den öffentlichen Haushalten — z.B. effektivere Nutzung vorhandener Ressourcen durch Demokratisierung der Wirtschaft —, im Medienbereich — z.B. durch Vergesellschaftung der zentralen Medienkonzerne sowie Öffnung des Zugangs zu den Medien für alle demokratischen Kräfte und besonders für die Arbeiterbewegung —, im Arbeitsleben — z.B. durch Verkürzung der Arbeitszeit und Humanisierung am Arbeitsplatz —, im Bildungssystem — z.B. durch Ausbau der Kulturpädagogik — sowie in der Kommunalpolitik — z.B. in Städtebau, Baurecht und Bauplanung — sind die Voraussetzungen, um die schon erkämpften Ansätze in der Kulturpolitik über Keimformen hinaus zu festen Bestandteilen der neuen Gesellschaft zu entwickeln. Erst unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen wird es möglich sein, daß alle Menschen und gerade auch die breite lohnabhängige Mehrheit der Bevölkerung sich in dem Maße im kulturellen Leben wiederfindet, daß die Kultur allen Menschen im umfassenden Sinne zur Erholung, zum Genießen, zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit und Selbstverwirklichung in Auseinandersetzung mit anderen Menschen dient. Drei Leitgedanken stehen für die tägliche sozialdemokratische Kulturpolitik im Vordergrund:

1. Förderung aller örtlichen, dezentralen, eigenen Initiativen der Bevölkerung soziokultureller und schöpferischer Art in den Stadtteilen, in den Gewerkschaften und Betrieben, in Parteien, Vereinwand freien Zusammenschlüssen und generell für alle Zielgruppen.
2. Förderung der Belange der Arbeiterbewegung in allen Bereichen der

- traditionellen Kultureinrichtungen und der soziokulturellen Arbeit.
3. Orientierung an den grundlegenden kulturpolitischen Aussagen des Deutschen Gewerkschaftsbundes insbesondere zur materiellen und personellen Ausstattung des Kulturbereichs (z.B. Mitbestimmung für die in diesem Bereich tätigen Lohnabhängigen, soziale Sicherung der Künstler und Kulturschaffenden).

76. These

Elemente einer fortschrittlichen Kulturpolitik

Demokratisierung im Medienbereich

Die konservativen und prokapitalistischen Strömungen, die sowieso schon in Verlagen und Funkhäusern dominieren, bauen angesichts der Tendenzen zur Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und der fortschreitenden Monopolisierung im Pressebereich ihre Vorherrschaft drastisch aus. Damit bestimmen zunehmend wenige Konzerne (z.B. Springer und Bertelsmann) über einen entscheidenden Apparat zur politischen und kulturellen Bewußtseinsbildung. Vor diesem Hintergrund erlangen die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung und öffentlich-rechtlicher Kontrolle (z.B. in Form von öffentlich-rechtlichen Zeitungen), abgesichert auch durch ein fortschrittliches Presserechtsrahmengesetz, entscheidende Bedeutung.

Eine grundlegende Demokratisierung des Medienbereichs macht die Vergesellschaftung auch der entscheidenden Medienkonzerne notwendig. Das öffentlich-rechtliche System in Rundfunk und Fernsehen ist unbedingt zu verteidigen und durch Stärkung der Rechte der Mitarbeiter und der regierungsunabhängigen großen gesellschaftlichen Organisationen auszubauen.

In dieser Auseinandersetzung kommt der gewerkschaftlichen Arbeit der in den Medienkonzernen tätigen Lohnabhängigen eine herausragende Bedeutung zu; es gilt, über die unmittelbare und soziale Interessenvertretung hinausgehend auch die Perspektive einer umfassenden Demokratisierung zu verankern, um allen Kräften der Gesellschaft einen angemessenen Zugang zu allen Medien zu eröffnen. Stadtteilzeitungen und gewerkschaftliche Betriebszeitungen brauchen für ihre wichtige Arbeit ebenso wie die entstehenden Medienläden materielle, technische und organisatorische Unterstützung durch die Kommunen.

Kenntnisse über die Gesetzmäßigkeiten und praktischen Anwendungsmöglichkeiten für eigene Kommunikationsmöglichkeiten und -bedürfnisse sind durch kulturpädagogische Arbeit in den Schulen, in der Erwachsenenbildung und z.B. in Bildungsurlaubsprogrammen zu verbreitern.

Stadtteilkultur, soziokulturelle Arbeit

Neben den großen zentralen Kultureinrichtungen sind in der letzten Zeit viele Initiativen und Zusammenschlüsse von Organisationen in den Stadtteilen der Großstädte und kleineren Ortschaften zu verzeichnen, die auf soziokulturellem Gebiet arbeiten. Dabei werden von Fall zu Fall künstlerische Aktivitäten, Maßnahmen der Erwachsenenbildung, der sozialen Betreuung durch Kommunen und freie Träger sowie Maßnahmen der Jugendarbeit/-hilfe koordiniert und integriert. In Großstädten sind oft auch freie Initiativen der Zielgruppenarbeit (Frauengruppen, Rentnergruppen, ausländische Arbeitnehmer und ihre Organisationen) eingeschlossen. Diese soziokulturelle Arbeit steigert die Lebensqualität, macht die Städte wohnlicher, verbessert die Kommunikationsfähigkeit unter Nachbarn und Kollegen und verdient umfassende kommunale Förderung.

Im Rahmen dieser Förderung sind sowohl hauptberuflich organisierte Maßnahmen und Angebote zu unterstützen (Arbeitsplätze, die für Absolventen (neuer) pädagogischer Studiengänge an Hochschulen und für die Berufsfelderweiterung von Künstlern wichtig sind) als auch ehrenamtliche, nebenberufliche Projekte freier Gruppen zu unterstützen. Staatliche oder kommunale Bevormundung sollte durch Transparenz der Förderungskriterien sowie durch engen Kontakt zwischen Stadtteilkulturträgern und kommunalen Abgeordneten vermieden werden. Gefördert werden sollen dabei sowohl größere selbstverwaltete Zentren (z.B. mit Werkstätten und Studioräumen, sportlichen Angeboten usw.) als auch kleinere Kulturläden, als Kristallisationspunkte für spontane Aktivitäten. Dabei können die größeren Zentren die kleineren Kulturläden unterstützen, wie auch umgekehrt diese kleinen Einheiten Außenstellen für die größeren Einheiten darstellen können. Insgesamt sollte ein möglichst dichtes, flächendeckendes Netz soziokultureller Einrichtungen entstehen. Im Rahmen der soziokulturellen Stadtteilarbeit sind auch dezentrale Angebote der großen traditionellen Kultureinrichtungen (Theater, Museen usw.) unbedingt wünschenswert ebenso wie die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe der Stadtteilkulturzentren und -läden untereinander. Auf diese Weise können z.B. zielgruppenorientierte Kampagnen durchgeführt werden wie etwa zur umfassenden Verbreitung von kultureller Arbeit mit Kindern oder Frauengruppen. Zur Förderung der Stadtteilkultur gehören auch technisch-organisatorische Hilfen seitens der Kommunen, Ausbildung von ehrenamtlichen Teamern sowie Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Erstellung von Informationsblättern und Stadtteilzeitungen. Flankierend zu diesen direkten Maßnahmen einer Förderung soziokultureller Arbeit sollten in Zusammenarbeit mit einzelnen soziokulturellen Einrichtungen Bildungsurlaubsprogramme und kulturpädagogische Objekte an Schulen durchgeführt werden, um die Basis und das Interesse in der Bevölkerung für Stadtteilkultur zu verstärken.

77. These

Förderung der Belange der Arbeiterbewegung in allen Bereichen der traditionellen Kultureinrichtungen und des soziokulturellen Bereichs in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften

Kulturelle Bildungsurlaubsprogramme

Für fast alle traditionellen Kultureinrichtungen, also besonders Museen, Theater, Bibliotheken, Archive, Kunstvereinigungen (und deren Einrichtungen), Konservatorien und Musikinstitute, aber auch für soziokulturelle Einrichtungen und kommunale Kinos usw. lassen sich Bildungsurlaubsprogramme entwickeln: Gegenstand solcher Programme (von einzelnen Vorträgen bis zu Seminarreihen) sind sowohl Probleme der betroffenen Einrichtung (Entstehungsgeschichte, Träger, Zielgruppenstruktur, didaktische Fragen, Berufsbilder und Berufsausbildung) und inhaltliche Aussagen zur Sozialgeschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die sich anhand von Beispielen aus der Arbeit und den Beständen der betreffenden Einrichtungen ergeben, als auch die selbständige schöpferische und künstlerische Betätigung sowie Nutzungsmöglichkeiten für gewerkschaftliche Kulturarbeit in Betrieben.

Gewerkschaftliche Kulturwochen

Festspielwochen und Kulturfest haben sich in vielen Städten eingebürgert. Mit Ausnahme der Ruhrfestspiele in Recklinghausen spielen dabei die Lohnabhängigen weder als Zielgruppe noch hinsichtlich der Inhalte eine angemessene Rolle.

Um vereinzelte kulturelle Aktivitäten aus dem gewerkschaftlichen Bereich zusammenzuführen und dadurch wechselseitige Anregungen und ein Durchdringen in die Öffentlichkeit zu ermöglichen, sollten gewerkschaftliche Kulturwochen organisiert werden. Solche Kulturwochen können vielfältige Elemente umfassen: Autorenlesungen und Literaturwerkstätten des Werkkreises »Literatur der Arbeitswelt«; »Klassiker« und aktuelle Beiträge des Arbeiterfilms als Vorführungen z.B. der kommunalen Kinos; Ausstellungen von professionellen und Laienmalern, die sich mit Themen der Arbeitswelt auseinandersetzen; Ausstellungen historischer und aktueller Arbeiterfotografie; Plakatwettbewerbe und -ausstellungen; Theatertreffen gewerkschaftlicher Laienspielgruppen; Veteranentreffen; Beiträge der Archive und Museen zur örtlichen Geschichte und Tradition der Arbeiterbewegung; Musiktreffen engagierter professioneller und Laien-Songgruppen usw.. Die verschiedenen Beiträge sollten sowohl historische als auch aktuelle Themen aufgreifen wie auch die Probleme der ausländischen Kollegen in der Bundesrepublik schildern. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung und der Befreiungsbewegung sollten unter dem Stichwort der Internationalen Solidarität ebenfalls berücksichtigt werden.

Diese Kulturwochen dürfen sich dabei nicht auf nur passiv zu betrachtende Angebote beschränken, sie sollten stattdessen zur eigenen Aktivität und Kreativität ermuntern; die Planung und Durchführung der Kulturwochen sollte jeweils in den Händen der betroffenen und interessierten Kollegen liegen. Anzustreben ist, daß die Kulturwochen möglichst betriebsnah ausgerichtet werden, d.h. möglichst im Betrieb oder in der Berufsschule stattfinden. Als Einstieg und Vorbild können hierfür gemeinwirtschaftliche und kommunale Betriebe angesprochen werden.

»Arbeitswelt und Arbeiterbewegung« sollten auch in alle anderen Bereiche des kulturellen Lebens als wichtige Aufgaben hineingetragen werden: z.B. in die Literaturförderung durch besondere Berücksichtigung des Werkkreises »Literatur der Arbeitswelt« und durch entsprechende Bildungsurlaubsprogramme; z.B. in die Künstlerförderung durch besondere Stipendien für Laien und junge Künstler, die sich dieser Aufgabe widmen; z.B. in den Theaterbereich durch besondere Zielgruppenarbeit für Arbeitnehmer und Auszubildende, durch Aufführungen in Betrieben und Berufsschulen, durch Theaterwerkstätten gemeinsam mit Betriebsgruppen usw.; z.B. in den Denkmalschutz durch gezielte Erhaltung und Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Arbeitersiedlungen und industrieller Bauten und Anlagen; z.B. in die Museen, durch Ausstellungs- und Sammlungstätigkeit mit dieser Aufgabenstellung.

Kulturpädagogik

Die notwendige umfassende kulturpädagogische Ausbildung ist an den Schulen materiell, personell, aber auch inhaltlich und bezogen auf die Lehrpläne, völlig unterentwickelt! Gerade angesichts der Tatsache, daß wichtige kommunale, kulturelle, politische, wirtschaftliche und sonstige Vorgänge heute über den Medienbereich vermittelt werden, ist eine schulische Ausbildung besonders wichtig, die die technischen und wirtschaftlichen Strukturen und Besonderheiten der verschiedenen Medien, die dort vorhandenen Arbeitsplätze und die spezifische Verarbeitung von Vorgängen zu »mediengerechten Meldungen« transparent macht. Der bewußte und kritische Gebrauch der Medien ist eine wesentliche Voraussetzung zur Demokratie und Selbstverwirklichung. Zudem sind die besonderen Produktions- und Rezeptionsbedingungen des Literaturbetriebs, der Theater, der Museen, des Kunstmarktes und der Musikszene im kulturpädagogischen Unterricht aufzuarbeiten. Im Vordergrund des kulturpädagogischen Unterrichts soll dabei der eigene Umgang und Zugang zu den Medien und kulturellen Einrichtungen stehen. Diesem besonderen Gegenstand der Kulturpädagogik entsprechend sind Praktika und der unmittelbare Kontakt zu den Kulturschaffenden besonders wichtig. Ebenso ist die Funktion und die Arbeit der Erwachsenenbildung und der öffentlichen Bibliotheken zu berücksichtigen; auch die Tätigkeit und die Zielvorstellungen kommu-

naler und kultureller Initiativen sowie von soziokulturellen Zentren haben im kulturpädagogischen Unterricht ihre Bedeutung. Bei der Berufsausbildung für künstlerische Berufe, für Berufe in der Erwachsenenbildung und bei der Lehrerausbildung müssen die Perspektiven für einen kulturpädagogischen Unterricht an Schulen umgesetzt werden.

Erwachsenenbildung

Alle Bereiche der Erwachsenenbildung (also Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen, Bildungsurlaubsprogramme, Fortbildungsangebote in freien Trägern und Vereinen) sind wichtig, um gerade den arbeitenden Menschen den Zugang zu kulturellen, politischen und kommunikativen Prozessen zu erschließen und zusätzliche berufliche Qualifikationen zu vermitteln.

Demgegenüber ist die materielle und personelle Ausstattung der Erwachsenenbildungsträger staatlicherseits völlig ungenügend. Die wesentliche Verbesserung dieser Ausstattung soll die Erwachsenenbildung in die Lage versetzen, attraktivere Angebote zu entwickeln, die Zielgruppenarbeit (z.B. für Rentner-, Lehrlings-, Frauen-, Behindertengruppen oder Familien) und die örtliche und Stadtteilarbeit zu verstärken und die Zusammenarbeit untereinander zu fördern. Dementsprechend sollen die Bedürfnisse der Zielgruppen (z.B. auch Vereine, gewerkschaftliche Jugend- oder Betriebsgruppen, ausländische Arbeitnehmer) auch institutionell besser berücksichtigt werden. Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch im Ort und im Stadtteil können den notwendigen Ausbau der Erwachsenenbildung erleichtern. Grundsätzlich ist die gezielte und verstärkte Ausbildung von hauptamtlichen, aber auch nebenberuflichen und ehrenamtlichen Teamern nötig.

Die großen gesellschaftlichen Massenorganisationen einerseits und die traditionellen kulturellen Einrichtungen (Schulen, Museen Theater, Bibliotheken usw.) sind aufgefordert, die Erwachsenenbildung in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Demokratische Museen

Die Museen in der Bundesrepublik haben unermeßliche Schätze in ihrem Besitz, zum Teil schon von Fürsten und Großbürgern der Bevölkerung abgepreßt, zum anderen Teil finanziert durch Investitionen der öffentlichen Hand, also indirekt durch die steuerzahlende lohnabhängige Mehrheit der Bevölkerung.

Diese Schätze sind in jeder Hinsicht Verpflichtung zur breit angelegten didaktischen Aufschließung der Museen für alle Gruppen der Bevölkerung im Sinne eines demokratischen Bildungsauftrags und zum planvollen Ausbau der Museen, d.h. zum Sammeln, Forschen, Erhalten und Präsentieren unter neuen Fragestellungen, z.B. unter den Fragestellungen »Ar-

beitswelt« und »Arbeiterbewegung« oder z.B. unter der Fragestellung »Frieden und Völkerverständigung« generell unter den Gesichtspunkten, die einer demokratischen Gesellschaft angemessen sind. Sie sind aber auch Verpflichtung für Kommunen und Länder, den Museen, die für ihre Arbeit notwendigen personellen, räumlichen, technischen und finanziellen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, d.h. die vorhandenen Kapazitäten deutlich auszubauen!

Ausgehend von den gesammelten Objekten einerseits und den auf ihre historischen Bezüge zu untersuchenden aktuellen gesellschaftlichen Problemen andererseits sollte für jedes Museum ein Bildungsauftrag erarbeitet werden. Dabei muß besonders auf die Probleme der Arbeiterklasse eingegangen werden, wie z.B. Entwicklung der Arbeitsbedingungen, der Wohnverhältnisse, der Familienstrukturen, Abhängigkeit und Rolle der Frau, Versorgung bei Krankheit und im Alter, Freizeit und Freizeitgestaltung, Urlaubsmöglichkeiten, Existenzbedrohung durch Pleiten und Bankrotte, Arbeitslosigkeit, Berufskrankheiten usw. Von gleicher Bedeutung sind die Geschichte der politischen, gewerkschaftlichen, sozialen und kulturellen Organisationen der Arbeiterbewegung, ihr Wirken im Alltag und ihr Beitrag zur Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Darüber hinaus gilt es, die Themen wie z.B. »Nationalsozialismus und Widerstand«, »Traditionen der demokratischen Bewegung in Deutschland«, »Stadt-Land-Verhältnis und ihre Entwicklung«, »Entwicklung der Technologie, des Wirtschaftssystems und Rückwirkungen auf Landschaft und Ökologie«, »Imperialismus, Kolonialpolitik, Ausbeutung der Dritten Welt, Befreiungsbewegungen« aufzugreifen.

Die Museen sollten für alle Gruppen der Bevölkerung benutzbar sein — darum sind besondere Anstrengungen in der Zielgruppenarbeit (Schulkinder, ältere Menschen, Auszubildende, Arbeitnehmer, Frauen usw.) nötig. Anzustreben ist die umfassende didaktische Erschließung der Museumsbestände z.B. durch Kindermuseen, durch örtliche Ausstellungen, durch Zusammenarbeit mit Trägern der Stadtteilkultur und Einrichtungen der Erwachsenenbildung (also z.B. Bildungsurlaub im Museum) sowie durch die Errichtung von Außenstellen.

Die gravierenden didaktischen und inhaltlichen Defizite sind nicht nur der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Museen geschuldet, sondern auch der diskussions- und neuerungsfeindlichen hierarchischen Führungsstruktur der Museen. Diese muß durch die kollegiale Zusammenarbeit der Kollegen aus allen Sparten und durch die Mitbestimmung der Mitarbeiter in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung abgelöst werden. Denn gerade die Kollegen des nichtwissenschaftlichen Dienstes und die jüngeren Wissenschaftler bringen oft neue gesellschaftlich relevante Akzente in die Arbeit ein.

Bibliotheken, Archive

Bibliotheken und Archive sollten für alle Gruppen der Bevölkerung ein breites Angebot an Informationsquellen, an Zeitschriften und Zeitungen, Kartenwerken, Lexika und Nachschlagewerken sowie an Literatur und Literaturvermittlung bereitstellen. Dazu ist ein weiterer personeller, räumlicher, technischer und finanzieller Ausbau erforderlich, um eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung, auch durch Fahr- und Stadtteilbüchereien, sicherzustellen.

Besonders wichtig ist dabei die Versorgung der Bevölkerungsgruppen, die örtlich gebunden bzw. im kulturellen Leben benachteiligt sind, z.B. Behinderte, ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien sowie ältere Menschen. Zu den notwendigen Servicefunktionen der öffentlichen Bibliotheken gehört deshalb auch die Beschickung von Alteneinrichtungen, Schulen, Treffpunkten ausländischer Arbeitnehmer, Stadtteilkulturzentren, aber auch Justizvollzugsanstalten mit »Medienpaketen«. Darüber hinaus sollten Bibliotheken und Archive sich auch in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zugunsten der Arbeiterklasse zu Wort melden, z.B. durch eigene Dokumentationsleistungen, gezielte Literaturlaufbereitung und nach inhaltlichen Leitfragen ausgerichtete »Medienpakete«.

In allen Gebieten mit unterentwickelter soziokultureller Infrastruktur, also z.B. in Neubausiedlungen und ländlichen Regionen, sollten die Bibliotheken auch Kristallisationspunkte für verschiedenste kulturelle Aktivitäten der Erwachsenenbildung, der Vereine und Initiativen sowie spontaner Gruppierungen sein. Diese Funktion gewinnt umso mehr an Bedeutung, je stärker Isolation, Entfremdung und Kommunikationsarmut voranschreiten!

Literaturförderung

Fernsehkonzum, steigende Arbeitsbelastungen und Boulevardpresse haben die aktive und passive Auseinandersetzung mit Literatur in breiten Kreisen der Bevölkerung zurückgedrängt, Kommunikationsarmut und kulturelle Verkümmern breiten sich aus. Demgegenüber ist die Förderung professioneller und laienmäßiger literarischer Tätigkeit von großer Bedeutung, z.B. durch Schriftstellerstipendien, Literaturwerkstätten (u.a. »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt«), Unterstützung von Autorenverlagen und Literaturzeitschriften sowie durch arbeitsrechtliche und soziale Absicherung der Schriftsteller. Parallel hierzu muß die Auseinandersetzung mit Literatur gestärkt werden, z.B. durch Autorenlesungen und Autorenwerkstätten in Bibliotheken, Schulen und Betrieben, in Gewerkschaftsgliederungen, Vereinen, Stadtteilkulturzentren usw., durch entsprechende Bildungsurlaubsprogramme, durch literarische Elemente im Rahmen von Kulturfesten usw. Diese aktive und passive Auseinandersetzung

zung mit Literatur zu fördern, bedeutet erhebliche finanzielle Anstrengungen der Kommunen. Dabei sollten im Literaturbetrieb alle Tendenzen ermutigt werden, die sich mit den Problemen der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegung beschäftigen.

Theater

Obwohl die sehr personalkostenintensiven führenden Staatstheater erhebliche kommunale Subventionen, somit indirekt Leistungen der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung, beanspruchen, die die kommunalen Kulturretats in gravierender Weise belasten, werden breite Bevölkerungskreise inhaltlich zu wenig angesprochen und mit den herkömmlichen Formen der Darbietung kaum erreicht. Daraus folgt die Verpflichtung zu besonderen kulturpädagogischen Anstrengungen und zu intensiver Zielgruppenarbeit: Theatergruppen mit Schülern oder im Bildungsurlaub, Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung und der Stadtteilkulturarbeit, Aufführungen in Betrieben und Schulen sowie bei Kulturfesten, vermehrte Diskussionsangebote für Gespräche zwischen Autoren, Regisseuren, Schauspielern und dem Publikum. Für diese Arbeit sind zusätzliche Mittel bereitzustellen, ebenso für Theaterringe von Jugendlichen und Senioren.

Im Verhältnis zu den Subventionen der Staatstheater sind die Möglichkeiten für freie professionelle Theatergruppen und Laienspielgruppen völlig unbefriedigend. Als geeignete Förderungsmaßnahmen für beide Sparten müssen verstärkt geeignete Räumlichkeiten, Spielmöglichkeiten für Straßentheater und bei Kulturfesten, Festivals und Wettbewerben, Formen der Zusammenarbeit mit den Staatstheatern, Stipendien für Schauspieler sowie Sdviceangebot für das Management geschaffen werden. In der Ausbildung der Schauspieler muß eine deutliche Ausweitung des Berufsbildes erreicht werden; die soziale Sicherung der Schauspieler ist entscheidend zu verbessern. Grundsätzlich gilt: Alle Formen der Theaterarbeit, die sich mit den Problemen der Arbeitswelt und der Arbeiterbewegung beschäftigen, brauchen die Unterstützung der kommunalen Kulturverwaltungen.

Musikförderung

Obwohl eines der beliebtesten und verbreitetsten Medien, wird doch gerade der Musikbereich von kommerziellen Interessen kontrolliert. Nichtprofessionelle Musiker und neue oder Musikformen, die nicht gerade im Modetrend liegen, werden abgedrängt, kommerzielle Musikveranstaltungen fördern die Kommunikationsarmut eher als sie abzubauen. Demgegenüber sind nichtkommerzielle Musikveranstaltungen z.B. bei Kulturfesten oder .in Stadtteilkultureinrichtungen, gemeinsame Veranstaltungen von professionellen und Laienmusikern, Veranstaltungen zur Pfl-

ge traditioneller und aktueller Volksmusik und der Lieder der Arbeiterbewegung zu unterstützen. Die soziale Lage der Musiker ist zu verbessern, die beruflichen Möglichkeiten sind zu verbreitern z.B. hinsichtlich des Ausbaus der Jugendmusikschulen sowie von musikalischen Veranstaltungen in der Erwachsenenbildung. Studios und Proberäume besonders für Jugendliche und Laien müssen eine wesentliche Ausweitung erfahren.

Filmförderung, kommunale Kinos

Schon wegen der enormen Produktionskosten ist die Vormachtstellung der großen Medienkonzerne in diesem Gebiet besonders auffallend. Gleichzeitig drängen die optischen Medien, vor allem das Fernsehen, andere Medien zurück, die Kommunikationsarmut wächst. Nur wenige kommerzielle Kinos, aber umso mehr Filmemacher sind bereit, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen: Anzustreben ist zum einen ein deutlicher Ausbau der Filmförderung auf Bundes- und Landesebene in Verantwortung bzw. Selbstverwaltung der Filmemacher der verschiedenen Sparten. Hierfür sind nicht nur Festivals, Preise, Stipendien und Produktionszuschüsse, sondern auch öffentliche Studios und technische Einrichtungen wichtig.

Zum anderen sollten kommunale Kinos durch eigene Programm- und Zielgruppenarbeit die Versorgung benachteiligter Stadtteile, von Schulen und Stadtteilkultureinrichtungen sicherstellen und abgedrängte, nicht kommerzielle oder historische und künstlerisch wichtige Filme ins öffentliche Bewußtsein bringen. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit zwischen kommunalen Kinos und Filmemachern wünschenswert — sie garantiert den Filmemachern die Rückkopplung des Publikums und den Besuchern statt nur passiver Betrachtung Einsicht und ggf. Einstieg in filmische Produktionsvorgänge. Film und Kino sind ein durchaus klassenspezifisches und attraktives Medium; im Kino kann man Filme gemeinsam ansehen, kritisieren und diskutieren und sich in der Auseinandersetzung mit Nachbarn und Kollegen einen eigenen Standpunkt bilden. Kino kann also die Fernsehkommunikationsarmut zurückdrängen und die Solidarität fördern. Dies gilt umso mehr, je stärker Probleme der Arbeitswelt und der Arbeiterbewegung inhaltlich aufgegriffen werden.

Bildende Kunst

Nach wie vor bestimmt der wenig transparente, aber umso stärker manipulierte Kunstmarkt in hohem Maße das Geschehen in der bildenden Kunst. Demgegenüber treten öffentliche und kommunale Förderung in den Hintergrund. Viele Begabungen liegen daher brach, andere werden gar nicht erst erkannt oder geweckt. Vor diesem Hintergrund gibt es für eine demokratische Kunstförderung vielfältige Ansatzpunkte: Die soziale Absicherung der Künstler ist entscheidend zu verbessern, die Berufsmög-

lichkeiten sind auszuweiten z.B. für Tätigkeiten im Rahmen der Stadtteilkultur und der Erwachsenenbildung. Durch Wettbewerbe, Preise, Stipendien und durch kommunale Galerien sollen vorwiegend junge Künstler gefördert und bekanntgemacht werden, da kommunale Galerien z.B. auch themenbezogene Ausstellungen (u.a. zur Arbeiterfotografie) durchführen können. — Die Einbeziehung der bildenden Kunst in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in die Stadtbildgestaltung alter und neuer Stadtteile und generell in die öffentliche Diskussion, muß systematisch gestärkt werden: dazu können die kommunalen Galerien und kulturpädagogischen Maßnahmen beitragen, besonders aber häufigere und finanziell abgesicherte Projekte für »Kunst im öffentlichen Raum«. In Zusammenarbeit von Künstlern und Bevölkerung sollen Brandmauern, Fassaden und Bunker, Straßenzüge und Plätze, Parks und Grünanlagen, Produktionsstätten und öffentliche Einrichtungen bleibend oder vorübergehend künstlerisch gestaltet werden. Öffentlich geförderte bzw. kommunale Werkstätten und Ateliers sollen die technischen Möglichkeiten der Künstler fördern und auch für gemeinsame Projekte von Künstlern und Laien zur Verfügung stehen. Grundsätzlich gilt: Gegen die Interessen des Kunstmarktes muß aktuelle, kritische und engagierte künstlerische Tätigkeit von Laien und professioneller Art öffentlich gefördert werden!

Denkmalschutz

Die historische Substanz der Innenstädte wird durch profitträchtige Neubauten der Bank-, Versicherungs-, Kaufhaus- und Hotelkonzerne immer weiter zurückgedrängt, gewachsene Arbeitersiedlungen werden durch Spekulation bedroht; das Ausmaß der erfolgten Zerstörung ist der Vernichtung durch den Bombenkrieg allmählich vergleichbar. Demgegenüber ist die personelle, räumliche, technische, finanzielle und rechtliche Situation des Denkmalschutzes gegenwärtig völlig unzureichend und daher in Zukunft entscheidend zu verbessern. Vier Aufgaben verlangen dabei besondere Aufmerksamkeit:

Die Wohnbauten der Arbeiterschaft (gründerzeitliche Quartiere der Großstädte, Bergarbeitersiedlungen, genossenschaftliche Siedlungsbauten der zwanziger Jahre usw.) müssen unter Verbesserung des Wohnwerts und der Wohnfolgeeinrichtungen erhalten werden. Sie sind für die Identität und das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse potentiell von großer Bedeutung und prägen das Stadtbild der Großstädte.

Die industriellen und technischen Kulturdenkmale, also Fabrikgebäude, Hafenanlagen, Verkehrsbauten usw. sind als Zeugnisse der Industrialisierung und Produktivkraftentwicklung, als Stätten des Kampfes der Arbeiterklasse, aber auch als Orientierungspunkte im Stadtbild zu erhalten. Dabei ist neben der ursprünglichen Verwendung auch die Nutzung z.B. als Kulturzentren oder als Gewerbehöfe denkbar.

Die Innenstädte sind wegen des besonderen Ansturms privater Investoren besonders zu schützen; dabei sind Maßnahmen zur Wiederbelebung der Innenstädte, zur Vermehrung des Wohnraums und der kulturellen und kommunikativen Angebote zu fördern. Innenstädte, Stadtteilkern und Dorfkerne vermitteln den Bewohnern Identifikations- und Orientierungsmöglichkeiten, sie sind darum nicht nur als Einzelbauwerke, sondern als Ensemble zu erhalten.

Schließlich sind auch die Belange des Denkmalschutzes in umfassender Weise kulturpädagogisch aufzuarbeiten. Dazu gehört die Einbeziehung der örtlich betroffenen Bevölkerung in die Auseinandersetzung über Erhaltungskonzepte, die Entwicklung einer Denkmaldidaktik in Anlehnung an die Museumspädagogik, die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung (Bildungsurlaub usw.), Schulen und Stadtteilkulturträgern sowie eine detaillierte Information über Schrifftafeln und Führungen.

78. These

Kultur und Kulturpolitik als Gegenstand der Parteiarbeit

Aufgabe der Partei ist es, für das jeweils örtliche und das übergreifende kulturpolitische Programm der Sozialdemokratie die Betroffenen, d.h. sowohl die Nachbarn und Kollegen als auch die Kulturschaffenden und ihre Organisationen, zu mobilisieren. Voraussetzung dafür ist u.a. der regelmäßige Kontakt mit den jeweiligen Kulturschaffenden in Alltagsfragen, wobei die Partei häufig Servicefunktionen mittels des organisatorischen Apparates und der parlamentarischen Initiativ- und Informationsmöglichkeiten anbieten kann. Die Mobilisierung für unsere kulturpolitischen Forderungen wird dann erfolgreich sein, wenn sie an den unmittelbar erfahrbaren Mißständen und Bedürfnissen ansetzt und sich auf konkrete Projekte richtet. Dabei sollte durchaus versucht werden, mit provisorischen Mitteln vorwegzunehmen, was als dauerhafte Maßnahme durch Länder und Kommunen finanziert werden soll. Wo Kunst im öffentlichen Raum geschaffen werden soll, kann eine Straußenausstellung der Einstieg sein, wo ein Stadtteilkulturzentrum gefordert wird, kann ein Festzelt oder ein vorübergehend gemieteter Laden der Anfang sein.

Die der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften freundschaftlich verbundenen Organisationen, wie z.B. Arbeiterwohlfahrt, Falken und »Arbeit und Leben«, haben die Möglichkeit und die Verpflichtung, auch in soziokultureller Hinsicht Pilotprojekte zu entwickeln.

Grundsätzlich müssen wir aber in der Mobilisierungsarbeit auch auf die begrenzten Möglichkeiten zur Verwirklichung unserer kulturpolitischen Forderungen im Rahmen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft

hinweisen und daraus eine speziell kulturpolitische Begründung für die Öffnung des demokratischen Weges zum Sozialismus entwickeln.

Auch in anderen Bereichen der Parteiarbeit gilt es, kulturelle Elemente aufzugreifen, mit Filmen, Songgruppen, Foto- und Plakatwettbewerben, und improvisierten Ausstellungen zur Stadtteil- oder Firmengeschichte lassen sich viele Nachbarn und Kollegen leichter überzeugen als durch irgendein Flugblatt.

Bildung

79. These

Demokratisierung des Bildungswesens

Die umfassende Demokratisierung des gesamten Bildungswesens hat im Prozeß der demokratischen Transformation der Gesellschaft entscheidende Bedeutung. Die Probleme und die Anforderungen des Kapitalismus prägen unser Bildungssystem nach wie vor in grundlegender Weise. Obwohl der Bildungsbereich zur Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und aufgrund der Anstrengungen von außerparlamentarischen Initiativen, von Gewerkschaften und von Sozialdemokraten in den letzten Jahren einen wesentlichen Ausbau erfahren hat, haben sich faktisch die Funktionen des Bildungswesens kaum verschoben: Qualifizierung für den kapitalistischen Produktionsprozeß, Eingliederung in die kapitalistische Gesellschaft bei Fortschreibung der Bildungsprivilegien für die herrschende Klasse und möglicher Kostenbeschränkung.

Konservative und reaktionäre Kräfte sind mit beachtlichem Erfolg bemüht, wesentliche Reformansätze zurückzudrehen und zu verfälschen: Eine Reform der Berufsausbildung, die sich orientiert an der Integration allgemeiner und beruflicher Bildung und die so das Kernstück einer Strukturreform des Bildungssystems ausmacht, wird verhindert durch die ungebrochene Autonomie der Unternehmensentscheidungen. Dem notwendigen Ausbau des Bildungswesens *setzen sie* die Drosselung der Abiturienten- und Studentenzahlen entgegen. Chancengleichheit wird verweigert, die Aussonderungs- und Verteilungsfunktion des Bildungswesens wird erneut befestigt. Die Verwirklichung eines integrierten, einheitlichen und durchlässigen Bildungswesens zur Förderung aller Begabungen wird konterkariert durch die Zementierung des Ausleseprinzips im dreigliedrigen Schulwesen, die zudem die Mädchen und jungen Frauen sowie die Kinder ausländischer Arbeitnehmer besonders benachteiligt. Der notwendigen Reform der Lehrinhalte im Sinne einer kritischen und mündigmachenden Bildung *setzen sie* autoritäre *Erziehungsideale entgegen*: Anpassung und Unterordnung, unhinterfragter Fleiß und Leistungsbereitschaft, Zurück-

haltung gegenüber jeder Form des politischen oder gewerkschaftlichen Engagements werden als »neue Tugenden« wieder gepriesen. Die überfällige Ausweitung der Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrechte wird beantwortet mit der Zerschlagung und der Einschränkung der Schüler- und Studentenvertretungen und der Mitbestimmung von Schülern und Studenten, mit der Restaurierung der Professorenherrschaft sowie politischer Entmündigung durch die Berufsverbote.

Zu diesen Vorstellungen und Zuständen gibt es eine grundsätzliche Alternative: Die demokratische Transformation der Gesellschaft, die Öffnung des Weges zum Sozialismus, stellt auch für das Bildungswesen neue Aufgaben und Perspektiven. Kernstück ist dabei die tatsächliche Einlösung des Rechts auf Bildung. Auch wenn es im Sozialismus immer wieder Probleme im Bildungswesen geben wird, so wird doch andererseits für alle Menschen die Möglichkeit garantiert und die Motivation gestärkt werden, zur Förderung aller Fähigkeiten und Begabungen mit dem langfristigen Ziel der Bildung umfassend interessierter, kreativer und sozial sensibler, gesellschaftlich verantwortungsbewußter Persönlichkeiten mit gründlicher beruflicher Qualifikation. Es gilt, die Anreize, Bedürfnisse und Zugänge zu ständigem Lernen zu stärken, das stetige Aufnehmen und Weitergeben neuer Erfahrungen zu fördern und den Prozeß der demokratischen Transformation der Gesellschaft Zug um Zug mit der Verbreiterung und Vertiefung der in der Gesellschaft vorhandenen Bildung zu verknüpfen. Denn die neue sozialistische Gesellschaft braucht mehr, nicht weniger Bildung zur Entfaltung aller Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie zum Ausbau der Demokratie.

Orientiert an diesen Bildungsinteressen haben Sozialdemokraten seit dem Mannheimer Parteitag 1906 in bildungspolitischen Programmen immer wieder Ziele formuliert, die gegen bestehende Bildungsprivilegien die Einheitlichkeit des Bildungssystems und Chancengleichheit und gegen das Einpacken von Dummheiten die Wissenschaftlichkeit der Bildungsinhalte stellten. An diese Tradition der sozialdemokratischen Bewegung gilt es be-
wußt anzuknüpfen.

Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung, Demokratisierung, Wissenschaftlichkeit, Kritikfähigkeit und Solidarität sind die Leitziele einer Transformation des Erziehungs- und Bildungswesens. Hieraus ergeben sich heute wesentliche Grundforderungen einer umfassenden demokratischen Bildungsreform, wie sie vom Deutschen Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, aber auch von vielen Schüler-, Studenten- und Elternvertretungen gefordert wird:

— Umfassender materieller und personeller Ausbau des Bildungswesens, d.h. zum Beispiel deutliche Senkung der Klassenfrequenzen, vorschulische Angebote für alle Kinder, Abbau der Zulassungsbeschränkun-

- gen an den Hochschulen, Einstellung aller ausgebildeten Lehrer; Soziale Sicherung für Schüler, Auszubildende und Studenten durch ausreichende Wohnraumversorgung und kostendeckende Ausbildungsfördermg;
- Ausbau der Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrechte an Schulen und Hochschulen unter Beteiligung der Gewerkschaften;
- Reform der Lehrinhalte und -methoden: Stärkung der gesellschaftswissenschaftlichen und polytechnischen Ausbildung; Entwicklung neuer Lehrmethoden in Projekten und Praktika; die Probleme der Arbeitswelt, der Gewerkschaften, der Gleichberechtigung der Frau; des Verhältnisses von Industrie- und Entwicklungsländern, der Friedenspolitik des Kulturbereichs müssen deutlich stärker berücksichtigt werden;
- grundlegende strukturelle Reform des gesamten Bildungswesens: Verwirklichung eines integrierten, einheitlichen und durchlässigen Bildungswesens zur Förderung aller Fähigkeiten und Begabungen; Ausbau der Gesamtschule zur allgemeinen Regelschule im Ganztagsbetrieb; neue Initiativen zur Integration der Hochschulstudiengänge durch Ausbau der Gesamthochschulen; Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung in der Sekundarstufe

80. These

Die Strategie

Schon unter den Bedingungen der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft gibt es wichtige Ansatzpunkte zur Entwicklung von Elementen eines neuen Bildungswesens. Dabei kommt es in der inhaltlichen, konzeptionellen wie der praktischen Arbeit darauf an, die Durchsetzungskraft für die Forderung nach umfassendem Ausbau und grundlegender Demokratisierung des Bildungswesens dadurch zu erhöhen, daß möglichst viele Betroffene konkrete Vorstellungen über die notwendigen Reformen gewinnen bzw. gemeinsam erarbeiten. Zugleich kann die tatsächliche Umsetzung einiger Forderungen zur Bildungsreform neue Kampfpositionen eröffnen, von denen ausgehend bessere Möglichkeiten bestehen zur Entwicklung und Durchsetzung weiterer Forderungen zur verstärkten Mobilisierung der Betroffenen. Je besser die Jugendlichen qualifiziert werden für Beruf und Gesellschaft, desto eher werden sie den Zugang finden zu den Forderungen und Organisationen der Arbeiterbewegung. Je überzeugender die Teilerfolge im Kampf um die Demokratisierung und den Ausbau des Bildungswesens errungen werden, desto energischer wird die Mobilisierung für die Demokratisierung anderer gesellschaftlicher Bereiche und zur umfassenden Durchsetzung der Bildungsreform vorangetrieben werden.

Bei den Anstrengungen zur Erringung von Teilerfolgen gibt es wichtige Ansatzpunkte: Hierzu gehört der trotz anhaltender Zentralisierungstendenzen im Kern immer noch bestehende Bildungsföderalismus; zählen die bereits errungenen Gegenmachtpositionen in Form von fortschrittlichen Lehrplänen und Mitbestimmungsrechten für Eltern, Schüler, Auszubildende, Studenten und Lehrer und grundsätzlich auch die relative Selbständigkeit einzelner Bildungseinrichtungen bzw. einzelner Lehrender. Auch die parlamentarischen Gremien bieten Ansatzpunkte zur Absicherung von Teilerfolgen, wenn von Seiten der Betroffenen, der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten entsprechend mobilisiert wird. Was die Anforderungen seitens des kapitalistischen Wirtschaftssystems angeht, so gilt es, vorhandene Differenzierungen und Widersprüche zwischen verschiedenen Kapitalinteressen zu nutzen: z.B. im Hinblick auf die geforderte Qualifikationsstruktur, hier insofern die Forderung nach Mobilität und Flexibilität, nach umfassender Grundqualifikation der Bevölkerung im Hinblick auf die Rolle der entwickelten Industrieländer als Technologieentwicklungszentren, die ihnen von den international operierenden Konzernen zugewiesen werden, den kurzfristigen Rentabilitätsüberlegungen, die auf Rationalisierung und Formierung des Bildungswesens zielen, entgegensteht. Während also diese Ansatzpunkte zur Erringung von Gegenmachtpositionen im Bildungswesen genutzt werden müssen, gibt es andererseits grundlegende Hindernisse für eine umfassende Bildungsreform, die aus den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft resultieren. Demokratisierung und Ausbau des Bildungswesens einerseits und demokratische Transformation der Gesellschaft andererseits stehen miteinander in sehr direkter Wechselwirkung: Während die Erringung von Teilerfolgen in der Bildungsreform Voraussetzungen oder doch wenigstens Erleichterungen schafft für die notwendige Demokratisierung auch anderer gesellschaftlicher Bereiche, schafft die Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Kultur erst die Voraussetzungen zur umfassenden Verwirklichung der Bildungsreform. Erst wenn auf der Grundlage der Demokratisierung der Wirtschaft alle Ressourcen sinnvoll genutzt, die Prioritäten in den staatlichen Haushalten anders gesetzt und neue Berufsbilder unter Aufhebung der rigiden Trennung von praktischen und theoretischen Beschäftigungen entwickelt werden, erst wenn aufgrund des dominierenden Einflusses der Arbeiterbewegung in Staat und Gesellschaft ein allgemeiner Bedarf an kritischen, mündigen, demokratisch engagierten Bürgern vorhanden ist, erst wenn in der neuen sozialistischen Gesellschaft die Selbstbestimmungs- und Autonomierechte der im Bildungswesen Tätigen grundsätzlich respektiert werden, wird es möglich sein, die schon errungenen Teilerfolge über Keimformen hinaus zur umfassenden Demokratisierung und zum grundlegenden Ausbau aller Bildungseinrichtungen zu führen.

Entscheidender Motor für eine umfassende Bildungsreform müssen die Betroffenen selbst sein — ihre Aufgabe ist es, sowohl für die unmittelbaren eigenen Interessen im Sinne von Verbesserungen im Bildungswesen einzutreten, als auch die grundlegenden Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung im Sinne der demokratischen Transformation der gesamten Gesellschaft und des Bildungswesens wahrzunehmen.

In der Arbeit der verschiedenen fortschrittlichen Organisationen im Bildungsbereich, also besonders des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Schüler-, Studenten- und Elternvertretungen, wie auch der sozialdemokratischen Organisationen, also der Juso-Schülerorganisationen, der Juso-Hochschulgruppen, der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen, der Falken und des Sozialistischen Hochschulbundes haben sich für die Mobilisierung und Aktivierung der Betroffenen und für die tägliche politische Praxis einige wichtige Erfahrungen ergeben. Ausgehend von diesen Erfahrungen wurde die Politik der Gewerkschaftlichen Orientierung entwickelt, für die folgende Elemente kennzeichnend sind:

Anknüpfend an den unmittelbaren Erfahrungen und Interessen der Betroffenen, d.h. zum Beispiel an den Mängeln der materiellen und personellen Ausstattung der Bildungseinrichtungen, der unzureichenden sozialen Absicherung, aber auch inhaltlichen Problemen;

Stärkung der verschiedenen Interessenvertretungsorgane, also der Schülervertretungen, der verfaßten Studentenschaften, der Personalräte usw., Mitarbeit und Zusammenarbeit in diesen Organen mit allen politischen Kräften, die sich für die Demokratisierung und den Ausbau des Bildungswesens engagieren;

Absage an jede Art von Standespolitik; Einbeziehung der späteren Berufsperspektive der Lohnabhängigkeit in die bildungspolitische Arbeit; Eintreten für konkrete Reformen im Bildungswesen, Erringung von Kampfpositionen und Teilerfolgen auf dem Weg zu einer umfassenden Bildungsreform;

bildungspolitische Thematisierung der curricularen Probleme der Arbeitswelt, der Arbeiterbewegung, des Kampfes für die Emanzipation der Frau und für die Sicherung des Friedens und des Verhältnisses zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

Forderungen zur Demokratisierung des Bildungswesens

Um der Verwirklichung des Rechts auf Bildung und der Demokratisierung des Bildungswesens näher zu kommen, müssen materielle, personelle und rechtliche Grundlagen geschaffen werden. Es gilt, auf dieser Basis inhaltliche, organisatorische und strukturelle Forderungen durchzusetzen.

Materielle Ausstattung: Die quantitative und qualitative Entwicklung des Bildungswesens muß langfristig geplant werden und darf nicht kurz-

fristigen Schwankungen im ökonomischen und politischen Bereich unterworfen werden. Finanzielle Mittel, Räumlichkeiten, Lehr- und Lernmittel müssen in deutlich gesteigertem Maße zur Verfügung gestellt werden für:

- den Ausbau des Elementarbereichs: Für jedes Kind muß kostenlos ein Kindergartenplatz zur Verfügung stehen; es werden mehr Krabbelstuben, Kindertagesstätten und Spielflächen gebraucht; Ausbau und Verbesserung der Spiel-, Sport- und Freizeitmöglichkeiten, insbesondere im Elementarbereich und für Ganztagschulen; die Einrichtung kleiner Klassen und Lerngruppen; die Sicherung von Projekten und Praktika in Schule und Hochschule durch ausreichende Räumlichkeiten, Laborplätze und technische Hilfsmittel; den Ausbau der Hochschulen und Fachhochschulen, der Einrichtungen für Weiterbildung und Erwachsenenbildung: mehr und bessere Studienplätze, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Labors, Gruppenarbeitsräume u.a.m.;
- die Einrichtung überbetrieblicher Werkstätten für die berufliche Bildung: Bessere räumliche und lehrtechnische Ausstattung der Berufsschulen;
- die materiellen Voraussetzungen für ein breites Wahl- und Wahlpflichtfachangebot in der Sekundarstufe I, insbesondere in den technischen, naturwissenschaftlichen und künstlerischen Fächern;
- die Integration und Förderung Behinderter durch spezifische Lernmittel, Medien, spezielle Apparaturen und eine Gebäudeausstattung in Schulen, Hochschulen und Betrieben, die den Behinderten gerecht wird;
- den Ausbau des Beratungs- und Therapiedienstes in allen Bildungseinrichtungen; eine kostendeckende, familienunabhängige und darlehensfreie Ausbildungsförderung für Schüler der Sekundarstufe II und für Studierende;
- die soziale Sicherung aller im Bildungsbereich Beschäftigten.

Personelle Ausstattung: Für die Durchsetzung sozialer, inhaltlicher und struktureller Veränderungen im Bildungswesen müssen wesentlich mehr und besser ausgebildete Lehrer, Erzieher, Sozialpädagogen und Wissenschaftler eingesetzt werden.

- Sie werden gebraucht für den Ausbau des Vorschulbereichs und die Verknüpfung mit der Grundschule: Lernbenachteiligungen von Kindern müssen abgebaut, behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder müssen angemessen gefördert werden. Kreative Fähigkeiten sind durch spielerisches Lernen in der Gemeinschaft zu fördern; die sozialpädagogische Gemeinwesen- und Elternarbeit muß entscheidend ausgebaut werden; die Eltern müssen in die Vorschularbeit einbezogen

werden. Für den Übergang in die Grundschule ist die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Lehrern und Sozialpädagogen wichtig.

Sie werden gebraucht für die Integration und Förderung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer: Um auch diesen Kindern Chancengleichheit im Bildungsbereich zu sichern, müssen besondere Förderungsmaßnahmen getroffen werden. Dazu ist es erforderlich, daß Kinder ausländischer Arbeitnehmer u.a. in den Schulklassen doppelt gezählt werden; zusätzlich zum Regelunterricht muß Unterricht in der Muttersprache erteilt werden (5 Std./Woche). Für Kinder, deren Deutschkenntnisse für die Teilnahme am Regelunterricht nicht ausreichen, müssen bis zu zweijährige Vorbereitungsklassen eingerichtet werden, deren Schülerzahl 15 nicht übersteigen darf und deren Angebot an Fächern und Unterrichtsstunden dem der deutschen Regelklassen entsprechen muß. Vorbereitungsklassen und muttersprachlicher Unterricht müssen unter deutscher Schulaufsicht stattfinden.

Sie werden gebraucht für die Integration und Förderung Behinderter: Sonderschulen müssen das 10. Vollzeitschuljahr umfassen. Für alle Schüler muß die Möglichkeit bestehen, die Schulzeit bis zur Erlangung eines Abschlusses zu verlängern. Einjährige Berufserprobungen für noch nicht berufsreife Jugendliche sind zu ermöglichen. Die Beratung behinderter Jugendlicher, ihrer Eltern und Lehrer (Berufsfindungsberatung ab Klasse 8, Berufsberatung in den Abgangsklassen, Rehabilitationsberatung mit Beginn der Berufsausbildung) muß quantitativ und qualitativ verbessert werden. Die Berufsausbildung behinderter Jugendlicher muß stufenweise erfolgen, den Hauptschulabschluß einschließen und den besonderen Bedürfnissen der Behinderten Rechnung tragen. Auf eine berufliche Grundbildung muß eine individualisierte Berufsqualifikation folgen. Dies macht sonderpädagogische Zusatzqualifikationen von Berufsschullehrern und Ausbildern notwendig.

Sie werden gebraucht für die Einrichtung kleiner Klassen und Lerngruppen: Für die gezielte Förderung aller Kinder sind kleine Klassen und Lerngruppen einzurichten, die zwischen 8 und maximal 25 Schülern umfassen.

Sie werden gebraucht für ein breites Wahl- und Wahlpflichtfachangebot in der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II. Mehr Lehrer sind erforderlich, um den Anspruch allgemeiner Bildungschancen und individueller Qualifikationsmöglichkeiten im Gesamtschulsystem und in der integrierten Kollegschule Rechnung zu tragen.

Sie werden gebraucht für das 10. allgemeinbildende Schuljahr für alle Schüler. Dadurch soll auch für Haupt- und Sonderschüler am Ende der Sekundarstufe I ein gleichwertiger erster Bildungsabschluß ermöglicht werden. Das 10. allgemeinbildende Schuljahr ist pädagogisch not-

wendig, weil es zusätzliche Orientierungs- und Bildungsangebote liefert sowie die Fähigkeit zur Vertretung der eigenen Interessen und zum gesellschaftlichen Engagement stärken kann.

Sie werden gebraucht für die Öffnung und den Ausbau des Hochschulbereichs (tertiärer Bereich): Der Abbau der Zulassungsbeschränkungen an den Hochschulen und ihre Öffnung auch für Bewerber mit einer der Schulbildung gleichwertigen beruflichen Ausbildung oder eine mehrjährige Berufstätigkeit erfordert vor allem eine Ausweitung der personellen Kapazitäten. Eine demokratische Studienreform, die die Berufspraxis kritisch miteinbezieht und eine Verzahnung von theoretischer Ausbildung und beruflicher Praxis ermöglicht sowie die Orientierung von Wissenschaft und Forschung an den Bedürfnissen der Arbeitnehmer, müssen durch genügend fachlich und hochschuldidaktisch qualifiziertes Personal gesichert werden.

Sie werden gebraucht für den Ausbau der Erwachsenen- und Weiterbildung (quartärer Bereich): Das System der Weiterbildung muß als fester Bestandteil des Gesamtbildungssystems abgesichert werden. Allen Arbeitnehmern muß ein mindestens zweiwöchiger bezahlter Bildungsurlaub garantiert werden. Neben der beruflichen Weiterqualifizierung sollen auch soziale, politische und kulturelle Inhalte vermittelt werden. Die Weiterbildung muß Berufstätigen ermöglichen, schulische Ausbildungsabschlüsse nachzuholen. Behinderte Erwachsene müssen u.a. durch Weiterbildungsmaßnahmen in das gesellschaftliche und berufliche Leben integriert werden. Für diese Aufgaben ist in allen Einrichtungen des quartären Bereichs (Hochschulen, Fernlehrgänge, Betriebe usw.) ein erheblicher personeller Bedarf vorhanden.

Neben einer langfristig angelegten Personalplanung ist die Qualifizierung und ständige Fortbildung aller im Bildungsbereich Tätigen in sozialwissenschaftlicher, pädagogischer, fachlicher und didaktischer Hinsicht wesentliche Voraussetzung, um die notwendigen Aufgaben im Bildungswesen erfüllen zu können. Lehrer sollten in einphasigen Studiengängen ausgebildet werden, die wissenschaftliche und berufspraktische Elemente miteinander verbinden. Wissenschaftler müssen hochschuldidaktisch qualifiziert sein. Im sozialpädagogischen Bereich muß eine einheitliche Grundausbildung in der Gesamthochschule unter Einbeziehung der beruflichen Praxis gewährleistet werden.

Reformen im organisatorischen Bereich

Die Demokratisierung und Selbständigkeit aller Bildungsbereiche sowie die Mitbestimmung der in ihnen Tätigen müssen gesetzlich verankert werden.

— Dazu gehört das Recht von Eltern und Erziehern im Vorschulbereich, Spiel- und Lerninhalte mitzubestimmen.

Dazu gehört die Selbst- und Mitbestimmung von Eltern, Schülern und Lehrern in den Schulen.

Dazu gehört die Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Planung, Inhaltsbestimmung und Durchführung der beruflichen Bildung.

Dazu gehört die Autonomie der Hochschulen, eine verfaßte Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat sowie die drittelparitätische Mitbestimmung von Hochschullehrern, Beschäftigten ohne Lehraufgaben und Studierenden in den Hochschulgremien. Für eine Vertretung der Interessen aller Arbeitnehmer müssen innerhalb der Selbstverwaltung der Hochschulen Gremien geschaffen werden, in denen die Gewerkschaften mitbestimmen. Kooperationsverträge zwischen Hochschulen und Gewerkschaften müssen gefördert werden. Die Bindung der Hochschulen an einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag sollte ferner durch die Verstärkung und Entwicklung von Inhalten in Forschung und Lehre, die den Bedürfnissen der Arbeitnehmer Rechnung tragen, gewährleistet werden. Hochschulen müssen auch für den Bereich der Weiterbildung offenstehen.

Dazu gehören demokratische Rahmenrichtlinien, die schulstufenbezogen sind und sowohl gleichwertige Abschlüsse ermöglichen als auch für eine schulnahe Curriculumentwicklung offen sind, die von den Lehrenden und Lernenden getragen wird.

Inhaltliche und methodische Reformen

Für die demokratische Transformation der Gesellschaft ist neben den anderen Elementen einer umfassenden Bildungsreform gerade die Demokratisierung der Lehr- und Lerninhalte, verbunden mit didaktischen und methodischen Reformen, von zentraler Bedeutung: Es gilt, Lehr- und Lerninhalte auf allen Stufen und in allen Fächern des Bildungswesens zu öffnen, schon um nur die reale Vielfalt der in der Gesellschaft bestehenden Kräfte und Auffassungen (unter Einschluß ihres Ringens untereinander um den jeweils dominierenden Einfluß) ungehindert und prinzipiell gleichberechtigt behandeln zu können. Das heißt nicht nur, die Probleme der Arbeitswelt und der Arbeiterbewegung theoretisch zu thematisieren, sondern auch die spezifischen praktischen Fähigkeiten und Begabungen von Kindern aus der Arbeiterklasse im Bildungswesen wesentlich stärker zu berücksichtigen und zu fördern. In diesem Sinne ist ein deutlicher Ausbau der polytechnischen Bildung erforderlich, Grundsätzlich gilt es, alle Begabungen und Fähigkeiten zu fördern, mit dem Ziel der umfassenden sozialen, politischen und kreativen Entwicklung der Persönlichkeit für alle Kinder:

— Im Elementarbereich müssen auf der Basis spielerischen und schöpferischen Lernens und der Einbeziehung der Erfahrungswelt der Kinder kreative, musikalische und sportliche Fähigkeiten gefördert und das

Lernen in der Gemeinschaft entwickelt werden.

Im Primarbereich müssen individuelle Lernbetreuung statt Auslese, Anknüpfen an die sozialen Erfahrungen der Kinder, Förderung von Gruppenarbeit, Lernen durch fächerübergreifende Projekte, Abschaffung von Zensuren zumindest in den ersten beiden Schuljahren und die Beteiligung der Schüler an der Unterrichtsplanung, -durchführung und -auswertung verankert werden.

In der Sekundarstufe I muß der Pflichtbereich ergänzt werden durch ein breites Angebot an gleichwertigen Wahl- und Wahlpflichtkursen, um den Eignungen und Neigungen aller Schüler zu entsprechen. Differenzierungen innerhalb der Fächer müssen dem Prinzip der Förderung angemessen sein; eine äußere Leistungsdifferenzierung ist abzulehnen. Künstlerische und sportliche Fächer sind verstärkt anzubieten. Die zweite Fremdsprache darf nicht Voraussetzung für den Übergang in die Sekundarstufe II sein.

- Wesentliche Probleme der Wirtschafts- und Arbeitswelt, ihre Ursachen und Lösungsmöglichkeiten müssen im Unterricht behandelt werden. Es muß die Abhängigkeit beruflicher Tätigkeiten von gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen sowie die Veränderbarkeit dieser Bedingungen durch politisches Handeln aufgezeigt werden. Diese Zusammenhänge müssen im sozial- und gemeinschaftskundlichen Unterricht und im Fach Arbeitslehre behandelt werden.
- Das soziale Lernen der Schüler muß durch Bildung kleiner Tutorengruppen, Integration behinderter Schüler, neue Lernformen und die Arbeit in der Schülerversammlung gefördert werden.
- In Form von Projektunterricht, Erkundungen und Praktika soll exemplarisches Lernen ermöglicht werden.
- Im schulischen Unterricht müssen Mädchen technische Kenntnisse wie Jungen erwerben; in der Berufsberatung sind Mädchen über technische Berufe zu informieren und für den Eintritt in diese Berufe zu motivieren.
- In der Sekundarstufe II muß die Doppelqualifizierung von beruflicher Ausbildung und Hochschulreife ermöglicht werden. Entsprechend muß das Unterrichtsangebot beruflicher bzw. allgemeiner Bildungsgänge um polytechnische, sozialwissenschaftliche und sprachliche Inhalte erweiterte werden. Die Sekundarstufe II soll nicht mit einer punktuellen Prüfung abgeschlossen werden. Die Gesamtqualifikation ergibt sich aus den im Verlauf der Sekundarstufe II abgeschlossenen Kursen, Lehrgängen und Projekten.
- An den Hochschulen muß Wissenschaft und Forschung die Interessen der Arbeitnehmer wesentlich stärker berücksichtigen. Studiengänge müssen nach einer Eingangsphase eine breite Grundausbildung unter Einbeziehung der Sozialwissenschaften gewährleisten. Einphasige Stu-

diengänge, die berufspraktische und fachwissenschaftliche Ausbildungselemente sinnvoll zusammenfassen, sind zu fördern. Im tertiären und. quartären Bereich kommt es darauf an, die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen mit Gewerkschaften zu verstärken. An den Hochschulen sollte die Kooperation mit Gewerkschaften gesucht werden.

- Inhalte und Vermittlungsformen im Bildungswesen müssen ständig weiterentwickelt, für Innovationen und aktuelle Probleme offengehalten und den Bedürfnissen der Arbeitnehmer entsprechend gestaltet werden.

Strukturelle Reformen

Mehr Chancengleichheit durch Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und Einführung der integrierten Gesamtschule als allgemeine Regelschule im Ganztagsbetrieb, Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung, Vermittlung eines breiten Grundlagenwissens für alle, insbesondere im gesellschaftswissenschaftlichen und polytechnischen Bereich, kennzeichnen die Prinzipien für strukturelle Reformen. Die Forderungen im einzelnen:

- Im Anschluß an den Elementarbereich besuchen alle Schüler die Zehnjahresschule, die sich in den Primarbereich (Klasse 1 bis 4) und den Sekundarbereich I (Klassen 5 bis 10) gliedert. Behinderte Schüler werden, soweit sie nicht in Regelschulen integriert werden können, in Sonderschulen unterrichtet.
- Der Unterricht in der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II findet in einem flexiblen Pflicht-, Wahl- und Wahlpflichtkurssystem statt, das jedem Schüler die individuelle Förderung seiner Eignungen und Neigungen ermöglichen soll. Es findet keine äußere Leistungs differenzierung statt.
- Die Sekundarstufe I ermöglicht nach dem 10. Schuljahr einen nach Profilen unterschiedenen, gleichwertigen ersten Bildungsabschluß.
- Die Sekundarstufe II muß alle allgemeinen und beruflichen Ausbildungsgänge umfassen, die auf der Sekundarstufe I aufbauen und sich unmittelbar an sie anschließen. Für jeden Jugendlichen ist ein Platz im Sekundarbereich II zu garantieren. In diesem Sinne ist die Forderung der Gewerkschaften nach überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Sicherung der Ausbildungsplätze durch die Berufsbildungsabgabe aller Unternehmen geeignet, den Einstieg in die Integration der Bildungsgänge in die Sekundarstufe II zu ermöglichen. Die Sekundarstufe II ermöglicht durch die Integration studienbezogener und berufsqualifizierender Bildungsgänge einen doppelqualifizierenden Abschluß. Dadurch wird sowohl eine erste Berufsqualifikation als auch die Zugangsberechtigung für die integrierte Gesamthochschule erworben.

Das spw-Programm

Deutsche und österreichische Sozialdemokraten — Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichen, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf — geben seit 1978 die »Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft — spw« heraus — in vier Hefen jährlich mit einem Gesamtumfang von ca. 420 Seiten.

Der Leser findet die Rubriken: Editorial — Aktueller Kommentar — Aufsätze außerhalb des Schwerpunktes — Berichte und Ankündigungen — Dokumentation/Archiv — Buchbesprechungen.

»Wozu eigentlich noch eine linke Theoriezeitschrift«, fragen viele. Über die Aufgabe von spw schrieb Klaus-Peter Wolf, stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten: »spw versteht sich als Theorieorgan, das in der gegenwärtigen sozialdemokratischen Bewegung den ersten Versuch wagt, eine theoretische Diskussion zu führen, die Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaften in der praktischen Arbeit nutzen und in politische Handlungsperspektiven umsetzen können. Hierdurch soll ein Beitrag geleistet werden, um die defensive Haltung und die hilflosen und widersprüchlichen Reaktionen auf die gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen und ihre Auswirkungen zu überwinden.« (spw 1, Editorial, S.4f.)

Bisher erschienen die Themenhefte:

- spw 1 (Okt. 1978): **Sozialistenverfolgung und Bürgerrechte**
Chr. Butterwege, J. Egert, Kisker/Zerdick, A. Klönne, A. Wehr
(z.Zt. nicht lieferbar, da Auflage vergriffen)
- spw 2 (Jan. 1979): **Positionen zur Gewerkschaftspolitik**
W. Abendroth, A.-R. Alawi, D. Albers, G. Bäcker, W. Hamer, R. Heinrich, H. Moll
- spw 3 (Apr. 1979): **Sozialdemokratie und Westeuropa**
H. Albrecht, J. Günther, S. Holland, N. Paech, K. Thüsing
- spw 4 (Juli 1979): **Strategien der Rechtskräfte**
H.-D. Bamberg, A.G. Frei, M. Jansen, R. Kühnl, P. Pelinka, Scherler/Waldhubel
- spw 5 (Nov. 1979): **Arbeiterbewegung in der BRD**
Alexy/ Bouwer, W.F. Haug, Neumann/ Wehr, P. Oehlke, U. Zacherl
- spw 6 (März 1980): **Ökologiedebatte, NATO-Aufrüstung, SPD-Politik**
H. Arnold, W. Biermann, P. Brosche, Linke/ Westermann/ Westphal, U. Skierke, D. Scholz
- spw 7 (Juni 1980): **Wahlentscheidung gegen Rechts**
R. Frank, J. Hindels, M. Krätke, K. Krusewitz, G. Mackenthun, S. Zofka

Einzelheft: 7,70 DM (Hefte 1 — 5: DM 5,—)/ÖS 60,—/8,— sfr.

Über sozialdemokratische Organisationen: Einzelheft: 6,— DM.

Im Jahresabonnement (vier Hefte): 5,— DM zuzüglich Versand.

Bestellungen über:

spw-Vertrieb, Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45, Tel.: 030/834 24 22

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65

DAS
ARGUMENT
120

Dritte Welt und Erste Welt (III)
Kulturelle Identität, Self-Reliance,
Grundbedürfnisse. Alltägliche Krisen-
bewältigung. Spontaneismus. Kommen-
tierte Bibliographie: Umweltfragen.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).

ARGUMENT
STUDIEN-
HEFTE SH
April 1980

Emanzipation der Frau
Sexualität und Herrschaft
SH 36 128 S. 8,00 DM
Projekt Automation und Qualifikation:
Theorien über Automationsarbeit II
SH 37 128 S. 8,00 DM
D. Henkel/D. Roer: Sozialepidemiologie
psychischer Störungen
SH 38 48 S. 4,00 DM
Helmut Gollwitzer: Christentum/
Demokratie/Sozialismus (I)
SH 39 96 S. 7,00 DM

Linke Sozialdemokraten haben nicht nur eine konkrete, an tausend Fäden mit den realen gesellschaftlichen Widersprüchen verbundene Vorstellung von den sozialistischen Veränderungsmöglichkeiten ihres Landes auszuarbeiten, diese in der SPD und mit ihr zu einem entscheidenden politischen Faktor im Ringen um die Überwindung der kapitalistischen Entwicklungslogik in der Bundesrepublik zu machen und dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anzuknüpfen. Mehr denn je sind solche Aufgaben nur zu erfüllen, wenn es ihnen gelingt, den Kampf der Arbeiterbewegung im eigenen Land als Teil eines weltweiten politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Befreiungsprozesses der Völker zu begreifen, die Besonderheiten des demokratischen Wegs zum Sozialismus in den kapitalistischen Industrieländern nur als — wenngleich höchst bedeutsamen — Ausschnitt »einer unter unseren Augen vorsichgehenden Bewegung« erkennen zu lernen.